50. Jahrgang 2002 / 4. Heft / Oktober ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

PETER LIEB
Die Judenmorde der 707. Infanteriedivision 1941/42

HANS-WALTER SCHMUHL
Hirnforschung und Krankenmord.
Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937–1945

HERMANN WEBER
Zehn Jahre historische Kommunismusforschung

HEINRICH AUGUST WINKLER
Ingo Haar und Hans Rothfels. Eine Erwiderung

OLDENBOURG

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Manfred Kittel, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann
Assistenz: Renate Bihl
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 80636 München, Tel. 12688 0, Fax 12688-191,
E-mail: vfz@ifz-muenchen.de

50. Jahrgang | Heft 4 | Oktober 2002

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

Peter Lieb — Täter aus Überzeugung? Oberst Carl von Andrian und die Judenmorde der 707. Infanteriedivision 1941/42 523

Hans-Walter Schmuhl — Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937–1945 559

Hermann Weber — Zehn Jahre historische Kommunismusforschung. Leistungen, Defizite, Perspektiven 611

DISKUSSION

Heinrich August Winkler — Geschichtswissenschaft oder Geschichtsklitterung? Ingo Haar und Hans Rothfels: Eine Erwiderung 635

Wilfried Loth — Das Ende der Legende. Hermann Graml und die Stalin-Note. Eine Entgegnung 653

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

NOTIZ

Die Radikalisierung des politischen Lebens am Ende der Weimarer Republik (1929–1933) und der Zweiten Spanischen Republik (1934–1936). Eine neue Studie im Rahmen des IfZ-Forschungsprojekts zu Faktoren der Stabilität und Instabilität in der Demokratie der Zwischenkriegszeit (*Manfred Kittel*) 665

ABSTRACTS 669

MITARBEITER DIESES HEFTES 671

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte im Internet:
http://www.vierteljahrshefte.de
Redaktion: http://www.ifz-muenchen.de

GESCHÄFTLICHE MITTEILUNGEN

© 2002 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Die Lieferung geschieht auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Kostenlose Nachlieferung in Verlust geratener Sendungen erfolgt nicht. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Werbeanzeigen und Werbebeilagen besorgt der Verlag. Verantwortlich: Ulrike Staudinger.

Hinweis gemäß §26 Absatz 1, Bundesdatenschutzgesetz: Die Bezieher der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind in einer Adreßdatei gespeichert, die mit Hilfe der automatisierten Datenverarbeitung geführt wird.

Gemäß unserer Verpflichtung nach §8 Abs. 3 PresseG i.V.m. Art. 2 Abs. 1c DVO zum BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse wie folgt an:

Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 145, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlages ist die R. Oldenbourg Verlag GmbH unter der gleichen Anschrift. Alleiniger Gesellschafter der R. Oldenbourg Verlag GmbH ist die R. Oldenbourg GmbH & Co. KG, ebenfalls unter der gleichen Anschrift.

Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Ulrike Staudinger. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Jahresabonnement: Inland € 56,40 (€ 48,– + € 8,40 Versandspesen); Ausland € 59,60 (€ 48,– + € 11,60 Versandspesen). Studentenabonnement (nur Inland) € 44,40 (€ 36,– + € 8,40 Versandspesen); Einzelheft € 16,– zzgl. Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Ermittlung der gebundenen Ladenpreise für die Schweiz: €-Preis × 1,63 = sFr-Preis (aufgerundet auf volle Franken). Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 33,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Sellier Druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilagen:
Hamburger Edition: Gesamtprogramm und Neuerscheinungen 2/2002

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

PETER LIEB

TÄTER AUS ÜBERZEUGUNG? OBERST CARL VON ANDRIAN UND DIE JUDENMORDE DER 707. INFANTERIEDIVISION 1941/42

Das Tagebuch eines Regimentskommandeurs: Ein neuer Zugang zu einer berüchtigten Wehrmachtsdivision[1]

In der langen, erbitterten und nach wie vor andauernden Diskussion über die Wehrmacht und ihre Verbrechen ist immer wieder auf einen einzelnen Verband verwiesen worden, so als ob es sich bei ihm um eine durchschnittliche Division der Wehrmacht gehandelt habe: Die 707. Infanteriedivision. In der ersten Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung bildete sie ein Hauptthema, um die Beteiligung der Wehrmacht am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zu belegen[2]. In der neu konzipierten Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944" erhielt diese Division gar ein eigenes Kapitel[3]. Auch in anderen Darstellungen taucht gerade die 707. Infanteriedivision deutlich häufiger auf als jede andere Division der Wehrmacht[4]. Schon das verlangt nach einer Erklärung. Die 707. Infanteriedivision war in der Tat während ihrer Besatzungszeit in Weißrußland 1941/42 eine Art Bindeglied zwischen der Wehrmacht und den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD und hat sich durch Massenerschießungen aktiv am Holocaust beteiligt. Neben einigen Einheiten in Serbien ist sie der einzige nachgewiesene Wehrmachtsverband, der „selbständig und systematisch große Massaker an Juden

[1] Der Verfasser bereitet momentan eine ausführliche Edition des Tagebuchs des Obersten Carl von Andrian aus der Zeit von 1941 bis 1945 vor. Diese soll im Rahmen des Projekts „Wehrmacht in der nationalsozialistischen Diktatur" am Institut für Zeitgeschichte München erscheinen.

[2] Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 1996, hier vor allem die Sektionen „Weißrußland. Drei Jahre Besatzung 1941 bis 1944" (S. 102–158) und „Verwischen der Spuren. Vernichtung der Erinnerung" (S. 160–176). In letzterer waren insgesamt 14 Dokumente der 707. Infanteriedivision ausgestellt.

[3] Vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.), Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 2002, S. 136–149.

[4] Vgl. vor allem Hannes Heer/Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg ³1997; Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999; Theo J. Schulte, The German Army and Nazi Policies in Occupied Russia, Oxford u.a. 1989.

VfZ 50 (2002)
® Oldenbourg 2002

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit vielen tausend Opfern"[5] organisierte und durchführte. Schon allein deshalb war die 707. keineswegs eine gewöhnliche Infanteriedivision der Wehrmacht[6].

Wie zahlreiche Befehle belegen, war ihr Kommandeur, Generalmajor Gustav Freiherr von Mauchenheim, genannt von Bechtolsheim, ein radikaler Antisemit[7]. Er trägt eine hohe Verantwortung für die Beteiligung dieser Formation an den Massenmorden. Wer aber waren neben Bechtolsheim die anderen Verantwortlichen? Von ihnen weiß man bislang so gut wie nichts. Schon die Kommandeure der beiden Infanterieregimenter dieser Division sind völlig unbekannt geblieben. Daher ist es auch kaum verwunderlich, daß der Nachlaß eines dieser Kommandeure, des Obersten Carl von Andrian, von der Forschung bisher nicht entdeckt wurde.

Das Kriegsarchiv in München ist keine Institution, in der man bedeutende Dokumente zum Zweiten Weltkrieg oder über die deutsche Wehrmacht vermutet. Im Bayerischen Hauptstaatsarchiv – Abteilung IV/Kriegsarchiv, so die amtliche Bezeichnung, werden die Bestände der Bayerischen Armee aufbewahrt; die Sammlungen enden mit ihrer Auflösung in den Jahren 1919/20. Doch gibt es hier auch private Nachlässe, die aus späterer Zeit stammen. Einige Offiziere fühlten sich mit der einstigen Bayerischen Armee mehr verbunden als mit der späteren Wehrmacht, so daß sie ihre persönlichen Aufzeichnungen nicht dem dafür zuständigen Reichsarchiv bzw. dem Bundesarchiv – Militärarchiv übergaben, sondern eben dem „Hausarchiv" der alten Bayerischen Armee[8].

So gelangte auch der Nachlaß Carl von Andrian in das Bayerische Kriegsarchiv. Dieser umfaßt eine knappe autobiographische Skizze, einige Korrespondenzen mit Rittern des Bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens, die Feldpostbriefe an seine Ehefrau aus der Zeit des Ersten Weltkriegs sowie ein neunbändiges, persönliches Kriegstagebuch, das am 1. Januar 1941 beginnt und am 14. März 1945 endet. Dieses enthält, abgesehen von einer Lücke zwischen Anfang Februar und Ende April 1943,

[5] Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 620. Zur 717. Infanteriedivision und deren Beteiligung an den Judenmorden in Serbien vgl. Walter Manoschek/Hans Safrian, 717./117. ID. Eine Infanteriedivision auf dem Balkan, in: Heer/Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 359–373. Allgemein vgl. Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei". Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993. Genauso wie bei der 707. handelte es sich aber auch bei der 717. keinesfalls um eine durchschnittliche Wehrmachtsdivision.

[6] So auch Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 620. Anders hingegen Hannes Heer, Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust, in: Ders./Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 57–77, besonders S. 71 f.; Ders., Nicht Planer, aber Vollstrecker. Die Mitwirkung der Wehrmacht beim Holocaust, in: Der Genozid in der modernen Geschichte, hrsg. v. Stig Förster und Gerhard Hirschfeld, Münster 1999, S. 60–100, besonders S. 90.

[7] Für einige seiner Befehle vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 610 ff.; Heer, Killing Fields, in: Ders./Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 64 f.; Jürgen Förster, Zur Rolle der Wehrmacht im Krieg gegen die Sowjetunion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (1980), S. 3–15, hier S. 13 f.

[8] So z. B. das Tagebuch des Generalfeldmarschalls v. Leeb, dessen Original sich im Bayerischen Kriegsarchiv befindet. Vgl. Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb. Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen. Aus dem Nachlaß hrsg. und mit einem Lebensabriß versehen v. Georg Meyer, Stuttgart 1976.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die täglichen Aufzeichnungen Andrians vorrangig aus seiner Zeit in Rußland und Kroatien[9].

Das Tagebuch ist für die historische Forschung unter zwei Aspekten von hoher Bedeutung: Zum einen hat die Forschung in den letzten Jahren beträchtliche Versuche unternommen, die Mentalität der deutschen Offiziere und Soldaten, und natürlich besonders die der sogenannten „Täter", genauer zu ergründen. Allerdings beschränkte man sich dabei meist auf Dienstakten, Nachkriegsaussagen und im besten Fall auf einige Feldpostbriefe, ohne deren teilweise begrenzten Quellenwert für die Fragestellung hinreichend zu berücksichtigen[10]. Obwohl in Tagebüchern „stärker als in [...] anderen Quellentypen die individuellen Gefühle zum Vorschein"[11] kommen, wurden sie bei mentalitätsgeschichtlichen Untersuchungen über die Wehrmacht bisher viel zu wenig herangezogen[12]. Das Tagebuch Carl von Andrians ist dabei von besonderer Brisanz, schließlich war die 707. Infanteriedivision in außergewöhnlichem Maße an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt. Seine persönlichen Aufzeichnungen bieten die Gelegenheit, die Disposition eines „Täters" und einer gesamten Einheit genauer kennenzulernen. Zugleich kann es gewissermaßen als Gerüst dienen, um andere zersplitterte Quellen, die für sich genommen wenig aussagekräftig blieben, wieder zusammenzuführen.

Damit ist auf die zweite Bedeutung dieser Quelle verwiesen. Die Kriegstagebücher von Andrians Einheit, dem Infanterieregiment 747, sowie der übergeordneten 707. Infanteriedivision sind nur bruchstückhaft überliefert. Dadurch liegt das Ausmaß der Beteiligung dieser Einheit am Holocaust in den ländlichen Gebieten Weißrußlands während des Herbsts 1941 „weitgehend im dunkeln", wie Christian Gerlach festgestellt hat[13]. Das Tagebuch Andrians kann somit mehr als eine Frage zu dem viel umstrittenen Thema Wehrmacht und Holocaust beantworten[14].

---

[9] Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Abteilung IV/Kriegsarchiv (künftig: BayHStA-KA), NL Carl v. Andrian. Die Tagebuchbände tragen die Signaturen NL Carl v. Andrian 4/1–9.

[10] Vgl. beispielsweise Omer Bartov, Hitlers Wehrmacht. Soldaten, Fanatismus und die Brutalisierung des Krieges, Reinbek 1995; Stephen G. Fritz, Hitlers Frontsoldaten. Der erzählte Krieg, Berlin 1998; Heer, Killing Fields, in: Ders./Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Mustergültig hingegen die Mentalitätsergründung von Massenmördern am Beispiel des Reserve-Polizei-Bataillons 101 bei Christopher R. Browning, Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung" in Polen, Hamburg 1993.

[11] Peter Hüttenberger, Tagebücher, in: Bernd-A. Rusinek/Volker Ackermann/Jörg Engelbrecht (Hrsg.), Einführung in die Interpretation historischer Quellen. Schwerpunkt: Neuzeit, Paderborn u.a. 1992, S. 27–43, hier S. 43.

[12] Vgl. jedoch Johannes Hürter, „Es herrschen Sitten und Gebräuche, genauso wie im 30-jährigen Krieg". Das erste Jahr des deutsch-sowjetischen Krieges in Dokumenten des Generals Gotthard Heinrici, in: VfZ 48 (2000), S. 329–403. Erweiterte Ausgabe als Buch: Ders., Ein deutscher General an der Ostfront. Die Briefe und Tagebücher des Gotthard Heinrici 1941/42, Erfurt 2001; Christian Hartmann, Massensterben oder Massenvernichtung? Sowjetische Kriegsgefangene im Unternehmen „Barbarossa", in: VfZ 49 (2001), S. 97–158.

[13] Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 615.

[14] Für einen Überblick vgl. Dieter Pohl, Die Wehrmacht und der Mord an den Juden in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: Täter im Vernichtungskrieg. Der Überfall auf die Sowjetunion und der Völkermord an den Juden, hrsg. v. Wolf Kaiser, Berlin 2002, S. 39–53.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wirft man einen ersten Blick in die Aufzeichnungen dieses Obersten, so mag zunächst die äußere Form erstaunen: Mit dünner Feder schrieb der Verfasser seine Zeilen derart dicht gedrängt in winzigen Buchstaben nieder, daß der Text anfangs völlig unleserlich erscheint. Erst das Kopieren der Seiten in ein größeres Format bzw. die Benutzung einer Lupe ermöglicht es, die Schrift nach einiger Zeit der Eingewöhnung zu entziffern. Zudem fallen bei der Lektüre Rechtschreib- und Interpunktionsfehler sowie grobe stilistische Mängel auf. Es finden sich keine nachträglichen Redigierungen, ein Bemühen um eine Schönschrift ist nicht erkennbar. Schon allein dies spricht für die Authentizität der Quelle.

Neben der Art der Niederschrift bestätigt auch der Inhalt diesen Befund: Der Autor notierte in erster Linie militärisch-taktische Fragen, die einem Außenstehenden relativ belanglos erscheinen und dem Verfasser wohl als Gedächtnisstütze gedient haben dürften. Doch darüber hinaus werden die Verbrechen deutscher Truppen in der Sowjetunion sehr deutlich beschrieben, wobei auch Andrians eigener Anteil – wenn auch eher indirekt – hervortritt.

Was mögen die Gründe dieses Mannes gewesen sein, seine persönlichen Aufzeichnungen der Nachwelt in dieser rohen, völlig unkommentierten Form zu hinterlassen? Eine mögliche Antwort gibt uns der Verfasser des Tagebuchs gewissermaßen selbst: „Wer soll unsere Runen ritzen, wenn wir es nicht selber tun“[15], schrieb Andrian zu Beginn seiner 1960 verfaßten kurzen Autobiographie. Eine Form von Selbstdarstellung also? Doch dürfte es wohl kaum seine Intention gewesen sein, sich und die deutsche Armee in einem solch zweifelhaften Bild darzustellen, denn dazu war er viel zu sehr mit Leib und Seele Soldat.

Vielleicht wollte Andrian sein Gewissen beruhigen. Denn wenige Wochen bevor er seinen Nachlaß am 17. November 1960 dem Bayerischen Kriegsarchiv übergab, mußte er vor dem Polizeipräsidium München als Zeuge aussagen. Die Staatsanwaltschaft Kassel führte damals einen Prozeß gegen ehemalige Angehörige eines Reserve-Polizei-Bataillons, dem Massenerschießungen von Juden im Raum Sluzk (Weißrußland) im Herbst 1941 vorgeworfen wurden[16]. Der Tatort lag seinerzeit im Sicherungsbereich von Andrians Regiment. Vielleicht wollte er mit der Abgabe seiner Tagebücher an das Archiv diese Zeit ein für alle Mal aus seinem Gedächtnis tilgen. Doch muß dies Spekulation bleiben. Auch aus dem Schriftverkehr Andrians mit dem Kriegsarchiv ist kein Motiv herauszulesen[17]. Die wahren Gründe bleiben letztlich wohl für immer verborgen.

[15] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 1.

[16] Es handelte sich dabei um den Kommandeur des Reserve-Polizei-Bataillons 11, Oberstleutnant Franz Lechthaler. Für Andrians Zeugenaussagen vgl. Hessisches Staatsarchiv Marburg, 274 Kassel Acc. 1996/57, Nr. 65, Bd. 4, Blatt 877/78. Für das Urteil vgl. Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1966, Band XVIII, bearb. von Irene Sagel-Grande, H.H. Fuchs und C.F. Rüter, Amsterdam 1978, S. 779–849.

[17] Für die Einsicht in den Schriftwechsel Andrians mit dem Bayerischen Kriegsarchiv danke ich dem Archivleiter, Dr. Achim Fuchs.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Protagonist und seine Einheit: Carl von Andrian und das Infanterieregiment 747

Carl Ferdinand Wilhelm Freiherr von Andrian-Werburg wurde am 14. März 1886 in Rietschen (Schlesien) als Sohn eines Fabrikdirektors und einer Arzttochter geboren[18]. Seine Schulzeit verbrachte der protestantisch getaufte Bub zunächst am Humanistischen Gymnasium in Freiberg/Sachsen. 1903 kehrte die Familie in ihre bayerische Heimat nach Landshut zurück. Nach dem Abitur am dortigen Humanistischen Gymnasium trat Andrian am 17. Juli 1905 zunächst als Einjährig Freiwilliger in das 19. Bayerische Infanterieregiment „König Victor Emmanuel III." in Erlangen ein[19], entschloß sich aber schon kurz darauf, Berufsoffizier zu werden. 1910 bewarb er sich für die Kaiserliche Schutztruppe in Afrika, doch er wurde wegen „Tropenuntauglichkeit" zweimal abgelehnt. Am 11. März 1912 ließ er sich zum 16. Bayerischen Infanterieregiment „Großherzog Ferdinand von Toskana" nach Passau versetzen.

Den Großen Krieg erlebte Andrian ausschließlich im Westen als Kompanie- und später als Bataillonsführer im 16., ab Mai 1915 im 24. Bayerischen Infanterieregiment. Während dieser Zeit wurde er insgesamt dreimal an beiden Beinen und an der Schulter verwundet. Ab Mai 1918 fand er in verschiedenen Stabsstellungen Verwendung, zuletzt als 2. Adjutant beim Generalkommando des II. Bayerischen Armeekorps. Das eigentliche Schlüsselerlebnis Andrians während dieser bewegten Jahre war wohl mit ziemlicher Sicherheit die Verleihung der höchsten Kriegsauszeichnung der bayerischen Armee – des königlich bayerischen Militär-Max-Joseph-Ordens[20]. Diesen verdiente er sich am 24. Juni 1916[21], als er sich als Oberleutnant in der „Hölle von Verdun" beim Kampf um das Fort Douaumont beteiligte, nach eigenem späteren Bekunden, „das Schrecklichste, was ich je mitgemacht habe"[22]. Durch einen überraschenden Angriff gelang es ihm, mit seiner Kompanie 500 französische Soldaten gefangen zu nehmen und anschließend einen feindlichen Gegenstoß abzuwehren. An diesem Tag begegnete er übrigens erstmals dem Oberleutnant Gustav Freiherr von Mauchenheim, gen. von Bechtolsheim, mit dessen Lebensweg sich der seinige 25 Jahre später noch einmal kreuzen sollte.

---

[18] Das ursprünglich lombardische Geschlecht Andrian-Werburg wurde um 1350 mit Bettino Andri de Boaris de Gandino erstmals urkundlich erwähnt. Über die Habsburger Lande kam es ins Königreich Bayern, wo es sich am 3.10.1812 bei der Freiherrenklasse immatrikulieren ließ. Vgl. Adelslexikon, Bd. I, Limburg/Lahn 1972, S. 87 f.

[19] Die folgenden Lebensdaten entstammen seiner Personalakte aus seiner Zeit bei der bayerischen Armee, in: BayHStA-KA, OP 63053.

[20] Insgesamt wurde der königlich bayerische Militär-Max-Joseph-Orden während des Ersten Weltkriegs nur an 267 Soldaten vergeben. Vgl. Virtuti Pro Patria. Der königlich bayerische Militär-Max-Joseph-Orden. Kriegstaten und Ehrenbuch 1914–1918, hrsg. vom k.b. Militär-Max-Joseph-Orden, München 1966.

[21] BayHStA-KA, OP 63053, Brief Andrians an den Herrn Batl.-Kmdr. vom 23. 9. 1916, Zweitschrift, Betreff: Bitte um Aufnahme in den Militär-Max-Joseph-Orden.

[22] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 1, Autobiographische Zusammenfassung von 1960.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach dem Militär-Max-Joseph-Orden erhielt Andrian am 23. April 1918 die zweithöchste preußische Militärauszeichnung, das Ritterkreuz mit Schwertern des Hohenzollernschen Hausordens. Es gab wohl nur eine Handvoll deutscher Offiziere, die als Hauptmann Träger der höchsten bayerischen und der zweithöchsten preußischen Militärauszeichnung waren. Das Selbstwertgefühl Andrians scheint durch diese Dekorationen alles andere als gelitten zu haben, wie seine Tagebucheintragungen aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs dokumentieren.

Um eine Kompanie oder ein Bataillon im Gefecht gut und erfolgreich zu führen, sind für einen Frontoffizier Entschlossenheit und Entscheidungsfreude zwei unverzichtbare persönliche Eigenschaften. Andrian besaß beides in reichem Maße; von seiner politischen Meinung und seinem Weltbild zeichnen die Briefe an seine Frau aus der Zeit vom November 1918 freilich ein ganz anderes Bild[23]. Diese sind Zeugnis der geistigen Desorientierung, welche die Revolution von 1918 bei diesem Vertreter des deutschen Offizierskorps ausgelöst hatte, wie auch ein Beleg für Andrians Sprunghaftigkeit in weltanschaulichen Fragen: Einerseits konnte er sich nicht vorstellen, „daß das alte System so morsch u[nd] unterhöhlt war"[24], daß es so schnell zusammenbrach. Andererseits begriff er sehr schnell den Bankrott der bisherigen Gesellschaftsordnung und nannte den Adel „schädlichen Balast [sic!]"[25] sowie „eine Einrichtung, die sich überlebt hat"[26]. Einerseits zeigte sich Andrian bei einem Spaziergang durch München „traurig", da er „überall [...] daran erinnert" wurde, „daß noch vor 14 Tagen ein König hier herrschte"[27]. Andererseits sah er sich als Offizier „vor allem [...] als Diener des Landes u[nd] nicht des Herrschers"[28]. Konservative und progressive Ideen scheinen sich damals in seinen Gedankengängen innerhalb kürzester Zeit abgewechselt zu haben.

In anderen politisch-weltanschaulichen Fragen erschienen seine Überlegungen auf den ersten Blick eindeutiger. So entlud sich seine Wut auf die neue sozialistische Regierung in Bayern[29]. Die Schuld an der Weltkriegsniederlage und der Revolution schob er dem einfachen Soldaten und dem „internationalen Judentum" zu[30]. Doch auch in der Frage des Antisemitismus nahm Andrian eine widersprüchliche Haltung

[23] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 3/9. Leider sind die Briefe nur bis Anfang Dezember 1918 überliefert.

[24] Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 24. 11. 1918.

[25] Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 25. 11. 1918.

[26] Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 29. 11. 1918.

[27] Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 17. 11. 1918.

[28] Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 11. 11. 1918.

[29] Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 20. 11. 1918: „Hernach lese ich Zeitung. Soviel blödes dummes u[nd] häßliches Zeug vernimmt man da, daß man fast verzweifeln könnte. Bis vor kurzem war ich stolz, ein Deutscher zu sein; ich bin es nicht mehr. Jeder einzelne von uns mag höheren sittlichen Wert haben als ein Engländer oder Franzos[e]; als Volk stehen die anderen höher; so würdelos benehmen die sich nicht wie wir bezw. diejenigen, welche jetzt das Volk vertreten."

[30] Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 17. 11. 1918: „Dazu überall dieser Haß gegen den Offiz[ier]. Wir haben doch den Krieg weder verschuldet noch verloren, sondern wahrlich unsere Schuldigkeit getan. Hätte es der gewöhnliche Soldat auch in der Mehrzahl getan, so hätten wir anders geendet." Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 24. 11. 1918: „Dr. B. war auch der Ansicht,

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ein. So bekannte er sich auf der einen Seite zu einer erbarmungslosen antisemitischen Grundhaltung, während er andererseits Verständnis für die Situation der Juden aufbrachte; er war über seine extremen Ansichten selbst überrascht und äußerte Zweifel an deren Richtigkeit. Nichts belegt dies deutlicher als sein Brief vom 28. November 1918: „Es kam dann unser Verpfleg[ungs] Offiz[ier] zu uns, Rechtsanwalt Dr. Stern, ein angenehmer u[nd] brauchbarer Mann, wie ich später erfuhr, Jude. [...] Das Gespräch kam dann auf die Judenfrage im allgem[einen]. Stern meinte, vieles, was man den Juden vorwerfe, komme daher, daß sie noch nicht volle Gleichberechtigung hätten, was ja bei einzelnen Berufen, Gesellschaften u.s.w. richtig ist, u[nd] daß sie dadurch zum Zusammenhalten gezwungen seien u[nd] ins Lager der Sozialdemokratie getrieben würden, durch die sie am ehesten Gleichheit erringen könnten. Ich muß sagen, darin liegt viel wahres. Mein Standpunkt, daß die jüdische Rasse ein Fremdkörper in unserem Volke ist u[nd] deshalb ausgemerzt gehört, ist freilich sehr unduldsam. Vielleicht ist er auch undurchführbar u[nd] deshalb falsch."[31] Mit derartigen Äußerungen ließ Andrian erkennen, daß er zumindest in der Theorie ein radikaler Antisemit war, der freilich schon damals erkannte, daß die Wirklichkeit seinem Denken Grenzen aufzeigte. In derart unentschlossenen und widersprüchlichen Gedankengängen lag die Keimzelle für seine spätere Haltung in Weißrußland[32].

Seine Kriegsverletzungen, die neuen politischen Verhältnisse und die vagen Aussichten auf Übernahme in ein stark verkleinertes Heer ließen bei Andrian schon im November 1918 den Entschluß reifen, seinen bisherigen Beruf aufzugeben, wobei er sich „einige Tränen [...] nicht verhalten"[33] konnte. Am 31. März 1920 nahm der im Ersten Weltkrieg hochdekorierte Carl von Andrian seinen Abschied als Major. Von seinem Leben in der Zwischenkriegszeit ist nur wenig überliefert. Ab 1919 wohnte er als Gutsverwalter auf dem mit dem Geld seiner Frau erworbenen Gut Reicholz im Allgäu. Verarmt durch die im Weltkrieg gezeichneten Kriegsanleihen mußte er seine zehn Kinder ernähren und war daher gezwungen, ein eher einfaches Leben zu führen. In diesen Jahren schloß er sich der sogenannten „Christengemeinschaft" an, welche eine Verbindung von Anthroposophie und Christentum herzustellen versuchte.

Neben der Religion blieben Armee und Nation die anderen beiden Bezugspunkte seines Weltbilds. Sicher belegt ist seine Mitgliedschaft im „Stahlhelm"[34], dem wichtigsten und größten Wehrverband des nationalkonservativen Lagers[35]. Trotz verschiedener Flügelkämpfe vereinte seine Mitglieder die ideologische Grundausrichtung mit Werten wie Wahrung der wilhelminischen Tradition, Revision des Versailler Vertrags, Aufbau eines autoritären Staats und auch völkisches Gedankengut – oft-

daß das internationale Judentum hinter der ganzen Revolution stecke. [...] Die Juden halten zusammen, die Deutschen zersplittern sich. Es ist der alte Jammer."

[31] Ebenda, Brief Andrians an seine Frau vom 28. 11. 1918.

[32] Vgl. hierzu S. 535–544.

[33] BayHStA-Ka, NL Carl v. Andrian 3/9, Brief Andrians an seine Frau vom 22. 11. 1918.

[34] Vgl. Autobiographische Zusammenfassung von 1960, in: BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 1.

[35] Immer noch grundlegend zum Stahlhelm Volker R. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935, Düsseldorf 1966.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mals mit stark antisemitischem Einschlag. Nach allem, was man über Andrian aus der Zeit von 1918 und auch im Zweiten Weltkrieg weiß, scheint der „Stahlhelm" *die* weltanschauliche Heimat für ihn gewesen zu sein.

Dem Nationalsozialismus stand Andrian zunächst wohl eher reserviert gegenüber. In den Akten des ehemaligen Berlin Document Center wird er nicht als Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen geführt[36]. Mehrere kritische Anmerkungen, speziell gegenüber der Partei, lassen sich außerdem in seinen Tagebucheintragungen finden[37]. Anders als er nach 1945 selbst glauben machen wollte, war aber die Gegnerschaft seines „Stahlhelm" zur NSDAP[38] „nicht Ausdruck einer Meinungsverschiedenheit im Prinzip"[39]. So findet man in Andrians Aufzeichnungen immer wieder Zustimmung zu Hitlers Reden[40]. Diese scheint er stets sehr aufmerksam verfolgt oder gesammelt zu haben, wie seine häufigen Eintragungen hierzu – mit genauer Datumsangabe selbst Wochen später – belegen. Alles in allem blieb seine Haltung gegenüber dem Regime und der nationalsozialistischen Ideologie ambivalent und unentschlossen, was sich beispielsweise in seiner Reaktion auf den Tod Reinhard Heydrichs zeigt: „Eine sehr befähigte, aber auch hemmungslose u[nd] rücksichtslose Persönlichkeit ist damit aus dem Leben geschieden. Die Nachwelt erst kann entscheiden, ob s[eine] Taten dem d[eu]tschen Volke zum Segen oder zum Schaden gewesen sind."[41]

Die „Teilidentität von Erfahrung und Erinnerung"[42] aus der Zeit des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik sowie die oft zitierte „Teilidentität der Ziele"[43] von Armee und Nationalsozialismus führten dazu, daß sich viele konservativ geprägte, ehemalige Weltkriegsoffiziere im Zuge der Wiederaufrüstung nach 1933 der neuen Wehrmacht zur Verfügung stellten. Auch Andrian bildete keine Ausnahme und meldete sich freiwillig. Ab dem 1. Dezember 1934 war er als Major Leiter des Wehrmeldeamts im Wehrbezirkskommando Kempten, ab Anfang 1940 als Oberstleutnant Kommandeur des Infanterie-Ersatzregiments 27 in Augsburg und im Mai 1941 Kommandeur des neu aufgestellten Infanterieregiments 747, mit dem er im Verband der 707. Infanteriedivision Anfang August 1941 in den Osten zog.

---

[36] Schriftliche Auskunft des Bundesarchivs (künftig: BA) Berlin vom 23. 7. 2001 an den Verfasser.

[37] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 24. 12. 1941, sowie BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/6, Einträge vom 31. 5. 1943 und 24. 7. 1943.

[38] „Aus meiner Weltanschauung heraus und aus dem, wie ich den Nationalsozialismus beim Abwürgen des Stahlhelm, dem ich angehörte, erkannt hatte, konnte ich kein überzeugter Anhänger Hitlers sein." BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 1.

[39] Berghahn, Stahlhelm, S. 271.

[40] So z. B. in: BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 5. 10. 1941.

[41] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/3, Eintrag vom 5. 6. 1942.

[42] Bernhard R. Kroener, Strukturelle Veränderungen in der militärischen Gesellschaft des Dritten Reiches, in: Michael Prinz/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Nationalsozialismus und Modernisierung, Darmstadt ²1994, S. 267–296, hier S. 271.

[43] Vgl. hierzu Manfred Messerschmidt, Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination, Hamburg 1969, S. 1.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die 707. Infanteriedivision[44] war schon allein wegen ihrer eingeschränkten Kampfkraft alles andere als eine gewöhnliche Division; vielmehr stand sie am unteren Ende der militärischen Werteskala. Aufgestellt wurde sie am 1. Mai 1941 als Division der 15. Welle[45] aus Ersatz-Bataillonen des Wehrkreises VII (München). Alle Divisionen dieser Welle wurden ausschließlich als Besatzungstruppen im Westen, in Norwegen und auf dem Balkan eingesetzt. Als einziger Verband dieser Welle kam jedoch die 707. nach Osten. Die Divisionen 15. Welle verfügten über keine schweren oder panzerbrechenden Waffen, hatten nur zwei Infanterieregimenter (bei der 707. Infanteriedivision: 727 und 747) anstatt der 1941 üblichen drei sowie lediglich eine Artillerie-Abteilung anstatt eines ganzen Regiments. Folglich war die personelle Stärke einer Division 15. Welle deutlich geringer als die einer normalen Infanteriedivision. Im Falle der 707. Infanteriedivision betrug die Verpflegungsstärke im Mai 1942 nur 4911 Mann, wobei sie damals noch keine großen Verluste durch Kampfeinwirkung hatte[46]. Die 707. war also eine besonders kleine Wehrmachtsdivision. Auffallend ist zudem der hohe Anteil von Adeligen in ihren höchsten Führungsstellungen zumindest bis Mitte 1943[47].

Das von Andrian befehligte Infanterieregiment 747 besaß im Mai 1942 eine Verpflegungsstärke von nur 2100 Mann[48]. Das Durchschnittsalter der Mannschaften lag jenseits der 30[49], das der Offiziere weit über dem eines gewöhnlichen Infanterieregiments[50]; überdies rekrutierte sich das Offizierskorps 1941 – mit Ausnahme Andrians –

---

[44] In manchen Dienstakten wird sie auch als 707. Sicherungsdivision bezeichnet. Vgl. daher auch BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/6, Eintrag vom 6. 6. 1943.

[45] „Unter Wellen verstand man die zur gleichen Zeit und nach gleichem Gliederungs- und Ausrüstungsschema [...] aufgestellten Gruppen von Divisionen, die nach Alter und Ausbildung der Mannschaften und nach Ausrüstung in sich gleich waren [...]." Georg Tessin, Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945, 1. Band, Osnabrück 1977, S. 40. Die Zählung der Wellen war durchgehend, beginnend bei 1. Welle, welche die Divisionen bei Kriegsbeginn umfaßte.

[46] Vgl. Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), RH 26-707/8, Gefechts- und Verpflegungsstärken der 707. Infanteriedivision, Mai 1942. Eine durchschnittliche Infanteriedivision besaß hingegen eine Soll-Stärke von insgesamt 16.860 Mann. Vgl. Alex Buchner, Das Handbuch der deutschen Infanterie 1939–1945, Friedberg/Hessen 1987, S. 9.

[47] Dazu gehörten die beiden ersten Divisionskommandeure Generalmajor von Bechtolsheim und Generalmajor Hans Freiherr von Falkenstein, die beiden Regimentskommandeure von Andrian und Oberst Max Freiherr de Lasalle von Louisenthal sowie die Ia der Division, Oberst Fritz-Wedig von der Osten und später Oberstleutnant Graf von Bullion. Soziologisch fielen aus diesem Offizierskader nur Louisenthals Vorgänger, Oberst Josef Pausinger (er war immerhin Gutsbesitzer), und der Divisionskommandeur ab Juni 1943, Generalleutnant Rudolf Busich, heraus.

[48] Diese setzte sich aus 45 Offizieren, 3 Beamten, 332 Unteroffizieren und 1720 Mannschaften zusammen. Vgl. BA-MA, 26-707/8, Gefechts- und Verpflegungsstärken der 707. Infanteriedivision, Mai 1942. Zu bedenken ist, daß das Regiment bis zu diesem Zeitpunkt mangels Frontkämpfe noch kaum Verluste hatte. Diese haben bis dahin keinesfalls 100 Mann überstiegen. Ein normales Infanterieregiment hatte eine Soll-Stärke von insgesamt 75 Offizieren, 7 Beamten, 493 Unteroffizieren und 2474 Mannschaften. Vgl. Buchner, Handbuch, S. 33.

[49] Vgl. BA-MA, RH 26-707/16–19, Verlustlisten und Verlustmeldungen der Abteilung IIa. Vgl. auch BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/3, Eintrag vom 14. 5. 1942.

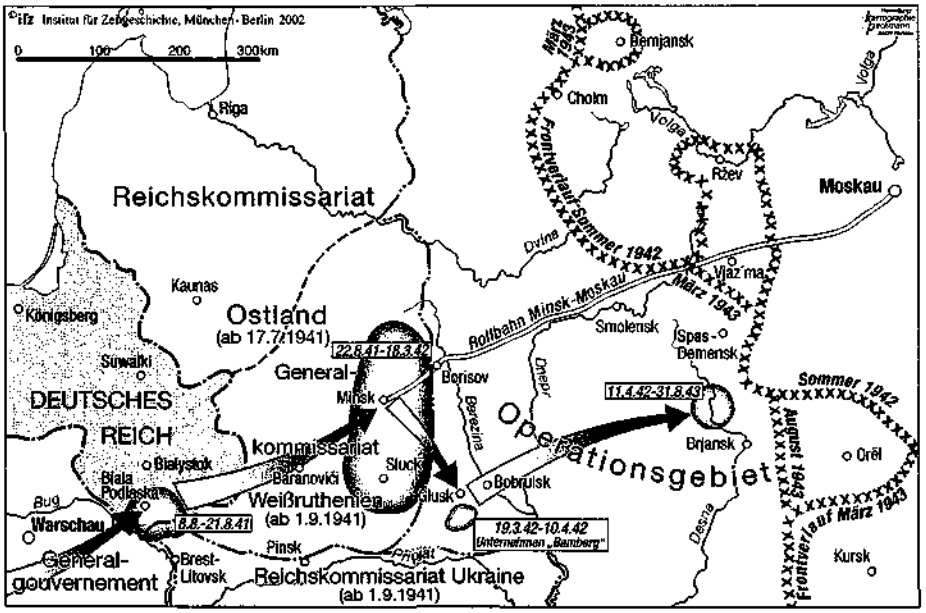
[50] Im Juni 1942 lag das Durchschnittsalter der Bataillonskommandeure des Infanterieregiments 747 bei 52 Jahren, das der Kompaniechefs bei 41,6 Jahren und das der Zugführer bei 29,3 Jahren. Das

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausschließlich aus Reserveoffizieren[51]. Die viel beschworene „Entprofessionalisierung" des Offizierskorps[52] ist hier so deutlich zu erkennen wie wohl nur bei wenigen anderen Wehrmachtseinheiten. Soziologisch gesehen repräsentierten die Kader sowohl des Infanterieregiments 747 wie auch der gesamten 707. Infanteriedivision[53] kaum die militärische Gesellschaft des Dritten Reichs[54]. Besondere Karriereambitionen innerhalb der Armee dürften nur wenige Soldaten dieser Einheit gehabt haben.



Infanterieregiment 747 – Vormarschwege und Stationierungsorte, August 1941 bis August 1943

Durchschnittsalter des Offizierskorps des Infanterieregiments 727 war sogar noch ein wenig höher. Vgl. BA-MA, RH 26-707/5, Offizierstellenbesetzung der 707. Inf.-Division nach dem Stande vom 15. 6. 1942.

[51] Im Juni 1942 sind noch zwei Bataillonskommandeure sowie ein Zugführer als Ergänzungsoffiziere ausgewiesen. Vgl. ebenda.

[52] Vgl. Wolfgang Petter, Militärische Massengesellschaft und Entprofessionalisierung des Offiziers, in: Die Wehrmacht. Mythos und Realität, hrsg. v. Rolf-Dieter Müller und Hans-Erich Volkmann, München 1999, S. 359–370.

[53] Insgesamt hatte die 707. Infanteriedivision Mitte 1942 gerade einmal 9 aktive Offiziere, wobei 4 von ihnen Ergänzungsoffiziere waren. Vgl. BA-MA, RH 26-707/5, Offizierstellenbesetzung der 707. Inf.-Division nach dem Stande vom 15. 6. 1942.

[54] Vgl. auch Schulte, German Army, S. 287. Interessant wäre hierbei auch die Frage nach der Parteizugehörigkeit im Offizierskorps des Infanterieregiments 747 bzw. der 707. Infanteriedivision. Leider konnte dies im Rahmen dieser Dokumentation nicht ermittelt werden. Drei Offiziere des Regiments 747 waren nach dem Stand vom Juni 1942 hauptberuflich bei der NSDAP angestellt. Vgl. BA-MA, RH 26-707/5, Offizierstellenbesetzung der 707. Inf.-Division nach dem Stande vom 15. 6. 1942.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anfang August 1941 rückte das Infanterieregiment 747 im Verband der 707. Infanteriedivision ins Feld. Über Polen kam es nach Weißrußland und blieb dort bis März 1942 zur Sicherung des Gebiets um Minsk. Zu dieser Zeit war die gesamte Division dem Wehrmachtbefehlshaber Ostland im zivil verwalteten Generalkommissariat Weißruthenien unterstellt. Im Frühjahr 1942 kam sie weiter nach „vorne" und nahm an verschiedenen Anti-Partisanenoperationen teil, zunächst im Rückwärtigen Heeresgebiet Mitte und ab Sommer 1942 fast durchgehend beim Kommandanten des Rückwärtigen Armeegebiets (Korück) 532 der 2. Panzerarmee in der Gegend nördlich von Brjansk. Dabei kämpfte das Infanterieregiment 747 nicht immer im Divisionsverband. So war es im Frühsommer 1942 mehrere Wochen der 339. Infanteriedivision unterstellt und blieb im Sommer 1943 zunächst im Rückwärtigen Armeegebiet, während der Rest der Division in die Abwehrkämpfe an der Front geworfen wurde. Erst nach Andrians Abgang wurde das Regiment im Herbst 1943 zu einer Fronteinheit umgebildet. Die 707. Infanteriedivision und mit ihr das Regiment 747 wurden dann im Sommer 1944 im Kessel von Bobruisk vernichtet.

Für einen befähigten und ehrgeizigen Offizier war ein Kommando in einer Besatzungsdivision sicherlich nicht erstrebenswert. Vorrangig wurden für diese Aufgaben ältere, reaktivierte Soldaten herangezogen. Als Andrian erfuhr, daß er für eine derartige Position bestimmt war, konnte er seine Enttäuschung nicht verbergen. Für ihn kam nur eine Verwendung bei einem aktiven Verband der 1. Welle in Frage[55], da er sich als hochdekorierter Frontoffizier des Ersten Weltkriegs wohl für höhere Aufgaben auserwählt hielt.

Diese Überheblichkeit zieht sich im übrigen wie ein roter Faden durch sein Tagebuch. In seiner Umgebung wurde niemand von seiner Kritik verschont. So nannte er seinen Regimentsstab einen „jammervollen Verein"[56], die Befehlsgebung der Division beurteilte er als „manchmal schon recht mangelhaft"[57]. Es kann daher kaum verwundern, daß Andrian weder bei seinen Untergebenen[58] noch bei seinen Vorgesetzten beliebt war. „Widerspruchsvoll, schwieriger Untergebener"[59], heißt es in einer Beurteilung über ihn. Im Kreise seiner Kameraden wurde er zunehmend zum Außenseiter[60]. Auffallend ist auch seine unreflektierte Einschätzung seiner Mitmen-

[55] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 5. 5. 1941.

[56] Ebenda, Eintrag vom 6. 11. 1941, sowie Eintrag vom 17. 8. 1941: „M[ein] Stab ist aus lauter Unzulänglichkeiten zusammengesetzt, da hat mir das I[nfanterie] [Ersatz] R[egiment] 212, Oberst Sorg, was schönes beschert."

[57] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Eintrag vom 25. 3. 1942, sowie Eintrag vom 22. 3. 1942, und BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/4, Eintrag vom 24. 7. 1942.

[58] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 21. 7. 1941.

[59] BA-MA, Pers. 6/10239, Beurteilungsnotizen vom 25. 4. 1943.

[60] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/5, Eintrag vom 26. 10. 1942: „Das jüngste Gemälde von mir gefällt m[einen] Leuten [d.h. seiner Familie] nicht so sehr, ich sähe zu einsam aus; aber das hat der Maler wohl ganz richtig empfunden, ich bin wohl ein einsamer Mensch, wenn ich nicht daheim bin."

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen. Von nahezu allen Personen gewann er beim ersten Treffen einen positiven Eindruck[61], den er dann kurze Zeit später revidierte.

Mit seiner Kritik gegenüber seinem Umfeld mag Andrian wohl oft Recht gehabt haben, denn schließlich waren die meisten Offiziere und Mannschaften seines Regiments und selbst die des Divisionsstabs militärisch bestenfalls zweite Wahl. Am deutlichsten sichtbar wird dies beim Divisionskommandeur, dem so häufig zitierten Bechtolsheim. Nach eineinhalb Jahren Einsatz im Osten hatte dieser keine bedeutende militärische Auszeichnung erhalten, vielmehr wurde er beim ersten kurzen Fronteinsatz der Division im Februar 1943 umgehend abgelöst, da er sich laut einer Beurteilung den Anforderungen „nicht gewachsen"[62] zeigte.

Auch Andrian selbst war nicht mehr jener fähige und diensteifrige Offizier, der er im Ersten Weltkrieg noch gewesen war. Er wurde von seinen Vorgesetzten zwar noch immer als eine „tadellose alte Soldatennatur"[63] mit „strenger Pflichtauffassung"[64] eingestuft. Doch war er in der Zwischenkriegszeit zu lange vom Militär fern gewesen und konnte daher die Wandlungen des modernen Kriegs nicht mehr in vollem Umfang nachvollziehen oder gar in der militärischen Praxis umsetzen. Während seiner Zeit in Rußland wurde Andrian als höchste Auszeichnung lediglich die Spange zum Eisernen Kreuz 1. Klasse verliehen[65]. Für einen Oberst und stolzen Max-Joseph-Ordensträger war dies nur ein geringer beruflicher Erfolg. Solange Bechtolsheim Divisionskommandeur war, blieben Andrians fachliche Schwächen verborgen. Als jedoch Anfang 1943 mit Generalmajor Hans Freiherr von Falkenstein und Generalmajor Rudolf Busich kurze Zeit hintereinander zwei neue Leute die Division führten und somit „frischer Wind" in die Einheit kam, wurden die Beurteilungen Andrians katastrophal, so daß man ihn im August 1943 als Kommandeur des Grenadierregiments[66] 747 ablöste.

Die Einträge in Andrians Tagebuch lassen vermuten, daß die ausschlaggebenden Gründe für seinen Leistungsabfall im Tod von zwei seiner Söhne, in der sich abzeichnenden deutschen Niederlage, in der dauernden nervlichen Belastung des Partisanenkriegs und nicht zuletzt auch in den vielen persönlichen Eindrücken dieses Kriegs zu suchen sind[67]. „Verbraucht in 25 Monaten Rußlandkrieg", befand sein

---

[61] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/6, Eintrag vom 19. 8. 1943. Andrian wußte, daß Busich auf seine Ablösung hinarbeitete (vgl. ebenda, Einträge vom 18., 20. und 29. 6. 1943). Trotzdem war er beim ersten persönlichen Treffen von Busich in gewisser Weise angetan.

[62] So der Zusatz des Oberbefehlshabers der 2. Panzerarmee, Generaloberst Rudolf Schmidt, bei einer Beurteilung Bechtolsheims, in: BA-MA, Pers. 6/1616. Bechtolsheim fand für den Rest des Kriegs keine Verwendung mehr. Allerdings hatte er auch mit einer Krankheit zu kämpfen, wie Andrians Eintrag vom 22. 12. 1942 belegt (BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/5).

[63] BA-MA, Pers. 6/10239, Zwischenbeurteilung zu Korück 532 IIa, Nr. 497/43, geh. v. 2. 9. 1943.

[64] Ebenda, Beurteilung zum 1. 4. 1943.

[65] Für die militärischen Auszeichnungen im Zweiten Weltkrieg vgl. v.a. Kurt-G. Klietmann, Auszeichnungen des Deutschen Reiches 1936–1945. Eine Dokumentation ziviler und militärischer Verdienst- und Ehrenzeichen, Stuttgart [8]1996.

[66] Im Oktober 1942 wurden alle Infanterieregimenter des Heeres in Grenadierregimenter umbenannt.

[67] Zu den letzten beiden Punkten vgl. die folgenden Kapitel.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Divisionskommandeur Busich dann auch sehr treffend. Mit nur einem Wort kommentierte Andrian dieses Urteil: „Unerhört"[68]. Er selbst hatte stets das „unerschütterte Bewußtsein, Gutes geleistet zu haben"[69].

Nach dieser persönlichen Niederlage wurde Andrian im Spätherbst 1943 für kurze Zeit zur Feldkommandantur 529 (Bordeaux) nach Frankreich kommandiert. Eine neue längerfristige Verwendung fand er ab Januar 1944 als Feldkommandant von Bjelovar in Kroatien, bevor er ab November 1944 die Stellung des Feld- und Stadtkommandant von Agram einnahm. Im Mai 1945 geriet Andrian in jugoslawische Kriegsgefangenschaft. 1949 verurteilte ihn ein jugoslawisches Gericht als Kriegsverbrecher zunächst zum Tode, dann aber nach Berufung zu 20, später zu 15 Jahren Zwangsarbeit[70]. Bereits zwei Jahre später wurde er begnadigt. Andrian kam im Oktober 1951 nach Deutschland zurück und starb am 20. August 1977 im Alter von 91 Jahren in München.

Judenerschießungen

Lange Zeit ging man in der Forschung von einer strikten Arbeitsteilung zwischen der Wehrmacht und den berüchtigten Einsatzgruppen des SD und der Sicherheitspolizei während des „Unternehmens Barbarossa" aus: Die Wehrmacht übernahm die rein militärischen Aufgaben, die Einsatzgruppen führten den Weltanschauungskrieg im Rücken der Front und töteten dabei bis Anfang 1942 etwa 500.000 Juden. Erst Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre erfolgte in der Forschung ein Paradigmenwechsel. Die Arbeiten von Christian Streit und Krausnick/Wilhelm legten die Übereinkunft und die Kooperation der Wehrmacht mit den Mordkommandos Himmlers in mannigfaltiger Weise offen[71]. Diese Zusammenarbeit konnte sich beispielsweise auf Absperrkommandos der Wehrmacht bei Massenerschießungen oder auf logistische Hilfe für die Einsatzgruppen erstrecken. Weitere Verflechtungen bis hin zur direkten Beteiligung wurden in den 1990er Jahren von Walter Manoschek

[68] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/6, Eintrag vom 25. 8. 1943.

[69] Ebenda.

[70] Der Anlaß für diesen Prozeß sowie sein Ergebnis konnten nicht ermittelt werden. Wahrscheinlich handelte es sich um die Kriegsverbrecherprozesse 1949 in Vršac (Werschetz). Diese Prozesse erreichten die internationale Öffentlichkeit relativ unerwartet, und es haftete ihnen bald das Odium der Kollektivanklage an, da insgesamt 1024 Kriegsgefangene vor Gericht standen, die während der ersten jugoslawischen Prozesse von 1946/47 völlig unbehelligt geblieben waren. Der deutschen Bundesregierung gelang es, im Rahmen der Verhandlungen eines deutsch-jugoslawischen Handelsvertrags 1949/50, alle Angeklagten der Prozesse von Vršac bis 1953 zu repatriieren. Eine moderne deutschsprachige Darstellung zu den Prozessen in Vršac fehlt. Vgl. daher Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien 1949–1953, Band I/2, München 1964.

[71] Vgl. Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941–1945, Bonn 1991 (zuerst Stuttgart 1978); Helmut Krausnick/Hans-Heinrich Wilhelm, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942, Stuttgart 1982.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Hannes Heer im Falle von Serbien und Weißrußland nachgewiesen[72]. Heer ging dabei so weit, von einem „Vernichtungsprogramm der Wehrmacht"[73] zu sprechen. Gerlach hat zwar diese pauschale These Heers widerlegt, doch kam auch er zu dem Schluß, daß die Wehrmacht – namentlich die 707. Infanteriedivision – während des Herbsts 1941 in Weißrußland den Tod vieler tausend Juden auf dem Land direkt zu verantworten hatte[74]. Diese Division unterschied sich, so Gerlach, wenig von den Mordkommandos des SD und der Polizei.

Für diesen Völkermord in Weißrußland hatte die Wehrmacht offenbar weder eine Weisung vom Oberkommando des Heeres (OKH) noch einer anderen Dienststelle erhalten, das heißt, die Verantwortlichen vor Ort handelten auf eigene Initiative[75]. Eine entscheidende Rolle fiel dabei dem Kommandanten in Weißruthenien und Kommandeur der 707. Infanteriedivision, Generalmajor Bechtolsheim, zu[76]. Was seine Befehle und Anordnungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung betrifft, so waren diese innerhalb der Wehrmachtsgeneralität einzigartig in ihrer Häufigkeit und Radikalität[77]. Sie hatten im Grunde alle die gleiche Botschaft: Die Juden seien die „Todfeinde" der Deutschen und daher zu vernichten. Insgesamt dürften von Truppenteilen der 707. Infanteriedivision allein im Herbst 1941 über 10.000 Juden ermordet worden sein[78]. Hinzu kamen noch mehrere tausend Opfer durch Polizeieinheiten und litauische Hilfsmannschaften, welche temporär dem Stab der 707. Infanteriedivision in dessen zusätzlicher Eigenschaft als Stab des Kommandanten von Weißruthenien unterstellt waren. Seinen eigenen Einheiten überließ Bechtolsheim offenbar einen gewissen Spielraum, denn ein genauer Befehl ist nicht bekannt, wie die von ihm geforderte „restlose Ausmerzung dieses volksfremden Elements"[79] zu geschehen habe. Gerlach weist in diesem Zusammenhang auf die „mit großer Befehlsgewalt

---

[72] Vgl. Manoschek, Serbien; Heer, Killing Fields, in: Ders./Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg.

[73] Ebenda, S. 74.

[74] Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, besonders S. 609–628.

[75] Vgl. ebenda, S. 620.

[76] Bereits im April 1939 wurde Bechtolsheim in einer militärischen Beurteilung eine „positive [...] Einstellung zum nationalsozialistischen Staat" attestiert. Vor 1942 waren positive Bemerkungen in Beurteilungsschreiben sehr ungewöhnlich, was wiederum Rückschlüsse auf die Einstellung Bechtolsheims zuläßt. Vgl. BA-MA, Pers. 6/1616.

[77] Drei Beispiele seien hier erwähnt. Am 10. 9. 1941 gab er an: „Die jüdische Bevölkerung ist bolschewistisch und zu jeder deutschfeindlichen Haltung fähig. Zu ihrer Behandlung bedarf es keiner Richtlinien." Am 16. 10. 1941 befahl er „dafür zu sorgen, daß die Juden restlos aus den Dörfern entfernt werden. Es bestätigt sich immer wieder, daß sie die einzigen Stützen sind, die die Partisanen finden. Ihre Vernichtung ist daher rücksichtslos durchzuführen." Schließlich am 19. 10. 1941 wohl die radikalste Anweisung: „Die Juden sind unsere Todfeinde. Sie sind aber keine Menschen mehr im europäischen Kultursinn, sondern von Jugend auf zu Verbrechern erzogene und von Jugend auf geschulte Bestien. Bestien aber müssen vernichtet werden." Zit. nach Heer, Nicht Planer, in: Förster/Hirschfeld (Hrsg.), Genozid, S. 82.

[78] Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 619, der Bezug auf den undatierten sogenannten „Burkhardt-Bericht" (Bericht des KdS [Kommandeurs der Sicherheitspolizei]-Minsk) nimmt. Vgl. auch Archiv des Instituts für Zeitgeschichte/München (künftig: IfZ-Archiv), Fb 104/2.

[79] BA-MA, RH 26-707/2, Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt. Ia. Minsk, den 10.11.41, Monatsbericht vom 11.10.–10. 11. 1941.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ausgestatteten Ortskommandanturen"[80] hin, die sich entweder entschieden, die Juden zu erschießen oder in Ghettos zu überführen. Zu bedenken ist jedoch, daß zwischen den Befehlen Bechtolsheims und den Ortskommandanturen noch zwei weitere Hierarchieebenen mit Einfluß auf die Entscheidungen lagen: Die Regimenter und die Bataillone. Am Beispiel Andrians läßt sich die Größe dieses Spielraums ermessen.

Als Andrian im August 1941 in den Osten kam, waren seine ersten Beschreibungen der dortigen „schmutzigen" Städte unterlegt von einem unterschwelligen Argwohn gegenüber den dort lebenden Juden[81]. Bei seiner ersten Diensteinweisung in Minsk erklärte ihm der dortige Feldkommandant, Generalmajor Wilhelm Stubenrauch, die Stellung der Juden in Weißrußland. Sie hätten durch Denunziationen „ihre Gegner u[nd] fast die ganze Intelligenz" beseitigt und „die übrige Bevölkerung in Angst" gehalten. Die Weißrussen hätten „heute [...] noch Angst vor den Juden"[82]. Für Andrian müssen sich damit seine bisherigen Vorstellungen wie auch die der offiziellen NS-Propaganda bestätigt haben. Daher gab es für ihn keinen Zweifel: Der Widerstand gegen die Deutschen wurde hauptsächlich von „den" Juden getragen[83]. Vom damals stereotypen Feindbild Jude gleich Partisan bzw. Partisanenhelfer war er völlig überzeugt[84]. So fehlt in seinen Tagebuchaufzeichnungen auch jegliche Kritik an den radikalen antisemitischen Befehlen Bechtolsheims. Schließlich hatte jener auch empfohlen, bei Sabotageakten in Dörfern sofort die dortigen Juden zu „vernichten", da man anschließend ein „freies Aufatmen" der Bevölkerung verspüren würde[85].

---

[80] Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 615. Es ist allerdings nicht richtig, daß die Ortskommandanturen ausschließlich von Truppenteilen der 707. Infanteriedivision gestellt wurden. Einige Ortskommandanturen wurden von Offizieren der 707. Infanteriedivision geleitet, andere jedoch von bodenständigen Behörden, die zwar dem Divisionsstab unterstellt waren, allerdings in dessen Eigenschaft als Kommandant in Weißruthenien. Die abgedruckte Befehlsstruktur in: Verbrechen der Wehrmacht, Ausstellungskatalog 2002, S. 137, ist somit nicht die Befehlsstruktur der 707. Infanteriedivision, sondern die des Kommandanten in Weißruthenien. Dies geht klar aus den Namensnennungen in Andrians Tagebuch hervor, wo er sich außerdem einmal beschwerte, daß der Ortskommandant von Sluzk „seine Befugnisse auf Truppeneinheiten auszudehnen" versuche (BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 20. 11. 1941). Vgl. außerdem BA-MA, RH 26-707/5, Offizierstellenbesetzung der 707. Inf.-Division nach dem Stande vom 15. 6. 1942.

[81] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Einträge vom 8. und 9. 8. 1941 sowie Eintrag vom 2. 10. 1941.

[82] Ebenda, Eintrag vom 23. 8. 1941.

[83] Vgl. auch allgemein Jürgen Förster, Das Unternehmen „Barbarossa" als Eroberungs- und Vernichtungskrieg, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg (künftig: DRZW), Band 4, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Stuttgart ²1983, S. 413–447, hier S. 427 f., sowie Heer, Killing Fields, in: Ders./Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 68 f. Heer behauptet, daß die deutschen Offiziere sich im Osten an das Trauma von 1918/19 erinnert fühlten und überall das „Gift der jüdischen Zersetzung" witterten. Diese These findet sich zwischen den Zeilen im Tagebuch Andrians bestätigt.

[84] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Einträge vom 10. und 12. 10. 1941.

[85] Vgl. Lagebericht des Kommandanten in Weißruthenien vom 19. 10. 1941, auszugsweise abgedruckt in: Verbrechen der Wehrmacht, Ausstellungskatalog 2002, S. 138.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei den „Befriedungsmaßnahmen" kamen daher bei Andrian keinerlei ethisch-moralische Bedenken gegen die Morde auf[86]. Voller Verachtung schrieb er über eine Ortsdurchsuchung durch Männer des Reichsarbeitsdiensts (RAD) und der Luftwaffe: „2 Juden [und] 3 Jüdinnen waren auch gefunden worden, machten einen kläglichen Eindruck. Kein Wunder, wenn einem der Tod bevorsteht."[87] Untergebene mit antisemitischen Einstellungen unterstützte er. So war er voll des Lobes für den Chef seiner 2. Kompanie und vergaß dabei nicht, dessen antijüdische Maßnahmen herauszustreichen: „O[ber]l[eutnant] Müller [...] regiert tüchtig, hat ein Ghetto errichtet, bäckt sehr gutes Brot u[nd] hat regen Streifendienst."[88] Wenn Andrians Regiment Juden ermordete, so waren dies fast ausschließlich „Repressalmaßnahmen". Dazu zählen auch die Judenerschießungen in der kleinen Gemeinde Cieplen vom 5. Dezember 1941, übrigens das einzige bisher von der Forschung konkret nachgewiesene Massaker des Regiments[89]. Anlaß für das Blutbad waren Überfälle auf zwei Streifen des Regiments, bei dem drei Tote und drei Verwundete zu beklagen waren[90]. Andrian vermutete deswegen: „Ob Kunde im Spiele ist, daß die Streife der 11. K[om]p[anie] zum 2ten Mal so überraschend angeschossen wurde?"[91] Die „Schuldigen" waren mit den Juden in Cieplen schnell gefunden. Wie viele Juden insgesamt im Rahmen solcher Repressalmaßnahmen durch Soldaten des Infanterieregiments 747 erschossen wurden, läßt sich nicht mehr genau rekonstruieren, denkbar sind einige hundert Opfer.

Bemerkenswert ist freilich, daß Andrian Judenerschießungen als Geisel- und Repressalmaßnahmen akzeptierte, während er bei den systematischen Massenerschießungen des SS- und Polizeiapparats eine völlig andere Haltung einnahm[92]. Die Forschung konstatierte zu Recht den fließenden Übergang von Repressal- und Geißelerschießungen zu systematischen Erschießungen der Juden, doch für Andrian bestand genau an diesem Punkt eine Grenze. Für ihn war es ein großer Unterschied, ob die Juden als „Feinde" der Deutschen erschossen wurden oder „einfach auf der Straße aufgegriffen u[nd] ohne ersichtlichen Grund beseitigt"[93] wurden. In diesem Falle war für ihn der Mord nicht zu rechtfertigen, da er in keinem ursächlichen Zusammenhang mit „deutschfeindlichen" Handlungen stand. Die Juden waren für den Antisemiten Andrian also eine Bevölkerungsgruppe, die zwar als bevorzugte

[86] Vgl. vor allem die betreffenden Einträge im Oktober 1941 in BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1.

[87] Ebenda, Eintrag vom 24. 10. 1941.

[88] Ebenda, Eintrag vom 1. 9. 1941. Vgl. auch ebenda, Einträge vom 26.8. und 24. 9. 1941.

[89] Vgl. Martin Dean, Jewish property seized in the occupied Soviet Union in 1941 and 1942: The records of the Reichshauptkasse Beutestelle, in: Holocaust and Genocide Studies 14 (2000), S. 83–101, hier S. 88. Mit Hilfe der von Dean angegebenen Dokumente, den Einzahlungen des Regiments an die Reichshauptkasse, lassen sich aber keine genauen Opferzahlen bestimmen.

[90] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Einträge vom 28., 29. und 30.11. sowie vom 1. und 10. 12. 1941.

[91] Ebenda, Eintrag vom 30. 11. 1941.

[92] Zu dieser Unterscheidung vgl. auch Jürgen Förster, Die Sicherung des „Lebensraumes", in: DRZW, Band 4, S. 1030–1078, hier S. 1044.

[93] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 3. 9. 1941.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Opfer zu Geisel- und Repressalerschießungen herangezogen werden sollte, doch mußte man sie nicht per se ermorden. Wahrscheinlich ist diese Einstellung Andrians eher typisch für das Verhalten des Offizierskorps der Wehrmacht und der Grund für dessen partielle Einbindung, Unterstützung oder gar Beteiligung am Holocaust.

Vom Mordauftrag der Einsatzgruppen war Andrian als zweithöchster Offizier des Heeres im Generalkommissariat Weißruthenien vorher nicht offiziell unterrichtet worden[94]. Wenn er von den systematischen Judenerschießungen erfuhr, dann entweder durch die Meldungen seiner Einheiten[95] oder persönlich als Augenzeuge in Minsk[96]. Diese Massenmorde lehnte er sowohl aus moralischen als auch aus pragmatischen Gründen ab, da den Deutschen sonst die wichtigsten Arbeitskräfte verloren gehen würden[97]. „Ich kann solchen Dingen nicht zustimmen"[98], schrieb er kurz, aber bestimmt in sein Tagebuch.

In der Zeit von Mitte September bis Anfang November 1941 schob er allerdings seine Bedenken offenbar beiseite, zumindest schienen ihn die blutigen Vorgänge nicht weiter interessiert zu haben. In diese Zeit fielen auch die Massaker des Reserve-Polizei-Bataillons 11 und seiner litauischen Hilfsmannschaften im Raum Sluck, also genau im Sicherungsbereich von Andrians Regiment. Das Polizeibataillon war zu diesem Zeitpunkt aller Wahrscheinlichkeit nach der 707. Infanteriedivision unterstellt. Doch weder in Andrians Tagebuch, noch im Gerichtsprozeß nach 1945 gegen den Kommandeur des Polizeibataillons[99], noch in allen dazu erhaltenen Akten[100] findet sich ein Hinweis, daß Andrian vor dem Mordauftrag dieser Polizeieinheit instruiert worden oder gar irgendwie daran beteiligt gewesen wäre. Lediglich die Zahl von 5900 erschossenen Juden taucht in seinen Aufzeichnungen auf. Offenbar hatte er diese nur nachträglich aufgrund eines schriftlichen Lageberichts erfahren[101].

Als verantwortungsbewußter Kommandeur hätte er sich freilich genauer über Massenverbrechen in seinem Sicherungsbereich informieren müssen. Doch er verschloß lieber die Augen davor und wollte offensichtlich mit solchen unangenehmen Dingen

---

[94] Ebenda. Heer behauptet, „daß die Juden ausgerottet würden, wußte und billigte die Wehrmacht vom ersten Tag an". Vgl. Hannes Heer, Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Ders./Naumann, Vernichtungskrieg, S. 104–138, hier S. 115. Heer bezieht sich in dieser Aussage explizit auf die Truppe vor Ort, ohne einen stichhaltigen Beweis dafür anzugeben. Diese These ist aber, zumindest für Weißruthenien, nicht haltbar.

[95] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 14. 9. 1941.

[96] Ebenda, Eintrag vom 3. 9. 1941.

[97] Ebenda.

[98] Ebenda, Eintrag vom 14. 9. 1941.

[99] Hessisches Staatsarchiv Marburg, 274 Kassel Acc. 1996/57, Nr. 65.

[100] Zu den Morden des Reserve-Polizei-Bataillons 11 mit den Unterstellungsverhältnissen vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 611–614; Knut Stang, Hilfspolizisten und Soldaten: Das 2./12 litauische Schutzmannschaftsbataillon in Kaunas und Weißrußland, in: Müller/Volkmann (Hrsg.), Wehrmacht, S. 858–878.

[101] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 6. 11. 1941. Die Zahl ist mit der von der Division im Monatsbericht angegebenen identisch. Vgl. BA-MA, RH 26-707/2, Kommandant in Weißruthenien/Abt. Ic, Anlage 4 zum Monatsbericht vom 11. 10.–10. 11. 41, Minsk 10. 11. 41.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nicht belastet werden. Letztlich war er wohl froh, wenn die Wehrmacht aus diesen Erschießungen herausgehalten wurde. So notierte er über ein Massaker in Sazk Anfang Oktober 1941 augenscheinlich beruhigt: „Die Wehrmacht hat nicht geschossen."[102] Auch „Absperrdiensten" versuchte er aus dem Weg zu gehen und schrieb erleichtert über die Anfrage einer Polizeieinheit: „Gott sei Dank, Div[ision] lehnt Beihilfe = Absperrung der 9. K[om]p[anie] bei Juden Umlegung ab."[103] Wenn er jedoch von oben den Befehl dazu erhielt, kam er ihm nach[104]. Beihilfe zum Mord konnte er offenbar eher mit seinem Gewissen vereinbaren als Befehlsverweigerung[105].

Erst als Anfang November die ersten Deportationen von Juden aus Deutschland in Weißrußland eintrafen und Ende November bei der „Räumung" des Minsker Ghettos 12.000 weißrussische Juden ermordet wurden, begann sich Andrians Unbehagen wieder zu rühren. Der Völkermord hatte nun eine neue Stufe erreicht, da es nun auch die Juden aus seiner Heimat traf[106]. Spätestens jetzt wollte Andrian das nicht mehr ignorieren, er lehnte nun alle Erschießungen kategorisch ab und nannte sie „eine schreckliche Sache"[107]. Mit dieser Meinung blieb er nicht allein. „Alle, die wir darüber uns unterhielten, waren der gleichen Meinung: Wir verurteilen diese Erschießungen, sie sind eines Kulturvolkes, wie wir es doch sein wollen, unwürdig"[108], beschrieb Andrian ein Gespräch im Kreise seiner Offizierskameraden während einer Feier. Dem SS- und Polizeiführer in Weißruthenien, SS-Brigadeführer Carl Zenner, trug er seine Bedenken in dieser Sache vor, ohne daß er damit viel erreichen konnte[109]. Mit solchen vorsichtigen Einwänden hatte jedoch seine Opposition ein Ende. Letztlich waren Andrians Skrupel nie so groß, daß er das Schicksal der Juden über das seiner eigenen Person gestellt hätte.

Welche Folgen aber ergaben sich aus Andrians vorsichtiger Distanziertheit gegenüber den Massakern für die ihm unterstellte Einheit? Wie weit führte auch sein Regiment Massenerschießungen durch, stellte also nicht „nur" Absperrpersonal oder nahm Juden „lediglich" als bevorzugte Repressalopfer? In Andrians Tagebuch läßt sich explizit nur ein Eintrag finden, der eine direkte Beteiligung seines Regiments belegt. Dieser betraf den bereits erwähnten Oberleutnant Müller der 2. Kompanie, der in seinem antisemitischen Übereifer sogar einen Regimentsbefehl überging und seine Solda-

---

[102] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 5. 10. 1941.

[103] Ebenda, Eintrag vom 7. 11. 1941.

[104] Ebenda, Eintrag vom 4. 10. 1941, sowie BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Eintrag vom 4. 2. 1942.

[105] Aufschlußreich ist hierfür Andrians Eintrag vom 9. 6. 1943 (BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/6). Er forderte von einem Richter, dem Gesetz genüge zu leisten, auch wenn durch Gesetzesbruch menschliches Leben gerettet werden könnte. Es ist daher undenkbar, daß er für sich als Offizier eine andere Meinung in Bezug auf Befehl und Gehorsam vertrat.

[106] Die deutschen Juden in Minsk wurden zumeist erst im Frühjahr 1942 ermordet. Vgl. allgemein dazu Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 747–761. Andrian berichtet aber schon am 6. 11. 1941 von einer geplanten Erschießung von 18000 deutschen Juden in Kojdanow durch litauische Hilfsmannschaften. Vgl. BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 6. 11. 1941.

[107] Ebenda, Eintrag vom 28. 11. 1941.

[108] Ebenda, Eintrag vom 29. 11. 1941.

[109] Dies ergibt sich aus dem Eintrag vom 21. 2. 1942 (BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2).

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten an den Aktionen der Sicherheitspolizei teilnehmen ließ[110]. Bezeichnenderweise wurde Müller wegen dieses wiederholten Vergehens von Andrian nur ermahnt.

Neben der 2. Kompanie des Infanterieregiments 747 liegen auch Verdachtsmomente gegen die 7. Kompanie vor – übrigens die einzige Einheit des Regiments, gegen die nach 1945 ein Ermittlungsverfahren wegen der Teilnahme an Judenmassakern lief[111]. Dieses Verfahren wurde Ende 1968 von der Staatsanwaltschaft Straubing eingeleitet, weil ein Sanitäter dieser Kompanie gegen seine ehemaligen Kameraden ausgesagt hatte. Seine Angaben waren allerdings sehr vage und ungenau. Von den insgesamt zehn vernommenen Zeugen bestätigten alle in unterschiedlichem Maße die Beteiligung dieser Kompanie an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung, einige auch die Kommandierung zu Absperrdiensten bei Judenerschießungen. Die direkte Beteiligung an Massakern gab aber nur noch ein weiterer zu. Soweit es ihm „noch leise in Erinnerung" war, war dies der 3. Zug der Kompanie[112]. Möglicherweise handelte es sich hierbei um die Judenerschießung in Hresk. In Andrians Tagebuch ist dieses Massaker belegt, über die Täter schweigt er sich aber aus[113]. Das Verfahren der Staatsanwaltschaft Straubing wurde nach wenigen Monaten eingestellt, da alle in Frage kommenden Personen im Krieg gefallen waren.

Wie sich zusammenfassend feststellen läßt, fehlt ein Beweis für eine Beteiligung des Infanterieregiments 747 als gesamter Einheit an der systematischen „Säuberung des flachen Landes" von Juden[114]. Fast alle Judenmorde dieser Einheit erfolgten wohl im Rahmen von „Befriedungsaktionen", das heißt, es waren keine systematischen Massaker wie bei den Einsatzgruppen mit dem Ziel der Erschießung der gesamten jüdischen Bevölkerung. Andrian dagegen verbot seinem Regiment dezidiert die Beteiligung an „Judenaktionen"[115]. Wann er diesen Befehl erließ, läßt sich nicht mehr genau rekonstruieren, vermutlich war es im November 1941, also in jener Zeit, als Andrian erstmals mit der Tötung reichsdeutscher Juden konfrontiert wurde[116].

---

[110] Ebenda, Eintrag vom 3. 2. 1942.

[111] BA-Außenstelle Ludwigsburg, 202 AR 1407/68.

[112] Ebenda, Bl. 59.

[113] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 16. 10. 1941.

[114] Die Behauptung, daß „bei den Aktionen auf dem Land offenbar das 747. Infanterieregiment [...] beteiligt" (Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 616) war, findet hiermit zwar eine Bestätigung. Allerdings mordete das Infanterieregiment 747 in weit geringerem Maße als offenbar angenommen. Zu Gerlachs Quellenangaben (vgl. ebenda, Anm. 645) ist folgendes zu sagen: 1. Der Lagebericht vom 16. 10. 1941 ist nur sehr allgemein gehalten. 2. Der Brief des Soldaten Xaver M. vom Infanterieregiment 747 sagt über die Täter der Morde nichts aus. 3. Die Überweisungen des Regiments an die Reichshauptkasse vom 20. 11. 1942 sind als Beweis völlig wertlos. Wie Gerlach selbst wenige Seiten zuvor schreibt, lassen sich „genaue Bezüge zu einzelnen Judenvernichtungsaktionen [...] jedoch wegen der großen zeitlichen Verzögerung der Einzahlungen nicht herstellen" (vgl. ebenda, S. 604, Anm. 592). Das schließt aber nicht aus, daß das eingezahlte Geld ehemaliges Vermögen von Juden gewesen sein könnte, da Soldaten die Habe der Erschossenen bisweilen einfach raubten (BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 29. 10. 1941).

[115] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Eintrag vom 4. 2. 1942.

[116] Sein Tagebuch gibt kein genaues Datum an. In einer Vernehmung während des Prozesses gegen ehemalige Angehörige des Reserve-Polizei-Bataillons 11 gab er an, diesen Befehl im Dezember 1941 erlassen zu haben, als eine Polizeieinheit an sein III. Bataillon mit der Bitte herantrat,

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Anteil des Infanterieregiments 747 an der Ermordung von über 10.000 Juden, welche der 707. Infanteriedivision zu Last gelegt wird, ist somit relativ gering; der Großteil der Opfer geht eindeutig auf das Konto des Infanterieregiments 727, des anderen Regiments der Division[117]. Eigentlich sollten in dessen Sicherungsabschnitt „in erster Linie die Litauischen Komp[anien]" eingesetzt werden, um „die Juden restlos aus den Dörfern [zu] entfernen"[118]. Doch offenkundig wollte das Regiment diesem Auftrag durch eigene Initiative zuvorkommen[119].

Es ist bemerkenswert, wie ungleich diese beiden Regimenter agierten. Erklären läßt sich dieser Unterschied auch mit der Person ihrer Kommandeure. Gerlach deutet bereits vorsichtig an, daß der Kommandeur des Infanterieregiments 727, Oberstleutnant d.R. Josef Pausinger, „eine besondere Rolle" bei der Ermordung der Juden spielte[120]. Außer den Karrieredaten weiß man aber über diesen Offizier wenig[121], immerhin ließ sich ermitteln, daß Pausinger ab dem 1. Mai 1933 Mitglied der NSDAP war[122]. Das allein erklärt noch nicht sein Verhalten in Weißrußland. Doch fällt auf, daß die Erschießungen von Juden durch das Infanterieregiment 727 um den Jahreswechsel 1941/42 aufhörten[123]. Sicherlich liegt ein Grund darin, daß Bechtols-

---

Absperrpersonal zu stellen. Die entsprechenden Einträge in seinem Tagebuch lassen sich allerdings schon am 6. und 7. 11. 1941 finden.

[117] Für die Morde des Infanterieregiments 727 vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 617 f.; Heer, Nicht Planer, in: Förster/Hirschfeld (Hrsg.), Genozid, S. 90. Dieser Unterschied innerhalb der Division wurde bereits vorsichtig angedeutet. Vgl. ebenda sowie Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 615 f. Allerdings versuchte keiner der beiden, diesen Unterschied aufzuklären.

[118] US Holocaust Memorial Museum (künftig: USHMM), RG-53.002 M, reel 1 (Original: Staatsarchiv Belarus Minsk (künftig: GARB), 378-1-698), Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt. Ia., Minsk, den 16. 10. 1941.

[119] Den Unterschied zwischen den beiden Regimentern zeigen auch die Ermittlungen der ehemaligen Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg. Für das Regiment 747 liegt nur der einzige im Text genannte Fall vor, für das Regiment 727 sind es derer acht. Vgl. BA-Außenstelle Ludwigsburg, 202 AR 2134/66, 202 AR-Z 67/60, 202 AR-Z 60/60, 202 AR-Z 94e/59, 202 AR 116/57, 202 AR 2403/65, 202 AR 1837/69, 202 AR-Z 337/67.

[120] Diese Feststellung findet sich versteckt in einer Fußnote. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 616, Anm. 647.

[121] Josef Pausinger, geb. am 5. 12. 1890 in Landshut, 1912 bayerischer Leutnant, 1914/18 Weltkriegsteilnahme, 1920 als Hauptmann aus der Armee ausgeschieden, Landwirt, als Major d.R. und Bataillonskommandeur Teilnahme am Westfeldzug, November 1940 Oberstleutnant d.R., Mai 1941 Kommandeur des Infanterieregiments 727, Januar 1942 Kommandeur des Infanterieregiments 339, Juni 1942 Oberst d.R., Februar 1944 im Bereich des Generals z.b.V. IV beim OKH/AHA [Allgemeines Heeresamt], Mai 1944 Kommandeur in der Gruppe Wehrmachtstreifendienst beim Wehrmachtbefehlshaber Niederlande, Ritterkreuzträger.

[122] BA-Außenstelle Zehlendorf, Personalakte Josef Pausinger. Auch wenn er weder ein Nationalsozialist der ersten Stunde noch ein exponiertes und besonders aktives Mitglied war, so ist doch anzunehmen, daß sein Eintritt aus politischer Überzeugung erfolgte. Denn als Gutsbesitzer erwuchs ihm durch eine Parteimitgliedschaft kaum ein beruflicher Vorteil. Pausinger war außerdem Hauptsturmführer der SA.

[123] Der Gebietskommissar von Slonim, Gerhard Erren, merkte in seinem Lagebericht vom 25. 1. 1942 an, daß die „Wehrmacht nicht mehr bereit ist, Aktionen auf dem flachen Lande [gegen Juden] durchzuführen". Slonim lag im Sicherungsbereich des Infanterieregiments 727. Der Bericht ist abgedr. in: Ernst Klee/Willi Dreßen/Volker Rieß (Hrsg.), „Schöne Zeiten". Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer, Frankfurt 1988, S. 168.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

heim Ende November befohlen hatte, daß die „Durchführung *größerer*[124] Judenaktionen [...] nicht Aufgabe der Einheiten der Division" sei, wobei er aber gleichzeitig keine prinzipiellen Bedenken gegen die Morde aufkommen ließ[125]. Doch wichtiger für das Ende der Judenmorde großen Stils seitens der 707. Infanteriedivision war wohl der Kommandeurswechsel beim Infanterieregiment 727[126]. Ab Januar 1942 führte Oberst Maximilian Lasalle von Louisenthal dieses Regiment. Er hatte moralische Bedenken, „insbesondere auf Frauen u[nd] Kinder zu schießen"[127], und verbot, wie Andrian auch, seinem Regiment die Teilnahme an den Massakern[128].

Daraus läßt sich nur ein Schluß ziehen: Jeder Kommandeur hatte beträchtliche Einflußmöglichkeiten darauf, ob und wie weit „seine" Soldaten sich an den Massenmorden beteiligten oder nicht. Dieser Handlungsspielraum wurde selbst in einer Division wie der 707. unterschiedlich genutzt. Andrian war in diesem Punkt ein eher mäßigendes Element und versuchte, so weit es ihm möglich schien, seine Einheit aus den Massakern herauszuhalten. Beim Kommandeur des Regiments 727, Oberstleutnant Pausinger, bestanden offenbar keinerlei moralische Bedenken[129]. Die einfachen Soldaten mußten für die Morde oftmals nicht einmal speziell motiviert werden: „Die Judenhetze bei uns hat ihre Früchte gezeitigt, keiner hat das Gefühl, daß der Jud[e] auch ein Mensch"[130] ist. So beschrieb Andrian die Mentalität dieser Truppe.

Vielleicht kann man Andrian am besten als „Grauzonentäter"[131] bezeichnen. Den Charakter eines eiskalten Massenmörders hatte er jedenfalls nicht. Vor den Reichs-

---

[124] Hervorhebung durch den Verfasser.

[125] Zit. nach Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 618. Bechtolsheim gab in dem gleichen Befehl bekannt, daß derartige Aktionen von ihm selbst befohlen werden würden, falls besondere Einheiten zur Verfügung stünden. Außerdem sprach Bechtolsheim nur von *„größeren* Judenaktionen".

[126] Heer spricht vom Abbruch des Tötungsprogramms der Wehrmacht Ende November 1941, da die Wehrmacht wegen der sowjetischem Winteroffensive jeden Mann benötigte und man sich somit auf die rein militärischen Aufgaben beschränken mußte. Vgl. Heer, Killing Fields, in: Ders./Naumann (Hrsg.) Vernichtungskrieg, S. 71 f. Gegen diese These spricht aber schon allein, daß die 707. Infanteriedivision während des Winters 1941/42 in ihren Quartieren blieb und ihr Sicherungsraum nur unwesentlich größer wurde. Die Folgen der sowjetischen Winteroffensive werden in Andrians Tagebuch erst Mitte Januar 1942 ein Thema. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 615, meint hingegen, daß die Tötungen im Dezember 1941 nicht aufhörten.

[127] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Eintrag vom 4. 2. 1942.

[128] BA-Außenstelle Ludwigsburg, 202 AR 2134/66, Bl. 34/35. Zeugenvernehmung Kurt K. vom 4. 4. 1967. Hilbergs Aussage ist falsch, daß Louisenthal als Kommandeur des Infanterieregiments 727 (von Hilberg überdies fälschlich als 724. Infanterieregiment bezeichnet) die Massenerschießungen mitzuverantworten hatte, da im Zeitraum der Judenmorde, wie oben gesehen, Pausinger dieses Regiment führte. Vgl. Raul Hilberg, Wehrmacht und Judenvernichtung, in: Walter Manoschek (Hrsg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996, S. 23–38, hier S. 28.

[129] Pausinger wollte vom Reserveoffizierskorps in das aktive Offizierskorps übernommen werden und vermutlich durch eine harte Haltung in der „Judenfrage" seine Karrierechancen verbessern. BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 10. 8. 1941.

[130] Ebenda, Eintrag vom 24. 10. 1941.

[131] Vgl. in diesem Zusammenhang auch Browning, Männer, S. 243 ff., der sich bei dem Ausdruck „Grauzone" auf Primo Levi bezieht.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Gauleitern sagte Heinrich Himmler 1943: „Der Satz ‚Die Juden müssen ausgerottet werden' mit seinen wenigen Worten [...] ist leicht ausgesprochen. Für den, der durchführen muß, was er fordert, ist es das Allerhärteste und Schwerste, was es gibt."[132] Andrian hatte 1918 genau diesen Satz „leicht ausgesprochen". In Weißrußland hätte sich ihm im Herbst 1941 die „Chance" eröffnet, die „Ausmerzung des Judentums" persönlich voranzutreiben. Doch als es soweit war, befielen ihn moralische Bedenken, und er lehnte zumindest den systematischen Völkermord ab[133]. „Die Toten sind ein bißchen viel, ich bin nicht mehr so widerstandsfähig gegen diese Eindrücke wie früher"[134], umriß er seinen seelischen Zustand. Im Grunde war er einer jener Menschen, die Himmler so sehr verachtete, da sie nicht das nötige „Format" mitbrachten, um diese „Aufgabe" zu lösen. Die Mordeliten des Dritten Reichs wußten, daß sie für den Holocaust überzeugte Täter an den Schaltstellen vor Ort brauchten. Antisemitische Offiziere wie Andrian hatten wenig Bedenken, Juden als „Repressalie" zu erschießen, auch mochten sie widerwillig Absperrpersonal für die Massaker stellen. Doch vor einem – in ihren Augen – nackten Mord schreckten sie zurück. Hier lag ein entscheidender mentaler Unterschied zwischen dem Wehrmachtsoffizier Andrian und den Führern der Einsatzgruppen. Die Opferzahlen selbst können wohl am besten beschreiben, wie die Relationen bei diesem Verbrechen ausfielen: Bis Ende 1941 dürften in Weißrußland 190.000 Juden ermordet worden sein[135], über 10.000 von der 707. Infanteriedivision. Andrians Regiment war vermutlich für die Ermordung von einigen hundert Menschen verantwortlich. Mit einer solchen Berechnung soll nichts entschuldigt oder relativiert werden. Sie zeigt aber, wie Andrians Position im Vernichtungskrieg einzuschätzen ist.

Besatzungspolitik im Zeichen des deutschen „Blitzfeldzugs" 1941

Die Judenmorde waren ein besonderes Merkmal der 707. Infanteriedivision. Die Hauptaufgabe dieser Einheit während ihrer Zeit in Rußland war aber eigentlich die Partisanenbekämpfung. Als im Sommer 1941 die Wehrmacht rasch ins Landesinnere der Sowjetunion vorstieß, hinterließ sie riesige unbesetzte Räume im Hinterland, über die man sich in Erwartung eines schnellen Sieges vor Beginn des „Unternehmens Barbarossa" von militärischer Seite wenig Gedanken gemacht hatte.

---

[132] Heinrich Himmler. Geheimreden 1933 bis 1945 und andere Ansprachen, hrsg. v. Bradley F. Smith und Agnes F. Peterson, Berlin 1974, S. 169, Rede vor den Reichs- und Gauleitern in Posen am 6. 10. 1943.

[133] Vgl. dagegen die Thesen von Heer, daß die Wehrmacht beim Mord an den Juden keinerlei moralische Bedenken gehabt hätte. Vgl. Heer, Logik, in: Ders./Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 115, und vor allem Vernichtungskrieg, Ausstellungskatalog 1996, S. 114.

[134] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Eintrag vom 19. 2. 1942. Andrian dürfte diese Aussage sowohl auf die Toten seiner eigenen Einheit bezogen haben sowie auf das Morden generell in seinem Umfeld.

[135] Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 628.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der Wehrmacht gelang es bei ihrem schnellen Vorstoß nicht, in den großen Kesselschlachten alle Soldaten der Roten Armee gefangen zu nehmen. Diese Resteinheiten, die mitunter Bataillonsstärke erreichen konnten, waren der Kern der sowjetischen Partisanen, die zwar im Sommer und im Herbst 1941 noch keinen Volkskrieg führen konnten[136], jedoch eine beträchtliche Gefahr für die schwache deutsche Besatzung sowie für die Kommunikations- und Nachschublinien zur Front bildeten[137]. Wie Gerlach zu Recht konstatiert, kann „von einem ‚Partisanenkampf ohne Partisanen' [...] zu keiner Zeit die Rede sein"[138].

Die 707. Infanteriedivision hatte von August 1941 bis Frühjahr 1942 fast das gesamte Generalkommissariat Weißruthenien mit etwa 60.000 Quadratkilometer zu überwachen[139]. Für Andrians Regiment war der Sicherungsbereich also etwa 30.000 Quadratkilometer groß. Das bedeutete, daß gut 2.000 Mann ein Gebiet von der Größe Belgiens kontrollieren sollten. Wenn Andrian 1941 relativ selten von Gefechtsberührungen mit Partisanen schrieb, so lag das daran, daß in diesen riesigen, unzugänglichen Räumen die Partisanengruppen monatelang umherstreifen konnten, ohne auch nur ein einziges Mal auf deutsche Truppen zu stoßen.

Bereits im Herbst 1941 dürften die Partisanen in Weißrußland zahlenmäßig stärker als die deutschen Sicherungstruppen gewesen sein[140]. Andrian berichtete am 25. August 1941 von örtlich „etwa 500 russische[n] Versprengte[n]"[141]. Das war etwa ein Viertel der Stärke seines gesamten Regiments! Bei seiner Ankunft in Minsk gab Andrian sich noch der Illusion hin, die ihm gestellte Aufgabe lösen zu können[142]. Bei genauer Analyse hätte ihm aber schon zu Beginn die Aussichtslosigkeit seines

---

[136] Zum deutschen Partisanenkrieg in der Sowjetunion vgl. Timm C. Richter, „Herrenmensch" und „Bandit". Deutsche Kriegsführung und Besatzungspolitik als Kontext des sowjetischen Partisanenkrieges (1941–44), Münster 1998; ders., Die Wehrmacht und der Partisanenkrieg in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, in: Müller/Volkmann (Hrsg.), Wehrmacht, S. 837–857; Matthew Cooper, The Phantom War. The German Struggle against Soviet Partisans 1941–1944, London 1979; Erich Hesse, Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941 bis 1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle, Göttingen u.a. 1969; Schulte, German Army. Zur Partisanenbekämpfung in Weißrußland vgl. auch Bernhard Chiari, Alltag hinter der Front. Besatzung, Kollaboration und Widerstand in Weißrußland 1941–1944, Düsseldorf 1998; Gerlach, Kalkulierte Morde. Für die sowjetische Seite vgl. Leonid Grenkevich, The Soviet Partisan Movement 1941–1944, London/Portland 1999; Soviet Partisans in World War II, hrsg. v. John A. Armstrong, Madison 1964.

[137] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 30. 8. 1941.

[138] Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 861. Die These „Partisanenkampf ohne Partisanen" wurde wohl am konsequentesten von Heer vorgetragen. Vgl. Heer, Logik, in: Ders./Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 107 ff.

[139] Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 215 f.

[140] Im August 1941, so schätzt man von sowjetischer Seite, sollen sich etwa 12.000 Partisanen in Weißrußland befunden haben (vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 861). Das ist mehr als doppelt so viel, wie die Verpflegungsstärke der gesamten 707. Infanteriedivision, die einen Großteil dieses Gebiets militärisch sichern sollte. Zur 707. Infanteriedivision kamen in „Weißruthenien" noch einige Landesschützenbataillone als Besatzungstruppe hinzu.

[141] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 25. 8. 1941.

[142] Ebenda, Eintrag vom 26. 8. 1941.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auftrags klar sein müssen, zumal seine nicht motorisierte Einheit[143] nur eine bescheidene Kampfkraft aufbringen konnte.

Das Problem der knappen eigenen Ressourcen glaubte man auf deutscher Seite mit radikalen Befehlen kompensieren zu können. So wollte man versprengte Rotarmisten als Freischärler behandeln und erschießen, wenn sie sich nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt bei einer deutschen Dienststelle gemeldet hatten[144]. Das Ziel dieser Aktion war klar: Unter Androhung der Todesstrafe hoffte man, möglichst viele Versprengte ohne großen Kraftaufwand „einsammeln" zu können.

Waren diese Befehle direkt gegen Versprengte gerichtet, so betrafen andere völkerrechtswidrige Befehle nur indirekt die „Partisanen", dafür aber große Teile der Zivilbevölkerung. Mit allen Mitteln sollte diese daran gehindert werden, die Partisanen zu unterstützen. Genaue Nachforschungen, wer „Partisanenhelfer" war, schienen den Deutschen zu aufwendig. Statt dessen hatten sie zwei andere Mittel in ihrem Marschgepäck: Ihre Ideologie und „unreflektiertes Vertrauen in die Methoden der Gewalt"[145].

Allerdings wollte Bechtolsheim in Weißrußland keinesfalls einen Krieg gegen die gesamte Zivilbevölkerung führen. Ihm ging es viel eher darum, alle „unerwünschten Elemente" zu beseitigen, von denen er am ehesten Hilfe für die Partisanen erwartete. Dies waren – wie bereits erwähnt – vor allem die Juden. Aber auch Polen, Zigeuner und Streckenarbeiter an der Eisenbahn wurden zu Todeskandidaten, wenn sie ohne Ausweis angetroffen wurden[146]. Bechtolsheim ging sogar so weit, daß Russen, die mit einer „Windjacke und einer Pelzmütze mit Ohrenklappen" bekleidet waren, „mindestens stark verdächtig" waren, da sie „russischen Fallschirmpartisanen" ähnlich sahen[147]. Die Bevölkerungsmehrheit, also die Weißrussen, war jedoch nach dem Willen Bechtolsheims „überall zu stützen und gegen Polen und Juden nachdrücklich zu schützen"[148]. Bei „Erschießungen von Weißruthenen" befahl der Divisionskommandeur daher „eine ausführliche Begründung hinzuzufügen"[149].

---

[143] Ebenda, Einträge vom 25. und 29. 8. sowie vom 1. 9. 1941.

[144] Ebenda, Einträge vom 7. und 23. 9. sowie vom 2. 10. 1941. Andrian scheint diesen Befehl vorrangig nur auf nicht-uniformierte Soldaten angewandt zu haben und ließ noch uniformierte Rotarmisten in ein Dulag einliefern. Vgl. ebenda, Eintrag vom 26. 9. 1941. Ansonsten würde der Eintrag vom 3. 12. 1942 keinen Sinn ergeben (BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/5). Vgl. auch Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 879.

[145] Hans Umbreit, Deutsche Militärverwaltungen 1938/39. Die militärische Besetzung der Tschechoslowakei und Polens, Stuttgart 1977, S. 137. Diese Feststellung Umbreits für das Verhalten der Deutschen in Polen gilt auch für die Sowjetunion.

[146] USHMM, RG-53.002 M, reel 1 (GARB, 378-1-698), Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 10. 10. 41, Zif. 18; Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 10. 10. 41. Zif. 8; Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 8. 10. 41, Zif. 10.

[147] Ebenda, Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 8. 10. 41.

[148] Ebenda, Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland, Abt Ia, Minsk, den 10. 10. 41, Zif. 14.

[149] Ebenda. Der Kommandant in Weißruthenien des Wehrmachtbefehlshabers Ostland. Abt Ia, Minsk, den 3. 11. 41, Zif. 3.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Generell ermahnte Bechtolsheim seine Soldaten immer wieder zu rücksichtslosem Vorgehen und tadelte selbst Andrian, daß bei einem Unternehmen „nicht hart genug zugepackt worden"[150] sei. Für jeden möglichen Widerstand kannte Bechtolsheim nur ein Mittel: Erschießen. Auch aus dem OKH war keine Mäßigung zu erwarten. Im Gegenteil: In den ersten Richtlinien zur Partisanenbekämpfung wurde die Truppe ausdrücklich dazu aufgefordert, „gegebenenfalls Terrorakte" zu begehen[151]. Alle deutschen Vorgaben richteten sich eindeutig präventiv gegen potentielle Partisanen[152] und drehten nur weiter an der Schraube der Gewalt. An eine Änderung der Besatzungspraktiken dachte im Stab der 707. Infanteriedivision in den ersten Monaten niemand. Zeitweilig schien es sogar, daß die Deutschen durch ihre brutalen Maßnahmen das besetzte Gebiet befrieden konnten. So lobte der Wehrmachtbefehlshaber Ostland, Generalleutnant Walter Braemer, Anfang Januar 1942, daß die „erste Aufgabe" der 707. Infanteriedivision, „die Befriedung des Landes, gelöst"[153] sei.

Doch waren dies Trugschlüsse, in Wahrheit wuchs die Partisanenbewegung – über all die Monate gesehen – kontinuierlich an. Diese bestand aus Resteinheiten der Roten Armee, kommunistischen Funktionären, Fallschirmjägern und Zivilisten. Sie hatten sich meist in unzugängliche Gegenden zurückgezogen, um sich dem Zugriff der Deutschen oder der Kollaborateure zu entziehen. Zur Sicherstellung der lebensnotwendigen Verpflegung überfielen sie Dörfer, bedrohten und erschossen die Bürgermeister sowie die Einwohner, „wenn sie an Deutsche Lebensmittel" abgaben[154]. Bereits in dieser frühen Phase des Partisanenkriegs war die Zivilbevölkerung zwischen die Fronten geraten, sie sollte aus dieser Zange während der gesamten Zeit der deutschen Besatzungsherrschaft nicht mehr herauskommen.

Andrian unterschied sich während der ersten Monate der Besatzung kaum von den restlichen deutschen Offizieren in Weißruthenien. Scheinbar regungslos nahm er bereits in Polen die deutschen Pläne der Volkstumspolitik hin[155], für das Leiden der Zivilbevölkerung zeigte er wenig Verständnis: „Kinder rufen überall: Bitte Brot, sehen aber nicht verhungert aus."[156] Trotzdem schien sein Verhältnis zu den Polen nicht von Haß geprägt zu sein. So beschrieb Andrian auch wie seine Soldaten „in

[150] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 23. 9. 1941.

[151] Der Oberbefehlshaber des Heeres, Gen.St.d.H./Ausb. Abt. (Ia). Nr. 1900/41, O.K.H., den 25. 10. 1941, Richtlinien für Partisanenbekämpfung, in: BA-MA, RH 26-707/3.

[152] Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 877; Richter, Herrenmensch, S. 61. Vgl. dagegen Joachim Hoffmann, Stalins Vernichtungskrieg 1941–1945, München 1996. Hoffmann sieht die deutschen Befehle als Reaktion auf das brutale Vorgehen der Partisanen.

[153] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Eintrag vom 7. 1. 1942.

[154] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Einträge vom 11. 9. und 22. 10. 1941. Allgemein vgl. Chiari, Alltag, S. 254 f.; Kenneth Slepyan, The Soviet Partisan Movement and the Holocaust, in: Holocaust and Genocide Studies 14 (2000), S. 1–27. Chiari und Slepyan weisen darauf hin, wie schwer es für Zivilisten war, sich den Partisanen anzuschließen, da diese überall Verrat witterten. So kam es vor, daß Juden, die vor den Deutschen auf der Flucht waren, von den Partisanen erschossen wurden.

[155] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 14. 8. 1941.

[156] Ebenda, Eintrag vom 7. 8. 1941.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Badehose" mit den Einheimischen „eifrig Handel" trieben[157], und über die Ankunft in einem polnischen Dorf notierte er: „Die ganze Bevölkerung lief zusammen, machten fr[eun]dl[ichen] Eindruck. Hübsche Mädchen."[158]

Als Andrians Regiment zwei Wochen später nach Minsk verlegt wurde, wurden seine Worte düsterer. Die von den dortigen deutschen Dienststellen verbreiteten Berichte über die Verstümmelung toter deutscher Soldaten[159] waren für ihn die Bestätigung, es nicht mit einem „normalen" Gegner, sondern mit „Gesindel" zu tun zu haben[160]. Auch die Zivilbevölkerung war für Andrian höchst verdächtig: „In einem Hause hatte man Inf[anterie] Mun[ition] gefunden; ein Rotarmist war erschossen worden, ein 2ter wurde mitgenommen. 4 der Holzhütten brannten. Jammernd saßen die Frauen am Wege u[nd] beteuerten ihre Unschuld. Aber sie lügen ja alle."[161] Zur Versorgung seiner Soldaten befahl er ausdrücklich, „aus dem Lande" zu leben, denn „haben die Bewohner Speis u[nd] Trank z[ur] Unterstützung der Partisanen, dann haben sie es erst recht zur Ernährung der d[eu]tschen Truppe."[162]

Die Folgen der zügellosen deutschen Terrorpolitik entgingen Andrian keinesfalls, er sparte auch nicht mit Kritik. „Es spricht nicht für uns, daß unsere Soldaten hier im Osten so ganz vergessen, daß der Gegner auch [ein] Mensch ist"[163], notierte er anläßlich einer Exekution von sowjetischen Widerstandskämpfern. Diese Bemerkung spricht für Andrian, nicht aber für die anderen Soldaten. Viele glaubten sich im Osten an keine Gesetze mehr halten zu müssen: Soldaten, Polizisten, Angehörige der Organisation Todt oder des Reichsarbeitsdiensts raubten das Vermögen getöteter Juden[164] oder erschossen sowjetische Kriegsgefangene auf offener Straße. Gegen solche Morde konnte Andrian sogar energisch einschreiten[165], schien ihm doch, „daß zu viel erschossen wird hier im Osten"[166]. Allerdings war für ihn offenkundig keine andere Lösung in Sicht, als weiterhin blind auf die Methoden der Gewalt zu vertrauen; seine nüchternen Tagebucheinträge zu den zahllosen exzessiven deutschen Repressalien lassen dies jedenfalls vermuten[167].

Andrians Erklärungsversuche für Auswüchse der Disziplinlosigkeit sprechen Bände: „Weshalb ist die Disziplin unserer Soldaten, wenigstens im Hinterland gar so

---

[157] Ebenda, Eintrag vom 18. 8. 1941.
[158] Ebenda, Eintrag vom 19. 8. 1941.
[159] Ebenda, Eintrag vom 25. 8. 1941. Zur Tötung und Verstümmelung deutscher Kriegsgefangener durch Rotarmisten vgl. v.a. Alfred M. de Zayas, Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Deutsche Ermittlungen über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg, München ³1980, S. 273–307. Weitere Informationen in der Dokumentation von Franz W. Seidler (Hrsg.), Verbrechen an der Wehrmacht. Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42, Selent ³1998, der jedoch problematische Positionen vertritt.
[160] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Einträge vom 22. und 26. 8. 1941.
[161] Ebenda, Eintrag vom 23. 9. 1941.
[162] Ebenda, Eintrag vom 26. 9. 1941.
[163] Ebenda, Eintrag vom 26. 10. 1941.
[164] Ebenda, Einträge vom 24. und 29. 10. 1941.
[165] Ebenda, Einträge vom 8., 10. und 11. 10. 1941.
[166] Ebenda, Eintrag vom 5. 11. 1941.
[167] Vgl. die vielen Einträge über Repressalien vor allem im Jahr 1941, in: Ebenda.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schlecht? Einmal, die kurze Ausbildung, 2–3 Monate, dann die zu jungen K[om]p[anie] F[ü]hrer, vor allem aber die Motorisierung. Hätte die Truppe keine schnellen Fahrzeuge, dann könnte nicht soviel mitgenommen werden, es könnten keine Ausflüge = Beutezüge ins Hinterland gemacht werden [...]."[168] Hier wird nicht allein deutlich, daß Andrian die Prinzipien der modernen motorisierten Kriegführung nicht mehr begreifen wollte. Schwerer wiegt, daß er offensichtlich nicht einsah, daß dieser Krieg im Osten unter ideologischen Vorzeichen geführt wurde und dabei alle bisherigen völkerrechtlichen Normen über Bord geworfen wurden. Er sah in diesem Krieg von Anfang an einen Präventiv- bzw. Verteidigungskrieg des Deutschen Reichs: „Rußland hat doppeltes Spiel getrieben; wollten wir nicht in für uns ungünstigen Zeitpunkt vielleicht überfallen werden, so mußten wir ihnen zuvorkommen."[169] Es gibt bis zum Schluß kein Anzeichen für eine Änderung seiner Meinung.

Die Ablösung des Oberbefehlshabers des Heeres, Generalfeldmarschall Walther von Brauchitsch, am 19. Dezember 1941 war ein gewaltiger Schock für Andrian. Ihm war nun das Scheitern des „Unternehmens Barbarossa" als „Blitzfeldzug" bewußt[170]. In den folgenden Wochen reagierte er auf die schweren deutschen Rückschläge an der Front abwechselnd mit flehentlichen Gebeten[171], Trotz[172], Verzweiflung[173] und Zerstreuung[174]. Die allgemeine militärische Lage und die grausamen Eindrücke in seinem Umfeld lagen schwer auf seinem Gemüt[175]. Erst als sich im Februar 1942 die Lage an der Front wieder festigte, stabilisierte sich auch Andrians psychische Verfassung.

Kurswechsel in der Besatzungspolitik? Partisanenkrieg und Zivilbevölkerung 1942/43

Als zu Beginn des Jahres 1942 klar wurde, daß mit einem raschen Ende des deutsch-sowjetischen Kriegs nicht zu rechnen war, begann eine ganze Reihe höherer deutscher Militärs die bisherige, auf Gewalt basierende Besatzungspolitik in Frage zu stellen. Der Kommandierende General im Rückwärtigen Heeresgebiet Mitte, General Max von Schenckendorff, war einer der Hauptbefürworter einer gemäßigteren Besatzungspolitik. Für die Zivilbevölkerung sollte ein Existenzminimum sichergestellt werden, um diese für die Mitarbeit auf deutscher Seite zu gewinnen. Bei Anti-

168 Ebenda, Eintrag vom 2. 10. 1941.
169 Ebenda, Eintrag vom 23. 6. 1941. Vgl. auch ebenda, Eintrag vom 22. 6. 1941.
170 Ebenda, Eintrag vom 21. 12. 1941.
171 BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Eintrag vom 1. 1. 1942.
172 BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 31. 12. 1941, sowie BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Einträge vom 9. und 19. 1. 1942.
173 BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/1, Eintrag vom 24. 12. 1941, sowie BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Einträge vom 1. und 25. 1. 1942.
174 Ebenda, Eintrag vom 7. 2. 1942.
175 Ebenda, Eintrag vom 19. 2. 1942.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Partisanenunternehmen sollte in Zukunft deutlich zwischen Schuldigen und Unschuldigen unterschieden werden.

Schenckendorffs Anregungen fruchteten jedoch nicht einmal in seinem eigenen Befehlsbereich. Als Ende März 1942 unter der Leitung der 707. Infanteriedivision das große Anti-Partisanenunternehmen „Bamberg" im Rückwärtigen Heeresgebiet Mitte gestartet wurde, befahl Bechtolsheim „rücksichtslosestes Durchgreifen gegen Männer, Frauen und Kinder"[176] und wies auf die „ausgesprochen deutschfeindlich[e]" Zivilbevölkerung hin[177]. Unter diesen Vorgaben wurde das „Unternehmen Bamberg" zu einem mörderischen Raubzug.

Dieses Unternehmen war schon mehrfach Thema der Forschung[178], doch ermöglicht Andrians Tagebuch einige interessante Ergänzungen. Folgt man Andrians Aufzeichnungen, so wird deutlich, wie schnell sein Regiment beim Einäschern von Häusern oder gar ganzen Dörfern bei der Hand war: „Als wir vom Vorwerk Cholopenitschi zurück fuhren, sah man in südl[icher] Richtung Rauchsäulen aufsteigen, dort sind also auch unsere Einheiten im Vorgehen."[179] Wohl im Hinblick auf die von seiner Einheit hinterlassene Spur der Zerstörung wunderte er sich über die nachträgliche Gastfreundschaft einer russischen Frau[180]. Allerdings berichtete Andrian nichts über irgendwelche Massaker an der Zivilbevölkerung.

Andrian selbst bewertete auch die Zahl von 3000 erschossenen Partisanen als „eine starke Übertreibung"[181]. Die Vermutung, daß viele Einheiten ihre Erfolgszahlen absichtlich „schönten" und diese Zahlen nicht ausschließlich auf die Zivilbevölkerung angerechnet werden können, findet sich hier bestätigt[182]. Dennoch dürfte es sich bei den meisten als erschossen gemeldeten Partisanen um mehr oder minder unbeteiligte Zivilbevölkerung gehandelt haben[183]. Wenn es auch weiterhin schwer oder gar unmöglich sein wird, genaue Opferzahlen zu bestimmen, so stellen die Zahlen aus den Dienstakten immerhin einen gewissen Richtwert dar.

---

[176] BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia Br.B.Nr. 16/42, geh. Divisionsbefehl Nr. 32 vom 18. 3. 1942.

[177] BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia. Br.B.Nr. 26/42, geh. Divisionsbefehl Nr. 34 vom 23. 3. 1942.

[178] Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 885 ff.; Heer, Logik, in: Ders./Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 120 f.; Verbrechen der Wehrmacht, Ausstellungskatalog 2002, S. 482–485.

[179] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Eintrag vom 29. 3. 1942. Vgl. auch ebenda, Eintrag vom 28. 3. 1942.

[180] Ebenda, Eintrag vom 4. 4. 1942.

[181] Ebenda, Eintrag vom 5. 4. 1942. Das Wort „starke" ist sogar noch unterstrichen. Einen Tag später meldete die 707. Infanteriedivision 3423 erschossene Partisanen als Endergebnis. Vgl. BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Br.B.Nr. 75/42, geh. Betr.: Unternehmen „Bamberg" vom 6. 4. 1942.

[182] Vgl. Lutz Klinkhammer, Der Partisanenkrieg der Wehrmacht 1941–1944, in: Müller/Volkmann (Hrsg.), Wehrmacht, S. 815–836, hier v.a. S. 822–826. Klinkhammer hat die zivilen Opferzahlen punktuell für den italienischen Kriegsschauplatz überprüft und kommt dabei zu teilweise starken Abweichungen von den in den Kriegstagebüchern angegebenen Zahlen. Die gegenteiligen Argumente bei Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 907–909, können letztlich nicht überzeugen.

[183] Vgl. in diesem Sinne auch BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/4, Eintrag vom 17. 8. 1942.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Damit lassen sich die Haupttäter im „Unternehmen Bamberg" leicht ausfindig machen. Wenn im Katalog der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944" behauptet wurde, „daß der jeweilige Anteil der am ‚Unternehmen Bamberg' beteiligten Einheiten [...] sich aus den Quellen [...] nicht mehr entnehmen" läßt[184], so ist dies schlichtweg falsch. Die Einzelmeldungen der drei mitwirkenden Regimenter geben schließlich sehr deutliche Unterschiede wieder: Andrians Infanterieregiment 747 meldete insgesamt 226 erschossene Partisanen, das Infanterieregiment 727 dagegen 651. Das um das deutsche Polizeibataillon 315 verstärkte slowakische Infanterieregiment 102 teilte hingegen mit: „Außer den bei Kampfhandlungen Erschossenen wurden etwa 2000 Partisanen und Helfer bei Befriedungsaktionen erschossen."[185]

Bei diesem Zahlenvergleich fällt zweierlei auf. Erstens hatte sich – wie schon bei den Judenerschießungen – innerhalb der 707. Infanteriedivision wieder das Infanterieregiment 727 als der ungleich härtere und brutalere Verband herausgestellt. Dies wird auch durch die Anzahl der ermordeten Juden im Rahmen des Unternehmens deutlich. Insgesamt dürften während „Bamberg" etwa 200 Juden ermordet worden sein. Das Infanterieregiment 727 meldete am 2. April 1942: „Juden, von Partisanen entlassen, erschossen 133. Keine Waffenbeute." Dazu kamen noch weitere 47 getötete Juden in der Meldung vom 4. April 1942. Das Infanterieregiment 747 bezifferte die von ihm ermordeten Juden mit etwa 15[186].

Zweitens sticht der gewaltige Unterschied zwischen den Wehrmachtsverbänden einerseits sowie dem slowakischen Regiment und dem deutschen Polizeibataillon andererseits hervor. Die von Gerlach und Heer vertretene Meinung, daß bei Anti-Partisanenunternehmen die Wehrmacht „nicht wesentlich weniger folgenschwer und

---

[184] Verbrechen der Wehrmacht, Ausstellungskatalog 2002, S. 482. Diese Aussage ist umso unverständlicher, da auf der folgenden Seite des Katalogs die Einzelmeldung des Infanterieregiments 727 auszugsweise abgedruckt ist.

[185] BA-MA, RH 26-707/5, Meldungen des I.R. 747, Meldungen des I.R. 727, Meldungen des verstärkten slow. Rgt. 102. Die zusammengerechnete Opferzahl ergibt knapp 2900 zuzüglich der nicht genannten Zahl der im Kampf erschossenen Partisanen durch das verstärkte slowakische Infanterieregiment 102. Die von der 707. Infanteriedivision abschließend genannte Zahl von 3423 erschossenen Partisanen ergibt sich daraus, daß diese vom 6. 4. stammt, die Einzelmeldungen der Regimenter aber am 3. 4. 1942 aufhören. Zu diesem Zeitpunkt waren die beiden Regimenter der 707. Infanteriedivision größtenteils schon wieder aus dem Unternehmen herausgezogen. Zwei Wochen später meldete das verstärke slowakische Infanterieregiment über das „Unternehmen Bamberg": „Die Partisanen verloren im Kampf etwa 650 Mann, bei Befriedungsaktionen wurden rd. 2.500 Partisanen, Partisanenhelfer und -angehörige liquidiert." BA-MA, RW 41/1, Anlage 1 zu Monatsbericht Nr. 7 (WBefh Ukraine, Abt. Ia, Nr. 2552 (1450)/42, geh. v. 21. 4. 42), Bericht über den Einsatz des slowakischen Infanterie-Regiments 102 (mit unterstelltem deutschen Pol. Btl. 315) bei den Partisanenunternehmungen nördlich des Pripjet. Auch die eigenen Verluste wurden unterschiedlich in den Berichten angegeben: In den Akten der 707. Infanteriedivision waren es für das verstärkte slowakische Regiment 4 Tote und 3 Verwundete (BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Br.B.Nr. 75/42, geh. Betr.: Unternehmen „Bamberg" vom 6. 4. 1942), in den Akten des Wehrmachtbefehlshabers Ukraine wurden jeweils 33 eigene Tote und Verwundete angegeben.

[186] BA-MA, RH 26-707/5, Meldungen I.R. 727, Meldungen I.R. 747.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

brutal" operierte als die SS und die Polizei[187], findet sich am Beispiel des „Unternehmens Bamberg" nicht bestätigt. Es gab „sehr wohl eine deutliche Abstufung" im Grad der Brutalisierung zwischen Wehrmacht, Polizei und Verbänden der Verbündeten, wie Ruth Bettina Birn unlängst auch am Beispiel des „Unternehmens Winterzauber" im lettischen Raum Anfang 1943 feststellte[188].

Militärisch war „Bamberg" wie fast alle folgenden Anti-Partisanenunternehmen ein Fehlschlag. Die Partisanen konnten nicht gefaßt werden[189], das Gebiet war auch nachher „noch nicht als gesichert zu betrachten"[190]. Kaum waren die Deutschen und ihre Verbündeten abgerückt, begann der Terror der Partisanen gegenüber der Zivilbevölkerung. „Da werden die Partis[anen] bald wieder mächtig sein u[nd] alle Leute totschlagen, die uns geholfen haben. Es ist schon schauderhaft"[191], klagte Andrian.

Nach dem Raubzug des „Unternehmens Bamberg" erließ Bechtolsheim für den nächsten Einsatzraum der Division bei Brjansk neue Richtlinien. Er wies darauf hin, „daß die Einwohner des hiesigen Gebietes im Gegensatz zu denen bei Minsk das Partisanenwesen ablehnen und, sobald sie sich durch tatkräftigen Einsatz der Truppe sicherfühlen, uns gerne unterstützen werden"[192]. Für das Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung bestimmte er: „Der deutsche Soldat hegt keine ‚Verachtung' gegenüber den Russen, er kann höchstens ‚Mitleid' haben wegen der primitiven Verhältnisse, in welchen dieser leben muß."[193] Selbst ein so übler Scharfmacher wie Bechtolsheim, der im Herbst 1941 den Tod vieler Tausender von Juden zu verantworten hatte, versuchte nun mit einiger zeitlicher Verzögerung eine gemäßigtere Besatzungspolitik durchzusetzen[194].

---

[187] Vgl. Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 906. Im gleichen Sinne auch Heer, der behauptet, daß die Mannschaften der Wehrmacht sich „nicht mehr von der Mentalität der Himmlertruppe" unterschieden. Hannes Heer/Klaus Naumann, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 25–36, hier S. 30.

[188] Vgl. Ruth Bettina Birn, „Zaunkönig" an „Uhrmacher". Große Partisanenaktionen 1942/43 am Beispiel des „Unternehmens Winterzauber", in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 60 (2001), S. 99–118.

[189] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Eintrag vom 31. 3. 1942.

[190] BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Br. Nr. 75/42, geh. Betr.: Unternehmen „Bamberg" vom 6. 4. 1942.

[191] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/2, Eintrag vom 5. 4. 1942.

[192] BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Tgb.Nr. [unleserlich] 6/42, geh. Divisionsbefehl Nr. 49 vom 17. 4. 1942.

[193] BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Tgb.Nr. 466/42, geh. Divisionsbefehl Nr. 100 vom 4. 8. 1942.

[194] Auch der Ic der 707. Infanteriedivision forderte zur Verbesserung der eigenen Propaganda: „Einwandfreies Verhalten der eingesetzten Truppen gegen die Zivilbevölkerung und ihr Eigentum." BA-MA, RH 26-707/15, 707. Inf. Div. Ic. O.U., 1. 8. 1942, Lagebericht für Juli 1942. Allerdings zeigen andere Aussagen des gleichen Mannes zur selben Zeit, wie tief weiterhin das Mißtrauen gegenüber der Zivilbevölkerung im Stab der 707. Infanteriedivision war und wie sehr man von der nationalsozialistischen Ideologie durchdrungen war. In Hinblick auf eine „Politik des Vertrauens" schrieb der Ic: „Der Bolschewismus hat die russ[ische] Jugend nicht zum Träger einer Idee, sondern zum Verbrechertum erzogen. Seine Kampfmittel sind Auswüchse des asiatischen Gehirns, Vertrauen wird als Schwäche ausgelegt und steigert die gegnerische Aktionsfähigkeit."

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dazu gehörte auch eine andere Handhabung der Partisanenfrage; so wollte man nun Überläufern Straffreiheit gewähren[195]. Deutlich weiter ging die Nachbardivision der 707., die 339. Infanteriedivision. Im Juni 1942, also in einer Zeit, als ihr Andrians Infanterieregiment 747 unterstellt war, befahl sie zweimal ausdrücklich, alle Partisanen und Partisanenhelfer als Kriegsgefangene zu behandeln[196]. Dieser Befehl der 339. Infanteriedivision stand in völligem Gegensatz zu allen bisherigen Anordnungen höherer Stellen. Die einzelnen Einheiten konnten im Osten demnach relativ autonom ihre eigene Besatzungspolitik verfolgen. In einigen Verbänden, auch im Infanterieregiment 747[197], wurden also lange vor dem OKH-Erlaß vom 1. Juli 1943[198] Partisanen als Kriegsgefangene behandelt.

Eine wirkliche Wende brachten diese Versuche einer gemäßigteren Besatzungspolitik allerdings nicht. Weiterhin war die russische Zivilbevölkerung die leidtragende, besonders seit sich die Deutschen 1942 auf die Schaffung sogenannter „Toter Zonen" verlegten. In diesen Gebieten wurde die gesamte Bevölkerung evakuiert, das Getreide verbrannt, und die Ortschaften wurden zerstört, um den Partisanen jegliche Lebensgrundlagen zu entziehen[199]. Eine neue Perspektive konnten die Deutschen der Zivilbevölkerung mit dieser Strategie der Partisanenbekämpfung jedoch nicht bieten. Wie Andrian wenig begeistert feststellen mußte, bewahrheitete sich die russische Propaganda: „Wenn die D[eu]tschen kommen, wird das Vieh weggetrieben u[nd] die Häuser angebrannt."[200] Die 339. Infanteriedivision versuchte, die Evakuierungen möglichst human zu gestalten[201], auf der anderen Seite unterließ es gerade die 707. Infanteriedivision oftmals, die Bevölkerung wegzubringen – sie überließ sie in den zerstörten Orten ihrem eigenen Schicksal[202].

BA-MA, RH 26-707/15, 707. Inf. Div. Ic. O.U., 5. 8. 1942, Lagebericht für die Monate Mai u. Juni 1942.

[195] BA-MA, RH 26-707/5, 707. Inf. Div. Abt. Ia, Tgb.Nr. 333/42, geh. Divisionsbefehl Nr. 70 vom 25. 6. 1942; BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/4, Eintrag vom 22. 7. 1942.

[196] BA-MA, RH 26-339/23, Anlage zu den B.A.V. Nr. 74/42, geh. Qu. v. 1.6.42, sowie 339. Inf. Division. Ia/Ic 436/42 geh. Fü. v. 23. Juni 1942. Betr.: Behandlung von Partisanen und Rotarmisten.

[197] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/6, Eintrag vom 29. 5. 1943. Im Tagebuch ist zwar nicht explizit von gefangenen Partisanen die Rede; da das Regiment aber zu diesem Zeitpunkt ausschließlich zur „Bandenbekämpfung" eingesetzt war, ergibt sich der Zusammenhang von selbst.

[198] Oberkommando des Heeres, Grundlegender Befehl Nr. 13a über die Behandlung von Partisanen v. 1. 7. 1943, abgedr. in: Ortwin Buchbender, Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1978, S. 328 f. Dieser OKH-Erlaß ordnete die Erschießung von Partisanen nur mehr in Einzelfällen an. Gefangene Partisanen sollten nach einem OKW-Befehl vom 8. 7. 1943 fortan zum Arbeitsdienst ins Reich überführt werden. Vgl. Richter, Wehrmacht, S. 856.

[199] In diesem Sinne sind auch die Kämpfe um die Ernteerträge im Spätsommer 1942 zu sehen. Vgl. BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/4, Einträge vom 7. und 8. 9. 1942; BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/3, Eintrag vom 9. 6. 1942; BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/4, Eintrag vom 22. 7. 1942; BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/6, Eintrag vom 22. 6. 1943.

[200] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/3, Eintrag vom 30. 5. 1942.

[201] BA-MA, RH 26-339/23, 339. Inf. Division. Ia/Ib Nr. 408/42, geh. Fü. v. 10. 6. 1942, Betr.: Evakuierung.

[202] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/4, Einträge vom 8. und 30. 9. 1942.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Grunde fehlte den Vorgaben der deutschen Dienststellen eine klare Linie für eine grundlegende Neuorientierung in der Besatzungspolitik[203]. Besonders augenfällig ist dies bei den Befehlen des Korück 532, dem Andrian seit Sommer 1942 fast durchgehend unterstellt war. Der Kommandant dieses Rückwärtigen Armeegebiets, Generalleutnant Friedrich-Gustav Bernhard, beschwerte sich mehrmals über „sinnloses Abbrennen friedlicher Dörfer, wildes Viehrequirieren" oder „planlose Erschiessungen" von „Partisanenverdächtigen"[204]. Im Dezember 1942 verbot er das Erschießen und Erhängen von Geiseln[205]. Gleichzeitig schärfte Bernhard seinen Soldaten jedoch ein, daß „jede Weichheit völlig fehl am Platze und eine Versündigung am deutschen Blute" wäre[206]. Für das „Unternehmen Dreieck und Viereck" sollten „Juden oder gefangene Bandenangehörige mit Eggen und Walzen" verminte Gebiete absuchen[207].

Durch diese sich widersprechenden Befehle war der Ermessensspielraum für die Einheitsführer beträchtlich. Viele von ihnen blieben auf einer radikalen Linie. Beispiele dafür fanden sich auch in Andrians eigenem Regiment: „L[eutnan]t Aumeier machte ich Vorhalt, daß er eine alte Frau, die unsere Leute, als sie bei ihr 2 Betten holten, beschimpft u[nd] angespuckt hatte, kurzerhand hatte aufhängen lassen. Solch altes Weib kann einen d[eu]tsch[en] Soldaten nicht beleidigen; es ist unserer nicht würdig, eine Frau wegen solcher Kleinigkeiten aufzuhängen."[208] Jener Leutnant Aumeier glaubte sich auch sonst als Herrenmensch gegenüber der Zivilbevölkerung aufspielen zu müssen: „Als Ortsk[omman]d[an]t v[on] Wigonitschi hatte er mehrfach die Zivilisten von den durchfahrenden Zügen herunterholen lassen. Das war richtig. Um ein Exempel zu statuieren, ließ er aufgegriffene russ[ische] Frauen u[nd] Mädchen, bei mäßiger Kälte, im Freien bis auf die Unterwäsche, soweit sie deren hatten, ausziehen, auf der Straße vor der Ortsk[omman]d[an]tur u[nd] durch Soldaten auf versteckte Dinge untersuchen. Daß er die Untersuchung anordnete war richtig, denn vielfach waren unter den weibl[ichen] Wesen Partisanenhelferinnen. Aber er hätte das nur tuen [sic!] dürfen unter Rücksichtnahme auf das ausgeprägte Schamgefühl der weibl[ichen] Bevölkerung, in geschlossenem Raum, durch weibl[iche] Beauftragte unter Aufsicht weniger, zuverlässiger Dienstgrade. So wurde ein Skandal daraus."[209]

Verglichen mit den Massakern an der Zivilbevölkerung war dies freilich noch ein Skandal von geringerer Bedeutung. Doch ist es aufschlußreich, wenn sich Andrian

---

[203] Vgl. dazu auch Fußnote 191.

[204] IfZ-Archiv, MA-904, KTB Nr. 2 des Korück PzAOK 2 (532), 1. 4. 42–31. 12. 42, Einträge vom 11. 8. 42 und 26. 8. 42, Fernschreiben des PzAOK 2 Ia/Id, Nr. 1896/42 geh. an Korück 532 vom 11. 9. 42.

[205] IfZ-Archiv, MA-904, Korück 532 Ia/Ic Nr. 584/42 geh. v. 13. 12. 1942.

[206] IfZ-Archiv, MA-904, Korück Ia v. 24. 9. 42, Betr.: Sicherheit.

[207] IfZ-Archiv, MA-904, Korück 532 Ia Nr. 173/42 g.Kdo. v. 9.9.42, Einsatzbefehl für „Dreieck" und „Viereck". Vgl. auch Verbrechen der Wehrmacht, Ausstellungskatalog 2002, S. 486–491.

[208] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/3, Eintrag vom 14. 4. 1942.

[209] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/5, Eintrag vom 6. 1. 1943. Gegen Aumeier wurde deswegen interessanterweise ein Kriegsgerichtsverfahren eingeleitet, welches später in ein Disziplinarverfahren abgewandelt wurde.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

über das Verhalten einer benachbarten Einheit empörte: „Das gestrige Unternehmen Ferdinand ging planmäßig vor sich. Einige leere Lager wurden gefunden, eines war mit Frauen u[nd] Kindern aus den verbrannten Dörfern besetzt, die auf Befehl von Oberst Broeren[210] alle erschossen wurden. Ich kann das nicht billigen. Wo sollen die armen Menschen hin, wenn wir ihnen die Wohnstätten zerstören u[nd] keine anderen Unterkünfte zuweisen."[211] Als Andrian von der Erschießung russischer Kriegsgefangener hörte, nahm er auch daran Anstoß: „Und da wundern wir uns, daß die Russen ein gleiches tuen [sic!]."[212] Bei all diesen Verbrechen bekundete Andrian stets sein Mißfallen.

Überhaupt scheint sich Andrians Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung je länger der Kontakt dauerte, zunehmend verbessert zu haben[213]. War er 1941 ihr gegenüber teilweise unerbittlich entgegengetreten, so wurde er durch die Armut und die zerstörten Häuser für ihre Not und ihr Elend sensibilisiert: „Solch Anblick geht mir immer ans Herz u[nd] macht mich unsäglich traurig. Den ganzen Tag wurde ich diese Stimmung nicht los."[214]

Doch darf all das nicht über seinen weiterhin widersprüchlichen Charakter hinwegtäuschen. Eine klare Linie in der Frage der Besatzungspolitik hat er offenbar nie gewonnen. Bei all dem Mitleid für die Zivilbevölkerung und bei all seiner Erregung über sinnlose Gewalttaten, sind seine Eintragungen über weite Strecken von einer steigenden Gleichgültigkeit[215]. Auch konnte er, zumindest in einem überlieferten Fall, als eiskalter Kriegsverbrecher agieren. Über einen Marsch zu einem Dorf schrieb er: „Hier wurden die Russen u[nd] Russinnen entlassen, die wegen der Minen vor uns hergehen mußten. Doch sie treten leise auf, es hatte nichts genutzt."[216]

---

[210] In der Personalakte Broerens finden sich aufschlußreiche Informationen, so wurde er 1924/25 zweimal wegen Betätigung in der Geheimorganisation „Consul" zu kurzen Freiheitsstrafen verurteilt. Auch in seinen militärischen Beurteilungen wurde er mehrmals wegen wiederholten eigenmächtigen Vorgehens kritisiert. Vgl. BA-MA, Pers. 6/12858.

[211] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/3, Eintrag vom 16. 4. 1942. Dieser Vorfall wurde auch im Kriegstagebuch des Korück 532 festgehalten. „Das vom XLVII. Pz.K. (Oberst Broeren) angesetzte Unternehmen gegen das bekannte Partisanenlager bei Shurynitschi ist wieder ohne Feindberührung verlaufen. An diesem Unternehmen war auch ein 1 Batl. der 707. I.D. beteiligt. Die Partisanen hatten 1–2 Tage vorher ihre Lager verlassen. Da in diesem Waldgebiet, das durch Anschläge zum Sperrgebiet erklärt ist, 47 Zivil-Personen (Frauen und Kinder) angetroffen wurden, ließ Oberst Broeren diese erschießen. Die Frauen und Kinder werden von den Partisanen ausschl. zu Kundschafterdiensten verwandt." IfZ-Archiv, MA-904, KTB Nr. 2 des Korück PzAOK 2 (532), 1. 4. 42–31. 12. 42, Eintrag vom 15. 4. 1942. Für ein weiteres Massaker, welches Andrians Mißbilligung fand, vgl. BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/6, Eintrag vom 23. 5. 1943.

[212] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/5, Eintrag vom 3. 12. 1942.

[213] Ebenda. Eintrag vom 7. 1. 1943, sowie BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/6, Eintrag vom 9. 5. 1943.

[214] Ebenda, Eintrag vom 10. 8. 1943.

[215] Andrians Tagebuch bestätigt Schultes Beobachtung, daß die Einstellung der Wehrmacht im rückwärtigen Armeegebiet gegenüber der Zivilbevölkerung vielfach von einem „live and let live"-Prinzip geprägt war, solange dadurch nicht militärische Belange betroffen waren. Vgl. Schulte, German Army, S. 139.

[216] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/3, Eintrag vom 18. 5. 1942. In diesem Sinne vgl. auch ebenda, Eintrag vom 10. 6. 1942.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der erfolglose Partisanenkampf belastete Andrian in zunehmendem Maße. Die dauernde Bedrohung durch einen Krieg aus dem Hinterhalt vermochte er nervlich nur schwer zu verarbeiten. Dazu kam das mangelnde Prestige, den der „Bandenkampf" innerhalb der Wehrmacht besaß[217]. Die ständigen Mißerfolge seiner Einheit ließen ihn mehr und mehr resignieren; sieht man aber von der einen Ausnahme des Minenaufsuchens ab, so läßt sich zumindest in seinen Tagebüchern eine gesteigerte Aggressivität gegenüber der Zivilbevölkerung nicht feststellen[218]. Statt dessen scheint Andrian sich mehr und mehr auf sich selbst zurückgezogen zu haben und in eine dumpfe, depressiv getönte Passivität verfallen zu sein. Sein Divisionskommandeur Busich urteilte daher im Sommer 1943 über ihn: „Scheint [...] durch den seit Mai 1941 ununterbrochenen, selbstlosen Einsatz im Gren[adier] R[e]gimen[t] 747 [...] ermüdet. Vermag daher nicht mehr den Geist auszustrahlen, der die Truppe in ihrem schwierigen Einsatz hochreißt, in ihr Verantwortung, Selbsttätigkeit und Kampfwillen weckt."[219] Andrian, der vor allem in den ersten Monaten des Ostkrieges auf Härte im Vorgehen gegen Partisanen, Juden und Zivilbevölkerung gesetzt hatte, war nach knapp zwei Jahren durch diesen Vernichtungskrieg zermürbt worden.

Fazit

Ein abschließendes Urteil über Andrian fällt schwer. Das einzige charakterliche Kontinuum ist sein ambivalentes Verhalten. Auf der einen Seite unterstützte und befürwortete er immer wieder die auf Terror basierende „Befriedungspolitik", auf der anderen Seite scheinen bei ihm häufig humanitäre Werte durch, und er klagte über die von deutschen Truppen verübten Grausamkeiten. Symptomatisch dafür ist seine Einstellung gegenüber den Judenmorden. Wenn Jürgen Förster für die Wehrmacht in Bezug auf den Holocaust konstatierte, daß sie „Täter, Helfer, Mitwisser und Zuschauer" war, was jedoch „Unbehagen, Widerspruch, ja sogar Widerstand keineswegs aus[schloß]"[220], so findet sich all das auch in diesem einen Offizier, sieht man einmal vom Widerstand ab. Man sollte daher vorsichtig sein, „Mangel an Widerspruch und Verweigerung [...] als vermeintliches Einverständnis"[221] der Wehrmacht zum Vernichtungskrieg zu interpretieren. Wie ein Soldat über die deutschen Verbrechen wirklich dachte, wird sich aus persönlichen Quellen besser und genauer herauslesen lassen als aus den amtlichen Überlieferungen.

---

[217] Ebenda, Eintrag vom 2. 6. 1942, sowie BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/4, Eintrag vom 5. 8. 1942.

[218] Laut Heer war es Usus für alle Verbände in der Partisanenbekämpfung, ihre „Angst, Wut und Frustration" an der Bevölkerung auszulassen. Heer, Logik, S. 122 u. 126. Ähnliche Aussagen bei Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 898 ff.

[219] BA-MA, Pers. 6/10239, Zwischenbeurteilung zu Korück 532 IIa Nr. 497/43, geh. v. 2. 9. 1943.

[220] Jürgen Förster, Wehrmacht, Krieg und Holocaust, in: Müller/Volkmann (Hrsg.), Wehrmacht, S. 948–963, hier S. 963.

[221] Rolf-Dieter Müller, Die Wehrmacht – Historische Last und Verantwortung, in: Ders./Volkmann, Wehrmacht (Hrsg.), S. 3–35, hier S. 20.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Forschung hat den Mitgliedern des „Stahlhelm" „politisches Analphabetentum" bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 vorgeworfen[222]. Davon war Jahre später auch der ehemalige „Stahlhelmer" Andrian nicht ausgenommen. Zu keinem Zeitpunkt begriff er die Ausmaße des deutschen Vernichtungskriegs im Osten. Er schloß nie von dem Geschehen in seiner unmittelbaren Umgebung auf allgemeine Tendenzen und sah nicht, daß er ein Rädchen in einem riesigen Vernichtungsprozeß war. Blind und stur verfolgte Andrian seine soldatische Pflicht und ließ sich praktisch widerstandslos in die deutsche Gewaltherrschaft hineinziehen.

Die in der Forschung häufig vertretene These der „Brutalisierung" der deutschen Soldaten im Laufe der Kriegsjahre an der Ostfront[223] findet sich am Beispiel Andrians und seines Infanterieregiments 747 jedoch nicht bestätigt. Durch zahlreiche „Repressalmaßnahmen", vor allem gegen die jüdische Bevölkerung, beging diese Einheit im Herbst 1941 wohl weitaus mehr Verbrechen als in den Jahren 1942 und 1943[224]. Auch Andrian selbst verfolgte das Morden im Jahre 1941 noch viel gleichgültiger als in den folgenden Jahren.

Jeder Kommandeur prägte den Geist „seiner" Einheit in unterschiedlichem Maße und hatte für das Verhalten „seiner" Soldaten im Osten eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Bei aller Verstrickung und Beteiligung am Vernichtungskrieg versuchte Andrian dennoch sein Regiment nach Möglichkeit aus den schlimmsten Grausamkeiten herauszuhalten[225]. Dies gelang ihm oft selbst im Rahmen eines so berüchtigten Verbandes wie dem der 707. Infanteriedivision. Letztlich wird ihn dieses Verhalten in seinem persönlichen Urteil bestätigt haben, manchmal „zu wohlwollend" und „zu menschlich fühlend" gehandelt zu haben[226]. Daß aber seine Einheit dennoch das damals gültige Kriegsvölkerrecht unzählige Male gebrochen hatte, entging ihm dabei. Wenn ihm persönlich nie der Gedanke kam, während seiner Jahre im Osten Schuld auf sich geladen zu haben, so wirft schon allein das ein bezeichnendes Licht auf seine Persönlichkeit.

---

[222] Berghahn, Stahlhelm, S. 278.

[223] Am vehementesten wird diese These vertreten von Bartov, Hitlers Wehrmacht.

[224] Zwar untersucht Bartov vorrangig das Verhalten der Fronttruppen. Es sei aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die von Bartov so bemühte „Zerstörung der Primärgruppe" für die Verbrechen der gesamten 707. Infanteriedivision überhaupt keine Rolle spielte. Bei den Judenmorden 1941 war dieses soziale Gefüge noch völlig intakt.

[225] Dies fällt auch beim Durchblick der Akten des Korück 532 (IfZ-Archiv, MA-904) auf. Das Infanterieregiment 747 sticht dort keinesfalls als besonders harter Verband hervor.

[226] BayHStA-KA, NL Carl v. Andrian 4/6, Eintrag vom 20. 6. 1943.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS-WALTER SCHMUHL

HIRNFORSCHUNG UND KRANKENMORD. DAS KAISER-WILHELM-INSTITUT FÜR HIRNFORSCHUNG 1937–1945*

Fragestellung, Forschungsgegenstand und Deutungsrahmen

Am 14. Juni 1946 erlebte Professor Julius Hallervorden, der Leiter der Abteilung für Histopathologie am Kaiser-Wilhelm-Institut (KWI) für Hirnforschung, die Überraschung seines Lebens. Völlig unerwartet war der frühere Frankfurter Neurologe Leo Alexander, der 1933 als Jude aus Deutschland hatte emigrieren müssen und nun im Auftrag der amerikanischen Militärregierung zahlreiche Interviews mit deutschen Neurologen, Psychiatern und Neuropathologen führte, auch im hessischen Dillenburg aufgetaucht, wo Hallervorden mit seiner Abteilung 1944 untergekommen war. In der Meinung, in Alexander einen Verbündeten im Kampf um den Erhalt des KWI für Hirnforschung gefunden zu haben, ließ Hallervorden alle Vorsicht fahren und räumte freimütig ein, daß er in seiner Abteilung hunderte von Gehirnen untersucht hatte, die von psychisch kranken und geistig behinderten Menschen stammten, die im Zuge der NS-„Euthanasie" umgebracht worden waren[1]. Den Aufzeichnungen

* Dieser Aufsatz bündelt die Erträge meiner Arbeit als Gastwissenschaftler des Forschungsprogramms „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus" der Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft im Jahre 1999. Ich danke den Kolleginnen und Kollegen des Forschungsprogramms – vor allem Doris Kaufmann, Susanne Heim, Helmut Maier und Benoit Massin – für viele anregende Diskussionen. Ein ganz besonderer Dank geht an Jürgen Peiffer, der mir in großzügiger Weise Einblick in sein Privatarchiv und die von ihm eingerichteten Datenbanken gewährte. Für wertvolle Auskünfte und Hinweise auf Quellen und Literatur möchte ich ferner Heike Bernhardt, Cornelius Borck, Michael Hagner, Sabine Hanrath, Wolf Kätzner, Liselotte Katscher, Herbert Loos, Bernd Martin und Volker Roelcke herzlich danken.

[1] Alexander hatte zuvor in München Prof. Hugo Spatz, den Direktor des KWI für Hirnforschung, aufgesucht. Hallervorden, der bis dahin keine Nachricht erhalten hatte, was aus den anderen Abteilungen des Instituts geworden war, setzte große Hoffnungen in Alexanders Besuch. In einem Brief an Spatz, den er noch während des Besuchs Alexanders schrieb, brachte er dies zum Ausdruck: „Das war wohl die größte Überraschung meines Lebens, als ich gestern Abend aus meinem Zimmer geholt wurde und mir Dr. Alexander sagte, daß er einen Brief von Ihnen und Grüße mitbrächte. So weiß ich nun endlich, daß es Ihnen gut geht und daß Sie am Leben sind und überdies hinaus, scheint mir ja seine Mission von wesentlicher Bedeutung für die Fortdauer unseres Institutes zu sein. [...] Es ist ungeheuer wertvoll, daß wir diese Möglichkeit der Kommunikation besitzen und ich habe ihm rückhaltlos unsere Verhältnisse dargelegt." In: Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin (künftig: MPG-Archiv), II. Abt., Rep. 1 A, PA Julius Hallervorden, 5. Vgl. Jürgen Peiffer, Hirnforschung im Zwielicht. Beispiele verführbarer Wissenschaft aus der Zeit des Nationalsozialismus. Julius Hallervorden – H. J. Scherer – Berthold Ostertag, Husum 1997, S. 41–45.

VfZ 50 (2002)
® Oldenbourg 2002

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Alexanders zufolge hob Hallervorden sogar hervor, daß er selber die Initiative zur Kooperation mit dem „Euthanasie"-Apparat ergriffen habe. In seinem Tagebuch hielt Alexander die Äußerungen Hallervordens in wörtlicher Rede auf deutsch fest: „Ich habe da so was gehört, daß das gemacht werden soll, und da bin ich dann zu denen hingegangen und habe ihnen gesagt, nu Menschenskinder, wenn Ihr nu die alle umbringt, dann nehmt doch wenigstens mal die Gehirne heraus, so daß das Material verwertet wird. Die fragten dann, nu wie viele können Sie untersuchen, da sagte ich ihnen, eine unbegrenzte Menge, – je mehr, desto lieber"[2].

Was die Intentionen seines Besuchers anging, so hatte sich Hallervorden gründlich getäuscht. Alexander ging es nicht nur darum, den im nationalsozialistischen Deutschland erreichten Forschungsstand auszuloten, er sammelte gleichzeitig Material zur Vorbereitung der Anklagen im Nürnberger Ärzteprozeß. Es kam zwar zu keinem Ermittlungsverfahren und zu keiner Anklage gegen Hallervorden, dessen offene Äußerungen im Gespräch mit Alexander führten aber dazu, daß seine Rolle während der „Euthanasie" an die Öffentlichkeit gelangte, woraufhin es in der Folgezeit wiederholt – etwa im Zusammenhang mit dem VI. Internationalen Neurologenkongreß in Lissabon im Jahre 1953 – zu heftigen Kontroversen kam. Hallervorden hat später energisch bestritten, die von Alexander zitierten Formulierungen gebraucht zu haben. Er hat auch in Abrede gestellt, daß die Initiativfunktion bei ihm gelegen habe, den Sachverhalt – die Untersuchung hunderter Gehirne aus dem Massenmord an psychisch Kranken und geistig Behinderten – jedoch bestätigt. Wie auch immer man den Quellenwert des Alexander-Reports einschätzt, es bleibt als Tatsache festzuhalten: Das KWI für Hirnforschung war an der Begleitforschung zum Genozid an psychisch Kranken und geistig Behinderten im „Dritten Reich" maßgeblich beteiligt. Das muß der Fluchtpunkt sein, wenn man die Geschichte des Instituts schreibt: Welche Faktoren verursachten, ermöglichten oder begünstigten das Abdriften des Instituts in jene Grauzone der Forschung im Umkreis der „Euthanasie"?

Zur Geschichte des KWI für Hirnforschung liegt bereits eine Reihe von Arbeiten vor, so von Jochen Richter und Heinz Bielka[3]. Sie haben eine empirische Basis geschaffen, auf der die weitere Forschung aufbauen kann. Im Hinblick auf unsere Fragestellung greifen diese Arbeiten freilich zu kurz, da sie von einem recht engen institutionengeschichtlichen Ansatz ausgehen und den Schwerpunkt der Darstellung vor allem auf das Leben und Werk des früheren Institutsleiters Oskar Vogts legen, so daß der Zeitraum von 1937 bis 1945 – also genau die Phase, in der die „Euthanasie"-Aktion vorbereitet und durchgeführt wurde – nur sehr knapp behandelt wird.

[2] Zit. nach Peiffer, Hirnforschung, S. 44.

[3] Vgl. Jochen Richter, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung und die Topographie der Großhirnhemisphären. Ein Beitrag zur Institutsgeschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und zur Geschichte der architektonischen Hirnforschung, in: Bernhard vom Brocke/Hubert Laitko (Hrsg.), Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute, Berlin 1996, S. 349–408; Heinz Bielka, Die Medizinisch-Biologischen Institute Berlin-Buch. Beiträge zur Geschichte, Berlin 1997.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dieser letzte Punkt gilt auch für die Dissertation von Helga Satzinger[4], die gleichwohl eine weite wissenschaftsgeschichtliche Perspektive eröffnet und auf diese Weise langfristige Kontinuitätslinien sichtbar werden läßt. Aus einer anderen Richtung hat die geschichtswissenschaftliche Forschung, allen voran Götz Aly[5], die Beteiligung des KWI für Hirnforschung an der NS-„Euthanasie" herausgearbeitet. Hier gilt das Interesse – über die Analyse des Umfangs und der Formen der Beteiligung der Hirnforschung an den NS-Medizinverbrechen hinaus – vor allem der wissenschaftlichen Vorbereitung, Steuerung und Auswertung des Massenmordes an Kranken und Behinderten, um den Charakter der „Euthanasie" als *social engineering* auf biowissenschaftlicher Grundlage herauszuarbeiten. Die Hirnforschung rückt dabei als Teil des wissenschaftlichen Unterbaus in den Blick, auf dem der Krankenmord basierte. Zudem erscheint die Hirnforschung gleichsam als Anhängsel der Psychiatrie und Anthropologie. Es ist das große Verdienst Jürgen Peiffers[6], diese beiden Forschungsrichtungen näher zusammengeführt zu haben. Peiffers Interpretation bleibt jedoch einem biographischen Ansatz verpflichtet. Sicher muß die Person Julius Hallervordens im Zentrum stehen, wenn es darum geht, die Beteiligung des KWI für Hirnforschung am Krankenmord zu untersuchen. Die Fokussierung auf Hallervorden führt jedoch dazu, daß seine Abteilung als Fremdkörper im Institut erscheint und der Eindruck entstehen kann, die Forschungen, die hier an den Gehirnen von „Euthanasie"-Opfern durchgeführt wurden, stünden in keinem Zusammenhang mit der am Institut betriebenen „Normalforschung".

Im folgenden wird dagegen die These vertreten, daß die Einbindung in die Begleitforschung zum Krankenmord als logische Konsequenz in personellen, institutionellen und konzeptionellen Veränderungen innerhalb des KWI für Hirnforschung ab 1937 angelegt war und daß sich die Forschungen im Windschatten der „Euthanasie"-Aktion in das vor dem Krieg entwickelte Forschungsprogramm des Instituts einfügten. Der Wechsel an der Institutsspitze von Oskar Vogt zu Hugo Spatz markierte eine Zäsur, deren Bedeutung im Hinblick auf den Krankenmord bisher unterschätzt worden ist. Es sei sogleich hinzugefügt, daß – neben diesen Weichenstellungen im unmittelbaren Vorfeld der Vernichtung – durchaus auch langfristige Kontinuitätslinien zum Krankenmord hinführen, die sich weit – auch über die Epochenzäsur von 1933 hinweg – in die Ära Oskar Vogts zurückverfolgen lassen. Es war die Bündelung langfristiger Entwicklungen in der Konzeption von Hirnforschung und kurzfristiger Veränderungen institutioneller Strukturen und personeller

[4] Vgl. Helga Satzinger, Die Geschichte der genetisch orientierten Hirnforschung von Cécile und Oskar Vogt (1875–1962, 1870–1959) in der Zeit von 1895 bis ca. 1927, Stuttgart 1998.

[5] Vgl. Götz Aly, Der saubere und der schmutzige Fortschritt, in: Ders. u. a., Reform und Gewissen. „Euthanasie" im Dienst des Fortschritts, Berlin 1985, S. 9–78; ders., Forschen an Opfern. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung und die „T4", in: Ders. (Hrsg.), Aktion T4, 1939–1945. Die „Euthanasie"-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin 1987, S. 153–160.

[6] Vgl. Peiffer, Hirnforschung; ders., Neuropathologische Forschung an „Euthanasie"-Opfern in zwei Kaiser-Wilhelm-Instituten, in: Doris Kaufmann (Hrsg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, Bd. 1, Göttingen 2000, S. 151–173.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Konstellationen, die das Institut auf eine schiefe Ebene brachten. Im folgenden soll dieses Deutungsmuster entfaltet werden. Um den Hintergrund auszuleuchten, sind, erstens, die Entscheidungsprozesse in den Jahren von 1933 bis 1937, die dem Wechsel an der Institutsspitze vorausgingen, noch einmal kurz zu rekapitulieren. Darauf aufbauend sollen, zweitens, die Verschiebungen im Aufbau und – damit eng zusammenhängend – im Forschungsansatz des Instituts sowie, drittens, die Veränderungen in der Zusammensetzung des Kuratoriums in den Jahren 1937/38 nachgezeichnet werden. Viertens geht es um die Herausbildung militärischer Strukturen ab 1939, durch die völlig neue Rahmenbedingungen geschaffen wurden, die wiederum die Entscheidung beeinflußt haben dürften, sich an der Begleitforschung zum Krankenmord zu beteiligen. Im fünften Punkt schließlich werden die Berührungspunkte und Verbindungslinien zum „Euthanasie"-Apparat im Detail untersucht.

Der Wechsel an der Institutsspitze

Das KWI für Hirnforschung war eine Schöpfung des Forscherehepaares Oskar und Cécile Vogt. Die Keimzelle bildete die „Neurologische Zentralstation", ein Privatinstitut, das die Vogts 1898 mit finanzieller Unterstützung der Familie Krupp in der Magdeburger Straße in Berlin gegründet hatten und das 1902 als „Neurobiologisches Laboratorium der Berliner Universität" formell an das Physiologische Institut der Charité angebunden wurde. 1914/1919 beschloß dann der Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (KWG) die Errichtung eines KWI für Hirnforschung und bestimmte, daß dieses Institut zunächst im Neurobiologischen Laboratorium untergebracht werden sollte. Faktisch bedeutete dies, daß die beiden Einrichtungen, die in Personalunion von Oskar Vogt geleitet wurden, nahezu identisch waren. Am 24. Februar 1930 bezog das Institut – nach zweijähriger Bauzeit – einen Neubau in unmittelbarer Nachbarschaft zu den Städtischen Krankenanstalten Berlin-Buch. Damit stieg das KWI für Hirnforschung zum damals größten und modernsten Hirnforschungsinstitut der Welt auf[7].

Das politische Spektrum innerhalb der Mitarbeiterschaft reichte von der extremen Linken bis zur äußersten Rechten. „An Zeitungen wandern täglich ins Institut ein Haufen Vossischer, ein Haufen Roter Fahnen, einige Angriffs und eine Deutsche Allgemeine", berichtete Martha Wilkens, die im Mai 1932 ihren Dienst als Leitende Schwester an der Forschungsklinik des Kaiser-Wilhelm-Instituts antrat. Es stecke „sehr viel Leben in diesem Hause", aber alle seien „weitherzig genug, um andere Ansichten gelten zu lassen". Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – vom Direktor bis zur Putzfrau – bildeten „eine große Familie"[8]. 1933 brach dieses um die Person

[7] Vgl. Richter, Kaiser-Wilhelm-Institut, S. 355–388; Bielka, Institute, S. 18–25; Satzinger, Geschichte, S. 82–91.

[8] Martha Wilkens an Oberin Maria v. Scheven, 28. 5. 1932, in: Archiv des Evangelischen Diakonievereins Zehlendorf, Akte H 17. Zu den Vorgängen, die zur Pensionierung Oskar Vogts führten,

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Oskar Vogts zentrierte Milieu auf, die latenten Spannungen entluden sich in einer Serie heftiger Konflikte. Oskar Vogt geriet in ein kaum noch zu entwirrendes Dickicht von Intrigen und Denunziationen. Vorgeworfen wurden ihm seine wissenschaftlichen Verbindungen in die Sowjetunion – 1925 war er mit der zytoarchitektonischen Untersuchung von Lenins Gehirn beauftragt worden und hatte seither im Nebenamt das Staatsinstitut für Hirnforschung in Moskau geleitet[9]–, ferner seine persönlichen Kontakte zu Ivy Low, der englischen Ehefrau des sowjetischen Außenministers Maxim M. Litwinow, und der Aufenthalt der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Mathilde Sara Wurm im Institut während der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten. Zu Unrecht unterstellte man Vogt, er sei Mitglied der SPD, leiste Zahlungen an die KPD und hege Sympathien für den Kommunismus. Schwerer wog der Vorwurf, er habe eine kommunistische Fraktion unter den Institutsmitarbeitern geduldet – Vogt selber gab an, daß im Dezember 1932 von den etwa hundert im Institut beschäftigten Personen vier der KPD und sieben der NSDAP angehört hätten. Weitere Vorwürfe betrafen kritische Äußerungen Vogts über den Nationalsozialismus, die Entlassung nationalsozialistischer Mitarbeiter[10], die Beschäftigung von Ausländern und die Begünstigung von Juden – hier ging es vor allem um Dr. Estera Tenenbaum, eine polnische Jüdin, die mit einem Stipendium der *Rockefeller Foundation* bis 1934 im Institut tätig war und später nach Palästina emigrierte, und die Privatsekretärin Vogts, Rosy Schragenheim[11], schließlich das „Doppelverdienertum" des Ehepaars Vogt und den angeblichen „französischen

vgl. die Darstellungen von Richter, Kaiser-Wilhelm-Institut, S. 388–392; Bielka, Institute, S. 31 ff.; Satzinger, Geschichte, S. 93 ff.

[9] Vgl. dazu Richter, Kaiser-Wilhelm-Institut, S. 377–381; ders., Oskar Vogt, der Begründer des Moskauer Staatsinstituts für Hirnforschung. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen im Bereich der Neurowissenschaften, in: Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie 28 (1976), S. 385–395; ders./Marianne Lindemann, Die Berliner und die Moskauer Schule der architektonischen Hirnforschung, in: Internationaler Kongreß für Geschichte der Medizin, Düsseldorf, 31. 8.–5. 9. 1986, Verhandlungen, S. 923–936.

[10] In diesem Zusammenhang wurden auch schwere Vorwürfe gegen die Leitende Schwester an der Forschungsklinik, Martha Wilkens, vom Evangelischen Diakonieverein, erhoben. Ihr wurde vorgeworfen, den Hitlergruß mit der Begründung verweigert zu haben, sie käme sich dabei wie ein Clown vor. Außerdem habe sie den Schwestern davon abgeraten, bei den Kirchenwahlen die Deutschen Christen zu wählen und sich in der Betriebszellenorganisation zu engagieren. Schließlich habe sie einen Diakon kritisiert, der in die SA eingetreten sei, und den Übertritt von Schwestern zur NS-Schwesternschaft zu verhindern gesucht. Nachdem sie von der Leitung des Evangelischen Diakonievereins wegen ihres intransigenten Kurses gegen die Nationalsozialisten gerügt worden war, ersuchte Martha Wilkens im August 1933 um ihre Entlassung. Die Oberin konnte sie aber, nachdem ihre Mitschwestern eine Solidaritätsadresse abgegeben hatten, zum Weitermachen bewegen. Auch in der Folgezeit stand sie dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber, sah sich aber, nachdem sie im Juni 1936 als Bezirksoberin nach Stettin versetzt worden war, schließlich doch noch gezwungen, der NSDAP beizutreten. Archiv des Evangelischen Diakonievereins Zehlendorf, PA Martha Wilkens. Vgl. Liselotte Katscher, Krankenpflege und „Drittes Reich". Der Weg der Schwesternschaft des Evangelischen Diakonievereins 1933–1939, Stuttgart 1990.

[11] Niederschrift über eine Besprechung zwischen v. Bohlen und v. Cranach über die Angelegenheiten des KWI für Hirnforschung, 22. 9. 1933, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1637.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Chauvinismus" Cécile Vogts[12]. Das Material für die Kampagne gegen Oskar und Cécile Vogt lieferten Denunzianten innerhalb und außerhalb des Instituts, z.B. Prof. Max-Heinrich Fischer, Leiter der Abteilung für Neurophysiologie am KWI für Hirnforschung, auf dessen Anschuldigungen wohl die Überfälle der SA auf das Institut im Mai und Juni 1933 zurückzuführen sind, der Hygieniker Prof. Hans Zeiss, Vertrauensmann der Reichsleitung der NSDAP an der Medizinischen Fakultät der Berliner Universität, der Oskar Vogt bei Leonardo Conti denunzierte, oder Dr. Berthold Ostertag, der wohl hinter einem 1937 im *Schwarzen Korps* erschienenen Artikel mit der Überschrift „Was hatte Lenin eigentlich im Kopf?" steckte, in dem Oskar Vogts bekanntes Diktum, Lenin sei ein „Assoziationsathlet" gewesen, ausgeschlachtet wurde[13].

In die Auseinandersetzungen um das KWI für Hirnforschung schalteten sich im Laufe der Zeit die Kreisleitung der NSDAP in Berlin-Pankow, der SA-Sturm Berlin-Buch, das Hauptgesundheitsamt von Berlin, das Reichs- und Preußische Ministerium des Innern, die Gestapo, das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung und der Stab des Stellvertreters des Führers ein. Vogts härteste Gegner waren Bernhard Rust, der neu ernannte Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, und dessen Forschungsreferent, der Wehrchemiker Prof. Rudolf Mentzel. Unterstützung fand Vogt bei seinem Gönner Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, bei seinem Jugendfreund Graf Ernst v. Reventlow, dem nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten und Herausgeber der NS-Zeitschrift *Der Volkswart*, aber auch beim Präsidenten der KWG, Prof. Max Planck.

Obwohl die von Max-Heinrich Fischer angezettelte Intrige scheiterte – Fischers Abteilung wurde 1934 aus dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung ausgegliedert und 1936 aufgelöst[14] – war die Stellung Vogts als Institutsdirektor unhaltbar geworden. Am 22. September 1934 erhielt er von Ministerialdirektor Theodor Vah-

[12] Vogt an Glum, 31.10.1933 (mit mehreren Anlagen, z.B. Aufzeichnungen zu einer Rücksprache zwischen Vogt und Dr. Trachte, stellvertretender Direktor des Hauptgesundheitsamts der Stadt Berlin, 20.10.1933; Stellungnahme Vogts zu den gegen ihn gerichteten Vorwürfen), Bericht Kreutzers über die Zustände am Kaiser-Wilhelm-Institut und Erklärung Vogts zu Kreutzers Bericht, 20.10.1933, in: Historisches Archiv Krupp, Essen (künftig: HA Krupp), FAH, 4 E 269.

[13] Was hatte Lenin eigentlich im Kopfe?, in: Das Schwarze Korps vom 19.8.1937. 1937 kam es sogar zu einer Duellforderung Ostertags an Vogt. HA Krupp, FAH, 4 E 1155. Vgl. Satzinger, Geschichte, S. 270–273.

[14] Dazu die umfangreichen Unterlagen im MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1637 und 1638, und im HA Krupp, FAH, 4 E 269. Nachdem Ernst Rüdin eine Übernahme an die DFA abgelehnt hatte (Rüdin an Fischer, 17.10.1933, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1637), wurde Fischers Abteilung zwischenzeitlich im Gebäude des ehemaligen KWI für Immunitätsforschung in Berlin-Dahlem untergebracht. Die Abteilungsleiter Zwirner, Tönnies, Patzig und Timoféeff-Ressovsky protestierten bei der Generalverwaltung dagegen, daß Fischers Institut weiterhin den Namen „KWI für Hirnforschung, Physiologische Abteilung" trage und daß aus dem Budget des KWI für Hirnforschung beträchtliche Mittel für Fischers Institut abgezweigt würden. Max Planck wies diesen Protest scharf zurück (Abteilungsleiter des KWI für Hirnforschung an Generalverwaltung der KWG, 2.3.1934, Planck an Vogt, 9.3.1934, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1637). 1935 verhinderte Rudolf Mentzel noch die Kündigung Fischers mit dem Hinweis darauf, daß dieser „zur Zeit wertvolle Untersuchungen für das Luftfahrtministerium mache, die sich auf Bewußtseinsstörungen bei

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

len vom Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die Kündigung als Direktor des KWI für Hirnforschung zum 31. Dezember 1934 (nach § 6 der zweiten Durchführungsverordnung zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums). Die Rechtsstellung als wissenschaftlicher Mitarbeiter der KWG und als Abteilungsleiter am Physiologischen Institut der Charité blieben von der Kündigung unberührt[15]. Die Geschäfte des Institutsdirektors führte Vogt auf Bitte von Planck ab November 1934 kommissarisch fort[16]. Max Planck[17], Ernst v. Reventlow[18] und vor allem Gustav Krupp v. Bohlen und Halbach versuchten, durch geharnischte Proteste eine Rücknahme der Kündigung durch das Wissenschaftsministerium zu erwirken; v. Bohlen gelang es nach mehreren vergeblichen Anläufen am 29. November 1934, bis zu Bernhard Rust vorzustoßen[19], der sich jedoch nicht umstimmen ließ. Daraufhin schaltete v. Bohlen mit Hilfe des Kuratoriums der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft den Stab des Stellvertreters des Führers ein, doch konnte er auch auf diesem Wege nichts mehr erreichen[20]. Im Fall Oskar Vogts bewies Bernhard Rust, der oft – und durchaus zu Recht – als schwache Figur im polykratischen Kompetenzendschungel des NS-Staates beschrieben wird, auch unter starkem Druck ein beachtliches Durchsetzungsvermögen.

Bei einem Treffen am 9. Januar 1935, an dem v. Bohlen, Ernst Telschow für die Generalverwaltung der KWG, Mentzel und der Justitiar des Reichserziehungsministeriums, Oberregierungsrat Kaspar, teilnahmen, zeichnete sich schließlich ein Kompromiß ab. Im Namen des Ministeriums bestand Mentzel nach wie vor auf der Ablösung Vogts als Institutsdirektor wegen der „Duldung kommunistischer Umtriebe", versicherte aber gleichzeitig, Vogt solle unter einer neuen Institutsleitung „völlige wissenschaftliche Arbeitsmöglichkeit" behalten. Mit dieser Lösung erklärte sich auch v. Bohlen einverstanden. Die KWG, so Mentzel, solle Vorschläge für die Neubesetzung des Direktorenpostens unterbreiten; hierbei kämen nicht nur Psychiater, sondern auch Physiologen und Biochemiker in Betracht. Einen Tag später brachte Mentzel gegenüber Telschow erstmals mögliche Nachfolger Vogts ins Spiel: den Hamburger Psychiater Prof. Ernst Rittershaus und Prof. Holtz, Direktor der Chirurgischen Klinik der Charité[21]. Kurz nach dem Treffen mit den Vertretern des Reichserziehungsministeriums gab v. Bohlen zu verstehen, daß ihm vor allem an der Rücknahme des Vorwurfs kommunistischer Gesinnung gegen Vogt gelegen sei,

---

Fliegern bezögen". Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses der KWG am 9. 4. 1935, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1638.

[15] Vahlen an Vogt, 22. 9. 1934, in: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Akademie-Archiv, Berlin (künftig: Akademie-Archiv), Nachlaß (NL) Vogt, 11.

[16] Planck an Vogt, 20. 11. 1934, in: Akademie-Archiv, NL Vogt, 11.

[17] Planck an Rust, 27. 9. 1934, in: HA Krupp, FAH, 4 E 269.

[18] Reventlow an Rust, 1. 10. 1934, in: Ebenda.

[19] Dazu die umfangreichen Korrespondenzen in: Ebenda.

[20] v. Bohlen an Hess, 12. 4. 1935, in: HA Krupp, FAH, 4 E 270.

[21] Aktennotiz von Ernst Telschow über eine Unterredung am 9. 1. 1935 mit v. Bohlen, Mentzel und Kaspar, 10. 1. 1935, in: HA Krupp, FAH, 4 E 269. Die Notiz wurde Planck, Glum und v. Cranach zur Kenntnis gebracht.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

da er fürchtete, dadurch auch persönlich kompromittiert zu werden[22]. Diesem Wunsch wurde im März 1935 entsprochen. Das Kultusministerium sprach sich nunmehr dafür aus, Hugo Spatz, Assistent des Münchner Psychiaters Prof. Oswald Bumke und Leiter des neuropathologischen Labors an der Psychiatrischen und Nervenklinik in München, an das KWI für Hirnforschung zu berufen und ihn dem unbequemen Vogt „an die Seite zu stellen"[23]. Das Ministerium strebte jetzt nicht mehr die Emeritierung, sondern die Pensionierung Vogts an[24], die denn auch am 14. Mai 1935 durch einen Ministerialerlaß verfügt wurde, obwohl Oskar Vogt bei der Übersiedelung des KWI für Hirnforschung nach Berlin-Buch im Jahre 1930, damals bereits 61 Jahre alt, mit der KWG eine Anstellung auf Lebenszeit vertraglich vereinbart hatte[25]. Rechtlich durchaus fragwürdig, wurde diese Lösung in der Generalverwaltung und – was letztlich noch wichtiger war – in der Villa Hügel akzeptiert, obwohl sich v. Bohlen weiterhin bei Rust[26] und Hess[27] für Vogt verwandte. Am 31. Juli 1935 erhielt Vogt vom Ministerium die von Adolf Hitler unterzeichnete Abschiedsurkunde zur Versetzung in den dauernden Ruhestand[28]. Im November 1935 bekräftigte das Ministerium seine Entscheidung: Es bleibe bei der Pensionierung Vogts, auch wenn der Vorwurf des Kommunismus und der Duldung kommunistischer Umtriebe nicht aufrechterhalten werde. Vogt sei „nicht der geeignete Mann [...], um im Sinne der Richtlinien des nationalsozialistischen Staates als verantwortlicher Leiter einem großen und bedeutenden Forschungsinstitut vorzustehen". Das Ministerium versicherte aber nochmals, Vogt könne im Zuge der Neuordnung des Instituts die Leitung einer Abteilung behalten. „Diese Neuordnung soll im übrigen nach ähnlichen Gesichtspunkten vorgenommen werden, wie sie bereits im Münchener KWI für Psychiatrie maßgebend sind, d.h. es wird eine Institutsleitung auf kollegialer Grundlage angestrebt, die von Prof. Vogt keine Unterordnung im eigentlichen Sinne, sondern lediglich eine Einordnung verlangen würde."[29] Von Bohlen riet Vogt daraufhin zum Einlenken. Er sehe „ein weitgehendstes Entgegenkommen" des Ministeriums, das er jetzt „nicht gut durch absolutes Festhalten an dem Verlangen der Rückgängigmachung einer Verfügung beantworten kann, die nun doch wohl auf die Altersgrenze gestützt nicht anzufechten sein dürfte." Auf den Wunsch Oskar Vogts, v. Bohlen möge zur *ultima ratio* greifen –

---

[22] v. Bohlen an Telschow, 12. 1. 1935, in: HA Krupp, FAH, 4 E 269.

[23] Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses der KWG am 9. 4. 1935 (Bericht v. Bohlens), in: HA Krupp, FAH, 4 E 270. Zur Biographie Spatz' vgl. Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, Berlin Document Center (BDC), A 533.

[24] Vogt an v. Bohlen, 6. 6. 1935, in: HA Krupp, FAH, 4 E 270.

[25] Vgl. Richter, Kaiser-Wilhelm-Institut, S. 392.

[26] v. Bohlen an Rust, 10. 5. 1935, in: HA Krupp, FAH, 4 E 270.

[27] Achenbach (Kuratorium der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft) an v. Bohlen, 9. 5. 1935, v. Bohlen an Vogt, 26. 6. 1935, in: Ebenda.

[28] Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Vogt, 31. 7. 1935, in: Akademie-Archiv, NL Vogt, 11.

[29] Stellvertretender Staatssekretär Kunisch (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung) an Verbindungsstab der NSDAP in Berlin, 14. 11. 1935, in: HA Krupp, FAH, 4 E 270, auch im Akademie-Archiv, NL Vogt, 11.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damit meinte er die persönliche Intervention des Essener Großindustriellen bei Adolf Hitler – ging v. Bohlen nicht mehr ein[30]. Vogt lehnte, wie nicht anders zu erwarten, die ins Auge gefaßte Umstrukturierung strikt ab. In einem Memorandum vom 7. Dezember 1935 argumentierte er nicht ungeschickt mit dem nationalsozialistischen Führerprinzip:

> „Eine Neuordnung des Instituts auf kollegialer Grundlage würde meiner Ansicht nach einen organisatorischen Rückschritt bedeuten und nicht den höchsten Zielen der Organisationsbestrebungen der Partei und der Arbeitsfront entsprechen. [...] Wenn ich mich nicht über mich täusche, so ist meine Oberleitung schwer zu ersetzen. Unsere speziellen Arbeiten können aber meine Frau und ich als Privatleute durchführen. Wir ziehen dafür einen Ort vor, der uns nicht täglich an die uns zugefügten Demütigungen erinnert."[31]

Damit stand endgültig fest, daß Oskar und Cécile Vogt das KWI für Hirnforschung verlassen würden. Es wurde vereinbart, daß Oskar Vogt die Institutsleitung bis zum 1. April 1937 kommissarisch fortführen sollte. Als Nachfolger schlug Vahlen am 24. Dezember 1935 abermals Spatz vor[32]. Darüber zeigte sich v. Bohlen höchst erfreut. „Übrigens hatte ich dem Reichserziehungsministerium gegenüber meinerseits den Namen des Professors Spatz nicht genannt", schrieb v. Bohlen an Planck. „Auch ich würde aber eine glückliche Lösung darin sehen, wenn es gelingen sollte, ihn zunächst zur Einarbeitung nach Buch zu berufen."[33]

Hugo Spatz war also bereits seit März 1935 als neuer Institutsdirektor im Gespräch. Doch war mittlerweile durch den plötzlichen Tod des Leiters der Histopathologischen Abteilung der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie (Kaiser-Wilhelm-Institut) (DFA) in München, Prof. Walther Spielmeyer, im Februar 1935 eine komplizierte Situation entstanden, zumal – wie bei einem Krisengespräch am 12. Februar 1936 in München mit Besorgnis festgestellt wurde[34] – zu dieser Zeit auch mehrere Lehrstühle unbesetzt waren oder bald frei werden würden, so etwa der Lehrstuhl von Prof. Karl Bonhoeffer an der Charité. Spatz, seit 1928 wissenschaftliches Mitglied der DFA, hätte eigentlich in der Sitzung des Stiftungsrates der DFA am 4. Mai 1935 zum Nachfolger Spielmeyers berufen werden sollen, doch hatten sich in München unerwartete Widerstände ergeben. Nachdem diese Widerstände im Januar 1936 ausgeräumt waren, schien die Sache entschieden, Spatz sprach sich eindeutig für München und gegen Berlin aus[35]. Auf Anregung v. Bohlens intervenierte jedoch Friedrich Glum, der Generalsekretär der KWG, beim Reichserzie-

[30] Vogt an v. Bohlen, 28. 11. 1935, v. Bohlen an Vogt, 30. 11. 1935, in: HA Krupp, FAH, 4 E 270.
[31] Memorandum Vogts für v. Bohlen, 7. 12. 1935, v. Bohlen an Vogt, 30. 11. 1935, in: Ebenda.
[32] Vahlen an v. Bohlen, 24. 12. 1935, in: Ebenda.
[33] v. Bohlen an Planck, 2. 1. 1936, in: Ebenda.
[34] Aktenvermerk Glum über eine Besprechung in Angelegenheiten des KWI für Hirnforschung und der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie (Kaiser-Wilhelm-Institut), München, am 12. Februar 1936, 18. 2. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1581.
[35] Spatz an Vogt, 16. 1. 1936, Vogt an v. Bohlen, 21. 1. 1936, in: HA Krupp, FAH, 4 E 270.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hungsministerium und bewirkte auf diese Weise, daß die endgültige Entscheidung im bayerischen Kultusministerium vertagt wurde[36].

Interessant ist, daß bei dem Münchner Treffen am 12. Februar 1936 noch sehr intensiv über eine „kollegiale Lösung" diskutiert wurde. Demnach sollten ein Architektoniker, ein Histopathologe und ein Kliniker gemeinsam an die Spitze des KWI für Hirnforschung treten. Als Architektoniker empfahlen Bumke und Prof. Ernst Rüdin, Geschäftsführender Direktor der DFA, Prof. Eduard Beck, einen früheren Schüler Vogts, der sich aber mittlerweile mit seinem alten Lehrer überworfen hatte. Vogt selber empfahl den Berliner Pathologen Prof. Paul Schürmann. Als Kliniker waren Prof. Maximinian de Crinis, damals noch Ordinarius für Psychiatrie und Direktor der psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Köln, und Prof. Georges Schaltenbrand[37], Leiter der Neurologischen Abteilung der Inneren und Nervenklinik der Universität Würzburg, im Gespräch. Vogt empfahl Schaltenbrand, mit dem er schon bei früherer Gelegenheit hatte zusammenarbeiten wollen, und lehnte de Crinis „vollkommen ab", wobei er sich auch auf „ein vernichtendes Urteil" Spielmeyers stützen konnte. Als Histopathologen kamen nach übereinstimmender Meinung aller beteiligten Stellen nur Spatz und Prof. Willibald Scholz, der engste Mitarbeiter und Stellvertreter Spielmeyers, in Frage. Mentzel hatte sich für das Reichserziehungsministerium darauf festgelegt, daß einer dieser beiden die Nachfolge Vogts, der andere die Nachfolge Spielmeyers antreten sollte. Vogt selber gab Spatz, den er bereits 1927 an die Stelle von Max Bielschowski, des langjährigen Leiters der Histopathologischen Abteilung, an das KWI für Hirnforschung hatte berufen wollen, den Vorzug vor Scholz. Nachdem er im April 1935 angeboten hatte, Spatz' Bewerbung um die Nachfolge Spielmeyers im Stiftungsrat der DFA zu unterstützen[38], hielt er sich im Oktober zurück, weil er – wie er v. Bohlen schrieb – nicht den Eindruck erwecken wollte, als ob er eine Berufung Spatz' zu seinem Nachfolger verhindern wolle[39]. Im Januar 1936 schließlich wandte sich Vogt an Spatz und riet ihm mit Blick auf die Widerstände in München zu, nach Berlin zu wechseln. Von Bohlen sprach sich eindeutig für Spatz und gegen Scholz aus[40].

So lief die Entscheidung am Ende doch noch auf Hugo Spatz zu. Auf ihn konnten sich alle Beteiligten einigen: Rudolf Mentzel, der „starke Mann" im Reichserziehungsministerium, die Generalverwaltung der KWG mit Max Planck und Friedrich Glum, der Kuratoriumsvorsitzende Gustav Krupp v. Bohlen und Halbach und sogar der scheidende Institutsdirektor Oskar Vogt. Zudem gerieten die Entscheidungsträ-

---

[36] v. Bohlen an Vogt, 30. 1. 1936, in: Ebenda. Zum Nachfolger Spielmeyers wurde Willibald Scholz ernannt. Vgl. Matthias M. Weber, Ernst Rüdin. Eine kritische Biographie, Berlin 1993, S. 197.

[37] Zu den Menschenversuchen, die Schaltenbrand 1940 an Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Werneck anstellte, vgl. Jürgen Peiffer, Zur Neurologie im „Dritten Reich" und ihren Nachwirkungen, in: Nervenarzt 69 (1998), S. 728–733.

[38] Vogt an v. Bohlen, 25. 4. 1935, v. Bohlen an Vogt, 26. 4. 1935, v. Bohlen an Vogt, 5. 5. 1935, in: HA Krupp, FAH, 4 E 270.

[39] Vogt an v. Bohlen, 5. 10. 1935, in: Ebenda.

[40] v. Bohlen an Glum, 25. 2. 1936, in: Ebenda.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ger unter Zeitdruck, da der Finanzminister gedroht hatte, den Etat des Instituts zusammenzustreichen, wenn die Entscheidung nicht bald fiele. So befand sich Hugo Spatz in einer überaus starken Position, als er am 25./26. Februar 1936 in Berlin mit Mentzel, Planck und Telschow verhandelte. Er konnte alle seine Forderungen durchsetzen, und da er sich eindeutig gegen die angepeilte Dreiteilung des Instituts aussprach, war die kollegiale Lösung vom Tisch (wenngleich in der Ära Spatz ein Forscherteam den Kurs des KWI für Hirnforschung bestimmen sollte)[41]. Kurz darauf sagte Spatz zu, obwohl Rüdin ihn bis zuletzt in München zu halten versuchte[42].

Die Reorganisation des Instituts 1937/38

Mit dem Wechsel an der Spitze war eine tiefgreifende Umstrukturierung verbunden, wie schon ein kurzer Blick auf den Aufbau des Instituts zeigt: Unmittelbar aufgelöst wurden die Abteilung für Neurochemie – Dr. Marthe Vogt emigrierte nach England – und die von Dr. Wolfgang Hochheimer geleitete Abteilung für Psychologie. Dr. Jan Friedrich Tönnies, der in der Ära Vogt die Abteilung für Physikalische Technik geleitet hatte, arbeitete von 1936 bis 1939 am *Rockefeller Institute for Medical Research* in New York, war also zum Zeitpunkt des Machtwechsels im Institut nicht vor Ort in Berlin. Er trat bei seiner Rückkehr nach Deutschland nicht wieder in das KWI für Hirnforschung ein, wenngleich er bis 1940 als wissenschaftlicher Gast geführt wurde. Seine Abteilung wurde von seinem Mitarbeiter Dr. Johann Albrecht Schaeder als Unterabteilung der Abteilung für Experimentelle Physiologie unter Prof. Alois Kornmüller weitergeführt.

Spatz hatte in den Verhandlungen mit dem Reichserziehungsministerium durchgesetzt, daß die Abteilung für Psycho-Phonetik unter Dr. Eberhard Zwirner, die sich schon seit 1933 immer weiter vom Forschungsprogramm des Instituts entfernt hatte, sowie die Abteilung für Experimentelle Genetik unter Nikolaj V. Timoféeff-Ressovsky aus dem KWI für Hirnforschung ausgegliedert werden sollten. Tatsächlich wurde die Phonometrische Abteilung 1938 aufgelöst, nachdem sich zunächst kein Forschungsinstitut bereitgefunden hatte, Zwirner aufzunehmen, und der Plan eines eigenständigen KWI für Lautforschung gescheitert war[43]. Anders war die Lage bei der international renommierten Genetischen Abteilung. Hatte Spatz zunächst nachdrücklich auf die schnelle Ausgliederung der Abteilung gedrängt, die er für einen „Fremdkörper" im Institut hielt, so sah er sich auf Wunsch Mentzels veranlaßt, von seinem Standpunkt abzurücken. Timoféeff-Ressovsky hatte einen Ruf an die *Carnegie Institution of Washington for Fundamental and Scientific Research* erhalten. Da eine Angliederung der Genetischen Abteilung an das KWI für Biologie am Wider-

[41] Aktennotiz Telschow über den Aufenthalt von Prof. Spatz in Berlin, 26. 2. 1936, in: Ebenda.
[42] Telschow an v. Bohlen, 28. 2. 1936 und 2. 3. 1936, in: Ebenda.
[43] Plan zur Errichtung eines KWI für deutsche Sprachforschung in Frankfurt, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1583. Zwirner eröffnete 1941 das Deutsche Sprachlabor.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stand des Institutsleiters Fritz v. Wettstein scheiterte, setzte das Ministerium durch, daß die Genetische Abteilung im Gebäudekomplex des KWI für Hirnforschung verblieb; sie wurde aber administrativ und finanziell völlig selbständig[44].

Neu eingerichtet wurde die Abteilung für Experimentelle Pathologie und Tumorforschung. Sie wurde im Nebenamt geleitet von Prof. Wilhelm Tönnis, einem Spezialisten für Gehirnchirurgie, der bis dahin eine Professur in Würzburg innegehabt hatte[45].

Neu war auch die Abteilung für Allgemeine Pathologie unter Prof. Hans E. Anders, der hauptamtlich als Direktor des Neuropathologischen Instituts der Reichshauptstadt Berlin tätig war, das in der Prosektur der Heil- und Pflegeanstalt Berlin-Buch untergebracht war. Mit der Berufung von Anders hoffte Spatz, daß „die Hirnforschung die notwendige Verbindung mit der Krankheitsforschung der anderen Körperorgane finden wird". Diese Idee, so Spatz weiter, stamme von Spielmeyer, der sie an der DFA umgesetzt habe, indem er die Prosektur in Eglfing einem Allgemeinpathologen wie Karl Neubürger gegeben habe. In Buch sei man in der günstigen Lage, daß die Prosektur bereits bestehe und es nur notwendig sei, den Leiter in eine engere Beziehung zur Forschungsanstalt zu bringen. Als weiteren Vorteil einer engen Zusammenarbeit mit Anders hob Spatz die „Gewinnung eines sehr großen Materials"[46] hervor. Rechtlich abgesichert wurde die Zusammenarbeit zwischen dem Neuropathologischen Institut der Reichshauptstadt Berlin und dem KWI für Hirnforschung durch eine schriftliche Vereinbarung zwischen dem Oberbürgermeister von Berlin (vertreten durch Stadtmedizinalrat Dr. Leonardo Conti und seinen Stellvertreter Dr. Theodor Paulstich) und der KWG vom 23. Dezember 1937[47].

Von der Kooperation des KWI für Hirnforschung mit der Prosektur in der Heil- und Pflegeanstalt Buch erhofften sich beide Vertragspartner auch ganz allgemein einen kräftigen Impuls, um die Beziehungen zwischen den Forschern am KWI für Hirnforschung und den Ärzten in den Heil- und Pflegeanstalten Berlin-Buch, -Herzberge, -Wuhlgarten und -Wittenau zu intensivieren. Eine solche Kooperation war bereits 1920 angebahnt und 1928 – im Zusammenhang mit dem Institutsneubau

[44] Aufzeichnung betr. Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung, 26. 3. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1581; Vogt an v. Cranach, 24. 5. 1936, Spatz an Timoféeff-Ressovsky, 17. 6. 1936 (Zitat), in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1582; Spatz an v. Bohlen, 10. 10. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1597; Mentzel an v. Bohlen, 13. 8. 1936, in: HA Krupp, FAH, 4 E 271. Zum Hintergrund vgl. Diane Paul, Die bemerkenswerte Karriere von Nikolai Wladimirovich Timoféeff-Ressovsky, in: Heinz Bielka/Detlev Ganten (Hrsg.), Festschrift anläßlich der Gründung des Max-Delbrück-Centrums für Molekulare Medizin 1992 in Berlin-Buch, Berlin 1993, S. 30–34; Helga Satzinger/Annette Vogt, Elena Aleksandrovna und Nikolaj Vladimirovic Timoféeff-Ressovsky (1898–1973; 1900–1981), Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Preprint 112, 1999, hier S. 16 f.

[45] Aufzeichnung betr. Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung, 26. 3. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1581; Glum an Spatz, 26. 5. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1582; Tönnis an Generalverwaltung der KWG, 12. 3. 1937, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1598; Spatz/Tönnis an v. Bohlen, 29. 7. 1937, in: HA Krupp, FAH, 4 E 271.

[46] Spatz an Glum, 3. 6. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1582.

[47] MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1583, und Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 136.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und der Einrichtung der Forschungsklinik – auf eine neue vertragliche Grundlage gestellt worden. 1928 war u. a. vereinbart worden, daß das Kaiser-Wilhelm-Institut zur wissenschaftlichen Fortbildung der Berliner Anstaltsärzte fünf Arbeitsplätze zur Verfügung stellen und darüber hinaus in regelmäßigen Abständen wissenschaftliche Konferenzen abhalten sollte, zu denen die Ärzte der städtischen Anstalten geladen würden[48]. Doch scheint die Zusammenarbeit bis 1933 nur schleppend in Gang gekommen zu sein, zumal die Forschungsklinik erst am 1. Mai 1932 ihren Betrieb aufnahm[49]. Als ein Indiz für das anfänglich mangelnde Interesse an einer Kooperation auf beiden Seiten kann gelten, daß die vertraglich vereinbarten Arbeitsplätze zur Fortbildung Berliner Ärzte zunächst nicht voll in Anspruch genommen wurden[50].

Unter den Bedingungen des „Dritten Reiches" wuchs zwar einerseits der politische und wirtschaftliche Außendruck auf die Klinik, andererseits gingen von dieser Entwicklung aber auch Impulse zur Expansion und zur Intensivierung ihrer Arbeit aus. Deutlich wuchs jetzt auf seiten des Kaiser-Wilhelm-Instituts das Interesse an einer Verzahnung mit den städtischen Heil- und Pflegeanstalten. Das zeigte sich etwa am Beispiel von Dr. Siegfried Freytag, der drei Jahre lang als Stationsarzt in der Forschungsklinik tätig gewesen war, ehe er an die Heil- und Pflegeanstalt Buch überwechselte. Bei dieser Gelegenheit betonte Oskar Vogt gegenüber der Generalverwaltung der KWG ausdrücklich sein „großes Interesse" an diesem Wechsel, da Freytag „das Aussuchen dort befindlicher geeigneter Kranker sowie deren Überwachung nach ihrer Rückverlegung in Aussicht gestellt"[51] habe.

Solche Kooperationsformen wurden in der Ära Spatz gezielt ausgebaut. So finden sich im Jahre 1938 unter den Gastwissenschaftlern des KWI für Hirnforschung nicht weniger als sieben Berliner Ärzte, darunter Dr. Wolfgang Goetze von der Heil- und Pflegeanstalt Buch, Oberarzt Dr. Karl Balthasar von der Heil- und Pflegeanstalt

---

[48] Vertrag zwischen der Stadt Berlin und der KWG vom 20. 7. 1928, in: Ebenda. Vgl. Denkschrift Oskar Vogt, von v. Harnack am 13. 1. 1928 an Ministerialrat Donnevert/Reichsministerium des Innern übersandt, in: BA Berlin, R 1501/26787.

[49] Das zunächst als Klinikgebäude in Aussicht genommene Männerlandhaus V der III. Städtischen Heil- und Pflegeanstalt, das die Stadt Berlin dem KWI für Hirnforschung im September 1928 übergeben hatte, wurde nicht mit Kranken belegt, sondern diente der vorübergehenden Unterbringung mehrerer Mitarbeiter und ihrer Familien. Am 29. 9. 1928 zogen Nikolaj Timoféev-Ressovsky und Dr. Eberhard Zwirner mit ihren Familien dort ein. Am 26. 7. 1930 verfügte der Berliner Magistrat, daß die Ärztefamilien das Männerlandhaus V räumen und in das Torhaus umziehen sollten (Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 136). Im Dezember 1930 wohnte aber dort noch immer Dr. Sergej Zarapkin mit seiner Familie. Das Hauptgesundheitsamt forderte das KWI für Hirnforschung trotzdem ultimativ auf, das Haus endlich zu belegen, und schlug vor, die Betten vorübergehend für Patienten aus der Heil- und Pflegeanstalt Buch zur Verfügung zu stellen, sofern das Institut von sich aus noch keine Patienten benennen konnte, die in die Forschungsklinik verlegt werden sollten (Adolf Waetzoldt an Vogt, 21. 12. 1930, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 216). Zu den Verhandlungen über die Rückgabe des Männerlandhauses V und zur Übertragung der von der Stadt Berlin übernommenen Verpflichtungen auf die von der KWG erbaute neue Forschungsklinik vgl. Aktenvermerk v. Drigalski, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 135.

[50] Oberbürgermeister/Ges. IV/4, an Heil- und Pflegeanstalt Buch, 8. 8. 1933, in: Ebenda.

[51] Vogt an Generalverwaltung der KWG, 3. 4. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1606.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Herzberge und Oberarzt Dr. Otto Reisch vom Robert-Koch-Krankenhaus. Und auch in den folgenden Jahren waren Ärzte von Berliner Anstalten und Krankenhäusern regelmäßig unter den Gästen des Instituts vertreten[52]. Die identitätsstiftende und mentalitätsprägende Wirkung, die von einem Aufenthalt als Gastwissenschaftler am KWI für Hirnforschung ausging, darf nicht unterschätzt werden. Aufgrund der abgeschiedenen Lage und der beengten Verhältnisse – 1939 lebten auf dem Institutsgelände u.a. elf Wissenschaftlerfamilien mit zusammen 19 Kindern[53] – entstand ein sehr enger Arbeits- und Lebenszusammenhang, der von Spatz, etwa durch die Einführung des Betriebssports[54], gezielt gefördert wurde. Für den überaus intensiven Zusammenhalt spricht nicht zuletzt eine Reihe von Eheschließungen zwischen wissenschaftlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Instituts. Zwischen den Wissenschaftlern, die in den Jahren von 1937 bis 1945 am Institut tätig waren, entstanden feste Netzwerke, die über die Grenzen Deutschlands hinaus etwa nach Skandinavien, nach Südosteuropa, nach Italien, Spanien und Chile ausgriffen und die auch die Epochenzäsur von 1945 überdauerten.

Einen weiteren Kanal des wissenschaftlichen Austauschs mit der Berliner Ärzteschaft bildete der *Bucher Tag*, eine jährlich stattfindende Fachkonferenz, zu der auch prominente Referenten von außerhalb geladen wurden[55]. Das starke Interesse, das Spatz gerade an der Heil- und Pflegeanstalt Buch hatte, zeigt sich daran, daß er im Mai 1936 – noch vor der Aufnahme seiner Tätigkeit in Berlin – versuchte, einen engen Freund, Prof. Ernst Braun aus Kiel, auf die freie Stelle des Direktors der Bucher Anstalten zu bringen[56]. 1940, als die Schließung der Heil- und Pflegeanstalt Buch anstand, setzte sich Spatz bei Stadtmedizinalrat Dr. Theobald Sütterlin nachdrücklich für den Erhalt der Einrichtung oder zumindest die Beibehaltung einer „Sonderstation für wissenschaftlich besonders interessante Psychosen" ein[57]. Festzuhalten bleibt, daß durch die Politik des neuen Institutsdirektors ein engmaschiges Beziehungsgeflecht zwischen dem KWI für Hirnforschung und dem Berliner Anstaltswesen entstand. Hier bahnten sich personelle Netzwerke und institutionelle Verzahnungen an, die dann während der „Euthanasie"-Aktion von Bedeutung sein sollten.

Dieses Beziehungsgeflecht dehnte sich bald schon über die Grenzen Berlins hinaus auf die Provinz Brandenburg aus. Dies stand in engem Zusammenhang mit der Wiedereröffnung der Abteilung für Histopathologie, die nach der Entlassung Max Bielschowskys im Jahre 1933 vorübergehend stillgelegt worden war. In den

[52] Ermittelt nach den Übersichten in der Zeitschrift Die Naturwissenschaften.
[53] Denkschrift über die Wohnungsverhältnisse am KWI für Hirnforschung, Hugo Spatz, 26. 1. 1939, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1636.
[54] Spatz an v. Cranach, 22. 4. 1937, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1632.
[55] Vgl. z. B. Einladung zum Bucher Tag am 16. 12. 1937, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1583.
[56] Spatz an Glum, 9. 5. 1936 und 3. 6. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1582.
[57] Spatz an Sütterlin, 8. 7. 1940 (Zitat), Sütterlin an Spatz, 10. 7. 1940, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1583. Die Intervention von Spatz wurde von Hallervorden nachdrücklich unterstützt. Vgl. Hallervorden an Spatz, 25. 9. 1940, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, PA Julius Hallervorden, 5.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zukunftsplanungen spielte diese Abteilung eine ganz zentrale Rolle. Schon bei seinen Berufungsverhandlungen drängte Spatz energisch darauf, die Stelle des Abteilungsleiters mit einer „selbständige[n] und anerkannte[n] Forscherpersönlichkeit“[58] zu besetzen. 1936 führte Spatz zunächst Vorgespräche mit Prof. Eduard Gamper, Ordinarius für Psychiatrie an der Deutschen Universität Prag. Dieser erteilte Spatz jedoch im Sommer 1937 eine Absage – zur Erleichterung der Generalverwaltung, die einer Berufung Gampers aus Kostengründen ohnehin skeptisch gegenüberstand[59]. In dieser Situation verfiel Spatz auf Hallervorden.

Julius Hallervorden[60] war seit 1913 als Assistenz-, später als Oberarzt an der Heil- und Pflegeanstalt Landsberg/Warthe tätig. Dort betrieb er neben seiner klinischen Tätigkeit ein kleines neuropathologisches Laboratorium. 1921 verschaffte ihm Spielmeyer ein Stipendium an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie (Kaiser-Wilhelm-Institut), wo Hallervorden sich auch mit Spatz anfreundete – 1922 beschrieben die beiden die nach ihnen benannte Hallervorden-Spatzsche Krankheit. Obwohl seine wissenschaftlichen Leistungen weithin Beachtung fanden und er in regem Austausch mit Spielmeyer, Spatz und Bielschowsky stand, blieb Hallervorden in der Heil- und Pflegeanstalt Landsberg. Im Jahre 1928 schlug er das Angebot Oskar Vogts aus, zum KWI für Hirnforschung überzuwechseln und einen Teil der geplanten Forschungsklinik zu übernehmen[61]. Erst 1929 wurde er von der klinischen Tätigkeit entbunden, um die Leitung der Zentralprosektur der psychiatrischen Anstalten der Provinz Brandenburg (Landsberg, Potsdam, Lübben, Brandenburg-Görden, Teupitz, Treuenbrietzen, Neuruppin, Eberswalde, Wittstock) zu übernehmen. Diese Prosektur wurde 1936 nach Potsdam verlegt. Die dortige Anstalt wurde seit 1934 von Dr. Hans Heinze geleitet, einem Schüler und früheren Oberarzt des Leipziger Psychiaters Prof. Paul Schröder. Mit Heinze trat erstmals ein wissenschaftlich interessierter, profilierter und engagierter Psychiater in den Dienst des brandenburgischen Provinzialverbandes und sorgte für frischen Wind in den „sonst wohl recht verschlafenen, eher verwalteten als ärztlich geleiteten“[62] Landesanstalten. Hallervorden war begeistert:

> „Dieser Mann hat einen geradezu fabelhaften klinischen Betrieb wie an einer Universitätsklinik geschaffen und es ist daher begreiflich, daß wir uns beide wie magisch anziehen. So ist die Sache zustande gekommen und ich kann bei der zentralen Lage hoffen, mein Laboratorium ganz anders in Schwung zu bringen, als es bisher möglich war“[63].

---

[58] Spatz an Telschow, 28. 7. 1937, in: HA Krupp, FAH, 4 E 271.

[59] Spatz an Glum, 27. 5. 1936, Glum an Spatz, 3. 6. 1936, Spatz an Glum, 3. 6. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1582.

[60] Vgl. Peiffer, Hirnforschung, S. 14 f., MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, PA Julius Hallervorden, 1.

[61] In Berlin, so Hallervorden in einem Brief an Spielmeyer, erwarte ihn „die reine Wissenschaft mit allen Hilfsmitteln, aber ein wenig Sklaverei“ (Hallervorden an Spielmeyer, 12. 10. 1928, in: Privatarchiv Peiffer). Wie viele andere Wissenschaftler hatte Hallervorden Bedenken, sich dem als äußerst schwierig bekannten Vogt unterzuordnen. Hinzu kam, daß die Einladung nach Berlin vermutlich im Zusammenhang mit dem Versuch Vogts stand, Max Bielschowsky aus dem KWI für Hirnforschung zu drängen. Hallervorden war mit Bielschowsky befreundet.

[62] Peiffer, Hirnforschung, S. 22.

[63] Hallervorden an Spatz, 29. 11. 1935, zit. nach Peiffer, Hirnforschung, S. 22.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Als Spatz ihm 1937 das Angebot unterbreitete, als Leiter der Histopathologischen Abteilung und stellvertretender Institutsdirektor an das KWI für Hirnforschung zu wechseln, äußerte Hallervorden anfangs starke Bedenken, da er die Prosektur in Potsdam nicht aufgeben wollte. Vor diesem Hintergrund reifte der Plan heran, die Potsdamer Prosektur mit der Histopathologischen Abteilung des Instituts zu verschmelzen. Damit, so argumentierte Spatz gegenüber Telschow, würde nicht nur die Frage der Besetzung der Abteilung für Histopathologie gelöst, „sondern es würde gleichzeitig eine staatliche Einrichtung mit dem KWI für Hirnforschung verbunden werden, die sehr ausbaufähig ist. Ein großes Gehirnmaterial – aus Groß-Berlin und aus der Provinz Brandenburg stammend – könnte damit von Buch und von Potsdam aus nach einheitlichen Gesichtspunkten untersucht werden. Es wäre möglich, wissenschaftliche Untersuchungen auf weite Sicht durch die Zusammenarbeit mehrerer Kräfte in Angriff zu nehmen."[64] Nachdem auf Seiten der KWG der Präsident Carl Bosch, der Generalsekretär Telschow und der Kuratoriumsvorsitzende v. Bohlen, von Seiten der Provinz Brandenburg der Landeshauptmann v. Arnim ihre Zustimmung signalisiert hatten und auch Heinze seine volle Unterstützung zugesagt hatte, wurde der Plan zielstrebig umgesetzt, so daß Hallervorden am 1. Januar 1938 in das KWI für Hirnforschung eintreten konnte. Er behielt seine Stellung als Prosektor der Brandenburgischen Psychiatrischen Landesanstalten bei, der Provinzialverband zahlte also sein Gehalt weiter, die KWG leistete lediglich einen Zuschuß. Die Prosektur, weiterhin finanziert vom Provinzialverband, wurde offiziell an das KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch verlegt, das Laboratorium in der Landesanstalt Potsdam galt fortab als Außenstelle des Instituts, wurde von der KWG finanziert und von einem Assistenten vertreten, zunächst durch Dr. Oskar Ammermann, später durch Dr. Werner-Joachim Eicke[65]. Sie zog 1938 in die Landesanstalt Brandenburg-Görden um, die bald zu einem der Zentren der „Euthanasie"-Aktion werden sollte. So entwickelte sich die Außenstelle des KWI für Hirnforschung in Brandenburg-Görden zum wichtigsten Bindeglied zwischen Krankenmord und Hirnforschung in Berlin.

Die Abteilungsneugründungen zeigen – zusammen mit der veränderten Aufgabenstellung der Abteilung I – die Schwerpunktverlagerung im Forschungsprogramm des KWI für Hirnforschung im Jahre 1937. Spatz führte nämlich in seiner Abteilung die Forschungen der Vogts zur Hirnarchitektonik nur ganz am Rande weiter fort[66]. Er verfolgte ausgeprägt pathologische Interessen, die sich vor allem auf die Pathologie

[64] Spatz an Telschow, 6. 8. 1937, in: HA Krupp, FAH, 4 E 271.

[65] Vereinbarung zwischen dem Provinzialverband der Provinz Brandenburg und der KWG, 14. 12. 1937/23. 1. 1938, in: Akademie-Archiv, KWG, 74; Peiffer, Hirnforschung, S. 33. Zu den Ärzten in der Prosektur: Personalbogen Oskar Ammermann, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 121; dienstliche Beurteilung Werner-Joachim Eicke, 1. 4. 1944, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg (künftig: BA-MA), H 20/425.

[66] Dazu Spatz an Generalverwaltung der KWG, 14. 11. 1936, in: HA Krupp, FAH, 4 E 271; Hugo Spatz, Von den Zielen des KWI für Hirnforschung. Denkschrift an die Generalverwaltung der KWG, 23. 3. 1945, S. 2, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 120.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Stammganglien (striäres System), die Klinik und pathologische Anatomie der systematischen Atrophie der Großhirnrinde (Picksche Krankheit), die pathologische Anatomie der Kreislaufstörungen des Gehirns, Untersuchungen über Gehirnverletzungen sowie über die Ausbreitung der verschiedenen Formen der Encephalitis bezogen[67]. In manchen Punkten berührten sich diese Interessen mit denen Hallervordens, der vor allem an der Pathogenese der Multiplen Sklerose sowie an der Erforschung des angeborenen oder früh erworbenen Schwachsinns interessiert war[68]. Der Forschungsschwerpunkt des KWI für Hirnforschung verlagerte sich eindeutig vom gesunden zum kranken Gehirn, wobei die Pathogenese einzelner Krankheiten und Behinderungen in den Vordergrund rückte und auch die Frage nach Anlage und Vererbung merklich an Bedeutung gewann. Schon in der Ansprache, die er bei seinem Amtsantritt vor den Mitarbeitern des Instituts hielt, nahm Spatz explizit Bezug auf das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses[69].

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei betont, daß die Pathologie im Forschungsprogramm des KWI für Hirnforschung schon vor 1937 und auch vor 1933 ihren Platz hatte. Oskar und Cécile Vogt vertraten im Grunde genommen einen konventionellen, wenngleich modifizierten lokalisatorischen Ansatz: Es ging ihnen darum, den vielen von ihnen strukturell bestimmten Rindenfeldern bestimmte Hirnfunktionen zuzuordnen, wobei sie auf eine Feinanalyse der individuellen Physiognomie der Hirnrinde abhoben. Der Königsweg zu diesem Ziel schien im Vergleich zu liegen, in der Untersuchung von Gehirnen, die in irgendeiner Form von der Norm abwichen, Gehirnen von Ausnahmemenschen, Verbrechern, Hirnkranken und Schwachsinnigen und – in Parenthese angefügt – von Angehörigen „kulturell zurückgebliebener" Menschenrassen[70]. Die Vogts griffen mithin „auf eines der ältesten Dispositive der modernen Hirnforschung [zurück], nämlich die typologisierende Untersuchung der Extreme"[71]. Rasse, Krankheit und Behinderung – zwischen diesen drei Kategorien sah er keinen prinzipiellen Unterschied – waren für Vogt

---

[67] Arbeitspläne für das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung in Berlin-Buch, ab 1. 4. 1937, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1598; Niederschrift über die Sitzung des Kuratoriums des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung am 1. 11. 1937 bzw. 20. 12. 1938, in: Ebenda, 1590.

[68] Vgl. Peiffer, Hirnforschung, S. 16 f.

[69] Ansprache des Betriebsführers des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung in Berlin-Buch, Professor Hugo Spatz, bei Übernahme der Direktion am 1. 4. 1937, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1582.

[70] Dies war der Ansatzpunkt des von Oskar Vogt initiierten deutsch-russischen Laboratoriums für Rassenforschung im Jahre 1927 und der deutsch-russischen Syphilisexpedition zu den Burjaten in Transbaikalien im Jahre 1928. Vgl. Paul Weindling, German-Soviet Medical Cooperation and the Institute for Racial Research, 1927–1935, in: German History 10 (1992), S. 177–206; Satzinger, Geschichte, S. 234, 299; dies., Das Erbe von Cécile und Oskar Vogt. Krankheiten als Rassen. Die Arbeit der Abteilungen für Humangenetik und Konstitutionsforschung (Patzig) und Genetik (Timoféeff-Ressovsky) am KWI für Hirnforschung nach 1933, in: Doris Kaufmann/Hans-Walter Schmuhl (Hrsg.), Rassenforschung im Nationalsozialismus. Konzepte und wissenschaftliche Praxis unter dem Dach der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, voraussichtlich Göttingen 2003.

[71] Michael Hagner, Gehirnführung. Zur Anatomie der geistigen Funktionen, 1870–1930, in: Ders. (Hrsg.), Ecce Cortex. Beiträge zur Geschichte des modernen Gehirns, Berlin 1999, S. 177–205, hier S. 199.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchaus von Interesse, aber nur im Rahmen seiner Forschungen zu den Elitegehirnen. Manche pathologischen Forschungen – etwa zu den Erkrankungen des striären Systems – wurden über die Bruchlinie von 1937 hinweg fortgesetzt. Aber die bislang in die Elitengehirnforschung fest eingebundenen Arbeiten, verselbständigten sich nun und gingen eine engere Verbindung mit der psychiatrischen Praxis und auch mit der Eugenik ein.

Auch in den Werken von Oskar und Cécile Vogt findet sich eine Reihe von Verweisen auf die Eugenik. Schon in einem populärwissenschaftlichen Aufsatz, der 1912 in der Zeitschrift *Nord und Süd* erschien, nahm Oskar Vogt, wohl unter dem Eindruck der Dresdner Hygieneausstellung von 1911, Bezug auf die Eugenik: „Wir werden zur Erkennung der einzelnen psychischen Erbeinheiten (respektive Komplexen solcher) vordringen, wir werden festzustellen lernen, welche seelische Fähigkeiten und Tendenzen der einzelne zu vererben in der Lage ist, und wir werden so der willkürlichen Zuchtwahl, der Rassenhygiene der Zukunft, die schon langersehnte wissenschaftliche Grundlage schaffen."[72] Dies scheint ein eindeutiges Bekenntnis zur Eugenik zu sein. Veröffentlichungen am Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre spiegeln indessen eine deutlich distanziertere Einstellung zur Eugenik wider. Das hatte drei Gründe. Erstens verstanden Oskar und Cécile Vogt zu viel von Genetik, um sich vorbehaltlos allzu grobschlächtigen Formen der Eugenik zu öffnen. Das Problem der schwachen Gene vor Augen, die geringe Penetranz dieser Gene, die dazu führt, daß sie sich nur sporadisch im Phänotypus bemerkbar machen, ihre Spezifizität, die zur Folge hat, daß ungleiche klinische Bilder genetisch einheitlich begründet sein können, und ihre schwankende Expressivität, d. h. der Umstand, daß ein Krankheitsprozeß je nachdem, auf welche Teile des Zentralnervensystems er sich ausdehnt, ungleiche, ja sogar gegensätzliche Symptome hervorrufen kann, führten sie 1929 zu dem Urteil: „Es scheint uns höchst unwahrscheinlich, daß es auf eugenischem Wege gelingen wird, die vorhandenen erblichen Erkrankungen und Minderwertigkeiten des Nervensystems auszumerzen."[73] Zweitens dachten Oskar und Cécile Vogt viel zu elitär, als daß sie sich ernsthaft mit der Prophylaxe erblicher Krankheiten und Behinderungen beschäftigt hätten. Was sie interessierte, war eine Höherzüchtung des Gehirns von Ausnahmemenschen und damit die Aufwärtsentwicklung des Menschen zum „Hirntier"[74]. Dabei spielte lediglich eine Form positiver Eugenik eine Rolle: Die Vogts propagierten die Ehe zwischen hochbegabten Frauen und Männern, um besondere Talente gleichsam „reinzuzüchten"[75]. Zweifel-

[72] Oskar Vogt, Bedeutung, Ziele und Wege der Hirnforschung, in: Nord und Süd 36 (1912), S. 309–314, hier S. 313. Eine anders akzentuierte Interpretation der Stellung Oskar und Cécile Vogts zur Eugenik bei Michael Hagner, Im Pantheon der Gehirne. Die Elite- und Rassegehirnforschung von Oskar und Cécile Vogt, in: Kaufmann/Schmuhl (Hrsg.), Rassenforschung.

[73] Cécile Vogt/Oskar Vogt, Hirnforschung und Genetik, in: Journal für Psychologie und Neurologie 39 (1929), S. 438–446, hier S. 438. Vgl. Satzinger, Geschichte, S. 293–300.

[74] Vogt, Bedeutung, S. 309.

[75] Oskar Vogt, Neurology and Eugenics. The Role of Experimental Genetics in their Development, in: Eugenics Review 24 (1932), S. 15–18, hier S. 17. Vgl. Richter, Kaiser-Wilhelm-Institut, S. 381; Satzinger, Geschichte, S. 296 f.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

los dachten sie dabei an ihre eigene Ehe und an befreundete Forscherehepaare wie Elena und Nikolaj Timoféeff-Ressovsky. Vom *mainstream* der eugenischen Bewegung in Deutschland war dieses Denken weit entfernt. Drittens schließlich verfolgten die Vogts viel ehrgeizigere Ziele als die Eugeniker. Während etwa die deutsche Psychiatrie in der Zwischenkriegszeit eugenische Programme gleichsam als Ersatz für die noch immer ausstehende Kausaltherapie aufgriff, dachten die Vogts schon in den 1920er Jahren daran, Veränderungen des Erbguts („Genovariationen") künstlich hervorzurufen, sei es durch gesteuerte Mutationen, wie sie aufgrund der bahnbrechenden Versuche von Herman J. Muller zur Erzeugung von Mutationen durch Röntgenstrahlen bei Drosophila im Jahre 1927 möglich geworden schienen, sei es durch Chemotherapie. Bereits in einer Denkschrift, die Ende der zwanziger Jahre entstanden sein muß, sprach Vogt von der Chemotherapie als „der einzig denkbaren Therapie erblicher Nerven- und Geisteskrankheiten"[76]. 1941 kam Vogt in zwei Briefen an v. Bohlen, in denen es um die Bedeutung der Arbeiten von Maguerite Vogt ging, auf diese Vision zurück:

> „In den letzten Jahren hat man [...] erkannt, daß die Gene durch Wirkstoffe (Hormone) wirken, daß also Krankheiten durch Störungen der hormonalen Harmonie entstehen. [...] Es wird nun viel leichter sein, die notwendigen Wirkstoffe durch Auswaschen aus gesunden Organen zu gewinnen als auf dem bisher nur denkbaren, aber äußerst schwierigen Wege der chemischen Analyse der Mängel der krankhaften Hirnzentren zu ihnen zu gelangen. So sind wir theoretisch der Verhütung von Erbkrankheiten einen Schritt näher gekommen."

Schon in den zwanziger Jahren, so berichtete Vogt weiter, hätten seine Frau und er die Möglichkeit gesehen, die „geschwächte Konstitution" erkrankter Hirnrindenfelder „chemisch zu bekämpfen. Aber der Weg war ein erst sehr spät erfolgversprechender, so daß wir von diesem unsern Ziel wenig gesprochen haben."[77]

Das eugenische Paradigma war mit dem Forschungsansatz und den Forschungszielen der Vogts durchaus vereinbar, und einige der für die Eugenik konstitutiven Elemente finden sich auch im Denken der Vogts wieder: das unbekümmerte Klassifizieren von Gehirnen als „vollwertig", „überwertig" oder „minderwertig"[78], der fortschrittseuphorische Züchtungsgedanke, szientistische Allmachtsphantasien oder die Vorstellung von einer wissenschaftlich angeleiteten Politik, aber – und das ist der entscheidende Gesichtspunkt – das eugenische Paradigma lag am Rande ihres Blickfeldes. Nimmt man die ungedruckten Quellen mit in den Blick, so zeigt sich, daß Oskar Vogt in ganz bestimmten Zusammenhängen die eugenische Karte ausspielte, etwa im Vorfeld des Institutsneubaus, als er sich die Unterstützung der Stadt Berlin, der Ministerien oder des Reichstages zu sichern versuchte. So wies die KWG schon

[76] Akademie-Archiv, NL Vogt, Nr. 1.
[77] Vogt an v. Bohlen, 14. 7. 1941 und 11. 11. 1941, in: HA Krupp, FAH, 4 E 1155.
[78] So z. B. in einer undatierten Denkschrift Vogts an die Generalverwaltung der KWG, in: Akademie-Archiv, NL Vogt, Nr. 1.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1928 auf die Perspektiven hin, die sich aus der geplanten Forschungsklinik und ihrer Verzahnung mit den Berliner Heil- und Pflegeanstalten eröffneten:

> „Das ungeheure Krankenmaterial der Stadt wird auf diese Weise der wissenschaftlichen medizinischen Forschung zugänglich gemacht, so daß Ergebnisse erwartet werden dürfen, die für die Volkshygiene und auch für die Erforschung kriminalistischer Zusammenhänge von ganz besonderer Bedeutung sind. Durch die Zusammenarbeit des Hirnforschungsinstituts und der Städtischen Krankenanstalten würden sich Möglichkeiten ergeben, wie sie bisher in Europa noch nicht vorhanden sind."[79]

Am 2. Juni 1931 führte Vogt diese Gedankengänge vor dem Kuratorium des KWI für Hirnforschung näher aus. Die von ihm geleitete allgemein-anatomische Abteilung sei mittlerweile von der Untersuchung „grober Herderkrankungen [...] zu der jener feineren und noch wenig bekannten Veränderungen übergegangen, welche zu Geisteskrankheiten führen". Auch hier habe man Krankheitsprozesse an bestimmten Punkten des Zentralnervensystems lokalisieren können. Dadurch, so die kühne Behauptung Vogts, werde „die viel umstrittene Frage nach der Klassifikationsmöglichkeit der Psychosen positiv entschieden". Bei der Analyse individueller Ausprägungen der einzelnen Hirnrindenfelder suche man außerdem „nach dem morphologischen Substrat für cerebrale Über- und Unterwertigkeit". Insbesondere gehe es um „die Aufdeckung jener Formen, welche sich kriminell äußern. Es handelt sich hier um die Schaffung einer objektiven Grundlage für die Lehre vom konstitutionellen Verbrecher. Die Erfassung der Unter- und Überwertigen im Hirnbau soll dabei die Grundlage bilden für praktische Maßnahmen zur Unterdrückung des Unterwertigen und Höherzüchtung des Vollwertigen."[80]

Bei seinem vagen Hinweis auf praktische Maßnahmen dachte Oskar Vogt, wie oben gezeigt, wohl nicht unbedingt an ein Programm negativer Eugenik. Vor dem Hintergrund der Debatten um die eugenisch indizierte Sterilisierung in der ausgehenden Weimarer Republik lag es jedoch für seine Zuhörer nahe, seine Worte in diesem Sinne zu deuten, und es hat den Anschein, als ob sich Oskar Vogt als geschickter Taktiker bei der Formulierung praktischer Implikationen seiner Forschung bewußt unklar ausdrückte, um die Wasser der Eugenik auf seine Mühlen zu leiten. Angesichts leerer Kassen ließen sich Gelder leichter locker machen, wenn sich die Mittelgeber von der Hirnforschung die wissenschaftliche Grundlegung einer künftigen eugenisch ausgerichteten Bevölkerungs- und Erbgesundheitspolitik versprachen.

Nach der „Machtergreifung" bediente sich Vogt des eugenischen Argumentationsmusters, um den politischen Druck auf sein Institut abzuschwächen. Bei Führungen von NSDAP- und SA-Funktionären durch das Institutsgebäude verwies er wiederholt auf die Bedeutung der Hirnforschung für die Eugenik. So betonte er am 24. September 1933 in einer Rede vor 40 Amtswaltern der NSDAP-Ortsgruppe Ber-

[79] v. Harnack an Reichsminister Dr. Köhler, 19. 1. 1928, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1607. Das Schreiben Harnacks basiert auf einer Denkschrift Oskar Vogts. Vgl. BA Berlin, R 1501/26787.

[80] Bericht Oskar Vogts vor dem Kuratorium des KWI für Hirnforschung, 2. 6. 1931, in: Ebenda.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lin-Buch, das KWI für Hirnforschung fördere das „Volkswohl" in reichem Maße, „indem wir die wissenschaftliche Grundlage zur Förderung der Aufwegigen und zu einer erfolgreichen Bekämpfung der Abwegigen, der seelisch Kranken und der asozial Veranlagten, zu vertiefen uns bemühen."[81] Das war, wie eben bereits angedeutet, kein blanker Opportunismus. Vielmehr arbeitete Vogt in Kontexten, in denen dies vorteilhaft erschien, die in seinem Forschungsdesign inhärent angelegte eugenische Perspektive heraus. Auf den Forschungsalltag hatte dies wenig Einfluß. Bezeichnend ist, daß Vogt zwar am KWI für Hirnforschung „Schwachsinnsforschungen" durchführen ließ, die aus Mitteln der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft mit jährlich 40.000 RM gefördert wurden, diese Forschungen aber, als die Notgemeinschaft zum 1. September 1934 die Zahlungen einstellte, nur vorübergehend aus dem Normaletat weiterfinanzierte und sie 1935, als er immerhin noch um seinen Direktorenposten kämpfte, auslaufen ließ[82]. Mit anderen Worten: Er ließ in einer prekären Situation eine günstige Gelegenheit, sein Institut enger in die NS-Erbgesundheitspolitik einzubinden, ungenutzt verstreichen.

Inwieweit die Forschungsklinik der Eugenik ein Einfallstor in das KWI für Hirnforschung eröffnete, ist eine offene Frage. Wenig ist bislang über die Patienten der Klinik wie auch über die dort angewandten Diagnose- und Therapieverfahren bekannt. Am 17. Mai 1932 wurden die ersten 14 Patienten in der Klinik aufgenommen[83]. Die Leitende Schwester der Klinik, Martha Wilkens vom Evangelischen Diakonieverein Zehlendorf, berichtete am 28. Mai 1932 über die inzwischen 19 Kranken, es seien

> „fast nur Patienten, bei denen die willkürlichen Bewegungen nicht in Ordnung sind, entweder in unwillkürliche verändert, wie bei Veitstanz oder ähnlichen Zuckungen, oder irgendwie gestört oder nicht mehr vorhanden, z.B. nach Schlaganfällen oder anderen Zerstörungen im Gehirn. Die Kinder sind auch fast alle in dieser Art krank, z. Teil sehr elend und geistig sehr zurück; ein 7jähr. Junge sieht aus wie 2jährig, und man kann nicht mit Sicherheit feststellen, ob er überhaupt hört und sieht. Ein 9jähriger kleiner Wüterich, ein richtig geisteskrankes Kind, kann nicht sprechen; und ähnlich sind sie alle. Von den Frauen ist die jüngste über 60, 2 fast 80, und 3 so alte Männer haben wir auch, alle gelähmt und hilflos, alle recht vernachlässigt. In den großen Anstalten hat wohl niemand Zeit, mit ihnen Bewegungsübungen zu machen, und so sind sie ganz versteift. Wir merken aber schon nach der kurzen Zeit, daß sich da noch manches bessern läßt."[84]

---

[81] HA Krupp, FAH, 4 E 269 (Hervorhebungen im Original). Vgl. Bericht Vogts auf der Kuratoriumssitzung am 17.7. 1934, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1590.

[82] Bericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses zum 31.3. 1935, und Bericht der Deutschen Revisions- und Treuhand-Aktiengesellschaft Berlin über die beim Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung, Berlin-Buch, vorgenommene Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.3. 1935, 24.9. 1935, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1596; Vogt an Reventlow, 15.3. 1935, in: Akademie-Archiv, NL Vogt, 11.

[83] KWI für Hirnforschung an Heil- und Pflegeanstalt Buch, 18.5. 1932, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 216.

[84] Martha Wilkens an Oberin Maria v. Scheven, 28.5. 1932, in: Archiv des Evangelischen Diakonievereins Zehlendorf, Akte H 17.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aus dieser Beschreibung geht hervor, daß in der Forschungsklinik ganz überwiegend Patienten mit neurologisch bedingten Bewegungsstörungen aufgenommen wurden, neben sehr alten Menschen von Anfang an auch Kinder[85]. Dies fügt sich recht gut in die Forschungsinteressen von Cécile und Oskar Vogt ein. Interessant ist, daß in der Klinik eine sehr intensive Massage-, Bewegungs-, Beschäftigungs- und Arbeitstherapie durchgeführt wurde – offenkundig versuchten die Vogts und ihre Mitarbeiter, die Grenzen zwischen reversiblen und irreversiblen Bewegungsstörungen auszuloten[86]. Die Klinik nahm aber wohl auch Fälle auf, die stärker in das Gebiet der Psychiatrie fielen. Aus einem Bericht von Dr. Theodor Paulstich vom Hauptgesundheitsamt Berlin vom 30. September 1936 geht hervor, daß die Patienten – von denen mehr als die Hälfte aus dem Ludwig-Hoffmann-Hospital stammte – von der Klinik „vorwiegend nach neurologischen Gesichtspunkten" ausgesucht würden:

> „Die Kranken werden daselbst beobachtet, nach besonderen Methoden untersucht und behandelt. Die Dauer ihres Verbleibens in der Klinik ist unbegrenzt; mehrere Fälle befinden sich dort schon seit 2, 3 und 4 Jahren. Die Klinik enthält eine psychiatrische Abteilung mit gesicherten Fenstern (unzerbrechliches Glas, Drehflügel), Isolierräumen und der Möglichkeit zur Verabreichung von Dauerbädern."[87]

In dem Vertrag zwischen der KWG und der Stadt Berlin vom 20. Juli 1928 war festgelegt worden, daß die Stadt das ärztliche und pflegerische Personal „in normalem Umfange"[88] zur Verfügung stellen sollte. Infolge der intensiven Therapie war der Personalstand der Klinik indessen relativ hoch – die Stadt Berlin erzwang schon bald massive Kürzungen im Bereich der Personal- und Sachmittel. In einer Denkschrift an das Hauptgesundheitsamt Berlin vom 19. März 1934 beklagte Jan Fried-

---

[85] Vogt hatte gegenüber Wilhelm v. Drigalski den Wunsch geäußert, bis zu zehn 6- bis 12-jährige Kinder aus der Nervenabteilung der Kinderheilanstalt Buch in die Forschungsklinik zu übernehmen. Drigalski an KWI für Hirnforschung, 21. 5. 1932, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 136.

[86] Dazu heißt es in dem Bericht von Martha Wilkens: „Und dazu soll mit den Kranken viel Therapie getrieben werden, Massage, Turnen, ihnen Arbeit und Unterhaltung verschafft werden, und besonders die Kinder sollen richtig so weit als möglich gefördert werden." Dies wird bestätigt durch einen Bericht von Tönnies an das Hauptgesundheitsamt Berlin/Waetzold, 11. 6. 1932, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 216. Aus dem Bericht der Leitenden Schwester geht auch hervor, daß sich Oskar Vogt intensiv um die Patienten der Forschungsklinik kümmerte. Dazu vermerkt Martha Wilkens mit leicht ironischem Unterton, Vogt diktiere sehr schnell und gebrauche „ungeheuer viel Fremdworte, die man 1. nicht versteht, 2. in Stenographie nicht schreiben kann, und dazu macht er jeden Tag 2–3 Stunden Visite, und die Krankengeschichten werden Seiten und Seiten lang". Martha Wilkens an Oberin Maria v. Scheven, 28. 5. 1932, in: Archiv des Evangelischen Diakonievereins Zehlendorf, Akte H 17.

[87] Paulstich an Ärztekammer Berlin, 30. 9. 1936, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 136. Die Existenz einer Isolierzelle wird bestätigt durch eine Aktennotiz der Oberin Maria v. Scheven über eine Begehung des Klinikneubaus vom 17. 7. 1931, in: Archiv des Evangelischen Diakonievereins Zehlendorf, Akte H 17.

[88] Vertrag zwischen der Stadt Berlin und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vom 20. 7. 1928, § 5, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 136. Städtische Zuschüsse zu den Betriebskosten: Oberbürgermeister/Ges. 3, an KWI für Hirnforschung, 8. 3. 1932, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1607.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

rich Tönnies, daß die Personalkosten um 19 Prozent[89], die Sachkosten um 23 Prozent gekürzt worden seien. Zu diesem Zeitpunkt war die Klinik mit vierzig Patienten voll belegt. An Personal standen zwölf Schwestern des Evangelischen Diakonievereins, zwei Diakone sowie zwei Hausmädchen zur Verfügung. Um weitere Kürzungen abzuwenden, bemühte Tönnies auch das eugenische Argument:

> „Eines der Hauptarbeitsgebiete unserer Nervenklinik ist die wissenschaftlich-exakte Erfassung des Erbganges von Nervenkrankheiten. Gerade dieses Arbeitsgebiet ist in der Gegenwart durch die gleichgerichteten Bestrebungen der Regierung besonders fördernswert und darf durch untragbare Sparmaßnahmen nicht beeinträchtigt werden."[90]

Ungleich konkreter wurde Oskar Vogt in einem Brief an das Hauptgesundheitsamt Berlin vom 12. Januar 1935, in dem es um die Erweiterung der Forschungsklinik von 40 auf 60 Betten ging – eine Maßnahme, die dazu beitragen sollte, eine drastische Senkung der Pflegesätze seitens der Stadt aufzufangen[91]. Zur Begründung führte Vogt an:

> „Unsere Regierung hat ja die Bedeutung der Bekämpfung von Erbkrankheiten voll und ganz anerkannt. Die für die theoretische Hirnforschung wichtigsten Kranken sind nun aber gerade Erbkranke. Das hängt folgendermaßen zusammen. Das Gehirn zerfällt in sehr viele Elementarorgane. Das Institut ist nun bestrebt, diese voneinander zu trennen und ihre Funktion durch Heranziehen von Kranken zu klären. Die Erkrankungen, die auf einzelne solche Elementarorgane beschränkt sind, beruhen nun meist ganz oder vornehmlich auf Vererbung. So war unsere Klinik von vornherein eine ‚Erbklinik'."

Es folgten sehr konkrete Angaben zum Beitrag der Forschungsklinik zur Früherkennung und eugenischen Prophylaxe von Chorea Huntington, die nach dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses als eine der Erbkrankheiten galt, die durch Sterilisation in der Generationenfolge „ausgemerzt" werden sollten:

> „1. So konnte anatomisch nachgewiesen werden, daß bei dem erblichen progressiven Veitstanz (Chorea), der für gewöhnlich um das 40. Lebensjahr manifest wird und dessen Manifestierung eine allmähliche Schrumpfung eines Hirnorgans (des Striatum) zugrunde liegt, von jeher eine Unterentwicklung dieses Elementarorgans bei den später Erkrankenden vorhanden ist. Auf Grund dieses Befundes dürfen wir annehmen, daß die künftigen Kranken schon vor der Pubertät eine rudimentäre Chorea zeigen. Es ist ferner mit der Möglichkeit zu rechnen, diese Unterentwicklung auch auf der Röntgenplatte (Encephalographie) sichtbar zu machen. Von den Kindern eines Kranken werden 50% schicksalsmäßig krank. Der Kranke wird heute aber erst vom Sterilisierungsgesetz erfaßt, wenn er eventuell schon Großvater ist. Wird das Sterilisierungs-

[89] So kürzte die Stadt Berlin zum 1. 4. 1933 die Mittel für das Personal der Forschungsklinik um 4%, woraufhin der Diakonieverein einer Ermäßigung der monatlichen Vergütung um 5% zustimmte. Am 18. 3. 1934 wurden die städtischen Zuschüsse zu den Personalkosten – rückwirkend zum 1. 1. 1934 – nochmals um 15% gekürzt, die Vergütung für die Schwestern um weitere 10% herabgesetzt. Vgl. Archiv des Evangelischen Diakonievereins Zehlendorf, Akte H 17.

[90] Tönnies an Hauptgesundheitsamt, 19. 3. 1934, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 136.

[91] Berichte über die Prüfung des Rechnungsabschlusses zum 31. 3. 1935, 31. 3. 1936 und 31. 3. 1937, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1596, 1597, 1598.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gesetz unseren neuen Feststellungen angepaßt, so ist diese Krankheit schnell auszurotten. Dabei ist sie nicht so selten, wie vielfach angenommen wird. Wir haben in unserer Klinik bisher Angehörige von 14 Choreafamilien beobachtet. Außerdem sind im letzten Jahre Gehirne aus drei anderen Choreafamilien, deren Träger in den Bucher Anstalten gestorben waren, uns zugewiesen worden.
2. Wir haben ferner eine Unterentwicklung des Striatum als Prädisposition für die Erkrankung an infektiöser und toxischer Chorea und als klinisches Anzeichen dieser Disposition das Vorhandensein einer rudimentären Chorea nachweisen können. Auch diese Feststellung führt zu eugenischen Ratschlägen wie zu dem Hinweis, wo eventuell prophylaktische Maßnahmen ins Auge zu fassen sind.
3. Auch in Bezug auf die Schüttellähmung und dieses Symptombild bei der Hirngrippe sind wir dabei, ähnliche Feststellungen zu machen. Sie gehen von unserem anatomischen Befunde aus, daß die Zentralerkrankung stets in einem bestimmten Elementarorgan des Gehirns liegt: der Substantia nigra."[92]

Im Bereich der Klinik, also an der Schnittstelle zur praktischen Neurologie und Psychiatrie, nahm der Beitrag des KWI für Hirnforschung zur NS-Erbgesundheitspolitik konkret Gestalt an. Um den Erhalt der Klinik zu sichern[93], scheute sich Oskar Vogt nicht, das hier erarbeitete diagnostische Instrumentarium der NS-Gesundheitsführung zur Perfektionierung der Erfassung von Sterilisanden anzudienen und einer Ausweitung der Sterilisierungsgesetzgebung das Wort zu reden.

Veränderungen im Kuratorium des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung 1931–1938

Bis zum Beginn der dreißiger Jahre war das Kuratorium des KWI für Hirnforschung ein reines Verwaltungsgremium. Es bestand zunächst aus acht Mitgliedern, von denen fünf – darunter der Vorsitzende – vom Senat der KWG gewählt wurden. Außerdem gehörten je ein Vertreter des Reichsinnenministeriums, des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sowie der Stadt Berlin dem Kuratorium an[94]. 1931 kam als neuntes Mitglied ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums hinzu[95]. Den Vorsitz des Kuratoriums hatte Gustav Krupp v. Bohlen und Halbach übernommen, der bei weitem wichtigste Mäzen Oskar Vogts und Vizeprä-

[92] Vogt an Hauptgesundheitsamt Berlin, 12. 1. 1935, in: Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 136 (Hervorhebung im Original). Schon 1930 meinten Oskar und Cécile Vogt, die Anlage zu Chorea Huntington bei Kindern anhand eines Stigmas, nämlich ihres geringeren Schädelumfangs, diagnostizieren zu können. Sie brachten dies aber nicht in Zusammenhang mit der negativen Eugenik, sondern betrachteten die Möglichkeit der Frühdiagnose von Chorea Huntington als Voraussetzung für eine künftige chemotherapeutische Prophylaxe. Vgl. Satzinger, Geschichte, S. 297.

[93] Vogts Intervention war erfolgreich. Die Bettenzahl der Forschungsklinik wurde am 13. 5. 1935 von 40 auf 60, die Zahl der Pflegekräfte um drei (eine Diakonieschwester, eine freie Schwester und eine männliche Hilfskraft) erhöht. Insgesamt arbeiteten nun 13 Schwestern, ein Diakon und ein Pfleger in der Klinik. Vgl. Archiv des Evangelischen Diakonievereins Zehlendorf, Akte H 17.

[94] Satzung des KWI für Hirnforschung vom 11. 5. 1920 bzw. 19. 6. 1926, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1586.

[95] Satzungsänderung vom 12. 5. 1931, in: Ebenda.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sident der KWG von 1911 bis 1937. Von seiten der KWG gehörten dem Kuratorium ferner der Präsident – zunächst Adolf v. Harnack, seit 1930 Max Planck, der Generalsekretär Friedrich Glum sowie der Vizepräsident Friedrich Schmidt-Ott an[96]. In der politischen Arena verfügte dieses Gremium über beträchtliche Einflußmöglichkeiten, wie sich etwa bei den Verhandlungen um den Institutsneubau zeigte. Wissenschaftliche Impulse waren aus diesem Kreis indessen nicht zu erwarten. Im Zusammenhang mit dem Umzug und Ausbau des Hirnforschungsinstituts ergriff Oskar Vogt deshalb im Jahre 1931 die Initiative, um das Kuratorium zu einem wissenschaftlichen Beirat auszubauen. Er regte eine erhebliche Vergrößerung des Kuratoriums an – tatsächlich wurde das Gremium im Januar 1932 auf 25 Mitglieder aufgestockt, von denen 19 vom Senat der KWG gewählt werden sollten[97]. In Absprache mit Ernst Telschow, damals noch Verwaltungsassistent in der Generalverwaltung der KWG, und dem Kuratoriumsvorsitzenden schlug Oskar Vogt eine Reihe neuer Mitglieder vor, die vom Senat der KWG auch umstandslos bestätigt wurden[98].

Mit der Berufung von sechs Ordinarien für Psychiatrie, Neurologie, experimentelle Psychologie, allgemeine Pathologie und Pharmakologie versuchte Oskar Vogt, seine Isolation innerhalb der *scientific community* aufzubrechen. Besonders wichtig war die Verbindung zu Prof. Otfried Foerster, dem Inhaber des Lehrstuhls für Neurologie und Psychiatrie an der Universität Breslau. Vogt und Foerster hatten bereits in den zwanziger Jahren eng zusammengearbeitet – nicht zuletzt dürfte Vogt den Auftrag zur Untersuchung des Gehirns Lenins einer Empfehlung Foersters zu verdanken haben[99]. Bei den Planungen zum Institutsneubau 1927/29 war daher vorübergehend überlegt worden, ob man nicht das Institut nach Breslau verlegen oder Foerster nach Berlin holen sollte[100]. Foerster erhielt schließlich sein eigenes, aus Mitteln der *Rockefeller Foundation* finanziertes neurologisches Forschungsinstitut in Breslau. Durch die Mitgliedschaft Foersters im Kuratorium wurde die Zusammenarbeit zwischen dem Berliner und dem Breslauer Hirnforschungsinstitut sichergestellt. Prof. Walther Spielmeyer von der DFA hatte zuvor schon Sitz und Stimme im Kura-

---

[96] Mitgliederverzeichnisse in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1587.

[97] Satzungsänderung vom 31. 1. 1932, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1586. Allerdings wurden nicht alle 25 Sitze sofort vergeben.

[98] Aktennotiz Telschow, 11. 9. 1931, Vogt an v. Bohlen, 9. 11. 1931, v. Bohlen an die Mitglieder des Kuratoriums, 3. 12. 1931, in: Akademie-Archiv, KWG, 39; Planck an die Senatoren der KWG, 21. 12. 1931, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1586.

[99] Vgl. Richter, Kaiser-Wilhelm-Institut, S. 376.

[100] Besonders die Rockefeller Foundation drängte auf eine Zusammenlegung der beiden Hirnforschungsinstitute und stellte beträchtliche Finanzmittel zum Ausbau des Doppelinstituts – vor allem im klinischen Bereich – in Aussicht. Die Stadt Berlin unterstützte diesen Plan und regte an, die Bettenzahl der geplanten Forschungsklinik von 40 auf 160 aufzustocken. Vgl. Aktennotiz Harnack/Glum über eine Sitzung des Verwaltungsrats der KWG am 14. 2. 1927, Protokoll der Verwaltungsratssitzung der KWG vom 10. 3. 1927, in: BA Berlin, R 1501/26787; Protokoll der Kuratoriumssitzung des KWI für Hirnforschung vom 19. 12. 1928, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1589; Aktennotiz M. über ein Gespräch mit Vogt und Architekt Lewicki am 4. 1. 1929, Aktennotiz über eine Besprechung mit Ministerialdirektor Prof. Richter am 5. 2. 1929, Glum an v. Bohlen, 4. 6. 1929, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1605.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

torium des Kaiser-Wilhelm-Instituts gehabt, umgekehrt Oskar Vogt im Stiftungsbeirat der DFA, so daß auch die Kooperation des Berliner und des Münchner Instituts gewährleistet war. Die Anbindung an die Psychiatrie sollte durch die Berufung der beiden greisen Psychiater Prof. Gabriel Anton, Halle, und Prof. Robert Gaupp, Tübingen, hergestellt werden. Die Einbindung in die Berliner Wissenschaftslandschaft wurde gefördert durch die Berufung des Psychologen Prof. Wolfgang Köhler und Prof. Robert Rössle, Leiter des Pathologischen Instituts der Universität Berlin.

Vogt war auch bemüht, die Industrieforschung mit ins Boot zu holen. Auf Empfehlung von Carl Duisberg schlug er zwei Vertreter der I. G. Farben, Direktor L. Benda, Fachmann für Serologie, und Direktor Dr. Georg Kalischer, Experte für Farbenchemie, zur Aufnahme in das Kuratorium vor. Von ihnen erwartete sich Vogt „Unterstützung in technischen Fragen"[101]. Vogts Anregung, auch Vertreter der Firmen Siemens & Halske und Agfa in das Kuratorium aufzunehmen, blieb ohne Ergebnis.

Auf Initiative Vogts wurden schließlich auch drei amerikanische Wissenschaftler in das Kuratorium gewählt. Prof. John Campbell Merriam, Präsident der *Carnegie Institution of Washington for Fundamental and Scientific Research*, eigentlich ein Geologe, der sich aber auch an Fragen der Evolutionslehre und Eugenik stark interessiert zeigte, hatte bei einem Besuch im KWI für Hirnforschung im Sommer 1931 den Wunsch nach Zusammenarbeit geäußert. Vogt bewirkte daraufhin seine Aufnahme in das Kuratorium und regte auch die Berufung eines Stellvertreters an, wobei er Charles B. Davenport ins Spiel brachte, den Gründer einer Forschungsstation für experimentelle Evolution in *Cold Spring Harbor* auf Long Island, einen der wichtigsten Köpfe der amerikanischen Eugenikbewegung. Campbell Merriam benannte jedoch nach einigem Zögern Prof. George L. Streeter, den Direktor der Abteilung für Embryologie an der *Carnegie Institution*, der auch Interesse bekundete, zu einem Studienaufenthalt nach Berlin zu kommen. Für die Genetik hatte Vogt die Zuwahl eines amerikanischen Genetikers in das Kuratorium ins Auge gefaßt, dabei wohl zunächst an Thomas Hunt Morgan gedacht, sich dann aber für Prof. Herman J. Muller entschieden, zumal Campbell Merriam in Aussicht gestellt hatte, Muller die Reisekosten nach Deutschland aus Mitteln der *Carnegie Foundation* zu finanzieren[102]. Muller kam tatsächlich 1932 als Gastwissenschaftler an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung und nahm auch aktiv am Kuratorium teil, indem er 1933 eine Erklärung zur Bedeutung der Genetischen Abteilung abgab[103].

Im Zuge der Umstrukturierung des Instituts im Jahre 1937 kam es nun abermals zu einer weitgehenden Umbildung des Kuratoriums. Zuvor hatten sich bereits wichtige Verschiebungen bei den Mitgliedern ergeben, die als Behördenvertreter von Amts wegen im Kuratorium Sitz und Stimme hatten. Schon im Februar 1936, als die KWG aus dem Zuständigkeitsbereich des Reichsinnenministeriums in den des

[101] Vogt an v. Bohlen, 9. 11. 1931, in: Akademie-Archiv, KWG, 39.
[102] Aktennotiz Telschow, 11. 9. 1931, Vogt an v. Bohlen, 9. 11. 1931, Vogt an Merriam, 10. 2. 1932, Merriam an Vogt, 26. 5. 1932, Vogt an v. Bohlen, 19. 9. 1932, in: Ebenda.
[103] Bericht Mullers vom 6. 7. 1933, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1589.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung überging, schieden die Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung aus dem Kuratorium aus[104]. Dafür rückte als Vertreter des Reichswissenschaftsministeriums zunächst der Physiker Prof. Erich Schumann in das Kuratorium ein[105], der 1937 durch den Wehrchemiker Prof. Rudolf Mentzel, Forschungsreferent und „starker Mann" Bernhard Rusts, seit November 1936 auch Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), abgelöst wurde. Damit hatte das Reichserziehungsministerium, nachdem es das Ausscheiden Oskar Vogts erzwungen hatte, seinen Einfluß auf das KWI für Hirnforschung konsolidiert.

Gleichzeitig steigerte auch die „Gesundheitsführung" der Reichshauptstadt Berlin ihren Einfluß. Im Dezember 1936 hatte Dr. Leonardo Conti die Geschäfte des Stadtmedizinalrats von Berlin übernommen und war in das Kuratorium des KWI für Hirnforschung – wie auch des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik – berufen worden. Er bestimmte im November 1937 zwar einen engen Mitarbeiter, den Direktor der Abteilung für Erb- und Rassenpflege im Hauptgesundheitsamt Berlin, Dr. Theodor Paulstich, zu seinem ständigen Vertreter im Kuratorium des Hirnforschungsinstituts, behielt sich aber vor, auch selber weiterhin an den Sitzungen teilzunehmen[106]. Mit der Berufung Contis nahm der Druck der Berliner „Gesundheitsführung" auf das KWI für Hirnforschung deutlich zu. Staatskommissar Dr. Wilhelm Klein, der 1933 an die Stelle des Stadtmedizinalrats Prof. Wilhelm v. Drigalski getreten war[107], hatte sich zwar vorübergehend der Front gegen Oskar Vogt angeschlossen, war jedoch dem KWI für Hirnforschung durchaus gewogen, zumal er ein Kriegskamerad Bernhard Patzigs, des Leiters der Abteilung für Humangenetik und Menschliche Konstitutionsforschung, im Ersten Weltkrieg gewesen war[108].

Auch der militärische Faktor kam jetzt ins Spiel. Im Mai 1937 berief der Senat der KWG Prof. Anton Waldmann, Generaloberstabsarzt und Sanitätsinspekteur des Heeres, in das Kuratorium des KWI für Hirnforschung wie auch in die Kuratorien des KWI für Arbeitsphysiologie und des KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik[109].

In der Kuratoriumssitzung am 1. November 1937 wurde dann ein großes *revirement* beschlossen. Gabriel Anton war 1933, Walther Spielmeyer 1935 verstorben.

---

[104] Glum an alle Kaiser-Wilhelm-Institute, 5. 2. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1586.

[105] Vogt an v. Bohlen, 21. 1. 1936, in: HA Krupp, FAH, 4 E 269.

[106] Planck an Conti, 1. 12. 1936, Mitteilung des Hauptgesundheitsamtes Berlin an die Generalverwaltung der KWG, 8. 11. 1937, Spatz an Telschow, 16. 11. 1937, in: Akademie-Archiv, KWG, 39. Vgl. Ursula Grell, „Gesundheit ist Pflicht". Das öffentliche Gesundheitswesen Berlins 1933–1939, in: Totgeschwiegen 1933–1945. Zur Geschichte der Wittenauer Heilstätten, seit 1957 Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, hrsg. von der Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik, Berlin ²1989, S. 49–76, hier S. 64–73.

[107] Planck an Klein, 17. 6. 1933, in: Akademie-Archiv, KWG, 39.

[108] Patzig an Planck, 22. 10. 1934, in: HA Krupp, FAH, 4 E 269.

[109] Niederschrift über die Sitzung des Senats der KWG am 29. 5. 1937, in: Akademie-Archiv, KWG, 39.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dr. Max Lukas v. Cranach, Geschäftsführender Direktor der KWG, der seit 1933 dem Kuratorium des KWI für Hirnforschung angehört hatte, schied mit seiner Entlassung aus der KWG im Jahre 1937 aus. Die Mitgliedschaft der drei Amerikaner bestand mittlerweile nur noch auf dem Papier – Mitte der dreißiger Jahre zog sich die *Carnegie Institution* zunehmend aus der eugenischen Bewegung zurück. Um die Lücken zu füllen, schlug Spatz vor, Prof. Karl Kleist, den Direktor der Universitätsnervenklinik Frankfurt, als Sachverständigen für Hirnpathologie und Berater für die anatomische Abteilung, Dr. habil. Hans Heinze, den Direktor der Landesanstalt Potsdam, als Sachverständigen für die Erforschung des Schwachsinns im Kindesalter und Berater der Abteilung für Histopathologie, Prof. Johannes Lange, Ordinarius für Psychiatrie in Breslau, als Sachverständigen für menschliche Erbforschung und Berater der Abteilung für Erb- und Konstitutionslehre in das Kuratorium zu berufen[110]. Später schob Spatz noch einen weiteren Vorschlag nach: Dr. Heinrich Pette, Oberarzt an der Universitätsnervenklinik Hamburg-Eppendorf, sollte als Sachverständiger für klinische Neurologie und Berater der Nervenklinik des Instituts in das Kuratorium aufgenommen werden. Nikolaj Timoféeff-Ressovsky schlug in der Sitzung am 1. November 1937 Prof. Hermann Boehm, den Direktor des erbbiologischen Forschungsinstituts an der Führerschule der deutschen Ärzteschaft in Alt-Rehse, zur Aufnahme in das Kuratorium vor. Boehm scheint mit Timoféeff-Ressovsky befreundet gewesen zu sein – jedenfalls zog dieser ihn zu Rate, bevor er die Aufforderung zur Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft ablehnte[111]. Wenig später schlug Timoféeff-Ressovsky auch Prof. Fritz v. Wettstein, den Direktor des KWI für Biologie, vor. Dies ist möglicherweise im Zusammenhang mit den Forschungen zum Tabakmosaikvirus zu sehen, in die auch die Genetische Abteilung des KWI für Hirnforschung eingebunden war[112].

Die von Spatz unterbreitete Vorschlagsliste fand zwar die Billigung v. Bohlens und Waldmanns, stieß jedoch auf den Widerstand Contis. Dieser erklärte sich mit der Zuwahl von Boehm, Lange und Heinze einverstanden, äußerte aber Vorbehalte gegen die Wahl Kleists. Statt dessen brachte er Prof. Maximinian de Crinis, damals noch Direktor der Universitätsnervenklinik Köln, ins Spiel[113], der bereits 1932 vorübergehend am KWI für Hirnforschung gearbeitet hatte. Spatz setzte sich daraufhin dafür ein, daß sowohl de Crinis als auch Kleist berufen wurden. An Telschow schrieb Spatz:

[110] Spatz an Telschow, 4. 11. 1937, in: Ebenda. Lange war bereits 1929 als Leiter der Forschungsklinik ins Auge gefaßt worden, hatte es aber abgelehnt, sich Oskar Vogt unterzuordnen. Vgl. Glum an v. Bohlen, 30. 7. 1929, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1605; Lange an Glum, 3. 9. 1929, Glum an v. Bohlen, 5. 9. 1929, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, PA Johannes Lange.

[111] Telschow an Reichs- und Preußisches Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 8. 12. 1938, in: BA Berlin, R 4991 – alt R 21 – 11.065.

[112] Vgl. Hans-Jörg Rheinberger, Virusforschung an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Biochemie und Biologie, in: Kaufmann (Hrsg.), Geschichte, S. 667–698.

[113] Conti an Generalverwaltung der KWG, 12. 11. 1937, in: Akademie-Archiv, KWG, 39. Vgl. Hinrich Jasper, Maximinian de Crinis (1889–1945). Eine Studie zur Psychiatrie im Nationalsozialismus, Husum 1991.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Von de Crinis stammen auf dem Gebiet der Hirnforschung einige Arbeiten, die ich sehr schätze und ich erkenne de Crinis durchaus als ernsten Hirnforscher an, aber die Leistung von Kleist [hier bezog sich Spatz vor allem auf das kurz zuvor veröffentlichte Werk „Gehirnpathologie"] ist doch eine unvergleichlich größere. Herr de Crinis hat ferner zweifellos Verdienste auf politischem Gebiet. Er ist österreichischer Flüchtling und ich habe seine aufrichtige nationale Gesinnung, die er immer bewiesen hat, stets voll anerkannt. Ich würde mich also nur freuen, wenn auch Herr de Crinis in das Kuratorium hineingewählt würde, aber es darf meines Erachtens nicht so sein, daß deshalb Herr Kleist zurücktreten muß."[114]

Ließ Spatz hier vorsichtig anklingen, daß er de Crinis für einen Karrieristen hielt, so stellte sich schon bald heraus, daß die Berufung von de Crinis als Sachverständiger für Chemie von großem Vorteil für das Kaiser-Wilhelm-Institut war. Mit seiner Hilfe gelang 1941 die Wiedereröffnung der Chemischen Abteilung, an deren Spitze Dr. Helmut Selbach trat, der zuvor Oberarzt bei de Crinis an der Psychiatrischen und Nervenklinik der Charité gewesen war[115].

Das Kuratorium wurde 1938 durch die Berufung von Prof. Willibald Scholz von der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie (Kaiser-Wilhelm-Institut) in München komplettiert. Dieser Schritt erfolgte auf Absprache zwischen Hugo Spatz und Ernst Rüdin, nachdem Spatz zuvor in den Stiftungsrat der DFA berufen worden war. Scholz nahm den Platz des überraschend verstorbenen Johannes Lange ein[116].

Auffallend ist die zunehmende Vernetzung mit der Psychiatrie, in der sich die neue Richtung des Instituts niederschlug. Es zeichnet sich also zum einen – vermittelt über die Abteilungen für Histopathologie und Allgemeine Pathologie und das Kooperationsabkommen mit der Stadt Berlin – ein regionales Netzwerk ab, das die Krankenhäuser und Heil- und Pflegeanstalten Berlins und Brandenburgs samt ihren Prosekturen in Berlin-Buch bzw. Brandenburg-Görden, ferner das Pathologische Institut und die Nervenklinik der Universität Berlin umfaßte. Ein überregionales Netz, das vor allem durch das Kuratorium geknüpft wurde, weist Knotenpunkte in Breslau (Foerster), Frankfurt (Kleist) und Hamburg (Pette) auf; eine systematische, auf Arbeitsteilung angelegte Kooperation mit der DFA in München (Scholz) bahnte sich an[117]. Über Teile dieser Netzwerke geriet das KWI für Hirnforschung bereits frühzeitig in das Fahrwasser der „Euthanasie"-Aktion.

---

[114] Spatz an Telschow, 16. 11. 1937, in: Akademie-Archiv, KWG, 39. Auch Oskar Vogt hatte sich dezidiert gegen de Crinis als Leiter der Forschungsklinik ausgesprochen. Aktenvermerk über eine Besprechung in Angelegenheiten des KWI für Hirnforschung, Buch, und der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie, München, am 12. 2. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1581.

[115] Spatz an Telschow, 23. 11. 1938, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1583; Bericht Spatz' auf der Kuratoriumssitzung am 20. 12. 1938, Spatz an Generalverwaltung der KWG, 4. 7. 1941, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1584. Dazu auch Jasper, de Crinis, S. 88–91.

[116] Frh. v. Stengel, Vorsitzender des Stiftungsrates der DFA, an Telschow, 9. 7. 1938, Spatz an Telschow, 12. 8. 1938, in: Akademie-Archiv, KWG, 39.

[117] Die mit dem Wechsel an der Spitze eingeleitete Öffnung des KWI für Hirnforschung wird auch daran deutlich, daß auf der Jahresversammlung der Gesellschaft Deutscher Neurologen und Psychiater 1937 nicht weniger als sieben Mitarbeiter des Instituts mit Vorträgen vertreten waren. Vgl. Haushaltsplan des KWI für Hirnforschung 1937, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1604.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Herausbildung militärischer Strukturen ab 1939

Bevor die Verbindungen von Hirnforschung und Krankenmord im Detail analysiert werden sollen, gilt es, die Verschiebungen im Aufbau des KWI für Hirnforschung im Zweiten Weltkrieg in den Blick zu nehmen, genauer gesagt: die Überformung der zivilen durch militärische Strukturen, da diese Entwicklung die Entscheidung, sich an der Begleitforschung zur „Euthanasie" zu beteiligen, maßgeblich beeinflußt haben dürfte.

Prof. Anton Waldmann, der Chef des Heeressanitätswesens, hatte bereits im März 1936 im Zusammenhang mit der Berufung von Tönnis und der damit verbundenen Einrichtung einer neurochirurgischen Klinik sein Interesse bekundet[118] – die Berufung Waldmanns zum Vorsitzenden des Kuratoriums dürfte mit auf dieses Interesse zurückzuführen sein. Konkrete Planungen zur Nutzung des KWI für Hirnforschung scheinen im September 1938 auf Initiative von Oberstabsarzt Prof. Paul Schürmann, dem Leiter der Pathologischen Abteilung der Militärärztlichen Akademie, angelaufen zu sein[119]. Im April 1939 hatten diese Planungen, wie aus dem Protokoll einer Besprechung zwischen Spatz und Telschow hervorgeht[120], bereits festere Gestalt angenommen: Die Forschungsklinik sollte in eine Reserveklinik für Kopfschußverletzte umgewandelt, im Institut, den Anregungen Schürmanns folgend, eine zentrale pathologisch-anatomische Untersuchungsstelle für Kopfschußverletzte eingerichtet werden. Nach Kriegsbeginn wurden diese Pläne zielstrebig in die Realität umgesetzt. In der Forschungsklinik wurde das Reservelazarett 127, später das Reservelazarett 133 untergebracht[121]. Am Institut entstand eine militärische Parallelstruktur, bestehend aus drei Komplexen:

1. Die „Sonderstelle zur Erforschung der Kriegsschäden des Zentralnervensystems" der Militärärztlichen Akademie wurde zu Beginn des Zweiten Weltkrieges eingerichtet. Die wissenschaftliche Leitung lag bei Julius Hallervorden, die militärische Leitung bei Bernhard Patzig[122]. In der Sonderstelle wurde das von den Heerespathologen eingehende Material untersucht; ferner wurden hier die Sektionen des Reservelazaretts 127 für Kopfschußverletzte durchgeführt und die dort anfallenden

[118] Spatz an Glum, 3. 6. 1936, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1582; Niederschrift über die Sitzung des Kuratoriums des KWI für Hirnforschung am 1. 11. 1937, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1590.

[119] Spatz an Telschow, 17. 9. 1938, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1A, 1583. Im Oktober 1938 teilte Hallervorden in einem Brief an Spatz mit, es werde veranlaßt, „daß unser Institut klinisch und wissenschaftlich in den Dienst des Heeres gestellt wird, im wesentlichen also erhalten bleibt." Damit habe „sich die Unruhe ja wieder gelegt". Hallervorden an Spatz, 3. 10. 1938, in: Privatarchiv Peiffer.

[120] MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1583.

[121] Das Reservelazarett 127 wurde im August 1939 in der Forschungsklinik eingerichtet. Im Oktober 1941 mußte es dem Reservelazarett 133 weichen und zog in das „Waldhaus" in Buch um, eine frühere Einrichtung für Lungenkranke. Bei Kriegsende befand sich das Reservelazarett 127 in Schleswig-Stadtfeld. Archiv des Evangelischen Diakonievereins Zehlendorf, Akte H 17; MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1584.

[122] Spatz an KWG, 21. 12. 1939, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1583.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Präparate bearbeitet. Der Forschungsschwerpunkt der Sonderstelle lag auf den entzündlichen Erkrankungen des Zentralnervensystems, vor allem auf den Meningitiden, Encephalitiden (Fleckfieber, Trichinose, Lyssa, Poliomyelitis, afrikanische Schlafkrankheit sowie parainfektiöse Encephalitiden) und auf der Multiplen Sklerose. Um den Umfang der in der Sonderstelle geleisteten Arbeit zu verdeutlichen, seien einige Zahlen angeführt: Von Oktober 1940 bis Oktober 1941 wurden 512 Gehirne an die Sonderstelle eingesandt, davon 171 aus den Reservelazaretten in Deutschland (einschließlich 66 aus dem Reservelazarett 127), 160 aus Untersuchungsstellen und Lazaretten im Osten und 181 aus dem Westen, von denen ein großer Teil histologisch untersucht wurde. Ferner wurden im Reservelazarett 127 in diesem Zeitraum 83 Körpersektionen durchgeführt. Bis Juni 1944 waren 1.150 Gehirne bei der Sonderstelle eingegangen. Hierunter befanden sich mindestens 185 Gehirne von Patienten aus dem Jüdischen Hospital im Ghetto Warschau sowie weitere 17 Gehirne von polnisch-jüdischen Patienten aus dem Bereich Lublin mit der Verdachtsdiagnose Fleckfieber[123].

2. Anfang 1940 wurde im KWI für Hirnforschung auf Initiative der Sanitätsinspektion der Luftwaffe die „Außenabteilung für Gehirnforschung" des Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstituts des Reichsluftfahrtministeriums unter Leitung von Spatz eingerichtet. Ihr Forschungsschwerpunkt lag auf den gedeckten und offenen Verletzungen des Gehirns. Nach Angaben des Alexander-Reports gingen alle Gehirne gefallener Luftwaffenangehöriger – insgesamt 3.338 – an die von Spatz geleitete Außenabteilung für Gehirnforschung – mit Ausnahme der Fälle, die auf Sauerstoffunterversorgung zurückzuführen waren. Diese gingen an das Institut für Luftfahrtpathologie unter Prof. Franz Büchner in Freiburg[124].

Es gibt Hinweise darauf, daß in der „Außenabteilung für Gehirnforschung" auch Gehirne von Opfern der Unterdruckversuche „zur Rettung aus großen Höhen" untersucht wurden, die Dr. Sigmund Rascher von Februar bis Mai 1942 im KZ Dachau durchgeführt hatte. In einem Brief Raschers an den Reichsführer-SS Heinrich Himmler vom 11. Mai 1942 heißt es: „Die Auswertung der pathologischen Präparate wird aus Gründen der Materialaufbereitung etwa ein halbes Jahr dauern, obwohl uns hierzu, wie ich hoffe, das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung

[123] Peiffer, Forschung, S. 162, (bestätigt durch Dokument L – 170 [Alexander-Bericht], Kopie im MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, PA Julius Hallervorden, 5). Vgl. allg. Übersicht zum offiziellen Jahresbericht 1940/41, Hallervorden, Vortrag an der Militärärztlichen Akademie, Lehrgruppe C, in Gießen, 14. 5. 1944 und Forschungsbericht Hallervorden, 13. 9. 1944, in: MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 1 A, PA Julius Hallervorden, 3; Manuskript Hugo Spatz, Aus dem Gebiet der Gehirnpathologie mit besonderer Berücksichtigung der Luftwaffenbelange, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 1. Zu den Mitarbeitern der Sonderstelle gehörten Dr. Werner-Joachim Eicke und – zeitweilig – Dr. Georg Friedrich, die im Zusammenhang mit den Querverbindungen zwischen Hirnforschung und Krankenmord eine Rolle spielten.

[124] Manuskript Hugo Spatz, Aus dem Gebiet der Gehirnpathologie mit besonderer Berücksichtigung der Luftwaffenbelange, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 1; Dokument L – 170 [Alexander-Bericht], S. 4 f., Kopie im MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1 A, PA Julius Hallervorden, 5.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

helfen wird"[125]. Und am 3. Januar 1944 erkundigte sich Rascher dann bei seinem Kollegen Dr. Wolfgang Romberg, der mittlerweile wieder am Fliegermedizinischen Institut der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt unter Dr. Siegfried Ruff in Berlin arbeitete: „Was ist nun eigentlich aus unseren schönen Präparaten bei Spatz geworden?"[126] Die beiden Dokumente belegen, daß die histologische Untersuchung von Hirnpräparaten aus den Dachauer Unterdruckversuchen am KWI für Hirnforschung zumindest geplant war – ob diese Untersuchungen tatsächlich noch stattgefunden haben, muß nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand offenbleiben. Aufgrund der oben skizzierten Aufgabenverteilung zwischen der Außenstelle für Gehirnforschung des Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstituts unter Spatz und dem Institut für Luftfahrtpathologie unter Büchner mag man sich fragen, warum die Gehirnpräparate aus den Dachauer Unterdruckversuchen nicht nach Freiburg gingen, zumal man dort – in Zusammenarbeit mit Willibald Scholz von der DFA – seit 1941 an einem Forschungsauftrag des Reichsluftfahrtministeriums zu den Auswirkungen des Sauerstoffmangels auf das Hirngewebe arbeitete[127]. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß Dr. Gerd Peters, der engste Mitarbeiter Scholz' in den Jahren von 1934 bis 1939, während des Krieges zwar dem Freiburger Institut für Luftfahrtpathologie zugeteilt, von dort aber an die Berliner Außenstelle für Gehirnforschung abgeordnet war, wo er eng mit Spatz zusammenarbeitete[128]. Dieser wiederum hatte im Zusammenhang mit der Erforschung der Kreislaufstörungen im Gehirn bereits vor dem Krieg Interesse an diesem Themenkomplex bekundet und eine Zusammenarbeit mit der militärischen Luftfahrtmedizin in Aussicht gestellt. In einem Arbeitsplan für das KWI für Hirnforschung aus dem Jahr 1937 heißt es dazu: „Im Experiment soll nun in der Unterdruckkammer gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Prof. [Hubertus] Strughold (Med.Abt. des Luftfahrtministeriums) die Wirkung der Anoxaemie auf das Gehirn untersucht werden."[129]

3. Als dritter militärischer Komplex trat 1941/42 die „Forschungsstelle für Hirn-, Rückenmark- und Nervenverletzte" unter der Leitung von Wilhelm Tönnis hinzu[130], der als Beratender Neurochirurg beim Inspekteur des Sanitätswesens der Luftwaffe, ab 1943: der Wehrmacht, fungierte. Von Tönnis war auch die Initiative zur Einrichtung dieser Sonderstelle ausgegangen, wobei er offenbar in Konkurrenz zu Prof.

---

[125] Rascher an Himmler, 11. 5. 1942, in: BA Berlin, NS 19/1580.

[126] Rascher an Romberg, 3. 1. 1944, in: BA Berlin, NS 21/923. Den Hinweis auf diese beiden Dokumente verdanke ich Bernd Martin, Freiburg. Vgl. auch Peiffer, Forschung, S. 155.

[127] Vgl. Weber, Rüdin, S. 269 f.

[128] Spatz und Peters präsentierten gemeinsam die Ergebnisse der Gehirnuntersuchung bei 200 Fällen von Flugzeugunfall. Vgl. MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 119.

[129] H. Spatz, Arbeitspläne für das KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch, ab 1. 4. 1937, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1598 (Hervorhebung im Original). Vgl. auch Anm. 148. Eine weitere Verbindungslinie zwischen dem KWI für Hirnforschung und Raschers Menschenversuchen könnte über Prof. Erich Hippke gelaufen sein.

[130] Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe/Chef der Luftwehr L. In. 14, an Tönnis, 21. 10. 1941, Reichsminister der Luftfahrt und Oberbefehlshaber der Luftwaffe/Generalstab Gen. Qu., an Tönnis, 9. 4. 1942, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 119.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Viktor v. Weizsäcker trat, dem das Sonderlazarett für Hirnverletzte in Breslau unterstand[131]. Die „Forschungsstelle für Hirn-, Rückenmark- und Nervenverletzte" wurde als eigene Abteilung mit Archiv, Film- und Bildstelle, psychologischem Laboratorium, bioelektrischem Laboratorium und experimenteller Abteilung dem Vorgezogenen Luftwaffenlazarett Berlin-Frohnau angeschlossen, das aus der Neurochirurgischen Universitätsklinik hervorgegangen war[132]. Im Winter 1939/1940 wurde das Luftwaffenlazarett Berlin durch die Hinzunahme von Gebäuden des Olympischen Sportfeldes erweitert; 1941 siedelte es in die Kaserne des Regiments Hermann-Göring nach Berlin-Reinickendorf um, im Dezember 1943 wurde der größte Teil des Lazaretts mit 1.600 Betten nach Bad Ischl verlegt.

Das Luftwaffenlazarett Berlin und die ihm angeschlossene Forschungsstelle für Hirn-, Rückenmark- und Nervenverletzte bildete den zentralen Knotenpunkt eines weitgepannten Netzes zur Erstversorgung, Nachbehandlung und Rehabilitation von hirnverletzten Wehrmachtsangehörigen, dessen Fäden bei Tönnis zusammenliefen. Dem Berliner Komplex vorgeschaltet waren vier Hirnchirurgische Bereitschaften der Luftwaffe (seit 1942), weitere Hirnchirurgische Gruppen, die bei Bedarf in Feldlazaretten der Luftwaffe zum Einsatz kamen, sowie ortsfeste neurochirurgische Lazarette im frontnahen Bereich. Hier erfolgte die Erstversorgung. Zur Nachbehandlung wurden die hirnverletzten Soldaten in das Luftwaffenlazarett Berlin gebracht, wo man sich an die chirurgische Behandlung von Abszessen, Stecksplittern, Epilepsien, Liquor-Zirkulationsstörungen und Verletzungen der peripheren Nerven machte. Die Aufgabe der Forschungsstelle bestand vor allem in der Dokumentation der Therapie und Rehabilitation. Am Ende des Krieges hatte sie 5.000 Hirnverletzte statistisch erfaßt. Außerdem befaßte sich die Forschungsstelle – in enger Kooperation mit den nachgeordneten Sonderlazaretten für Hirnverletzte – mit der Entwicklung neuer Nachbehandlungsmethoden für Hirnverletzte. Dazu gehörte der intensive Einsatz

---

[131] Vgl. Aktennotiz Tönnis, 3. 4. 1941, Tönnis an Reichsminister der Luftfahrt u. Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Chef der Luftwehr, L. In. 14, 28. 4. 1942, Tönnis, Bericht über die Organisation zur Versorgung von Hirn-, Rückenmark- und Nervenverletzten, 4. 8. 1945, S. 8, in: Ebenda.

[132] Angaben zum Aufbau der Forschungsstelle in: Tönnis, Bericht über die Organisation zur Versorgung von Hirn-, Rückenmark- und Nervenverletzten, 4. 8. 1945, S. 5, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 119. Für die Film- und Bildstelle wurde Oberarzt Dr. Pittrich, der vor dem Krieg als Assistent an der Universitätsnervenklinik Frankfurt tätig gewesen war und von dort große Erfahrung im Filmen von Patienten und Operationen mitbrachte, zur Forschungsstelle für Hirn-, Rükkenmark- und Nervenverletzungen abkommandiert (vgl. Organisationsplan für die Forschungsstelle, in: Ebenda). Neben einem Lehrfilm über die operative Behandlung von Hirnverletzten im Frontbereich nahm Pittrich Filme über Sprach-, Denk-, Seh- und Orientierungsstörungen bei Hirnverletzten auf. Insgesamt sollen in der Forschungsstelle 430 Filme entstanden sein, die nach dem Zweiten Weltkrieg z. T. vom Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht übernommen wurden. In diesem Zusammenhang schrieb Pittrich zu einem Film über Orientierungsstörungen bei Hirnverletzten: „Der Film kann m. E. so bleiben, da unsere Filme im Hinblick auf die Nachkriegszeit bereits in einem neutralen Rahmen aufgenommen wurden" (Pittrich an Tönnis, 4. 2. 1950, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 105-1). – Zum Luftwaffenlazarett Berlin: Regierungsoberinspektor Feld, Kurzer Bericht über die Entstehung des Luftwaffenlazaretts Berlin, Aufbau der Krankenabteilungen für Hirn-, Rückenmark- und Nervenverletzungen des Luftwaffenlazaretts Berlin, undatiert (1942), in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 119.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Heilgymnastik und Sport, Spezialtraining zur Behebung von Aphasien, Agnosien, Apraxien und Sehstörungen, Kurse in Rechnen, Schreiben, Geographie, Kunstgeschichte usw. sowie eine spezielle Arbeitstherapie in Werkstätten für Flecht-, Papier-, Holz-, Ton-, Metall- und Buchbindearbeiten. Ziel war die Wiedereingliederung der aus der Wehrmacht entlassenen Hirnverletzten in den zivilen Arbeitsprozeß[133]. Wohl auch aufgrund einer Tagung zur Betreuung hirnverletzter Soldaten in Bad Ischl am 1.–3. August 1944 wandte sich Maximilian de Crinis in seiner Eigenschaft als Beratender Psychiater beim Sanitätsinspekteur des Heeres entschieden „gegen die Anschauung, daß die Hirnverletzten völlig unbrauchbare Menschen wären. Die vorgelegte statistische Arbeit über 400 Fälle beweist das Gegenteil, da von diesen praktisch sich nur 5 % als völlig unbrauchbar erwiesen haben."[134] Entsprechend vorsichtig war Tönnis bei der forensischen Beurteilung straffällig gewordener Hirnverletzter[135].

Über die drei militärischen Sondereinrichtungen wurden die zentralen Abteilungen des KWI für Hirnforschung militärisch überformt. Aber auch in der Abteilung für Experimentelle Physiologie führte Dr. Alois Kornmüller – laut Alexander-Report – annähernd 5.000 EEG-Untersuchungen an Heeres- und Luftwaffenangehörigen durch. Zusammen mit Dr. Wolfgang Goetze vom Luftwaffenlazarett Berlin untersuchte er Ermüdungserscheinungen nach Gehirnverletzungen an Patienten der Luftfahrtlazarette und Sichtungsstellen für erkranktes fliegendes Personal[136]. Dr. Johann Albrecht Schaeder war vorübergehend – durch Vermittlung von Jan Friedrich Tönnies – ebenfalls in die Luftfahrtforschung eingebunden[137]. Nebenbei sei bemerkt, daß auch die verselbständigte Genetische Abteilung mit einem Forschungsauftrag des Reichsamtes für Wirtschaftsaufbau Arbeiten zur Indikatormethode mit künstlichen radioaktiven Isotopen für medizinische und technische Anwendungen übernahm[138].

Aufschlußreich ist eine Bemerkung von Spatz zu seinem Tätigkeitsbericht für die Jahre 1940/41: „Die durch Rotstift bezeichneten Abschnitte der ‚Weiteren Mitteilungen' beziehen sich auf militärisches. Zur Publikation müßte die Genehmigung der

---

[133] Bericht der Forschungsstelle für Hirn-, Rückenmark- und Nervenverletzungen, 3. 3. 1944, Tönnis, Bericht über die Organisation zur Versorgung von Hirn-, Rückenmark- und Nervenverletzten, 4. 8. 1945, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 119; Tönnis, Operative Versorgung der Hirnschüsse, Referat, gehalten in Stockholm im Oktober 1943, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 189. Zur Arbeit der Sonderlazarette findet sich umfangreiches Quellenmaterial im BA-MA, H 20-492. Vgl. allgemein Rolf Valentin, Die Sonderlazarette des Heeres, in: Ekkehart Guth/Wolfgang Eckart (Hrsg.), Sanitätswesen im Zweiten Weltkrieg, Herford 1990, S. 167–182.

[134] Aktenvermerk Oberstabsarzt Schmidt, 20. 12. 1944, in: BA-MA, H 20-492. Vgl. Jasper, de Crinis, S. 105, 111.

[135] Referat „Aufgaben der Hirnverletzten-Lazarette", 10. 10. 1942, in: MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 20 B, 119. Tönnis verwies auf die bestehende gesetzliche Regelung, daß solche Straftäter nicht in öffentliche geschlossene Heil- und Pflegeanstalten verbracht werden durften, und fügte hinzu, „dem liegt wohl eine gewisse Diskriminierung der Träger erblicher Geisteskrankheiten zugrunde" (S. 19).

[136] Dokument L – 170 [Alexander-Bericht], S. 32 ff., Kopie im MPG-Archiv, II. Abt., Rep. 1A, PA Julius Hallervorden, 5.

[137] Tönnies an KWG, 4. 12. 1939, Patzig an Telschow, 10. 2. 1940, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1583.

[138] Dazu umfangreiches Material im MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1583, 1584, 1606.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zuständigen Stellen der Wehrmacht eingeholt werden. Aus den Ausführungen geht hervor, wie stark das Institut für die Wehrmacht eingespannt ist."[139] Das wachsende Gewicht des Militärs spiegelte sich auch in der Zusammensetzung des Kuratoriums wider. Als Nachfolger Waldmanns, der im März 1941 starb, wurde Generaloberstabsarzt Prof. Siegfried Handloser, Sanitätsinspekteur des Heeres, zum Vorsitzenden berufen. Gleichzeitig trat Prof. Erich Hippke, der Sanitätsinspekteur der Luftwaffe, in das Kuratorium ein.

Die militärische Überformung der zivilen Strukturen des KWI für Hirnforschung trug einerseits kurzfristig zur Bestandssicherung dieser Forschungseinrichtung bei. Andererseits jedoch führte sie nicht nur zu einer Verschiebung der Forschungsschwerpunkte, langfristig drohten die zivilen hinter den militärischen Strukturen zu verschwinden. Es zeichnete sich die Gefahr ab, daß das KWI für Hirnforschung nach Kriegsende im Zuge der Umstellung von der Kriegs- auf die Friedensforschung auseinanderbrechen könnte. Eine Analyse der Rechnungsabschlüsse für die Haushaltsjahre 1939–1944 bringt es an den Tag: Durch die militärischen Sondereinrichtungen kam es im Rechnungsjahr 1939 zu einer deutlichen Senkung der Ausgaben des KWI. Das lag, erstens, an der Übernahme eines beträchtlichen Teils der Personalkosten durch die Militärärztliche Akademie und das Reichsluftfahrtministerium, zweitens am Rückgang der Mitarbeiterzahl bei Kriegsbeginn von 74 auf 55, drittens an der Einschränkung der zivilen und der Ausweitung der militärischen Forschung, die teilweise durch Wehrmachtsstellen gesondert finanziert wurde, und viertens an den Einnahmen aus der Vermietung der Forschungsklinik an die Wehrkreisverwaltung. Obwohl das Deutsche Reich und Preußen ihre Zuschüsse im Rechnungsjahr 1939 gegenüber dem Vorjahr um etwa 30.000 RM auf 255.000 RM kürzten und auch die KWG ihren Zuschuß gegenüber dem Vorjahr um 11.800 RM auf 7.200 RM zusammenstrich, blieb unter dem Strich ein deutlicher Überschuß. Obwohl man im Rechnungsjahr 1940 die Sachmittel durch vermehrte Anschaffungen künstlich in die Höhe trieb und die Zahl der Mitarbeiter wieder erhöhte – auf 69 im Jahre 1940, 74 im Jahre 1941 und 81 im Jahre 1942 –, wuchsen die Überschüsse und damit das Umlaufvermögen des Instituts kräftig an, weil gleichzeitig die Zuschüsse des Reiches, Preußens und der KWG konstant blieben. Am Ende des Rechnungsjahres 1939 belief sich das Umlaufvermögen auf rd. 26.400 RM, 1940 auf rd. 62.800 RM, 1941 auf rd. 83.000 RM. Angesichts dieser Entwicklung strichen das Deutsche Reich und Preußen in den Rechnungsjahren 1942 und 1943 ihre Zuschüsse drastisch zusammen – zunächst auf 220.000 RM, dann auf 200.000 RM. Der Zuschuß der KWG fiel völlig weg. Sofort tat sich eine beträchtliche Deckungslücke in der Bilanz auf, die nur durch den Rückgriff auf die Rücklagen aufgefangen werden konnte. Für das Rechnungsjahr 1944 sah die Finanzlage des Instituts düster aus[140]. Schwerer wog, daß das Institut nunmehr völlig am Tropf des Militärs hing. Vor diesem Hintergrund wird klar, daß es im institutionellen Eigeninteresse lag, zivile Forschung zu

[139] Spatz an Telschow, 15. 4. 1941, in: Akademie-Archiv, KWG, 39.
[140] Vgl. Akademie-Archiv, KWG, 99; MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1602.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

betreiben, um sich die Zuschüsse des Reiches, des preußischen Staates und der KWG zu erhalten und um – unabhängig von den militärischen Strukturen – weitere Drittmittel einzuwerben. Darüber hinaus sprachen wissenschaftliche Interessen dafür, den zivilen Sektor der Hirnforschung nicht völlig zum Erliegen kommen zu lassen. Die militärische Auftragsforschung überschnitt sich zwar im Bereich der Gehirnverletzungen, der Kreislaufstörungen des Gehirns und der Encephalitis weitgehend mit dem zivilen Forschungsprogramm, andere Forschungsschwerpunkte der Vorkriegszeit – vor allem die Forschungen zum angeborenen und früh erworbenen Schwachsinn – konnten in den militärischen Kontexten jedoch nicht weiterverfolgt werden. Diese Konstellation ist zu beachten, wenn man die Möglichkeiten auslotet, die der Krankenmord der Hirnforschung bot.

Hirnforschung und Krankenmord

Im Ideenhaushalt des psychiatrischen Expertenstabes, der entscheidenden Anteil an der Planung, Vorbereitung und Durchführung des Massenmordes an psychisch Kranken und geistig Behinderten im „Dritten Reich" hatte, waren Heilen und Vernichten eng verknüpft. Diese Ärzte, von denen nicht wenige in der Weimarer Republik als Verfechter einer grundlegenden Psychiatriereform hervorgetreten waren, betrachteten die „Euthanasie" als eine Chance, ihr Reformkonzept in die Wirklichkeit umzusetzen: Im Zuge der „Euthanasie" sollte die Masse der chronisch kranken und behinderten Patienten, bei denen alle damals bekannten Therapieformen versagten, vernichtet und so, indem man die „Ballastexistenzen" beiseite räumte, der Weg freigemacht werden für eine Umstrukturierung der Anstaltspsychiatrie, in deren Mittelpunkt die Trennung von Heil- und Pflegeanstalt stehen sollte. Auf der Basis dieser Reorganisation des Anstaltswesens sollten dann die in den zwanziger und dreißiger Jahren neu entwickelten Therapieformen – die „Aktivere Krankenbehandlung" sowie die Insulin-, Cardiazol- und Elektroschocktherapie – auf breiter Front eingesetzt werden. Durch die Verzahnung von Anstaltspraxis und Grundlagenforschung hoffte man, das therapeutische Instrumentarium weiter verfeinern zu können. „Man darf erwarten, daß mit Fortschreiten der Forschung und mit der Vervollkommnung der therapeutischen Methoden die Heilerfolge immer besser werden. Jedenfalls kann man nach alledem sagen, daß die Psychiatrie heute eine im echten Sinne des Wortes ärztlich heilende Disziplin ist."[141] Man war zuversichtlich, die Behandlungsmöglichkeiten in naher Zukunft noch erheblich ausweiten zu können. „Die Zeit wird nicht mehr fern sein, da man selbst die sogenannte unheilbare Geisteskrankheit der therapeutischen Bemühung zugänglich gemacht haben wird und den Kranken ebenso vor Siechtum wie vor

[141] Wissenschaftliche, wirtschaftliche und soziale Bedeutung und Zukunft der psychiatrischen Therapien, in: BA Berlin, R 96 I/9. Diese Ausführungen stammen von Carl Schneider und waren als Schlußabschnitte eines Referats über die Therapie endogener Psychosen gedacht, das auf der – dann doch nicht zustandegekommenen – Tagung der Gesellschaft deutscher Neurologen und Psychiater im Jahre 1941 gehalten werden sollte.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lebenslanger Anstaltsinternierung bewahren kann, so daß er trotz seiner Erkrankung (nach seiner Unfruchtbarmachung) ein tätiges Glied der Volksgemeinschaft bleiben kann."[142] Die Eugenik bildete bei der Therapie erblicher Krankheiten und Behinderungen stets ein komplementäres Element, durch die Sterilisierung sollten genetische Defekte in der Generationenfolge „ausgemerzt" werden.

Die Trias von Therapie, Eugenik und „Euthanasie" rückte die psychiatrische Erbforschung in den Brennpunkt des Interesses. Der ärztliche Expertenstab an der Spitze des „Euthanasie"-Apparates war sich darüber im klaren, daß die diagnostischen Möglichkeiten, die seinerzeit zur Verfügung standen, kaum hinreichten, um den Erbgang von psychischen Krankheiten und geistigen Behinderungen zweifelsfrei zu klären. Die Krankenmorde selber eröffneten nun der psychiatrischen Forschung ganz neue Möglichkeiten: Menschen, die im Zuge des von der „Euthanasie"-Zentrale durchgeführten Selektionsverfahrens aussortiert und zur Vernichtung freigegeben worden waren, als „interessante Fälle" aber die Aufmerksamkeit der Forscher auf sich gezogen hatten, wurden zunächst klinisch beobachtet, bevor man sie ermordete, um sodann ihre Gehirne zu sezieren und pathologisch zu untersuchen. Dies setzte freilich voraus, daß sich die beteiligten Forscher über elementare allgemein- und berufsethische Normen hinwegsetzten. Wie sich zeigen sollte, hatten viele Forscher damit keine Probleme – es scheint, als sei dadurch, daß man sich grundsätzlich auf das Kategorisieren von Patienten in „lebenswert" und „lebensunwert" eingelassen hatte, ein Damm gebrochen.

Zu Beginn des Jahres 1941 – wahrscheinlich am 23. Januar – fand eine Konferenz beim Reichsdozentenführer statt, bei der ein groß angelegter Forschungsplan in Verbindung mit der „Euthanasie" entworfen wurde. In die vorgesehenen Massenuntersuchungen sollten vierzehn der dreißig anatomischen Institute des Deutschen Reiches einbezogen werden. Zwar ließ sich dieser ambitionierte Plan aufgrund der Kriegsentwicklung nicht verwirklichen, doch unterhielt die „Euthanasie"-Zentrale von 1942 an zwei Forschungsabteilungen, die eine in der Anstalt Brandenburg-Görden unter Leitung von Prof. Hans Heinze (seit Januar 1942), die andere in der badischen Anstalt Wiesloch (seit Ende 1942) bzw. in der Universitätsklinik Heidelberg (seit August 1943) unter Leitung von Prof. Carl Schneider. Gehirne von getöteten Patienten gelangten in verschiedene neuropathologische Laboratorien, u. a. in die DFA in München über die ihr vorgeschaltete Prosektur in der Anstalt Eglfing-Haar unter Prof. Hans Schleussing und in das KWI für Hirnforschung über die ihr vorgeschaltete Prosektur in der Landesanstalt Brandenburg-Görden.

Im Zuge einer Reorganisation im Anstaltsbereich der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg war die Anstalt Potsdam im Herbst 1938 aufgelöst und ein Großteil der Kinder und Jugendlichen in die Landesanstalt Brandenburg-Görden verbracht worden[143]. Gleichzeitig übernahm Heinze die Leitung Gördens und brachte seinen

[142] Ebenda. In Klammern: handschriftlicher Zusatz.

[143] Zur Rolle Gördens in der „Euthanasie" vgl. Hans-Hinrich Knaape, Euthanasie in der Landesanstalt Görden 1939–1945. Vortrag, gehalten auf der Fachtagung „‚Eugenik' und ‚Euthanasie' im sog. Dritten Reich", Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Lobetal, 28. 10.–1. 11. 1989, unveröffentlichtes Manuskript; Sabine Hanrath, Zwischen „Euthanasie" und Psychiatrie-

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mitarbeiterstab mit. Die Anstalt, die zu Beginn des Zweiten Weltkrieges 2.600 Betten, davon 1.000 Betten für Kinder und Jugendliche zählte, entwickelte sich unter Heinze zu einem der Zentren der „Euthanasie". Sie wurde Sitz der ersten „Kinderfachabteilung" des Deutschen Reiches. Diese 60–80 Betten umfassende, großzügig ausgestattete Abteilung diente ab 1940 als „Reichsschulstation" zur Ausbildung der Ärzte, die als Leiter weiterer „Kinderfachabteilungen" vorgesehen waren. Die Vorreiter-Funktion Brandenburg-Gördens bei der Kinder-„Euthanasie" kam nicht von ungefähr: Heinze gehörte dem „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung schwerer erb- und anlagebedingter Leiden" an und war somit an den Beratungen zur Planung der Kinder-„Euthanasie" unmittelbar beteiligt. Ferner war er Mitglied des dreiköpfigen Gutachtergremiums, das über Leben und Tod der angezeigten Kinder entschied. Wieviele Kinder und Jugendliche in Görden getötet wurden, ist ungewiß. Hans-Hinrich Knaape gibt an, daß Kinder in fünf Transporten (im Mai und Juni 1940), in die Gaskammer der sogenannten „Pflegeanstalt Brandenburg", die im Zuchthaus der Stadt Brandenburg eingerichtet worden war, verschleppt und ermordet wurden[144].

Auch im Rahmen der „Aktion T4", der Massenvergasung von etwa 70.000 Psychiatriepatienten von Januar 1940 bis August 1941, spielte die Anstalt Brandenburg-Görden eine wichtige Rolle. Dies kam nicht von ungefähr, gehörte Heinze doch auch in diesem Fall dem ärztlichen Expertenstab an, der mit der Planung des Krankenmordes befaßt war. Brandenburg-Görden fungierte bei der „Aktion T4" als Zwischenanstalt. Unklar ist, wieviele Patienten von hier aus in die Vernichtungszentren der „Aktion T4" verschleppt wurden. Laut Knaape gingen sieben Transporte mit etwa 550 Patienten von Görden aus in die „Pflegeanstalt Brandenburg", 18 weitere Transporte mit etwa 1.100 erwachsenen Patienten nach Bernburg. Darüber hinaus seien zwischen Mai 1940 und November 1943 weitere 1.100 Kranke aller Altersstufen in die Anstalten Eichberg, Hadamar und Meseritz-Obrawalde verlegt worden[145]. Ungeklärt ist auch, ob drei weitere Transporte im Januar, Februar und September 1944, bei denen insgesamt 161 Patienten in die bayerische Anstalt Ansbach gebracht wurden, im Zusammenhang mit der „Euthanasie" standen[146].

---

reform. Anstaltspsychiatrie in Westfalen und Brandenburg: Ein deutsch-deutscher Vergleich (1945–1964), Paderborn 2002.

144 Vgl. Knaape, Euthanasie in der Landesanstalt Görden, S. 6.

145 Ebenda, S. 7. Hanrath, Euthanasie, gelangt, gestützt auf eine 1948 rekonstruierte Transportliste, zu abweichenden Zahlen.

146 Zu Ansbach vgl. Reiner Weisenseel, Heil- und Pflegeanstalt Ansbach, in: Michael v. Cranach/Hans-Ludwig Siemen (Hrsg.), Psychiatrie im Nationalsozialismus. Die bayerischen Heil- und Pflegeanstalten zwischen 1933 und 1945, München 1999, S. 143–157. Unklar ist auch, ob und in welchem Umfang nach dem Stopp der „Aktion T4" vor Ort in der Landesanstalt Brandenburg-Görden Patienten ermordet wurden. Ein ungeregeltes Verfahren lehnte Heinze ab. Noch im Januar 1944 setzte er sich bei Nitsche für einer Rezentralisierung ein: „Sie wissen, daß ich mich gegen diese wilden E.-Maßnahmen, die keiner zentralen Kontrolle unterliegen, deutlich genug ausgesprochen habe." (zit. nach Bernd Walter, Psychiatrie und Gesellschaft in der Moderne. Geisteskrankenfürsorge in der Provinz Westfalen zwischen Kaiserreich und NS-Regime, Paderborn 1996, S. 679). Ausdrücklich sprach sich Heinze gegen „Hungerkuren" aus, wie sie in der Anstalt

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Der ärztliche Leiter der „Aktion T4", Prof. Hermann Paul Nitsche, regte im September 1941 an, die Anstalt für die Forschung nutzbar zu machen, indem „man nach Görden als Zwischenanstalt einfach aus den nicht zu weit entfernt liegenden Abgabeanstalten die Fälle von angeborenem Schwachsinn und Epilepsie verlegt, um sie dann nach Durchführung der notwendigen Untersuchungen in eine unserer Anstalten weiter zu geben"[147]. Von November 1941 bis Januar 1942 fanden zwischen Nitsche und Heinze eine Reihe von Vorbesprechungen statt, die mit einer Unterredung zwischen Nitsche, Schneider, Heinze und den zur Mitarbeit in der Forschungsabteilung Görden herangezogenen Ärzten Dr. Ernst Schmorl, Dr. Wilhelm Schumacher und Dr. Arnold Asmussen am 24. Januar 1942 endeten. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten und dem Provinzialverband der Provinz Mark Brandenburg vom 20./26. Februar 1942 standen der Forschungsabteilung vom 26. Januar 1942 an 80 Plätze der Anstalt Görden zur Verfügung. Ursprünglich waren 160 Plätze vorgesehen, doch mußte die Hälfte der Bettenkapazität der Wehrmacht überlassen werden. Am 6. Juli 1942 mußte nochmals die Hälfte der Plätze der Forschungsabteilung an die Wehrmacht abgetreten werden, so daß die Forschung auf vergleichsweise wenige Fälle beschränkt wurde. Bis zum September 1942 waren in der Forschungsabteilung Görden 97 Patienten untersucht worden, ein Jahr später, im September 1943, war ihre Zahl auf 135 angestiegen.

In einem Forschungsbericht, den Heinze am 9. September 1942 bei der „Euthanasie"-Zentraldienststelle einreichte, zeichneten sich zwei Forschungsschwerpunkte ab:

Zum einen ging es Heinze um die Nosologie der Schwachsinnsformen. Dabei wurde auch die „Dressurfähigkeit tiefstehender Schwachsinniger" untersucht. Bereits am 15. April 1941 hatte Heinze in einem Brief an Oberdienstleiter Viktor Brack mitgeteilt, er habe in der Anstalt Brandenburg-Görden eine „Lebensschule" eingerichtet, in der „schwachsinnige" Kinder, deren theoretische Intelligenz zu gering sei, um z. B. Lesen und Schreiben zu lernen, deren praktische Intelligenz aber ausreiche, um manuelle Arbeiten auszuführen, zu Hilfsarbeitern ausgebildet wurden. Zum anderen bildete die differentialdiagnostische Unterscheidung von angeborenen Schwachsinns- und verschiedenen Demenzformen einen Forschungsschwerpunkt Heinzes[148].

Großschweidnitz durchgeführt wurden. Es ist daher anzunehmen, daß es keine systematische Aushungerung von Patienten in Brandenburg-Görden gegeben hat.

147 Aktennotiz Nitsche vom 20. 9. 1941, in: BA Berlin, R 96 I/5.

148 Heinze mißbrauchte die zur „Euthanasie" vorgesehenen Kinder in manchen Fällen als Versuchskaninchen, indem er an ihnen einen Scharlachimpfstoff erprobte. Vgl. Wentzler an Reichsausschuß/Blankenburg, 17. 10. 1942, in: BA Berlin, NS 11/94. Prof. Hans Nachtsheim vom KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik und Gerhard Ruhenstroth-Bauer vom KWI für Biochemie benutzten 1942 sechs epilepsiekranke Kinder aus der Forschungs- und Beobachtungsstation Brandenburg-Görden für ein Unterdruckexperiment, bei dem es um die Bedeutung des Sauerstoffmangels bei der Auslösung epileptischer Anfälle ging. Das Experiment fand in der Unterdruckkammer des Luftfahrtmedizinischen Forschungsinstituts des Reichsluftfahrtministeriums unter Prof. Hubertus Strughold in Berlin statt. Dazu Ute Deichmann/Hans Nachts-

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Entsprachen diese beiden Schwerpunkte den genuinen Forschungsinteressen Heinzes, so war die Ausweitung des Forschungsprogramms auf das Feld der Nervenkrankheiten ein Indiz für die Querverbindungen zwischen der Beobachtungs- und Forschungsabteilung Görden und dem KWI für Hirnforschung:

> „Neben Epileptikern und Schwachsinnigen wurden auf Anregung von Herrn Direktor Dr. Heinze in der Beobachtungs- und Forschungsabteilung auch mehrere Kranke, die an selteneren Erkrankungen litten, oder organisch Hirnleidende, die in Bezug auf ihr soziales Schicksal die Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten interessieren, untersucht. Es handelte sich dabei in erster Linie um Athetosen. Diese Untersuchungen wurden vor allen Dingen auf die Frage der erhaltenen, mehr oder weniger veränderten oder zerstörten Persönlichkeit abgestellt. Die sich hieraus ergebenden praktischen Folgerungen hinsichtlich des Euthanasieproblems wurden eingehend erörtert und sollen in einem gesonderten Bericht der Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten ausführlich dargestellt werden. Selbstverständlich wurde ebenso wie in diesen speziellen Fällen auch sonst bei der Arbeit der Beobachtungs- und Forschungsabteilung die mit der Frage der Euthanasie zusammenhängenden Probleme stets eingehend berücksichtigt und aus gegebenem Anlaß in mehreren Fällen über einzelne Kranke ausführlich Bericht dem Reichsausschuß zur Erfassung schwerer erb- und anlagebedingter Leiden erstattet. [...]
>
> Bei allen diesen Untersuchungen wird als Ziel immer die Möglichkeit weitgehender differentialdiagnostischer Klärung zwischen angeborenen und erworbenen Leiden vorschweben müssen. Im übrigen aber ist bei der Arbeit der Beobachtungs- und Forschungsabteilung stets zu berücksichtigen, daß ihre Hauptaufgabe darin besteht,
>
> 1. die Frage der Euthanasie im einzelnen Krankheitsfalle oder bei bestimmten Krankheitsgruppen (z.B. den Athetosen) zu klären, und
>
> 2. dafür zu sorgen, daß bei der späteren anatomischen Untersuchung der Gehirne die klinischen Befunde in erforderlicher Ausführlichkeit zur Vergleichung mit dem anatomischen Ergebnis zur Verfügung stehen."[149]

Man sieht: Der wissenschaftliche Austausch zwischen Heinze, Hallervorden und Spatz hatte zur Folge, daß Menschen, die an einer Athetose[150] litten, in das Fadenkreuz der „Euthanasie"-Planer gerieten und daß über die Ausweitung des Krankenmordes auf diese Patientengruppe nachgedacht wurde. Heinze lenkte das Augenmerk wiederholt auf Patientengruppen, die auch das KWI für Hirnforschung beschäftigten. In seinem Forschungsbericht vom 9. September 1943 hielt er als Ergebnis der vergleichenden klinischen und anatomischen Studien fest, „daß die heterodegenerativen Erkrankungen, unter ihnen z.B. die amaurotische Idiotie, die Hallervorden-Spatzsche Krankheit u.a., zahlenmäßig eine wesentlich größere Rolle

heim, A Human Geneticist under National Socialism, and the Question of Freedom of Science, in: Michael Fortun/Everett Mendelsohn (Hrsg.), The Practices of Human Genetics, Dordrecht 1999, S. 143–153.

[149] Heinze, Bericht über die bisherige Tätigkeit der Beobachtungs- und Forschungsabteilung bei der Landesanstalt Görden, 9.9.1942, in: BA Berlin, R 96 I/5.

[150] Krankheitsbild bei verschiedenen Erkrankungen mit unaufhörlichen, ungewollten, langsamen Bewegungen der Gliedmaßenenden.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

spielen, als man bisher anzunehmen geneigt war"[151]. Die Querverbindung zwischen dem KWI für Hirnforschung und der Landesanstalt Brandenburg-Görden wirkte sich auf diese Weise auf die Selektionskriterien der „Euthanasie"-Planer aus.

Es blieb jedoch nicht bei solchen – durch die Einbindung in einen gemeinsamen Forschungszusammenhang bedingten – mittelbaren Wechselwirkungen. Schon 1940 war das KWI für Hirnforschung unmittelbar in die Begleitforschung zur „Euthanasie" eingebunden. Am 29. April 1940 wurde Julius Hallervorden – zusammen mit anderen Professoren – über die „Aktion T4" offiziell in Kenntnis gesetzt (es ist freilich mehr als wahrscheinlich, daß er über Heinze bereits viel früher über das „Euthanasie"-Programm Bescheid wußte[152]). Bereits am 15. Mai 1940 erhielt er – im Rahmen der Kinder-„Euthanasie" – die ersten Gehirne von im Zuchthaus Brandenburg getöteten Kindern. Bis in den Herbst hinein gingen diese Lieferungen weiter. Dr. Heinrich Bunke, von August bis Oktober 1940 Tötungsarzt in Brandenburg, sagte aus, daß in seiner Zeit etwa 100 Kinder aus Görden – vermutlich in zwei Transporten – in das Zuchthaus Brandenburg verlegt und dort vergast wurden. Am 28. Oktober 1940 ging der letzte Transport mit 56 Kindern und Jugendlichen aus Görden in die Gaskammer von Brandenburg. Die Gehirne von etwa 40 Kindern aus diesem Transport finden sich in der Sammlung Hallervorden. Aus dem Notizbuch des damaligen Tötungsarztes von Brandenburg, Dr. Irmfried Eberl, ist zu entnehmen, daß Hallervorden und Heinze an der Sektion dieser Kinder an Ort und Stelle beteiligt waren[153].

Hallervorden und Spatz erhielten auch nach dem Herbst 1940 Gehirne von „Euthanasie"-Opfern, teils aus der Prosektur in Brandenburg-Görden, teils aus den Tötungsanstalten Bernburg und Sonnenstein, teils aus der Anstalt Leipzig-Dösen und anderen Anstalten, seit Anlaufen der „Aktion T4" auch von Erwachsenen. Der Kontakt nach Bernburg wurde durch den T4-Arzt Dr. Heinrich Bunke hergestellt. Dieser hatte Hallervorden bei den Sektionen im Zuchthaus Brandenburg im Oktober 1940 kennengelernt. Nach der Auflösung der Vergasungsanstalt Brandenburg Ende 1940 wurde deren Belegschaft nach Bernburg verlegt. Im Mai oder Juni 1941 hielt sich Bunke für vier Wochen zur Ausbildung im KWI für Hirnforschung auf, um dann anschließend in Bernburg Gehirne vergaster Patienten zu entnehmen, von denen er annahm, „daß sie in Buch von Interesse seien"[154]. Dr. Irmfried Eberl, Leiter

---

[151] Heinze, Bericht über die Arbeit der Beobachtungs- und Forschungsabteilung bei der Landesanstalt Görden im 3. Halbjahr ihres Bestehens, 9. 9. 1943, in: BA Berlin, R 96 I/5. Auch Maximilian de Crinis war, wie der Fall eines an Trisomie 21 (Down-Syndrom) leidenden Kindes zeigt, an der Selektion von Patienten für die Forschungs- und Beobachtungsstation Görden beteiligt. Vgl. Jasper, de Crinis, S. 127 f.

[152] So die These von Peiffer, Hirnforschung, S. 23, 35. Knaape, Euthanasie in der Landesanstalt Görden, S. 6, meint, auf 28 Krankengeschichten von geistig behinderten Kindern aus Potsdam und Lübben, die vor den „Euthanasie"-Transporten aus Görden verstorben sind, Hinweise darauf gefunden zu haben, daß die Selektion dieser Patienten für den Krankenmord „schon ab September 1938, also bereits in Potsdam," erfolgt sei.

[153] Peiffer, Hirnforschung, S. 37; Aly, Fortschritt, S. 69.

[154] Zit. nach ebenda. Vgl. Dietmar Schulze, Die „Euthanasie"-Anstalt Bernburg. Ein Beitrag zur Geschichte der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Bernburg/Anhaltische Nervenklinik in der Zeit des Nationalsozialismus, Diss., Halle 1998, S. 199 ff., 228–232; Peiffer, Forschung, S. 166.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der T4-Anstalten Brandenburg und Bernburg, später Kommandant von Treblinka, war in den dreißiger Jahren als Amtsarzt im Hauptgesundheitsamt Berlin tätig gewesen – es steht zu vermuten, daß er Hallervorden und Heinze bereits kannte, bevor er ihnen in der T4-Anstalt Brandenburg begegnete[155]. Ein weiterer Kontakt nach Bernburg könnte über Dr. Otto Hebold hergestellt worden sein, der u. a. in den brandenburgischen Landesanstalten Eberswalde und Teupitz gearbeitet hatte und von daher sicherlich mit Heinze und Hallervorden bekannt war. Hebold wurde 1940 zum T4-Gutachter bestellt und von April 1941 bis März 1943 gelegentlich als Tötungsarzt in Bernburg eingesetzt[156]. Über einen Gastwissenschaftleraufenthalt am KWI für Hirnforschung im späten Frühjahr 1941 entstand der Kontakt zu einem weiteren in Bernburg eingesetzten Tötungsarzt, Dr. Kurt Borm, der gelegentlich für Bunke einsprang. In der Hauptsache jedoch war Borm als Tötungsarzt in der T4-Aktion Sonnenstein tätig, die dadurch ebenfalls in das Netzwerk um das KWI für Hirnforschung geriet[157].

Die Anstalt Leipzig-Dösen arbeitete mit dem KWI für Hirnforschung und der Universitätskinderklinik in Leipzig zusammen. Dabei lief die Verbindung nach Berlin über Dr. Georg Friedrich[158], der 1936 die Prosektur in Leipzig-Dösen (zuständig für die sächsischen Landesanstalten) übernommen hatte und 1938 vorübergehend als Gastwissenschaftler an das KWI für Hirnforschung gekommen war. Im August 1939 wurde er als Militärarzt zur Außenstelle der Militärärztlichen Akademie zur Erforschung der Kriegsschäden des Zentralnervensystems unter Hallervorden einberufen – für die Prosektur in Leipzig stand nun kein Arzt mehr zur Verfügung. Nitsche ereichte aber im Frühjahr 1940, daß Friedrich alle vierzehn Tage für Arbeiten in der Leipziger Prosektur freigestellt wurde. Für die Beibehaltung der Forschungsstelle Leipzig-Dösen setzten sich Spatz und Hallervorden am 22. Mai 1940 nachdrücklich bei Maximinian de Crinis ein[159]. Als im Oktober 1940 die „Kinderfachabteilung" in Leipzig-Dösen eröffnet wurde, übernahm Friedrich die pathologische Untersuchung der hier ermordeten Kinder und vermutlich auch der Opfer der „Kinderfachabteilung" in der Leipziger Universitätskinderklinik. Dabei arbeitete er eng mit Hallervorden und Prof. Werner Catel von der Kinderklinik zusammen. Seit Mitte 1940 untersuchte Friedrich zudem die aus der T4-Anstalt Sonnenstein einge-

---

Während seiner kurzen Anlernzeit in Berlin-Buch wohnte Bunke – wie alle Gastwissenschaftler – im Haus des Direktors Hugo Spatz.

[155] Vgl. Schulze, Bernburg, S. 199, 225–228; Grell, Gesundheit, S. 72.

[156] Vgl. Schulze, Bernburg, S. 200; Joachim S. Hohmann/Günther Wieland, MfS-Operativvorgang „Teufel". „Euthanasie"-Arzt Otto Hebold vor Gericht, Berlin 1996.

[157] Vgl. Schulze, Bernburg, S. 199; Thomas Schilter, Die „Euthanasie"-Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein 1920–1941. Ein Beitrag zur Geschichte der Psychiatrie im Nationalsozialismus, Diss., Berlin 1997, S. 198–202.

[158] Vgl. Peiffer, Hirnforschung, S. 39; Aly, Fortschritt, S. 66. Dazu auch Benno Müller-Hill, Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933–1945, Reinbek ²1988, S. 171.

[159] Spatz an de Crinis, 22. 5. 1940, in: Archiv der Humboldt-Universität zu Berlin, NL de Crinis, 224. Ich danke Volker Roelcke für den Hinweis auf dieses Dokument.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sandten Gehirne. Trotz seiner regelmäßigen Aufenthalte in Leipzig-Dösen konnte Friedrich das anfallende Material kaum bewältigen. Im Oktober 1942 beantragte der Reichsausschuß daher – wie aus einem Bericht von Dr. Ernst Wentzler hervorgeht – die uk-Stellung oder Beurlaubung Friedrichs[160]. Friedrich wurde tatsächlich noch 1942 von Berlin-Buch nach Leipzig-Dösen abkommandiert[161]. Gleichzeitig wurde übrigens auch Dr. Fritz Kühnke (der auch in Eglfing-Haar und Wiesloch an den Kindermorden beteiligt war) als Lazarettarzt nach Leipzig versetzt, ganz in die Nähe der Universitätskinderklinik. Er sollte Prof. Werner Catel bei der Erforschung der Poliomyelitis helfen[162].

Nachdrücklich soll hier die von Jürgen Peiffer aufgestellte These unterstützt werden, daß die Gehirnlieferungen, die an das KWI für Hirnforschung gingen, nur in geringem Maße zentral gesteuert waren, sondern über die persönlichen Netzwerke liefen, in die das Institut und seine Mitarbeiter eingebunden waren, sei es, daß T4-Ärzte, die am Kaiser-Wilhelm-Institut oder in Brandenburg-Görden dafür geschult worden waren, in den Tötungsanstalten von sich aus Gehirne entnahmen und nach Berlin schickten, sei es, daß Ärzte in den Stammanstalten, die mit dem KWI für Hirnforschung in Verbindung standen, die Sektion in der Tötungsanstalt veranlaßten[163]. Das KWI für Hirnforschung hatte es gar nicht nötig, sich Gehirne „auf Bestellung" liefern zu lassen – ein kollegiales Beziehungsnetz sorgte von sich aus dafür, daß der Nachschub an Gehirnen nach Berlin nicht abriß, ohne daß die Berliner Hirnforscher ihre Wünsche noch eigens hätten anmelden müssen. So stammte eine größere Zahl der aus Bernburg nach Berlin überstellten Gehirne aus den Schleswiger Anstalten. Hierbei dürfte eine Rolle gespielt haben, daß die anfängliche Leiterin der „Kinderfachabteilung" in Schleswig-Stadtfeld, Dr. Erna Pauselius, im September 1941 in Görden durch Heinze in ihre Aufgaben eingewiesen worden war[164]. Ähnlich gestaltete sich die Verbindung nach Westfalen. Bereits 1939 kam Dr. Wilhelm Holzer, Oberarzt an der Provinzialanstalt Dortmund-Aplerbeck, als Gastwissenschaftler an das KWI für Hirnforschung. Später wurden die Leiter der westfälischen „Kinderfachabteilungen" zur „Fortbildung" in die „Reichsschulstation" Brandenburg-Görden entsandt. Im September 1941 hielt sich Medizinalrat Dr. Werner Sengenhoff, Leiter der „Kinderfachabteilung" Niedermarsberg, im Mai 1942 Oberarzt Dr. Theodor Niebel, Chef der „Kinderfachabteilung" Dortmund-Aplerbeck, für einige Tage in Görden auf[165]. Auch der Kontakt zu der sächsischen Heil- und Pflegeanstalt Arnsdorf, Zwischenanstalt für Sonnenstein, war bereits vor dem Krieg

[160] Wentzler an Reichsausschuß/Werner Blankenburg, 17. 10. 1942, in: BA Berlin, NS 11/94. Vgl. Aly, Fortschritt, S. 65.

[161] Dazu auch Christiane Roick, Heilen, Verwahren, Vernichten. Die Geschichte der sächsischen Landesanstalt Leipzig-Dösen im Dritten Reich, Diss., Leipzig 1998, S. 142 ff.

[162] Wentzler an Reichsausschuß/Blankenburg, 17. 10. 1942, in: BA Berlin, NS 11/94. Vgl. Aly, Fortschritt, S. 65 ff.

[163] Vgl. Peiffer, Forschung, S. 166 f.

[164] Ebenda.

[165] Vgl. Walter, Psychiatrie, S. 650; Franz-Werner Kersting, Anstaltsärzte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Das Beispiel Westfalen, Münster 1996, S. 300–305, 327–330.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geknüpft worden: 1938 weilte Dr. Woldemar Hammerbeck als Gast am KWI für Hirnforschung. Persönliche Verbindungen bestanden zwischen Hallervorden und Dr. Leppien von der lothringischen Anstalt Lörchingen, die eine größere Zahl von Gehirnen nach Berlin schickte[166].

Besonders enge Verbindungen bestanden zu den Berliner Anstalten. Dr. Karl Balthasar, Oberarzt an der Heil- und Pflegeanstalt Herzberge, der 1938 als Gastwissenschaftler am KWI für Hirnforschung tätig gewesen war, veranlaßte in mindestens einem Fall, daß das Gehirn eines „Euthanasie"-Opfers an das Kaiser-Wilhelm-Institut ging[167]. Dr. Gertrud Soeken, Oberärztin an der Forschungsklinik des KWI für Hirnforschung, übernahm nach der Umwandlung der Klinik in ein Reservelazarett am 28. August 1939 eine Kinderinfektionsstation am Ludwig-Hoffmann-Hospital[168]. Kurze Zeit später zur Leitenden Ärztin ernannt, gelang es ihr nach eigenen Angaben,

> „die Abteilung, die zunächst auf 700 Betten angewachsen war, wieder auf die Hälfte zu reduzieren und mir eine innere Station zu schaffen, von der jetzt ca. 40 Betten für neurologische Fälle bei Kindern zur Verfügung stehen. Das Haus befindet sich noch im Umbau, – ich baue seit 1939 – wird aber bis zum Frühjahr fertig sein. Dann kann die Arbeit beginnen. An Kranken wird es mir nicht fehlen, da der Reichsausschuß für die wissenschaftliche Erforschung schwerer erblicher Leiden mich zur Mitarbeit aufgefordert hat und mir Fälle zuweist. Ich habe vorgeschlagen, mir in erster Linie neurologische Erkrankungen zuzuweisen und hoffe so trotz Krieg meine Arbeiten weiter fördern zu können."[169]

Hinter der Bezeichnung „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung schwerer erb- und anlagebedingter Leiden" verbarg sich der bürokratische Apparat der Kinder-„Euthanasie". Die Zusammenarbeit wird durch einen Bericht Ernst Wentzlers an die Kanzlei des Führers vom 21. November 1942 bestätigt, in dem es heißt, Gertrud Soeken sei „grundsätzlich zu einer Mitarbeit im Reichsausschuß bereit"[170].

---

[166] Vgl. Peiffer, Forschung, S. 168.

[167] Mündliche Auskunft Herbert Loos. Von Herzberge wechselte Balthasar zunächst nach Meseritz-Obrawalde, später arbeitete er in einem SS-Lazarett in Gießen und als Truppenarzt. Mündliche Auskunft Jürgen Peiffer. Zu Herzberge vgl. Herbert Loos, Die Heil- und Pflegeanstalt Berlin-Herzberge während der Jahre des Zweiten Weltkrieges, in: Sabine Fahrenbach/Achim Thom (Hrsg.), Der Arzt als „Gesundheitsführer". Ärztliches Wirken zwischen Ressourcenerschließung und humanitärer Hilfe im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1991, S. 129–134.

[168] Hallervorden an Spatz, 18. 9. 1939, in: Privatarchiv Peiffer.

[169] Soeken an Vogt, 30. 12. 1942, in: Cécile und Oskar Vogt-Archiv, Düsseldorf, Bd. 104. Ich danke Jürgen Peiffer für den Hinweis auf dieses Dokument.

[170] Ungeklärt ist, wie viele Patienten der Forschungsklinik des KWI für Hirnforschung in das Räderwerk der „Euthanasie" gerieten. „Wir behalten die Kranken im Auge", schrieb Hallervorden nach der Auflösung der Forschungsklinik an Spatz. In diesem Zusammenhang erwähnte Hallervorden auch Dr. Wolfgang Goetze von der Heil- und Pflegeanstalt Buch, der von 1938 bis 1941 als Gastwissenschaftler am KWI für Hirnforschung geführt wurde. Hallervorden an Spatz, 18. 9. 1939, in: Privatarchiv Peiffer. Verschiedenen Verlegungsunterlagen (Landesarchiv Berlin, Rep. 03-04/1, 136) sind die Namen von 13 Kindern zu entnehmen, die 1934 aus der aufgelösten Kinderheilanstalt Buch bzw. aus dem Hospital Buch-Mitte in die Forschungsklinik überführt wurden. Zwei dieser Namen tauchen in der von Jürgen Peiffer zusammengestellten Liste der von 1940–1945 im KWI

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Querverbindungen bestanden auch zwischen dem KWI für Hirnforschung und der T4-Forschungsabteilung in Wiesloch/Heidelberg. So hatte Dr. Hans-Joachim Rauch, der die Opfergehirne in Heidelberg untersuchte, in Buch hospitiert. Auch Dr. Heinrich Gross, Leiter der „Kinderfachabteilung" Am Spiegelgrund in Wien, nahm im Juni/Juli 1941 an einem Lehrgang in Görden teil. Da er wissenschaftlich interessiert war – er fertigte Präparate von Hirnen und Rückenmarkssträngen eines Großteils der 800 Kinder an, die Am Spiegelgrund getötet wurden –, kann man davon ausgehen, daß er über die Außenstelle der Prosektur in Görden auch Kontakt zum KWI für Hirnforschung hatte[171]. Enge Beziehungen bestanden schließlich zwischen Hallervorden und Dr. Berthold Ostertag, der von 1925 bis 1933 als Prosektor der Heil- und Pflegeanstalt Berlin-Buch tätig gewesen war, bevor er Prof. Rudolf Jaffé als Chefarzt des Pathologischen Instituts des Städtischen Krankenhauses Moabit verdrängte. 1935 erhielt Ostertag schließlich die größte Berliner Prosektur, die des Rudolf-Virchow-Krankenhauses, übertragen. Im Rahmen der Kinder-„Euthanasie" führte Ostertag zusammen mit seinem Oberarzt Dr. Hans Klein die Obduktion der Opfer durch, die in der „Kinderfachabteilung" Wiesengrund in Berlin-Wittenau getötet wurden[172].

Verschiedene Verbindungslinien – keineswegs nur die Zusammenarbeit zwischen Hallervorden und Heinze – führen vom KWI für Hirnforschung in die „Euthanasie"-Zentrale in der Tiergartenstraße 4. Mehrere T4-Gutachter hatten einen direkten oder indirekten Bezug zum Kaiser-Wilhelm-Institut: Dr. Walther Kaldewey war 1930/31 als Assistent am KWI für Hirnforschung tätig gewesen; Auseinandersetzungen mit Oskar Vogt führten zu seiner Entlassung. Kaldewey, der hernach als Direktor der westfälischen Provinzialanstalten Eickelborn und Niedermarsberg sowie der Bremer Nervenklinik tätig war, fungierte 1940/41 als Gutachter der „Aktion T4" und nahm auch an den Beratungen zu einem „Euthanasie"-Gesetz im Jahre 1940 teil[173]. Prof. Friedrich Panse, seit 1936 leitender Arzt des Rheinischen Provinzial-Instituts für psychiatrische und neurologische Erbforschung in Bonn, zuvor Oberarzt an der psychiatrischen Abteilung der Wittenauer Heilstätten, war 1940 ebenfalls T4-Gutachter. Er stand seit 1937 nachweislich in Kontakt zu Hallervorden[174]. In diesem Zusammenhang ist – nach Götz Aly – ausdrücklich hervorzuheben, daß die Leiter der vier Berliner Anstalten bereits im August und September in die Vorplanungen zur „Aktion

---

für Hirnforschung untersuchten Gehirne wieder auf. Einer dieser beiden Patienten – Georg D., geboren 1915, Diagnose: Athetose – ist wahrscheinlich dem Krankenmord zum Opfer gefallen.

171 Vgl. Herwig Czech, Dr. Heinrich Gross. Die wissenschaftliche Verwertung der NS-Euthanasie in Österreich, in: Jahrbuch/Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1999, S. 53–70, hier S. 55.

172 Dazu ausführlich Peiffer, Hirnforschung, S. 72–96; Martina Krüger, Kinderfachabteilung Wiesengrund. Die Tötung behinderter Kinder in Wittenau, in: Totgeschwiegen, S. 151–176.

173 Vgl. Gerda Engelbracht, Der tödliche Schatten der Psychiatrie. Die Bremer Nervenklinik 1933–1945, Bremen 1997, S. 76–85; Kersting, Anstaltsärzte, passim.

174 Korrespondenz im MPG-Archiv, III. Abt., Rep. 55, 5. Der in der T4-Gutachterliste ebenfalls aufgeführte Prof. Reisch könnte mit Dr. Otto Reisch identisch sein, Oberarzt am Robert-Koch-Krankenhaus, 1938 Gastwissenschaftler am KWI für Hirnforschung.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

T4" eng eingebunden waren[175]. Dr. Ernst Hefter, Leiter der „Kinderfachabteilung" Wiesengrund in der Berliner Städtischen Nervenklinik für Kinder und Jugendliche, wurde T4-Gutachter, ebenso Dr. Wilhelm Bender, Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Buch von 1934 bis zu ihrer Auflösung am 31. Oktober 1940[176]. Dr. Ernst Wentzler arbeitete, wie schon erwähnt, als Reichsausschußgutachter und richtete in seiner privaten Kinderklinik in Frohnau eine „Kinderfachabteilung" ein[177].

So war das KWI für Hirnforschung mit dem „Euthanasie"-Apparat geradezu verflochten. Besonders ins Gewicht fiel in diesem Zusammenhang schließlich auch die Verbindung zu Maximinian de Crinis, Ordinarius für Psychiatrie und Neurologie und Direktor der Klinik für Psychiatrische und Nervenkrankheiten der Charité, der – wie bereits erwähnt – seit 1938 dem Kuratorium des KWI für Hirnforschung angehörte. 1940 wurde de Crinis zudem Ministerialreferent im Amt Wissenschaft des Reichsministeriums für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung. Gleichzeitig stieg er zur „grauen Eminenz" im Planungsstab der „Euthanasie"-Zentrale auf. Diese Ämterhäufung bot Spatz die Möglichkeit, im November 1940 einen informellen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 10.000 RM bei de Crinis einzureichen. Die Gelder waren u. a. „für die Untersuchungen des Abteilungsleiters Prof. Julius Hallervorden über die organischen Grundlagen des angeborenen Schwachsinns (auf Grund eines großen Materiales von Fällen von Idiotie)" vorgesehen. Für de Crinis mußte klar sein, daß es sich hier um Begleitforschung zur „Euthanasie" handelte. Gleichwohl befürwortete er das Gesuch Spatz' nachdrücklich und sorgte dafür, daß der Antrag, nachdem die Generalverwaltung der KWG abgewunken hatte[178], an die Deutsche Forschungsgemeinschaft weitergeleitet wurde[179]. Tatsächlich flossen Mittel der DFG in die Außenstelle der Brandenburgischen Prosektur in Brandenburg-Görden. Im Dezember 1942 erstattete Hallervor-

[175] Vgl. Götz Aly, Die „Aktion T4" und die Stadt Berlin, in: Totgeschwiegen, S. 137–150, hier S. 146 f.

[176] Wilhelm Bender war zunächst in Berlin-Wittenau tätig gewesen, ehe er die Nachfolge von Prof. Karl Birnbaum als Direktor von Berlin-Buch antrat, der nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen worden war. Im Juli 1939 nahm Bender an einer Besprechung zur Vorbereitung der „Euthanasie" teil, bei der er seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit erklärte. Eine besondere Rolle spielte er bei der Ermordung der jüdischen Psychiatriepatienten im Sommer 1940, da seine Anstalt als Sammelanstalt für solche Fälle diente. 1946 wurde Bender Direktor der Heil- und Pfleganstalt Ueckermünde. Vgl. Heike Bernhardt, Anstaltspsychiatrie und „Euthanasie" in Pommern 1933 bis 1945. Die Krankenmorde an Kindern und Erwachsenen am Beispiel der Landesheilanstalt Ueckermünde, Frankfurt a. M. 1994, S. 140.

[177] Hallervorden an Spatz, 19. 7. 1941, in: Privatarchiv Peiffer: „Vor 8 Tagen hatte ich Besuch von Herrn Oberstabsarzt Wentzler (Kinderklinik Frohnau), von dem ich eine sehr schöne Gehirnmißbildung erhalten habe."

[178] Aktennotiz R. vom 22. 11. 1940, in: MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1600: „Amtsrat Wille vom Reichserziehungsministerium teilte fernmündlich mit, daß ein mehr persönlicher Antrag von Prof. Spatz an Prof. de Crinis vorläge wegen Bewilligung von 10.000 RM für bestimmte Arbeiten im Institut. Herr Wille wollte wissen, ob die KWG in der Lage wäre, das Geld zu geben, was ich im Hinblick auf unseren unter Kürzungen restlos verteilten Etat verneinte. Der Antrag wird daraufhin an die Forschungsgemeinschaft weitergegeben werden." Die Aktennotiz ist von Telschow und Arndt abgezeichnet.

[179] BA Berlin, R 4991 – alt R 21 – 11.065. Vgl. Jasper, de Crinis, S. 92–101.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den der DFG Bericht über die Verwendung einer Sachbeihilfe von über 13.000,– RM für Untersuchungen über organische Grundlagen des angeborenen Schwachsinns:

> „Die Untersuchungen beziehen sich auf ein seit Jahren gesammeltes Material. Dieses wird dauernd durch die Prosektur der Brandenburgischen Landesanstalten in Görden bei Brandenburg vervollständigt, welche von dem Assistenten des Instituts, Dr. Eicke, geleitet wird. Alle dort untersuchten Fälle werden von mir nachuntersucht und ein schriftlicher Befund darüber niedergelegt. Außerdem konnte ich im Laufe des Sommers 500 Gehirne von Schwachsinnigen selbst hier sezieren und zur Nachuntersuchung vorbereiten. Da sowohl Herr Dr. Eicke als auch ich selbst mit militärischen Arbeiten betraut sind, die den größten Teil unserer Zeit in Anspruch nehmen, so können diese Forschungen jetzt nur langsam fortgesetzt werden."[180]

Am 8. Mai 1944 wurde die Abteilung Hallervorden wegen der Bombenangriffe auf die Reichshauptstadt von Berlin-Buch nach Dillenburg verlegt[181]. Nach eigenen Angaben hatte Hallervorden bis zu diesem Zeitpunkt „697 Gehirne erhalten einschließlich derer, die ich einmal in Brandenburg selbst herausgenommen habe. Auch die in Dösen sind mit einberechnet."[182] Jürgen Peiffer gelangt zu dem Ergebnis, daß von den 1.168 von 1939 bis 1944 in den Abteilungen Hallervorden und Spatz untersuchten Gehirnen 698 sicher oder wahrscheinlich von „Euthanasie"-Opfern stammten[183]. Aus einem Aktenvermerk aus der Landesanstalt Görden vom Juli 1945 geht hervor, daß Hallervorden noch zu diesem Zeitpunkt – als die Rote Armee die Anstalt längst besetzt hatte – Material aus der Prosektur in Brandenburg-Görden erhielt: „Die Prosektur arbeitet zur Zeit nicht; die erforderlichen Konservierungsarbeiten und dergl. werden von Fräulein Dr. Pusch ausgeführt. Aus konserviertem Material neu anfallende Präparate sendet Frl. Dr. Pusch an den früheren Leiter der Prosektur, Prof. Haller[vorden], der sich z. Zt. in Dillenburg-Gießen befindet, zur Auswertung. Die Präparate kommen mit einem Ergebnisbericht zur Prosektur zurück."[184] Der Krankenmord hatte zwar ein Ende gefunden, die Begleitforschung lief jetzt aber erst richtig an[185].

---

[180] Hallervorden an DFG, 8. 12. 1942, in: BA Berlin, R 73/11449. Ich danke Jürgen Peiffer für den Hinweis auf dieses Dokument.

[181] Ein Bombenangriff am 7. 4. 1944 hatte schwere Schäden am Institutsgebäude angerichtet. Vgl. MPG-Archiv, I. Abt., Rep. 1 A, 1633.

[182] Aktennotiz Hallervorden, in: BA Berlin, R 96 I/2.

[183] Vgl. Peiffer, Forschung, S. 162 f.

[184] Archiv der Brandenburgischen Landesklinik Görden. Ich danke Sabine Hanrath für den Hinweis auf dieses Dokument. Dr. Friederike Pusch aus Blankenburg/Harz wurde seit 1941 als Angestellte des Reichsausschusses geführt. Vgl. vH/S. (gez. Brack) an Heinze, 22. 12. 1941, in: BA Berlin, NS 11/94.

[185] Dazu jetzt grundlegend Jürgen Peiffer, Assessing Neuropathological Research carried out on Victims of the ‚Euthanasia' Programme, in: Medizinhistorisches Journal 34 (1999), S. 339–356.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zusammenfassung

Betrachtet man die Beteiligung des KWI für Hirnforschung an den Begleituntersuchungen zum Massenmord an psychisch Kranken und geistig Behinderten vor dem Hintergrund der Institutsgeschichte, so ergibt sich eine Reihe neuer Erkenntnisse:

1) Die Rekonstruktion der Entscheidungsprozesse, die dem Wechsel an der Institutsspitze im Jahre 1937 vorausgingen, macht deutlich, daß Hugo Spatz, der in den bisherigen Darstellungen eher als epigonale Figur erscheint, sich bei seiner Berufung an das KWI für Hirnforschung in einer überaus starken Position befand. Tatsächlich war er alles andere als ein schwacher Institutsdirektor. Bei der Umstrukturierung des Instituts in den Jahren 1937/38 setzte er deutliche Akzente und prägte dem Forschungsprogramm seinen eigenen Stempel auf. Daß er das Institut längst nicht so autokratisch regierte wie Oskar Vogt, sondern gemeinsam mit Julius Hallervorden und Wilhelm Tönnis eine Art Führungstrio bildete, lag nicht etwa an Führungsschwäche, sondern entsprach einem generellen Trend zur Teamforschung. Es änderte auch nichts an der Tatsache, daß es Spatz war, der die Grundlinien des neuen Forschungsprogramms absteckte.

2) Der Wechsel an der Institutsspitze zog eine scharfe Zäsur in der Forschungskonzeption nach sich. Die von Cécile und Oskar Vogt etablierte hirnarchitektonische Forschung wurde weitgehend eingestellt. Grundlegend für das neue Forschungsprogramm war die entschiedene Wendung vom gesunden zum kranken Hirn, daraus folgend ein wachsendes Interesse an der Pathogenese von Krankheiten und Behinderungen, auch an Vererbung und Anlage und dementsprechend auch an der Eugenik. Forschungsstrategisch bedeutete dies eine Öffnung zur Psychiatrie, die in der Verzahnung mit den Heil- und Pflegeanstalten im Großraum Berlin wie auch in der Berufung von renommierten Psychiatern und Neurologen in das Kuratorium zum Ausdruck kam. Es entstand zum einen – vermittelt über die neu gegründeten Abteilungen für Histopathologie und Allgemeine Pathologie und die Kooperationsabkommen mit der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg – ein regionales Netzwerk, das die Krankenhäuser und Heil- und Pflegeanstalten Berlins und Brandenburgs samt ihren Prosekturen in Berlin-Buch und Brandenburg-Görden, ferner das Pathologische Institut und die Nervenklinik der Universität Berlin umfaßte. Zum anderen bildete sich ein überregionales Netzwerk heraus, das durch das Kuratorium geknüpft wurde und Knotenpunkte in Breslau, Frankfurt, Hamburg und München aufwies. Hier entstanden institutionelle Strukturen und personelle Konstellationen, über die das KWI für Hirnforschung schon früh mit der gerade eben anlaufenden „Euthanasie"-Aktion in Kontakt kam.

3) Der Kurswechsel von 1937/38 bildete einen tiefen Einschnitt in der Institutsgeschichte. Gleichwohl hatte sich die damit verbundene Öffnung zur psychiatrischen Praxis bereits gegen Ende der Ära Vogt angebahnt und stellte insofern keinen völligen Bruch in der Institutsgeschichte dar. Seit dem Ende der zwanziger Jahre, in Verbindung mit der Planung und der Einrichtung der Forschungsklinik, hatte sich diese Entwicklung abzuzeichnen begonnen. Die Bedeutung der Klinik, die in der bisheri-

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gen Forschung kaum Beachtung gefunden hat, ist in diesem Zusammenhang kaum zu überschätzen. Das Abkommen mit der Stadt Berlin von 1928 leitete die Verzahnung des Hirnforschungsinstituts mit der Anstaltspsychiatrie ein. Dieses Interesse an der neurologischen und psychiatrischen Praxis fand in der Erweiterung und Umgestaltung des Kuratoriums im Jahre 1932 seinen sichtbaren Niederschlag. Freilich war die Verflechtung von Hirnforschung und Anstaltspsychiatrie zu Beginn der dreißiger Jahre nur schleppend in Gang gekommen. Ab 1937 wurde sie energisch vorangetrieben.

4) Auch das eugenische Paradigma war schon vor 1937 in die Forschungskonzeption des KWI für Hirnforschung eingesickert. Allerdings standen Oskar und Cécile Vogt der Eugenik eher skeptisch gegenüber. Die Befunde der genetischen Forschung, wie sie am Institut von Nikolaj Timoféeff-Ressovsky betrieben wurden, ließen allzu grobschlächtige Formen der Eugenik von vornherein fragwürdig erscheinen. Zudem waren die Vogts vorrangig an Elitegehirnen interessiert – mit psychischer Krankheit, geistiger Behinderung und Kriminalität befaßten sie sich nur im Rahmen vergleichender hirnanatomischer Untersuchungen. Sofern sie überhaupt an der Bekämpfung und Verhütung von Krankheiten, Behinderungen und kriminellen Anlagen interessiert waren, dachten sie eher an gezielte Eingriffe in das Erbgut oder Chemotherapie als an eugenische Prophylaxe. Gleichwohl ist festzustellen, daß das eugenische Paradigma mit dem Forschungskonzept der Vogts durchaus vereinbar war und einige für die Eugenik konstitutive Elemente auch in ihrem Denken nachweisbar sind: das unbekümmerte Klassifizieren von Gehirnen als „vollwertig", „überwertig" oder „unterwertig", der fortschrittseuphorische Züchtungsgedanke, szientistische Allmachtsphantasien oder die Vorstellung von einer wissenschaftlich angeleiteten Politik. Hier werden langfristige Kontinuitätslinien in der Konzeption von Hirnforschung sichtbar, die – abhängig vom politischen Kontext – ein Andocken an eugenische Programme möglich machten. Wenn es galt, finanzielle Mittel und politische Unterstützung für das Institut zu mobilisieren, nutzte Vogt die Anknüpfungspunkte und Verbindungslinien zwischen seiner hirnarchitektonischen Forschung und dem eugenischen Paradigma, um sein Forschungsprogramm nach außen hin als Grundlage einer eugenisch angeleiteten Sozial- und Gesundheitspolitik darzustellen. Seit 1933 kam diese Strategie verstärkt zur Anwendung. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Forschungsklinik wurde diese Instrumentalisierung der Hirnforschung konkreter, indem Vogt auf die Bedeutung seiner Forschungen für die Früherkennung und Prophylaxe von Chorea Huntington und anderer neurologischer Bewegungsstörungen hinwies. Vogt scheute sich in diesem Zusammenhang auch nicht, das an der Klinik erarbeitete diagnostische Instrumentarium der NS-Gesundheitsführung zur Perfektionierung der Erfassung von Sterilisanden anzudienen und einer Ausweitung der Sterilisierungsgesetzgebung das Wort zu reden. Hatte sich das KWI für Hirnforschung seit 1928 unter taktischen Gesichtspunkten zunächst eher halbherzig, unter dem Druck des NS-Regimes seit 1933 entschlossener einer eugenisch angeleiteten Erbgesundheitspolitik geöffnet, so wurde diese Entwicklung nach der Zäsur von 1937 von der neuen Institutsleitung

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

beschleunigt vorangetrieben. Auch das trug dazu bei, die Weichen für ein Abdriften des Instituts in den Krankenmord zu stellen.

5) Der Beginn des Zweiten Weltkriegs markierte eine weitere Zäsur in der Institutsgeschichte. Die Herausbildung militärischer Parallelstrukturen ab 1939 muß – viel stärker, als es in der Forschung bisher geschehen ist – in engem Zusammenhang mit der Begleitforschung zur „Euthanasie" gesehen werden. Die These, daß die Berliner Hirnforscher als „Sammler und Jäger" (Karl-Heinz Roth)[186] alle Gehirne zusammengerafft hätten, derer sie habhaft werden konnten – ganz gleich, ob es sich um Fleckfieberopfer aus dem Warschauer Ghetto, abgestürzte Luftwaffenpiloten oder geistig behinderte Kinder handelte, die in den Gaskammern der „Aktion T4" umgebracht worden waren – greift indessen zu kurz. Die Forschungen im Rahmen der militärischen Sonderstellen und im Kontext der „Euthanasie" standen in einem Komplementärverhältnis. Hier wurde nicht an unterschiedlichen Forschungsobjekten ein und derselbe Forschungsgegenstand analysiert, bei der Untersuchung der Hirnpräparate in den militärischen Komplexen ging es vielmehr um andere Themen, Fragestellungen und Zielsetzungen als bei der Untersuchung der Hirnpräparate aus der „Euthanasie". Die militärische Auftragsforschung überschnitt sich zwar auf manchen Feldern weitgehend mit dem zivilen Forschungsprogramm, andere Forschungsschwerpunkte der Vorkriegszeit – vor allem die Untersuchungen zum angeborenen und früh erworbenen Schwachsinn – ließen sich innerhalb der militärischen Strukturen jedoch nicht weiterverfolgen. Durch die Einbindung in die Begleitforschung zur „Euthanasie" konnte diese Forschungsrichtung auch unter Kriegsbedingungen fortgeführt werden. Gleichzeitig eröffnete sich hier die Möglichkeit, unabhängig von den militärischen Strukturen Drittmittel einzuwerben, ein Umstand, dem vor dem Hintergrund der zunehmenden finanziellen Abhängigkeit des KWI für Hirnforschung von den Zuschüssen des Militärs eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zukam.

6) Da der Krankenmord durch kein Gesetz gedeckt war, nahm die „Euthanasie"-Aktion einen konspirativen Charakter an. Die T4-Zentrale war auf die freiwillige Mitarbeit und Zuarbeit von Psychiatern und Neurologen angewiesen, und so entstanden mit der Zeit kollegiale Netzwerke, die in den Krankenmord mehr oder weniger fest eingebunden waren. Diese Netzwerke reichten bis in das engmaschige Beziehungsgeflecht hinein, das seit 1937/38 um das KWI für Hirnforschung geknüpft worden war. Die bei weitem wichtigste Verbindungslinie zum „Euthanasie"-Apparat verlief von der Histopathologischen Abteilung unter Julius Hallervorden über die Außenstelle der Brandenburgischen Prosektur zu Hans Heinze und seiner Beobachtungs- und Forschungsabteilung in der Landesanstalt Brandenburg-Görden. Es war dies aber, wie die Feinanalyse gezeigt hat, längst nicht die einzige Verbindungslinie. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang Maximi-

[186] Karl-Heinz Roth, Biowissenschaften für den Krieg. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937–1945, Vortrag, gehalten am Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin, 24. 11. 1999.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nian de Crinis zu, der als Ordinarius für Psychiatrie und Neurologie an der Charité, Ministerialreferent im Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, „graue Eminenz" im „Euthanasie"-Apparat und Mitglied des Kuratoriums des KWI für Hirnforschung eine Schlüsselposition einnahm. Maximinian de Crinis war einer von vielen Psychiatern und Neurologen, die als Gastwissenschaftler am KWI für Hirnforschung tätig gewesen und von daher mit dem Forschungsprogramm des Instituts vertraut waren und ab 1939/40 in verschiedene Positionen und Funktionen des „Euthanasie"-Apparats einrückten. So entstand ein perfides System, das weitgehend ohne zentrale Steuerung auskam. Das Kaiser-Wilhelm-Institut hatte es gar nicht nötig, sich Gehirne „auf Bestellung" schicken zu lassen – ein kollegiales Beziehungsnetz sorgte von sich aus dafür, daß der Nachschub an Gehirnen nicht abriß, ohne daß die Berliner Hirnforscher ihre Wünsche noch eigens hätten anmelden müssen. Durch die Einbindung in einen gemeinsamen Forschungszusammenhang wirkten sich, wie sich am Beispiel der Athetosen zeigt, die Untersuchungsinteressen des KWI für Hirnforschung umgekehrt auch auf das Forschungsprogramm des „Euthanasie"-Apparates aus. Die Netzwerkanalyse, so läßt sich zusammenfassend festhalten, weist eine enge Symbiose von Hirnforschung und Krankenmord nach.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERMANN WEBER

ZEHN JAHRE HISTORISCHE KOMMUNISMUSFORSCHUNG* LEISTUNGEN, DEFIZITE, PERSPEKTIVEN

Nach dem Untergang des Kommunismus ist dieser in den letzten zehn Jahren ein historischer Forschungsgegenstand geworden. Die anhaltende Aufmerksamkeit, die der Kommunismus weiterhin findet, beweist die riesige Zahl von Publikationen zu diesem Thema. Die Ausgangslage dafür war 1990 erstens ein bereits beachtlicher Forschungsstand, und zweitens ermöglichte die Öffnung zahlreicher Archive Einsicht in Geheimmaterialien. Allerdings verlagerte sich das Interesse weg von der kommunistischen Bewegung und den Regierungssystemen, hin zum kommunistischen Terror. Bei einer Darlegung von Leistungen und Defiziten der Forschung im letzten Jahrzehnt sowie den Perspektiven, die sich jetzt bieten, sind zunächst diese drei Probleme zu skizzieren.

1. Die Kommunismusforschung bis 1990

Die im Ersten Weltkrieg von der traditionellen demokratischen Arbeiterbewegung abgespaltete kommunistische Bewegung, die 1917 durch die bolschewistische Revolution entstandene Sowjetunion und die nach 1945 geschaffenen kommunistischen Regime in Osteuropa haben sehr früh Beachtung in der internationalen Forschung gefunden. Begünstigt von der anfangs noch weitgehenden Offenheit kommunistischer Politik (deren Geheimnisse zudem die damaligen Oppositionsgruppen immer wieder enthüllten) war die Quellenlage zunächst relativ breit. Doch mit den zunehmend rigorosen Geheimhaltungsmethoden, insbesondere unter dem Stalinismus, wurden die Forschungsbedingungen sehr erschwert. Oft mußte sich die Wissenschaft auf die Auswertung der zugänglichen, aber propagandistisch verzerrten offiziellen Informationen beschränken oder mit Zeitzeugenberichten und „grauer Literatur" begnügen.

Die schlechte Quellenlage erwies sich bis etwa 1987/88 als das größte Hemmnis der Kommunismusforschung. Dennoch gelang es dieser Wissenschaft, die nach 1945

* Bei dem Aufsatz handelt es sich um die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrags, der auf der Internationalen Arbeitstagung der Berliner Außenstelle des Instituts für Zeitgeschichte (29. 11.–1. 12. 2001) zum Thema „Zum Stand der historischen Aufarbeitung kommunistischer Diktaturen" gehalten wurde.

VfZ 50 (2002)
® Oldenbourg 2002

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vor allem in den USA, in Großbritannien und Frankreich, aber auch in der Bundesrepublik angesiedelt war, wichtige Erkenntnisse über das System der kommunistischen Diktaturen sowie über die Entwicklung der kommunistischen Bewegung zu gewinnen. Schon 1958 bot etwa das in Deutschland erschienene „Handbuch des Weltkommunismus"[1] Einblicke in jene Bereiche, die damals erforscht waren, darunter vor allem die Ideologie des Marxismus-Leninismus. Verdienstvoll waren ferner das vom Hoover-Institut der Universität Stanford 1973 vorgelegte „Handbook" des Weltkommunismus von 1918 bis 1965[2] sowie die jährlich erscheinenden „Yearbooks", die interessantes Material enthielten[3]. In der Folge wurden außerdem über einzelne kommunistische Parteien historische Abrisse publiziert.

Parallel zur politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus wuchs die Literatur darüber an. Eine vornehmlich deutsche Publikationen erfassende Bibliographie von Karl-Heinz Ruffmann registrierte bereits 1964 über 1.500 Titel[4]. Die zahlreichen historischen Betrachtungen zur Entwicklung der kommunistischen Parteien und die politikwissenschaftlichen Analysen der kommunistischen Regierungssysteme, insbesondere der Sowjetunion, waren selbstverständlich durch die Kontroversen des Kalten Kriegs geprägt. Seinerzeit nahm die Ideologie des Marxismus-Leninismus breiten Raum in der Forschung ein, weil die vorherrschende Meinung davon ausging, die Praxis des Kommunismus werde weitgehend von ideologischen Konzeptionen bestimmt. Beim theoretischen Ansatz zur Analyse und Bewertung des Kommunismus gewann die Totalitarismustheorie die Oberhand. Es gab aber über Jahrzehnte hinweg auch vom „Zeitgeist" kaum beeinflußte große historische Betrachtungen wie die von Edward Hallett Carr[5].

Den damaligen Forschungsstand fasste Ende der sechziger Jahre die sechsbändige vergleichende Enzyklopädie „Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft" zusammen, an der zahlreiche Fachgelehrte beteiligt waren[6]. Ein Sonderband über die Entwicklung der kommunistischen Parteien belegte ebenfalls, wie weit die Erforschung von über 100 kommunistischen Parteien bis 1969 gediehen war; die darin enthaltenen umfangreichen Bibliographien beweisen das kontinuierliche Interesse an der Thematik[7]. Schon früh wurden auch theoretische Überlegungen zur Analyse des

[1] Vgl. Handbuch des Weltkommunismus, hrsg. von Joseph M. Bochenski und Gerhart Niemeyer, Freiburg 1958.

[2] Vgl. World Communism. A handbook, 1918–1965, hrsg. von Witold Sworakowski, Stanford/CA 1973.

[3] Die Jahrbücher erschienen seit 1966. Vgl. Yearbook on International Communist Affairs 1966, hrsg. von Milorad M. Drachkovitch, Stanford/CA 1967; dass. 1973, hrsg. von R. Staar, Stanford/CA 1973; dass. 1978, hrsg. von R. Staar, Stanford/CA 1978.

[4] Vgl. Kommunismus in Geschichte und Gegenwart. Ausgewähltes Bücherverzeichnis, hrsg. von Karl-Heinz Ruffmann, Bonn 1964.

[5] Zwischen 1951 und 1960 erschienen sechs Bände seiner History of Soviet Russia, danach bis 1978 weitere acht und 1982 (dem Todesjahr Carrs) zusätzlich Darstellungen zur Komintern.

[6] Vgl. Sowjetsystem und Demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, 6. Bde., hrsg. von Claus D. Kernig, Freiburg 1966/1972.

[7] Vgl. ebenda, Die Kommunistischen Parteien der Welt, Freiburg 1969.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sowjetregimes angestellt[8]. Später folgten erste große empirische Darstellungen, etwa zur Mitgliedschaft der KPdSU[9].

In den siebziger und achtziger Jahre waren in der Kommunismusforschung in mehrerer Hinsicht Veränderungen zu konstatieren. Es gab nun eine viel stärkere Spezialisierung als zuvor. Das betraf sowohl die einzelnen Länder, als auch die verschiedenen Bereiche der Herrschaftssysteme sowie historische Phasen der kommunistischen Bewegung. Politische Besonderheiten fanden stets Aufmerksamkeit; beispielsweise erschienen zahlreiche Bücher über den Eurokommunismus[10], und natürlich wurde auch der sowjetisch-chinesische Konflikt ausführlich beschrieben[11]. Andere theoretische Ansätze (etwa die von der Industriegesellschaft anstelle des Totalitarismus) unterstrichen den Pluralismus der westlichen Kommunismusforschung. Hinzu kamen Untersuchungen zur „Nomenklatura"[12], wie sich überhaupt sagen läßt, daß die wissenschaftlichen Darstellungen quantitativ stark zugenommen haben[13].

Das galt indes nicht nur für die Forschung im Westen, sondern ebenso für die in den kommunistischen Staaten selbst. Die Geschichte des Kommunismus war in der Sowjetunion seit langem ein dominierender und komfortabel ausgestatteter Forschungszweig. Allerdings waren die Ergebnisse sehr bescheiden. Bis Mitte der achtziger Jahre war die Historiographie dort mehr Hagiographie als ernsthafte Wissenschaft[14]. Beispielhaft ist diese Tendenz auch an der Entwicklung der DDR-Geschichtsschreibung nachgewiesen worden. Während im Westen die kritische Sicht überwog, war es den DDR-Historikern aufgetragen, die eigene Geschichte zu beschönigen und der jeweils gültige Parteilinie anzupassen. Die dortigen Chronisten hatten die SED-Generallinie zu rechtfertigen und das Axiom der stalinistischen

[8] Vgl. z. B. Bertram D. Wolfe, Sechs Schlüssel zum Sowjet-System, Frankfurt a. M. 1956.

[9] Vgl. Thomas H. Rigby, Communist Party Membership in the U.S.S.R. 1917–1967, Princeton 1968.

[10] Vgl. z. B. Manfred Steinkühler (Hrsg.), Eurokommunismus im Widerspruch. Analyse und Dokumentation, Köln 1977; Wolfgang Leonhard, Eurokommunismus. Herausforderung für Ost und West, München 1978; George R. Urban (Hrsg.), Euro-communism. Its roots and future in Italy and elsewhere, London 1978; Heinz Timmermann (Hrsg.), Die kommunistischen Parteien Südeuropas. Länderstudien und Queranalysen, Baden Baden 1979; Vernon V. Aspaturian u. a., Eurocommunism between East and West, Bloomington 1980. Vgl. auch das umfangreiche Literaturverzeichnis in Klaus Kellermann, Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen, Stuttgart 1984.

[11] Vgl. z. B. Donald S. Zagoria, The Sino-Soviet Conflict 1956–1991, Princeton 1962; Edward Crankshaw, Moskau-Peking oder Der neue Kalte Krieg, Hamburg 1963; Hermann Weber, Konflikte im Weltkommunismus, München 1964.

[12] Vgl. Michael Voslensky, Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion, Wien 1980.

[13] Das geht aus allgemeinen Bibliographien ebenso hervor wie aus Spezialbibliographien. Vgl. z. B. Bibliographie zur Politik in Theorie und Praxis, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Hans-Adolf Jacobsen und Manfred Funke, Düsseldorf 1976; Bibliographie zur Zeitgeschichte, seit 1953 Beilage der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, außerdem seit 1976 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, sowie seit 1965 die „Forschungs- und Publikationsvorhaben" in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung (künftig: IWK).

[14] Das gilt selbst für umfassende Werke wie: Die internationale Arbeiterbewegung, 7 Bde., hrsg. von Boris N. Ponomarev, Moskau 1980/1985, oder die sechsbändige Geschichte zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Moskau 1972/1982.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ideologie, die „Partei" habe „immer recht", „wissenschaftlich" zu untermauern. Ihnen fehlte die notwendige Unabhängigkeit und es fehlte Pluralismus in der Forschung. Die Versuche, den Herrschaftsanspruch der SED rückwirkend „historiographisch" zu begründen und zu legitimieren, beruhten auf Legenden, Verzerrungen und Fälschungen. Deshalb sind die meisten daraus resultierenden „Forschungsergebnisse" heute allenfalls noch Belege der „Parteilichkeit" und der Unterordnung der Geschichtswissenschaft unter die SED-Diktatur[15]. Cum grano salis galt dies auch für die übrigen kommunistisch regierten Staaten; erst Mitte der achtziger Jahre, in der Gorbatschow-Ära, begannen sich die Dinge schrittweise zu ändern, so daß nun auch unabhängige Untersuchungen möglich wurden.

Im Westen war die Erforschung der kommunistischen Bewegung dagegen weiter vorangekommen. Beispielsweise wurden 1981 die Erträge der Forschung über Staat und Revolution in Sowjetrußland bis 1923 vorgestellt[16], die Zusammenfassung zeigte, wie umfassend die Analysen inzwischen waren. Das gleiche gilt für den deutschen Kommunismus von 1918 bis 1945. Über ihn hatten bis 1983 mehr als 500 Autoren aus Ost und West Arbeiten vorgelegt[17]. Schon wenige Beispiele demonstrieren das beachtliche Niveau und die Intensität der Erforschung vieler Bereiche des Kommunismus – trotz ungenügender Quellenlage[18].

Insofern ist die Kritik, die nach 1990 an der „alten" Kommunismusforschung (etwa an der westlichen DDR-Forschung) der siebziger und achtziger Jahre geübt wurde, nur teilweise berechtigt. Nicht selten waren die verbalen Angriffe unqualifiziert. Der Vorwurf, die kommunistische Diktatur sei verharmlost oder gar geschönt worden, ist in dieser generalisierenden Form falsch. Auch wenn etwa in manchen hochspezialisierten Forschungsarbeiten über Themen von begrenzter Reichweite die Grundfrage, der Gegensatz zwischen Demokratie und Diktatur, nicht immer genügend klar herausgearbeitet wurde, existiert doch eine große Zahl bis heute gültiger Forschungsergebnisse[19].

Wenn in den vergangenen zehn Jahren die Kommunismusforschung erheblich über den früheren Stand hinausgekommen ist, dann hat das vor allem mit der

---

[15] Vgl. zur Einschätzung der DDR-Geschichtswissenschaft Ilko-Sascha Kowalczuk, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945-1961, Berlin 1997; Ulrich Neuhäusser-Wespy, Die SED und die Historie, Bonn 1997; Hermann Weber, Die DDR 1945–1990, 3., erw. Aufl., München 2000, S. 130 ff.

[16] Vgl. Helmut Altrichter, Staat und Revolution in Sowjetrußland 1917–1922/23, Darmstadt 1981.

[17] Vgl. Hermann Weber, Kommunismus in Deutschland 1918–1945, Darmstadt 1983.

[18] Dieser sollten auch Dokumentationen entgegenwirken, z. B. The Communist International 1919–1943. Documents, hrsg. von Jane Degras, 3. Bde., London 1955/1965; Helmut Gruber, International Communism in the Era of Lenin. A documentary history, Greenwich/CT 1967; später Founding the Communist International: proceedings and documents of the 1. Congress, März 1919: The Communist International in Lenin's Time, hrsg. von John Riddell, New York 1987. Vgl. vor allem aber die in den siebziger Jahren in der Schweiz publizierten zahlreichen Bände „Dokumente der Weltrevolution".

[19] Vgl. dazu IWK 33 (1997), S. 232 ff.; Hermann Weber, „Asymmetrie" bei der Erforschung des Kommunismus und der DDR-Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/97 vom 20. 6. 1997, S. 3 ff.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

(wenigstens teilweisen) Öffnung der Archive zu tun. Erst dadurch sind der Wissenschaft bis dahin geheimgehaltene Materialien zugänglich geworden.

2. Die Rolle der Archive

Bei der Archivlage und den Ergebnissen der Forschung seit 1990 ist besonders auf die deutsche Entwicklung abzuheben. Natürlich nicht aus nationaler „Überheblichkeit", sondern weil die DDR-Archive rasch und am weitesten geöffnet wurden. In der Tschechischen Republik dagegen wurden die Geheimakten 1997, in Bulgarien erst 1998 und in Polen noch später einsehbar. Wissenschaftler gehen sogar davon aus, daß in Polen fast 50 Prozent der relevanten Archivalien vernichtet wurden, in Rumänien noch weit mehr[20], ganz zu schweigen von Schwierigkeiten beim Zugang zu sowjetischen Quellen, die hinlänglich bekannt sind.

In Deutschland erwies sich die Situation als weitaus besser. Hier wurden in den Staatsarchiven alle staatlichen Akten erfaßt, das riesige Schrifttum des Ministeriums für Staatssicherheit wurde (in der damals sogenannten Gauck-Behörde) verwahrt, und die schriftliche Hinterlassenschaft der SED und der Massenorganisationen wurde in der 1992 gegründeten Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO) zusammengefasst. Alle diese Archivalien waren ohne die übliche 30-Jahre-Sperrfrist der Forschung zugänglich. Inzwischen liegt ein „Vademecum" aller Archiveinrichtungen und Bibliotheken zur DDR-Forschung vor[21].

Als Folge der frühen Öffnung der Archive entstand eine imponierende Flut von Veröffentlichungen über die verschiedensten Bereiche der DDR, während in den übrigen früher kommunistisch beherrschten Staaten die Forschung nur langsam an Fahrt gewann. Ein Blick auf die neue Fülle von Schriften zur DDR-Geschichte beweist, daß das Interesse an der Erforschung der DDR-Entwicklung seither kontinuierlich anhält[22]. Auch der Deutsche Bundestag nahm sich der Aufarbeitung der SED-Diktatur an. In zwei vom Parlament eingerichteten Enquete-Kommissionen sind zahlreiche wissenschaftliche Expertisen zu Teilbereichen vorgelegt worden[23], was ohne die rasche Öffnung der Archive völlig unmöglich gewesen wäre. Probleme

---

[20] Vgl. Materialien der Enquete-Kommission [2.] „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit", 8 Bde., hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden Baden/Frankfurt a. M. 1999, Bd. VI: Gesamtdeutsche Formen der Erinnerung an die beiden deutschen Diktaturen und ihre Opfer – Archive, S. 765 ff., Bd. VII: Herausforderungen für die künftige Aufarbeitung der SED-Diktatur – Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung totalitärer Diktaturen, S. 918 ff.

[21] Vgl. Ulrich Mählert (Hrsg.), Vademecum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten, Opladen [2]1997.

[22] Vgl. zum Forschungsstand Weber, Die DDR, S. 121 ff.

[23] Vor allem in Form von Expertisen, vgl. Materialien der Enquete-Kommission [2], sowie Materialien der Enquete-Kommission [1] „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", 9 Bde., hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden Baden/Frankfurt a. M. 1995.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bei der Archivbenutzung in anderen Ländern bleiben daher bis heute ein Hemmschuh für die weitere und zügige wissenschaftliche Erforschung des Kommunismus.

Allerdings muß auch mit Blick auf Deutschland auf offene Fragen hingewiesen werden. Bereits die erste Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages hatte die Bedeutung der Akten unterstrichen und deren Sicherung und völlige Zugänglichkeit für die Aufarbeitung der Geschichte der DDR mit allem Nachdruck verlangt[24]. Die zweite Enquete-Kommission gab darüber hinaus konkrete Handlungsempfehlungen[25]. In diesen wurde auch die Asymmetrie im deutschen Archivwesen beklagt, die für die Wissenschaft entstanden war. Diese mißliche Schieflage ist weiterhin zu kritisieren: Während die DDR-Archive offen sind, besteht immer noch die 30-Jahre-Sperrfrist für Westakten. Außerdem gibt es Hürden beim Zugang zu den russischen Archivalien, und schließlich werden die Akten des ehemaligen Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR sogar noch zwölf Jahre nach der deutschen Vereinigung geheim gehalten[26]. Eine zentrale Forderung bleibt es daher, der Wissenschaft die Einsicht in die archivierten Überlieferungen der westdeutschen Parteien, des Bundeskanzleramtes, des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und auch des Verfassungsschutzes sowie des BND für die Zeit bis 1989/90 zu gestatten.

Eine weit fatalere Lage war bei Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) festzustellen, auf deren Basis in den letzten zehn Jahren zahlreiche quellengesättigte Arbeiten zur DDR-Geschichte geschrieben werden konnten. Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 8. März 2002 sollten wesentliche Teile für die Forschung gesperrt werden. Entgegen der bisherigen Praxis der Behörde, Wissenschaftlern relevante Unterlagen des MfS zu Personen der Zeitgeschichte zugänglich zu machen, sollte die Einsicht in diese Akten in Zukunft nicht mehr möglich sein. Hier hat der Bundestag im Juli 2002, die bewährte Praxis wieder hergestellt; so bleibt zu hoffen, daß die gesetzliche Grundlage des Zugangs dauerhaft geschaffen ist.

In den Hintergrund getreten war indes ein noch gravierenderes Problem, nämlich die vorgesehene „Schwärzung" von Originalakten des MfS. Eine solche umfassende Aktenvernichtung war für Anfang 2003 vorgesehen. Bereits für Januar 1999 waren Vorbereitungen getroffen worden, um nach § 14 des Stasi-Unterlagengesetzes eine „Anonymisierung" von Originalakten durchzuführen. Hinter der harmlos klingenden „Anonymisierung" drohte die Gefahr einer Schwärzung, ja sogar „Löschung", also Vernichtung von Originaldokumenten in einem Maße, wie es für die Zeitgeschichts-

[24] Vgl. ebenda, Bd. I: Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" im Deutschen Bundestag, S. 647 ff.; Ingrun Drechsler u. a. (Hrsg.), Getrennte Vergangenheit – gemeinsame Zukunft. Ausgewählte Dokumente, Zeitzeugenberichte und Diskussionen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", 4 Bde., München 1997, Bd. IV: Das SED-Regime in vergleichender Perspektive und die Bedeutung seiner Aufarbeitung, S. 126 ff.

[25] Vgl. Materialien der Enquete-Kommission [2], Bd. I: Die Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit, S. 553 ff.

[26] Vgl. dazu Hermann Weber/Ulrich Mählert, Quellenlage zur DDR-Geschichte, in: GESIS (Hrsg.), DDR-Sozialforschung. Quellen, Daten, Dokumente, Opladen 1998, S. 165 ff.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

forschung beispiellos ist[27]. Nach Protesten von Bürgerrechtlern und Wissenschaftlern reagierte der Bundestag rasch, er hat noch im Dezember 1998 die „Anonymisierung" um vier Jahre bis zum 1. Januar 2003 hinausgeschoben. Auch hier hat der Bundestag im Juli 2002 die Weichen gestellt und § 14 abgeschafft. Im übrigen bleibt festzuhalten, daß in den Aktenkopien, die bisher der Wissenschaft zur Verfügung gestellt wurden, alles Private geschwärzt ist. Die Schwärzungen erfolgten freilich nur auf den Kopien, während die Originale der Nachwelt in den Archiven unbeschädigt erhalten sind. Und das muß im Interesse der Aufarbeitung gesichert bleiben.

Es gefährdet die internationale Kommunismusforschung, wenn – wie in Rumänien und anderen Ländern – Archivmaterial vernichtet würde oder der Zugang zu den Archiven erschwert wird. Die relativ gute Quellenlage in Deutschland darf nicht beschädigt werden. Denn gerade die Einsicht in geheime Akten hat einen Paradigmenwechsel der Forschung ermöglicht, der den Terror ins Zentrum des Interesses brachte.

3. Kommunistischer Terror rückt in den Mittelpunkt

Die Untersuchung des Terrors rückte nicht erst nach 1990 anstelle der Untersuchung der kommunistischen Bewegung oder der Herrschaftssysteme in den Mittelpunkt. Bereits im Zuge der „Perestroika" hatten Historiker und Journalisten, vor allem aber die Gruppe „Memorial" in der Sowjetunion, begonnen, über die Opfer der Stalinschen Schreckensherrschaft zu berichten. War es unter Chruschtschow bei den „Rehabilitierungen" von Stalin-Opfern (die später abgebrochen wurden) vor allem um verfolgte kommunistische Funktionäre gegangen, so wurde nun das ganze Ausmaß der Repressalien gegen die Bevölkerung schrittweise aufgedeckt.

Sowjetische Historiker, die aus der Dissidentenszene stammten, wie Roy Medwedew, gingen davon aus, daß 17 bis 18 Millionen Menschen Opfer des Stalinismus geworden waren, von denen „nicht weniger als 10 Millionen umkamen oder ermordet wurden". Allein 1937/38 waren fünf bis sieben Millionen Menschen Repressalien unterworfen, darunter „rund eine Million Parteimitglieder und rund eine Million ehemaliger Parteimitglieder"[28].

Natürlich gab es auch im Westen – entgegen späteren Behauptungen – schon seit längerem Darstellungen des Terrors, vornehmlich während der Stalin-Ära. In den Standard-Werken von Zbigniew K. Brzezinski und Robert Conquest sowie in zahlreichen anderen Untersuchungen von Robert V. Daniels, Isaac Deutscher, Joel Carmichael, Georg Hermann Hodos, Borys Lewytzkyj, Roy Medwedew, Michal Reimann und Leonard Schapiro wurde die kommunistische „Inquisition", speziell der

[27] Vgl. zu den Einzelheiten Bürgerkomitee Leipzig, Rundbrief vom 25.10. 1998; Hermann Weber, Gefahr der Aktenvernichtung, in: Deutschland Archiv (32) 1999, S. 828 ff.; ders./Peter Steinbach/Werner Müller, Aufarbeitung der DDR-Geschichte: Der Bundestag ist gefordert, in: Deutschland Archiv (34) 2001, S. 740 ff.

[28] Roy Medwedew in Moscow News vom Januar 1989, abgedr. in: Hermann Weber, „Weiße Flecken" in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt a. M. 1989, S. 169 f.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stalinistische „Große Terror", breit thematisiert und analysiert; auch Hellmut Andicz oder Werner Scharndorff haben diese Schreckensherrschaft beschrieben[29]. Allerdings wurde in den achtziger Jahren durch die „revisionistische Schule" um Arch Getty in den USA von einem sozialgeschichtlichen Ausgangspunkt eine Neubewertung der blutigen Säuberungen versucht. Dabei legten sie den Hauptakzent auf die Eigendynamik des Terrors, während sie dessen Planung und Lenkung durch die Führung unterschätzten und dessen Dimensionen bagatellisierten[30].

Die schrittweise Öffnung der Akten in Rußland machte solche Darlegungen obsolet. Vor allem war es nun möglich, den Terror in der Praxis ebenso detailliert zu erforschen wie dessen Leitung von oben. Selbst im internationalen Kommunismus konnte die Rolle des Terrors schon bald analysiert werden, beispielsweise 1992 auf einer Konferenz[31]. Die eigentliche Verlagerung des Schwerpunkts der Kommunismusforschung auf das Gebiet des Terrors erfolgte freilich erst Mitte der neunziger Jahre. Dabei spielten sich die Debatten in vorher kaum gekannter Weise auch in den Medien und in der Öffentlichkeit ab. Den stärksten Anstoß gab das 1997 in Paris erschienene „Schwarzbuch des Kommunismus", das seit 1998 auch in deutscher Sprache vorliegt[32]. Gewalt und Terror wurden nun zum zentralen Thema der Kommunismusforschung. Das Schwarzbuch löste einen heftigen Meinungsstreit aus, bei dem es nicht selten zu einseitiger Verdammung oder einseitiger Verherrlichung kam. Dabei wurden die Stärken der Untersuchung häufig übersehen: Der Band bietet eine erschreckende Bilanz der Opfer kommunistischer Regime, die doch stets behaupteten, eine bessere Welt schaffen zu wollen. Die Bedeutung des Schwarzbuchs liegt in der dramatischen Schilderung der Folgen des kommunistischen Terrors und im Nachweis der ungeheuerlichen Zahl der Opfer. Hingegen werden die Rahmenbedingungen von Gewalt und Terror ebenso vernachlässigt wie Veränderungen in den kommunistischen Systemen; auch die monokausale Betrachtungsweise ist störend. Hinzu kommt, daß weder der ungleiche Forschungsstand in den einzelnen Ländern noch der beschränkte Zugang zu den Archiven bei dieser Generalisierung des Terrors berücksichtigt worden sind. Die Auseinandersetzung[33] drehte sich weitgehend um die Gleichsetzung des kommunistischen und des nationalsozialistischen Terrors sowie um eine mögliche Herleitung des Terrors aus der kommunistischen Ideologie.

---

[29] Vgl. dazu Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hrsg.), Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn 1998, S. 5 ff.

[30] Vgl. John Arch Getty, Origins of the great purges. The Soviet Communist Party reconsidered, 1933–1938, Cambridge/MA 1985; Weber/Mählert (Hrsg.), Terror, S. 121 ff.

[31] Vgl. Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hrsg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und „Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993.

[32] Vgl. Stéphane Courtois u. a. (Hrsg.), Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit einem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR" von Joachim Gauck und Erhart Neubert, München 1998

[33] Vgl. dazu Horst Möller (Hrsg.), Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus", München 1999. Vgl. auch Hermann Weber, Der Kommunismus in der aktuellen Diskussion. Nachwort zur 2. Auflage in: Weber/Mählert (Hrsg.), Terror, Paderborn 2001, S. 601 ff.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Manche Kritik am Schwarzbuch zielte allerdings in eine ganz andere Richtung, denn teilweise gab und gibt es weiterhin eine Verharmlosung von Gewalt und Terror in kommunistischen Diktaturen. Demgegenüber muß betont werden: Die Schlußfolgerung aus den bisherigen Forschungen sowie den Diskussionen um die Rolle des Terrors, der gewaltsamen Unterdrückung und Verfolgung im Kommunismus ist eindeutig: Terror war kommunistischen Diktaturen, insbesondere dem Stalinismus, immanent, wobei allerdings der Kommunismus nicht auf Terror zu reduzieren ist.

4. Leistungen der neueren Kommunismusforschung

Daß in den letzten Jahren eine fast unüberschaubare Menge von Publikationen zum Kommunismus vorgelegt werden konnte, hat vor allem eine Ursache: Die Zahl der Forschungsprojekte und die Zahl der daran beteiligten Wissenschaftler nahm rapide zu. Im Westen stießen zu denen, die sich bereits seit längerem mit dem Kommunismus beschäftigten, zahlreiche junge Forscher, die nicht zuletzt die Archivsituation reizte. Die meisten, einst federführenden kommunistischen Propagandisten im Osten haben sich zurückgezogen, manche setzen sich nun kritisch mit der Vergangenheit auseinander, andere neigen eher zur Nostalgie. Auch hier ist festzuhalten, daß eine stattliche Reihe jüngerer Wissenschaftler zur Kommunismusforschung gestoßen ist, die sich (gerade auch in Rußland) speziell mit dem Terror befassen, der nunmehr in aller Breite untersucht werden kann.

Beispielsweise gelang es George Hermann Hodos 2001 anhand der inzwischen zugänglichen Quellen, seine Beschreibungen der berüchtigten stalinistischen Schauprozesse und der „Säuberungen" in Osteuropa von 1948 bis 1954 noch klarer und detaillierter herauszuarbeiten[34]. Generell gilt, daß die Untersuchungen über den Terror in der Sowjetunion sowie in anderen Ländern des Ostblocks weit gediehen sind[35]. In Russland liegt mittlerweile eine Fülle von Monographien und Aufsätzen in Fachzeitschriften vor, die sich auf Primärquellen stützen können. Diese sind nun erstmals in einem Überblick erfasst[36], in dem es nicht nur um die Parteisäuberungen, sondern auch um die Massenrepressalien geht. Barry McLoughlin etwa verweist darauf, daß von den 1937/38 verhafteten 1,5 Millionen Personen fast 90 Prozent unter politische Anklage gestellt und die Hälfte davon zum Tod durch Erschießen verurteilt wurde. Daß gerade die Jahre 1937/38 ein „Interregnum des Grauens und der Brutalität" waren, ist unbestritten und wird auch in anderen Untersuchungen bestä-

[34] Vgl. George Hermann Hodos, Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–1954, Berlin 2001 (Erstausgabe 1988).

[35] Vgl. Weber/Mählert (Hrsg.), Terror. Dort wird über die innerkommunistischen Verfolgungen in der Komintern, der Sowjetunion, der DDR und der Tschechoslowakei berichtet.

[36] Vgl. Barry McLoughlin, „Vernichtung des Fremden". Der „Große Terror" in der UdSSR 1937/38. Neue russische Publikationen, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001, Berlin 2001, S. 50 ff.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tigt. Die russischen Autoren Nikita Ochotin und Arseni Roginski[37] können das anhand entsprechender Quellen darlegen und mit Statistiken untermauern.

Aus den neuen empirischen Forschungen geht auch hervor, daß die Säuberungen von der Grundhaltung der Stalinschen Führung, sprich einem ungeheuren Mißtrauen bestimmt waren, und daß sie eine große Angst in der breiten Bevölkerung und nicht nur bei den Eliten hervorriefen. Außerdem wird bewiesen, daß die Repressalien stets von oben, von der Führung und Stalin selbst befohlen wurden: „Selbstverständlich waren die Massenrepressalien 1937 bis 1938 nicht nur beispiellos im Hinblick auf ihre Dimensionen, sondern auch im Hinblick auf ihre Brutalität. Sie hatten jedoch ihre eigene Logik, ihre Struktur und ihre Regeln, die ungeachtet der zahlreichen Verletzungen ein hohes Maß der Lenkung des Prozesses der Repressalien garantierten."[38] Die genaue Anleitung der Säuberungen in der Sowjetunion durch die Stalin-Führung beweisen jetzt auch Quelleneditionen, etwa die Dokumentation von John Arch Getty und Oleg V. Naumov[39].

Wie jetzt nachgewiesen, wuchs die Zahl der zum Tode Verurteilten 1937 enorm an. Dies hatte nicht zuletzt damit zu tun, daß die vorhandenen Lager außerstande waren, alle Verhafteten aufzunehmen. „Nach den ursprünglichen ‚Limiten' vom August 1937 lautete der Befehl, ca. ein Viertel der Angeklagten zum Tode zu verurteilen. Im Ergebnis der Operation entsprechend dem Befehl Nr. 0047 verdoppelte sich jedoch die Anzahl der Todesurteile"[40]. Darin zeigen sich die grauenvollen Seiten des Terrors. Sie bestätigen die schon vor langem geäußerte These von der Absurdität der „Anklagen". Und die von oben angeordneten „Sollzahlen" für die Verfolgungen, bis hin zu Vorschriften für den Anteil von Todesurteilen, beweisen, daß es nicht um die Kategorien „Schuld" oder „Unschuld" ging, psychologische Deutungen also nicht weiterführen. Der „rationale Kern" des Terrors mit dem Ziel der Herrschaftssicherung Stalins bleibt unübersehbar, auch wenn die Eigendynamik der Säuberungen fast das System gefährdete.

Untersuchungen zu verschiedenen Ländern ermöglichen es heute, die Mechanismen des Terrors genauer zu analysieren. Über die unbegreiflichen Dimensionen z. B. der innerkommunistischen Säuberungen und die Methoden, die dabei zur Anwendung kamen (insbesondere über die Folterungen), hat bereits der Band „Terror" neue Einsichten geliefert. In diesen Zusammenhang gehören auch die Verfolgungen emigrierter ausländischer Kommunisten in Moskau. Über die Repressalien gegen deutsche Kommunisten in der Sowjetunion hat Reinhard Müller kürzlich die Ergebnisse seiner neuesten Recherchen publiziert[41].

---

[37] Vgl. Nikita Ochotin/Arseni Roginski, Zur Geschichte der „Deutschen Operation" des NKWD 1937–1938, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2000/2001, Berlin 2001, S. 89 ff.

[38] Ebenda, S. 121.

[39] Vgl. John Arch Getty/Oleg V. Naumov (Hrsg.), The Road to Terror. Stalin as the Self-Destruction of the Bolshevics, 1932–1939, New Haven/London 1999.

[40] Ochotin/Roginski, Geschichte der „Deutschen Operation", S. 115.

[41] Vgl. Reinhard Müller, Menschenfalle Moskau. Exil und stalinistische Verfolgung, Hamburg 2001. Zur österreichischen Emigration vgl. Aufbruch, Hoffnung, Endstation. Österreicherinnen und

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf der Basis dieser Forschungen werden nun generelle Analysen gewagt. Verwiesen sei hier nur auf drei Untersuchungen. Gerd Koenen setzte sich 1998 einerseits kritisch mit Vereinfachungen im Schwarzbuch auseinander[42] und wandte sich andererseits vor allem gegen aktuelle Beschönigungen der Terrors. Für ihn ist der eigentliche Totalitarismus weniger im Nationalsozialismus zu finden als vielmehr im Kommunismus. In der kommunistischen Utopie einer radikal neuen Gesellschaft gebe es die „Utopie der Säuberung", um das „Alte" völlig vernichten zu können. Allerdings verweist er darauf, daß die reale Geschichte des Kommunismus eben nicht nur die „Wirkungsgeschichte" der Ideologie sei. Koenens konkrete Darstellung des Terrors unterscheidet sich wenig vom fundierten Beitrag Nikolaus Werths im Schwarzbuch – an diesen fürchterlichen Tatsachen ist eben nicht zu rütteln – und auch für Koenen bleibt die „Oktoberrevolution" der Bolschewiki die „Urkatastrophe".

Genau entgegengesetzt ist die Einschätzung des (1998 verstorbenen) russischen Historikers Wadim Rogowin[43], der den „großen Terror" Stalins als radikalen Bruch mit der Ideologie Lenins betrachtet und mithin keine Verbindung zwischen Ideologie und tödlicher Praxis im Stalinismus sieht. Diese beiden Sichtweisen überbetonen Teilaspekte, sie bieten deshalb lediglich Ansätze zu einer „Historisierung" des Kommunismus. Differenzierter wird in der dritten, 2000 erschienenen Untersuchung über den Terror, ja den Kommunismus überhaupt argumentiert. In dem in Frankreich veröffentlichten Band von Michel Dreyfus u.a. wird „Das Jahrhundert der Kommunismen" untersucht. Über 20 Kommunismusexperten behandeln darin Varianten des Kommunismus, einzelne historische Phasen, Parteien und Strukturen. Mit dem Begriff „Kommunismen" wollen sie einen neuen Zugang zur Kommunismusforschung finden. Sie lehnen die These von Furet (Ende einer Illusion) ebenso ab wie die des Schwarzbuches (Verbrechen des Kommunismus), sondern plädieren dafür, den Kommunismus nicht auf eine Eigenschaft zu reduzieren. Ihre zentrale These ist, der Kommunismus sei „in seiner gesamten Geschichte und in all seinen Aspekten im Plural. Er ist Vielseitigkeit, durch ein Projekt geeint."[44] Aus den empirischen Untersuchungen über den Terror entwickeln sich also spezifische analytische Ansätze zum Kommunismus. Die ideologiegeschichtliche Betrachtung ist indes noch nicht weit vorangekommen, es gibt nur einzelne differenzierte Betrachtungen[45].

Die neuen Forschungen, die diese kontroversen Generalisierungen ermöglichten, sind auch von der deutschen Rußlandhistoriographie genau registriert worden. In die jüngsten Darstellungen der Geschichte der Sowjetunion wurden neue Doku-

---

Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945, hrsg. von Barry McLoughlin, Hans Schafranek und Walter Szevera, Wien 1997.

[42] Vgl. Gerd Koenen, Utopie der Säuberung. Was war der Kommunismus? Berlin 1998.

[43] Vgl. Wadim S. Rogowin, 1937. Jahr des Terrors, Essen 1998; ders., Die Partei der Hingerichteten, Essen 1999; ders., Vor dem großen Terror. Stalins Neo-NÖP, Essen 2000.

[44] Michel Dreyfus, u.a. (Hrsg.): „Le siècle des communismes", Paris 2000, S. 9.

[45] Vgl. Uli Schöler, Ein Gespenst verschwand in Europa. Über Marx und die sozialistische Idee nach dem Scheitern des sowjetischen Sozialismus, Bonn 1999.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mente und aktuelle Forschungsergebnisse einbezogen[46]. Auch über die Mechanismen der Macht in der Sowjetunion[47] liegen quellengesättigte Arbeiten vor. Seit 2001 gibt es sogar einen ausführlichen Bericht von Manfred Hildermeier über den Stand und die Probleme der Forschung über die Sowjetunion 1917-1991[48]. Von den darin angeführten 1100 Titeln erschienen mehr als die Hälfte nach 1988, was beweist, daß die Forschung über die Sowjetunion seit Öffnung der Archive erheblich zugenommen hat. Unter den 260 erwähnten Dokumentationen befinden sich 170 Quellenbände, die erst in den letzten zehn Jahren publiziert wurden.

Auch die Kommunismusforschung in den USA oder in Rußland hat sich vor allem auf die sowjetische Entwicklung konzentriert. Da die kommunistischen Regime zumindest in Europa „Ableger" des sowjetischen Systems waren, bleiben die Oktoberrevolution von 1917, der Terrorismus der Stalin-Ära und nun zusätzlich der Untergang der Sowjetunion die Hauptinteressensgebiete der Wissenschaft. Hildermeier schreibt in seinem Überblick zu den Grundproblemen und Tendenzen der Forschung von einer „Fülle neuer oder ergänzender Gesamtdarstellungen von 1917 bis 1991" und kann dabei auch zahlreiche amerikanische und englische Autoren nennen[49]. Von diesen werden die Ursachen für den Niedergang und Zusammenbruch des sowjetischen Kommunismus durchaus unterschiedlich gewertet, sie bestätigen aber in den Grundzügen die frühere Sicht der „alten" westlichen Forschung, derzufolge das sowjetische System eine zentralistische Diktatur war, der vor allem in ihrer stalinistischen Variante der Terror als Herrschaftsinstrument immanent war. Dies war bereits in der sowjetischen Forschung am Ende der achtziger Jahre zu registrieren. So hat beispielsweise Wolkogonow in seinen Untersuchungen (erstmals anhand neuer Akten) zu Stalin oder Lenin diese Tendenz vertreten[50].

Die Sowjetunion war allerdings nicht nur Kristallisationspunkt des Kommunismus und Modell für die übrigen stalinistischen Regime, sondern auch Vorbild für die weltweite kommunistische Bewegung. Die Zugänglichkeit relevanter Quellen in den russischen Archiven förderte daher die gesamte Kommunismusforschung, deren Voraussetzungen sich in letzter Zeit auch dank einiger Dokumentenveröffentlichungen erheblich verbessert haben. Das trifft etwa für russische Quelleneditionen zur Komintern zu[51], aber ebenso für Dokumentationen zur China-Politik der Sowjet-

[46] Vgl. Leonid Luks, Geschichte Rußlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin, Regensburg 2000; Manfred Hildermeier, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998.

[47] So z. B. Oleg W. Chlewnjuk, Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg 1998.

[48] Vgl. Manfred Hildermeier, Die Sowjetunion 1917–1991, Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 31, München 2001.

[49] Ebenda, S. 158 ff.

[50] Vgl. Dimitri Wolkogonow, Stalin. Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt, Moskau/Düsseldorf 1989; ders. Lenin, Düsseldorf 1994. Vgl. jetzt auch ders., Die sieben Führer. Aufstieg und Untergang des Sowjetreiches. Mit einer Vorbemerkung von Markus Wehner, Frankfurt a. M. 2001.

[51] Vgl. Komintern i ideja mirovoj revoljuicii: dokumenty, bearb. von J. Drabkin u. a., Moskau 1998. Deutsche Ausgabe (Arbeitstitel: Komintern und Weltrevolution) in Vorbereitung.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

union und der Komintern[52]. Neue Einsichten zu den Aktivitäten der Komintern ermöglichen die von Bernhard H. Bayerlein herausgegebenen Tagebücher von Dimitroff[53]. Die Notizen des Generalsekretärs der Komintern aus den Jahren 1933 bis 1943 dokumentieren die Herrschaftspraxis und den Machtwahn Stalins und sie bestätigen folgende These: Kommunistische Kader waren nach außen, gegenüber ihrem politischen Feind, mutig und einsatzbereit, traten aber innerhalb der Partei nur als gehorsame Untertanen auf. Das gilt selbst für höchste Funktionäre, denn ein so aufrechter Mann wie Dimitroff, der Hermann Göring im Reichstagsbrandprozess mutig Paroli bot, wurde in Moskau zum willigen Handlanger und Erfüllungsgehilfen Stalins. Dieser brauchte nur eine Andeutung zu machen und schon bemühten sich die Politiker seiner Umgebung, darunter Dimitroff als Generalsekretär der Komintern, beflissen im Sinne des großen „Führers" zu agieren.

Quellen über den deutschen Kommunismus sind vor allem für die Zeit nach 1945 veröffentlicht worden, z.B. Protokolle und Materialien der KPD 1945/46 bis zur Zwangsvereinigung mit der SPD zur SED[54]. Die Forschung zum deutschen Kommunismus war im letzten Jahrzehnt ohnehin auf die SBZ/DDR fixiert. Die Unterlagen des Komintern-Archivs und die KPD-Akten haben allerdings auch zahlreiche kleinere Publikationen zu früheren Perioden ermöglicht; derzeit wird an Projekten über die KPD in der Weimarer Republik und im Widerstand nach 1933 gearbeitet[55]. An umfassenden Darstellungen gibt es allerdings nur das umstrittene Werk von Klaus-Michael Mallmann (1996) über die „Sozialgeschichte" der KPD[56]. In anderen jüngeren Monographien[57] werden die Chancen der neuen Archivlage kaum genutzt. Hingegen ist auf dem Feld der Biographie-Forschung mehr geschehen, wie die von Jens Becker veröffentlichte Biographie Heinrich Brandlers oder Walerij Brun-Zechowojs Biographie über Manfred Stern (General Kleber) zeigen[58].

---

[52] RKP(B), Komintern und die nationalrevolutionäre Bewegung in China, Dokumente, Bd. 1, hrsg. von Kuo-Heng-Yü u.a., Paderborn 1996, Bd. 2, hrsg. von Mechthild Leutner, Münster 1998.

[53] Vgl. Georgi Dimitroff, Tagebücher 1933–1943, 2 Bde., hrsg. von Bernard H. Bayerlein, Berlin 2000.

[54] Vgl. Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/46, 6 Bde., hrsg. von Günter Benser und Hans-Jochen Krusch, München 1993/1997.

[55] Vgl. dazu das „Newsletter" im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2002, Berlin 2002. Z. B. arbeitet Bert Hoppe über die Beziehungen der KPD zur Komintern und KPdSU von 1928 bis 1933; Bernhard H. Bayerlein über diese Beziehungen von 1924 bis 1928; Carsten Krinn über die Schulungsarbeit der KPD in der Weimarer Republik.

[56] Vgl. Klaus-Michael Mallmann, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, Vgl. dazu auch die Kritik von Andreas Wirsching, „Stalinisierung" oder entideologisierte „Nischengesellschaft"? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: VfZ 45 (1997), S. 449 ff.

[57] Vgl. Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999; Gruppe MAGMA, „... denn Angriff ist die beste Verteidigung". Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn 2001.

[58] Vgl. Jens Becker, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001; Deutschland Archiv (34) 2001, S. 485 ff.; Walerij Brun-Zechowoj, Manfred Stern – General Kleber. Die tragische Biographie eines Berufsrevolutionärs, Berlin 2000.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Insgesamt gesehen ist die Erforschung der kommunistischen Bewegung nicht nur in Deutschland, sondern auch in Osteuropa, ja weltweit eher rückläufig, weil sich die Kommunismusforschung auf den Terror und die Regime konzentriert. Untersuchungen über den Kommunismus in Westeuropa[59] sind eher die Ausnahme.

Zur Entwicklung der SBZ und DDR liegen inzwischen – wie erwähnt – die meisten Untersuchungen vor. Im neuesten Bericht zur Forschungslage[60] sind über 2100 wichtige Publikationen erfasst, wovon etwa die Hälfte in den letzten 10 Jahren erschienen ist, darunter befinden sich mehr als 100 Quellenbände und Dokumentationen und über 100 Studien zur Kultur und ebenso viele zu Opposition und Verfolgung. 1994 waren in einer Übersicht, die vom Arbeitsbereich DDR-Forschung der Universität Mannheim im Auftrag der Enquete-Kommission des Bundestages erstellt worden war, rund 750 Projekte genannt worden[61]. Von diesen wurden fast zwei Drittel zu Ende geführt, die Ergebnisse sind inzwischen in den meisten Fällen veröffentlicht. Die in den letzten zehn Jahren publizierten Untersuchungen zur Ideologie[62], zum Alltag und zur Sozialgeschichte[63] sowie insbesondere zum MfS und zur Rolle der Opposition[64] haben der Forschung kräftige Impulse verliehen und den Forschungsstand entscheidend verbessert. Beispielsweise hat die Außenstelle Berlin des Instituts für Zeitgeschichte drei Untersuchungen zur Justiz nach 1945 vorgelegt[65]. Auch für die Honecker-Ära ist „ein zusammenhängendes System politischer Verfolgung" registriert worden[66], und erstmals gibt es eine Gesamtdarstellung eines Lagers, nämlich für Mühlberg als Kriegsgefangenen- und als sowjetisches Speziallager[67].

---

[59] Vgl. z.B. Patrick Moreau/Marc Lazar/Gerhard Hirschler (Hrsg.), Der Kommunismus in Westeuropa, München 1998.

[60] Vgl. Weber, Die DDR, S. 215 ff.

[61] Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte, bearb. von Thomas Heimann für den Arbeitsbereich DDR-Geschichte im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung, im Auftrag des Deutschen Bundestages, Mannheim 1994.

[62] Nach 1990 erschienen etwa 30 Untersuchungen zur Ideologie und Wissenschaft in der DDR. Vgl. Weber, Die DDR, S 279 ff. Die 1. Enquete-Kommission hat über 10 Expertisen sowie Vorträge usw. vorgelegt. Vgl. Materialien der Enquete-Kommission, Bd. III: Rolle und Bedeutung der Ideologie, integrativer Faktoren und disziplinierender Praktiken in Staat und Gesellschaft der DDR.

[63] Die Literatur zum Alltag in der DDR ist immer noch dürftig. Vgl. dazu jetzt die Materialien der Enquete-Kommission [2], Bd. V: Alltagsleben in der DDR und in den neuen Ländern (Drei Sitzungen mit Vorträgen, Diskussion usw. und acht Expertisen).

[64] Die Rolle des MfS und der Geschichte der Opposition war bis 1990 unterbelichtet, seit 1990 sind darüber weit über 100 Titel, erschienen. Vgl. Weber, Die DDR, S. 296. Auch hier hat die 1. Enquete-Kommission des Bundestages, in den Bänden IV, VII/1 und VII/2 umfangreiche Materialien vorgelegt, ebenso die 2. Enquete-Kommission, in Band II/1 und II/2.

[65] Vgl. Hermann Wentker, Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen, München 2001; Petra Weber, Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961, München 2000; Dieter Pohl, Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung, München 2001.

[66] Vgl. Johannes Raschka, Zwischen Überwachung und Repression, Vorwort von Karl Wilhelm Fricke, Opladen 2001.

[67] Vgl. Achim Kilian, Mühlberg 1939–1948. Ein Gefangenenlager mitten in Deutschland, Köln/Weimar 2001.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im vergangenen Jahrzehnt konnten rund 1000 Forschungsprojekte zur DDR-Geschichte erfaßt werden. Anknüpfend an die erwähnte Übersicht von 1994 werden in dem von Ulrich Mählert zusammengestellten – in Mannheim begründeten und von ihm bei der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur fortgesetzten – Newsletter „Aktuelles aus der DDR-Forschung" dreimal jährlich im Deutschland Archiv neue einschlägige Forschungsvorhaben nachgewiesen. Eine Analyse verdeutlicht zeitliche und thematische Schwerpunkte. Rund die Hälfte aller Projekte konzentriert sich entweder auf die Herausbildung oder das Ende der Diktatur in den vierziger bzw. frühen fünfziger und in den achtziger Jahren. Jedes vierte Projekt widmet sich Fragen, die sich über den ganzen Zeitraum der DDR-Existenz erstrecken. Nach wie vor werden die sechziger und siebziger Jahre nur am Rand thematisiert. Jedes fünfte Forschungsprojekt behandelte in den neunziger Jahren Fragen der Herrschaftssicherung durch Partei, MfS, Militär, Polizei und Justiz und Formen der Verweigerung und Opposition. Ebenso groß war der Anteil der Projekte über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte der DDR. Zu den Themen, die große Aufmerksamkeit genießen, zählen ferner die Geschichte der Kirchen in der DDR, die Geschichte der Medien, lokal- und regionalgeschichtliche Ereigniskomplexe, die friedliche Revolution sowie der nachfolgende Transformationsprozess. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der DDR-Literatur sowie der darstellenden Kunst ging zurück. Dagegen nahmen die Projekte über die Alltagskultur etwas zu. Mittlerweile gibt es auch zahlreiche biographische Untersuchungen, bereits im Jahr 2000 konnten etwa 90 registriert werden; seither sind weitere erschienen, darunter[68] Biographien über Mielke, Ulbricht, Honecker oder Norden[69].

Wie durch den verbesserten Aktenzugang selbst schwierige Fragen der Geschichtsforschung nunmehr genauer zu beantworten sind, zeigt beispielsweise eine Untersuchung der SMAD in der SBZ. Über deren entscheidende Rolle beim Aufbau der SED-Diktatur ist zwar schon früher berichtet worden[70]. Aber den genauen Aufbau der Strukturen sowie Einzelheiten der „Befehle" konnte Jan Foitzik erst in jüngster Zeit rekonstruieren[71].

Auch zwölf Jahre nach der Vereinigung hält das Interesse an der DDR-Geschichte an. Gegenwärtig dürften sich 500 Forscherinnen und Forscher mit den unterschied-

[68] Vgl. Weber, Die DDR, S. 311 ff.

[69] Vgl. Wilfriede Otto, Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000; Mario Frank, Walter Ulbricht. Eine deutsche Biographie, Berlin 2001; Thomas Kunze, Staatschef a. D. Die letzten Jahre des Erich Honecker, Berlin 2001; Norbert Podewin, Albert Norden. Der Rabbinersohn im Politbüro, Berlin 2001.

[70] Vgl. den Beitrag von Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber im Auftrag des Arbeitsbereichs Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte München, München 1990, S. 7 ff.

[71] Vgl. Jan Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999; Bernd Bonwetsch/G. Bordjugov/N. Naimark (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949, Bonn 1998.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichsten Seiten der SED-Diktatur beschäftigen. Bemerkenswerterweise verteilen sich die laufenden Vorhaben zu jeweils einem Drittel auf die alten und die neuen Bundesländer sowie auf Berlin. Die Hälfte aller Projekte ist an Universitäten angesiedelt, ein Drittel an universitätsnahen Institutionen. Schwerpunkte liegen bei politikwissenschaftlichen, germanistischen und zeitgeschichtlichen Instituten und Lehrstühlen[72]. Außer den zahlreichen Expertisen in den Bänden der Enquete-Kommission des Bundestags lassen auch Lexika den Forschungsstand erkennen[73].

Neben der akademischen DDR-Forschung tragen insbesondere auch Angehörige der früheren DDR-Opposition, Opfer-Verbände, Institutionen der politischen Bildungsarbeit und schließlich auch meist PDS-nahe – Zusammenschlüsse von Mitarbeitern abgewickelter DDR-Einrichtungen zur gesellschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Geschichte bei, wobei die Ausgangspositionen und methodischen Ansätze ebenso differieren wie die Bewertungen.

Zusammenfassend ist also über die Leistungen der Kommunismusforschung in den letzten 10 Jahren festzuhalten: Anknüpfend an die Forschungen bis 1990 und angesichts des verbesserten Archivzugangs hat die Kommunismusforschung beträchtliche Fortschritte erzielt. Vor allem über den Terror, aber auch über die Herrschaftsformen (etwa in der Sowjetunion oder der DDR) ist eine Fülle von Publikationen erschienen, die konkrete Einblicke in die kommunistischen Systeme bieten. Hand in Hand damit wurden generelle Einschätzungen erarbeitet, deren Fundament nun wesentlich breiter war als in früheren Deutungen. Dies geschah außer in den drei erwähnten Analysen beispielsweise auch in den Debatten im Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung[74]. Die Methodenvielfalt und die differenzierte, manchmal auch konträre Einschätzung, die zu einer meist fruchtbaren Auseinandersetzung beitrugen, haben die Ergebnisse der Kommunismusforschung auch in der Öffentlichkeit bekannt gemacht, allerdings ebenso vorhandene Defizite erkennen lassen.

---

[72] Zu den Einzelheiten vgl. Ulrich Mählert, Analyse der zur Zeit in Bearbeitung befindlichen und bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte, in: Materialien der Enquete-Kommission [2], Bd. VIII: Herausforderungen für die künftige Aufarbeitung der SED-Diktatur – Perspektiven der internationalen Zusammenarbeit bei der Aufarbeitung totalitäter Diktaturen, S. 857 ff.

[73] Vgl. Rainer Eppelmann u.a. (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus, 2., erw. Aufl., Paderborn 1997; Eberhard Kuhrt u.a. (Hrsg.), Am Ende des realen Sozialismus, 4 Bde., Opladen 1996/2000; Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, München 2000; Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.), Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997. Vgl. auch die Hinweise zum Forschungsstand in Weber, Die DDR, S. 215 ff. Hinzuweisen ist beispielsweise auch auf die Dokumentation der 12 Bautzen-Foren der Friedrich-Ebert-Stiftung (Leipzig 1991–2001), die fast 30 Bände der Reihe „Forschungen zur DDR-Gesellschaft" (seit 1995), die 20 Bände der Reihe „Analysen und Dokumente" des Bundesbeauftragten für das MfS (seit 1995) und die 10 Bände der PDS-Reihe „Ansichten zur Geschichte der DDR" (1993–1998).

[74] Vgl. Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1997 (Agosti, Broué, Butenko, Daniels, Lewin), Berlin 1999 (Holzer, Fetscher, Weber, Jahn, Fleischer), und 2000/2001 (Reiman, Vatlin).

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

5. Defizite der Kommunismusforschung

Trotz dieser Erfolge sind noch erhebliche Defizite festzustellen. Das beruht einerseits auf noch immer vorhandenen Schwierigkeiten beim Zugang zu Archivalien, andererseits auf einer gewissen Asymmetrie in der Forschung selbst. Während die Veröffentlichungen über den Terror sowie über die diktatorischen Regierungssysteme des Kommunismus kaum mehr zu überblicken sind, sind die Publikationen über den Kommunismus als radikale soziale Bewegung eher rückläufig. Um das „Wesen" des Kommunismus einschätzen zu können, sind indes auch seine Geschichte als radikale Arbeiterbewegung sowie die Ideologie und die in ihr enthaltenen utopischen Elemente zu berücksichtigen. Allerdings kann es dabei nicht nur um die Frage gehen, welche Rolle die Ideologie für den Terror spielte.

Um das Verhältnis von Utopie und Wirklichkeit bestimmen zu können, ist eine andere Unterteilung „des Kommunismus" nötig. Unterschieden werden sollte zwischen dem Kommunismus als Teil der sozialen Bewegung, die eine „bessere Welt" schaffen will, und den herrschenden kommunistischen Regimen, die ihre bereits eroberte Macht mit allen Mitteln, nicht zuletzt des Terrors halten, festigen und absichern wollten. Als soziale Bewegung war der Kommunismus eine Abspaltung der klassischen Arbeiterbewegung, die freilich im 19. Jahrhundert weniger von alten Menschheitsträumen einer gerechteren Gesellschaft geprägt war. Sie entstand in erster Linie als eine „Antwort" auf die asoziale Seite des Kapitalismus, auf die Ausbeutung und Rechtlosigkeit der unteren Klasse, die in schrecklicher Armut lebte, aber auch auf die Ausschaltung breiter Kreise von politischer Mitwirkung, von Bildung und Kultur. Der Bruch der Kommunisten mit dieser freiheitlichen, demokratischen Tradition, die vor allem von der Sozialdemokratie verkörpert wurde, erfolgte nicht zufällig im Ersten Weltkrieg, der als der eigentliche „Sündenfall" des 20. Jahrhunderts anzusehen ist. Erst die Demoralisierung und die Beschädigung der Zivilisation im Massenkrieg, in dem blutige Gewalt legitimiert und belohnt wurde, schufen die Voraussetzung für den Sieg des Bolschewismus in Rußland.

Die Abspaltung der kommunistischen Bewegung von der Sozialdemokratie während des Ersten Weltkriegs stärkte das Gewicht der Utopie: Die neue, bessere Gesellschaft sollte nicht erst in ferner Zukunft, sondern möglichst rasch verwirklicht werden. Das „russische Beispiel" gewaltsamer Revolution und des Bürgerkrieges schien nachahmenswert, wenn man den langen, mühseligen Weg der Reformen nicht beschreiten wollte. Allerdings bleibt zu fragen, wie sich der Kommunismus als soziale Bewegung trotz des eklatanten Gegensatzes zur Wirklichkeit in der Sowjetunion (und nach 1945 in den „Volksdemokratien") ausbreiten konnte. Auch hier liegt ein Defizit der Forschung. Die Oktoberrevolution und die Maßnahmen zur radikalen Überwindung der zaristischen Vergangenheit Rußlands in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur hatten in der europäischen Arbeiterbewegung Sympathien gefunden. Anfangs wurde die abstoßende Realität des neuen Sowjetstaates vom Bürgerkrieg überdeckt, den beide Seiten mit gleicher Grausamkeit führten. Selbst der Ausbau der Diktatur wurde vielfach damit entschuldigt, daß schließlich

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Zweck die Mittel heilige. Die erstaunliche Industrialisierung im Zeichen der Fünfjahrpläne in einer Zeit der allgemeinen Weltwirtschaftskrise trug ebenfalls dazu bei, daß der sowjetische Terror und die Massenrepressalien (etwa gegen „Kulaken") in den Hintergrund traten. Obwohl die Utopie immer deutlicher zur ideologischen Rechtfertigung des brutalen Regimes verformt wurde, behielt ihre Zukunftsverheißung dennoch für breite Kreise in aller Welt Anziehungskraft.

Die zwei Seiten des Kommunismus, einerseits die von der Ideologie geprägte soziale Massenbewegung und andererseits die Diktatur in der Sowjetunion, die schließlich in die stalinistische Barbarei mündete, klafften nach 1945 sogar noch weiter auseinander. Da die kommunistische Bewegung (ab 1941) weltweit den Kampf gegen die unmenschliche NS-Diktatur und den Faschismus führte, erhielten kommunistische Parteien überall Zulauf und gewannen überall Einfluß, und da die Sowjetunion die Hauptlast im Krieg gegen Hitler-Deutschland zu tragen hatte, wuchs auch ihr internationales Prestige; im Verlauf des Krieges konnte sie sich schließlich Osteuropa unterwerfen.

Während die Aspekte Terror und diktatorische Herrschaftssysteme gut erforscht sind, bleiben die radikale soziale Bewegung und deren Entwicklung insgesamt unterbelichtet. Eine Zusammenführung hat Jerzy Holzer versucht[75]. Viele Arbeiten zu dieser Thematik sind ideologiebefrachtet und noch immer vom Ost-West-Konflikt geprägt. Das hängt auch damit zusammen, daß sich die heutige Kommunismusforschung personell aus unterschiedlichen Strömungen rekrutiert. Dennoch ist wohl zu erwarten, daß der frühere Ost-West-Gegensatz zwischen der kommunistischen Historiographie, die das eigene Regime verherrlichte, und der pluralistischen westlichen Wissenschaft, die durchaus wunde Punkte benannte, sich allmählich abschwächt.

Doch derzeit zeigen sich in der Kommunismusforschung gerade bei den generellen Einschätzungen beträchtliche Probleme. Monokausale Erklärungen für komplexe Vorgänge mögen in der Öffentlichkeit „gefragt" sein, der Historiker hat tunlichst die kritische Differenzierung vorzunehmen. Anstelle simpler Schwarz-Weiß-Malerei sind die „Grautöne", die „Zwischentöne" nicht zu vernachlässigen. Die Wissenschaft muß sich deswegen vor der Vereinnahmung durch die Politik ebenso hüten wie vor dem jeweiligen „Zeitgeist". Allerdings darf nicht auf klare grundsätzliche Wertungen verzichtet werden. Der Vergleich beider deutscher Diktaturen verdeutlicht etwa, daß die Dimensionen des Terrors in der barbarischen Nazi-Diktatur ungleich größer waren als in der nachfolgenden SED-Diktatur. Dies relativiert jedoch den Terror der SED-Herrschaft in keiner Weise. Deshalb ist auch die DDR bei aller wissenschaftlich gebotenen Sachlichkeit als Diktatur und damit als politischer Unrechtstaat zu definieren.

---

[75] Vgl. Jerzy Holzer, Der Kommunismus in Europa. Politische Bewegung und Herrschaftssystem, Frankfurt a. M. 1998; ders., Entstehung und Zusammenbruch des Kommunismus, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999, S. 7 ff; Helmut Fleischer, Der Arbeiter-Sozialismus in seiner Epoche, in: Ebenda, S. 100 ff.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Solchen Einschätzungen wird indes von nicht wenigen ehemaligen SED-Historikern widersprochen. Sie gehören zu einem heterogenen intellektuellen Milieu, das in den neunziger Jahren im Umfeld der PDS entstand. 1989/90 hatten sich einige sehr kritisch über ihre eigene Geschichtsschreibung geäußert. Danach ließ die Bereitschaft zur (selbst)kritischen Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte jedoch nach, und viele kehrten zur alten „Parteilichkeit" zurück. Dies betrifft vor allem die DDR-Chronisten, während beispielsweise in Ungarn eine freilich auch schon früher distanziertere „Parteihistoriographie" durchaus kritische Darstellungen vorlegte.

Ein Problem der Kommunismusforschung bleibt die Begriffsbildung. Als ich vor Jahrzehnten den Terminus Stalinismus in die DDR-Forschung einbezog, war die Reaktion in der DDR fast hysterisch. Inzwischen wird „Stalinismus" nicht nur inflationär gebraucht, der Begriff dient zur Verharmlosung oder Ablenkung von der kommunistischen Realität. Ein anderes Defizit betrifft die Aufarbeitung der Alltagsgeschichte in der Diktatur, die vor dem Fall des Kommunismus fast unmöglich war, weil empirische Daten fehlten. Inzwischen ist eine Diskussion darüber ausgebrochen, ob die Untersuchung der Herrschaftsform, der Diktatur der kommunistischen Parteien, nicht durch die Analyse der Sozialgeschichte und vor allem der Alltagsgeschichte abgelöst werden sollte. Ein gewichtiges Argument dafür lautet: Die im Alltag gewachsenen Verhaltensweisen und Mentalitäten spielen nach wie vor eine entscheidende Rolle. Die Desiderate der Forschung in diesem Bereich sind tatsächlich groß, eine Gegenüberstellung von Herrschafts- und Sozialgeschichte wäre dennoch falsch. Die Verknüpfung des Alltags mit der Diktatur ist offensichtlich, so daß beide Seiten im Kontext untersucht werden sollten.

Forschungsdesiderate wurden vor allem für die DDR-Geschichte benannt[76]. Welche Rolle spielte die jahrzehntelange kommunistische Herrschaft in der Gesamtgeschichte der osteuropäischen Völker? Wie ist die Existenz der DDR in der deutschen Geschichte einzuschätzen?[77] Diskutiert wird ferner die Frage nach den Grenzen der Diktatur. Generell befindet sich die vergleichende Diktaturforschung in den Anfängen. Der Vergleich zwischen beiden deutschen Diktaturen, zwischen der DDR und den kommunistischen Diktaturen Osteuropas (aber auch der Vergleich der DDR und der Bundesrepublik) hat erst begonnen. Die DDR ist dabei sowohl Teil der Nachkriegsgeschichte Deutschlands als auch der Entwicklung des „Ostblocks" unter sowjetischer Hegemonie. Voranzubringen ist die Analyse der Entscheidungsprozesse in der SED-Spitze und vor allem des Handlungsspielraums Ost-Berlins gegenüber Moskau. Auffallend ist auch, daß ausgerechnet die SED, deren Führung die Diktatur ausübte, immer noch relativ geringe Aufmerksamkeit in der Forschung findet; das gleiche gilt für die Blockparteien und Massenorganisationen, auf die sich die SED stützte.

---

[76] Vgl. Weber, Die DDR, S. 212 f.

[77] Vgl. z.B. Werner Müller, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/2001 vom 6. 7. 2001, S. 43 f.; jetzt auch Gerhard A. Ritter, Die DDR in der deutschen Geschichte, in: VfZ 50 (2002), S. 171 ff.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hier sei nur auf weitere Desiderate der DDR-Forschung verwiesen, die bereits 1997 genannt wurden, aber unverändert bestehen[78]. Dies betrifft die Außenpolitik der DDR, die Phänomene der überzeugten Akzeptanz des Regimes und der Anpassung an die Diktatur oder die Ideologie als Integrationsfaktor und die Militarisierung der Gesellschaft. Allgemein zeigt sich, daß die bisherige DDR-Forschung zu sehr die Intentionen der Herrschenden prüfte, zu kurz kamen hingegen die Umsetzung der Politik und die realen Auswirkungen. In manchen Arbeiten werden die Absichten der Kommunisten sogar gleichgesetzt mit deren erfolgreicher Realisierung. Wenn etwa in Studien über die Deutschlandpolitik der SED und der DDR die Einwirkungsversuche auf die Bundesrepublik, die Bemühungen, sie zu unterwandern, beschrieben werden, dann muß klar zwischen Absicht und Realität unterschieden werden. Allein das historische Ergebnis zeigt, daß die Demokratie der Bundesrepublik solche Planspiele unbeschadet überstanden hat, während umgekehrt die DDR an ihren eigenen inneren Problemen zugrunde ging.

Viele Desiderate und Probleme der DDR-Forschung gelten mutatis mutandis für die gesamte Kommunismusforschung. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere methodische und inhaltliche Fragen bei der Analyse des Kommunismus, die von der Wissenschaft zu diskutieren sind. Beispielsweise wird die Auseinandersetzung darüber weitergehen, ob der Kommunismus heute von seinem Ende her zu sehen ist, der Untergang also längst vorprogrammiert war, oder ob in verschiedenen Phasen auch Alternativmöglichkeiten bestanden. Gab es – wie oft behauptet – z. B eine demokratische Vorgeschichte der DDR? Umstritten ist ferner die Funktion des „Marxismus-Leninismus": Haben sich die Kommunisten tatsächlich auf die Theorien von Marx gestützt, sie gar realisiert oder diente die Ideologie nicht vielmehr in erster Linie als ein Instrument zur Rechtfertigung und Verschleierung ihrer Herrschaft? Zu debattieren bleibt außerdem der Typ der kommunistisch beherrschten Gesellschaft oder die Verantwortung der Sowjetunion und der deutschen Kommunisten in der SED-Diktatur. Entscheidendes Desiderat bleibt indes der Kommunismus als radikal-soziale Bewegung, hier sind neue Schwerpunkte der Forschung nötig.

6. Perspektiven der historischen Kommunismusforschung

Die Kommunismusforschung ist in den letzten 10 Jahren inhaltlich gut vorangekommen. Auch die personelle Neuformierung der Wissenschaft ist erfolgreich verlaufen. Es gab und gibt eine produktive Entwicklung der historischen Kommunismusforschung, die sich durch ihren Pluralismus, eine beeindruckende Vielfalt von Methoden und Bewertungen auszeichnet und daher günstige Voraussetzungen für eine innovative Fortentwicklung hat. Dazu gehört das öffentliche Interesse, das wohl noch längere Zeit anhalten wird, wenn auch wohl nicht in der gleichen Intensität wie bei der Erforschung des Nationalsozialismus. Die guten Perspektiven sind jedoch in hohem Maße abhängig vom Zugang zu den Archivalien und von der (vor

[78] Vgl. Materialien der Enquete-Kommission [2], Bd. VII, S. 103; Weber, Die DDR, S. 212 f.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

allem auch materiellen) Unterstützung von Seiten der Staaten, Gesellschaften, Universitäten und speziell den Institutionen der Forschungsförderung.

Mehrere Faktoren bestimmen die inhaltlichen Perspektiven. Notwendig sind empirische Forschungen, die theoretischen Probleme (Totalitarismus, Modernisierung) sollten diese nicht überlagern. Die Perspektiven liegen außerdem in der Breite der Themen. Neben den untergegangenen Regimen muß die kommunistische Bewegung in all ihren Facetten wieder stärker berücksichtigt werden, und auch die noch existierenden kommunistischen Systeme wie etwa in China können nicht ausgespart werden.

Gute inhaltliche Perspektiven setzen voraus, daß nicht nur quellengestützte Forschung betrieben, aber auch der Forschungsstand nicht vernachlässigt, sondern einbezogen wird. Das 1990 sofort einsetzende „Windhundrennen" – möglichst rasch und spektakulär „neu" entdeckte Quellen vorzustellen, oft ohne den Zusammenhang ausreichend zu berücksichtigen – muß endgültig vorbei sein. Außerdem sollte sich die historische Kommunismusforschung gezielt der Desiderate annehmen und Forschungslücken schließen. Und schließlich gilt es, die Gefahren zu berücksichtigen, die vom „Zeitgeist" ausgehen. Die öffentliche Meinung wird kontinuierlich von aktuellen Problemen beeinflußt. So könnte beispielsweise der neue, globalisierte Terror den vergangenen kommunistischen Terror leicht in den Hintergrund drängen, und durch aktuelle soziale und ökologische Weltfragen könnte das Interessen an der radikal-sozialen Bewegung des Kommunismus verloren gehen. Deshalb müssen mehrere Voraussetzungen geschaffen werden, um die insgesamt guten Perspektiven möglichst auch zu realisieren.

Eine viel stärkere Vernetzung der Kommunismusforschung

Die Forschung erscheint abgekapselt, selbst innerhalb der einzelnen Länder und mit benachbarten Wissenschaftsfelder ist sie kaum verknüpft. Beispielsweise ist die DDR-Forschung recht gut organisiert, sie hat mit der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auch eine Institution, die vielfache Kontakte der Forscher fördert. Dagegen ist die DDR-Forschung kaum koordiniert mit den Forschungsanstrengungen zur deutschen kommunistischen Bewegung vor dem Zweiten Weltkrieg, zum Widerstand gegen Hitler, zur Kommunistischen Internationale. Wenn ich es recht sehe, ist dies aber keine deutsche Besonderheit, sondern auch in anderen Ländern der Fall. Noch wichtiger ist eine länderübergreifende Vernetzung. Ein Beispiel für gute Kooperation ist die von beiden Staaten unterstützte Deutsch-russische Historikerkommission. Sie sollte personell verstärkt und auf andere Länder ausgeweitet werden.

Zugang zu den Archiven

Eine Grundvoraussetzung produktiver Kommunismusforschung bleibt der Zugang vor allem zu den relevanten russischen Archiven und zum Kominternarchiv, und zwar für Wissenschaftler aller Staaten. Schließlich erweist sich die Zusammenarbeit von Forschern und Archivaren heute als die unerläßliche Basis für die Kommunismusfor-

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schung, die ebenfalls stärker institutionalisiert werden muß. Erfreuliche Beispiele einer länderübergreifenden Kooperation gibt es durchaus: Das Projekt Computerisierung des Kominternarchiv (INCOMKA), das allen Forschern den Zugang zu den Dokumenten im Kominternarchiv in Moskau eröffnen soll, kann nach fünf Jahren Arbeit Ende 2002 abgeschlossen werden[79]. Unter dem Dach des Internationalen Archivrates und des Rosarchivs gehören das Bundesarchiv, die Archives de France Paris, das spanische Kultusministerium, das Nationalarchiv Italiens und die Library of Congress in Washington (natürlich das Moskauer Archiv selbst) zu den Projektpartnern. Eine elektronische Datenbank über die gesamten Bestände des Komintern-Archivs soll dann zur Verfügung stehen. Sie enthält Beschreibungen von 66 Fonds und 521 Akteneinheiten, 230.00 Aktenbänden, einschließlich 120.000 Personalakten. Hierzu wurden ca. 25.000 Findbuchseiten verarbeitet. Über die Datenbank hinaus sollen ca. 1 Million Seiten aus den Komintern-Dokumenten in digitalisierter Form (und zugleich höchstmöglicher Qualität) elektronisch lesbar zur Verfügung stehen. Allerdings bleiben immer noch wichtige Bestände für die Forschung verschlossen.

Wissenschaftliche Fundierung der Aufarbeitung und Ressourcenprobleme

Die überall geforderte „Aufarbeitung" der Geschichte, die ja die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit meint, benötigt eine wissenschaftliche Fundierung, wofür aber – und das muß von der Kommunismusforschung deutlich gemacht werden – ausreichende Ressourcen bereitzustellen sind. Trotz Zeiten „knapper Kassen" darf die Osteuropaforschung, die DDR-Forschung, die Sowjetunion-Forschung und die Komintern-Forschung nicht gehemmt werden. Fehlende Mittel sind selbst in der DDR-Forschung, die innerhalb der Kommunismusforschung noch am besten ausgestattet ist, zu beklagen. Alle großen Forschungsinstitutionen haben ihre finanziellen Angebote drastisch verringert. Bei der Stiftung Volkswagen gibt es im Gegensatz zu früher keinen Schwerpunkt mehr für entsprechende Anträge; die vom Bundestag im Anschluß an die Enquete-Kommissionen eingerichtete Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur ist finanziell zu knapp ausgestattet, um dafür einen Ersatz bieten zu können. Nach wie vor erhalten Opfergruppen und Aufarbeitungsinitiativen die meisten Mittel, damit stehen diese aber nicht, wie ursprünglich vorgesehen, schrittweise der Wissenschaft zur Verfügung.

Standards verbessern

Schließlich sollte die Kommunismusforschung in Deutschland, insbesondere die DDR-Forschung, viel stärker in die „Mutterwissenschaft" Zeitgeschichte eingebunden werden. Eine gute Perspektive ist aber natürlich nur gewährleistet, wenn auch

[79] Vgl. Bernhard H. Bayerlein, Das Komintern-Archiv in Moskau und das Komintern-Projekt des Europarates, des „Rosarchivs" und des Internationalen Archivrates, in: Der Archivar, Beiband 4, Siegburg 2000, S. 267 ff.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Qualität der Forschung stetig wächst und wenn die neuen wissenschaftlichen Methoden berücksichtigt werden. Der derzeit aktuelle „Zugang zur Zeitgeschichte", etwa die Erinnerungskultur[80], kann auch für die Kommunismusforschung fruchtbar gemacht werden. Notwendig sind zudem stärkere Differenzierungen, fundiertere Wertungen, die Berücksichtigung verschiedener Zeitperioden, der Rahmenbedingungen und der Motive der Akteure, kurzum, die gültigen Standards der Wissenschaft sind zu beachten, ja zu verbessern.

Es sollte nicht allzu schwer sein, diese Voraussetzungen zu erfüllen. Dann rückt vielleicht auch etwas näher, was heute noch in weiter Ferne zu liegen scheint: Die Historisierung des Kommunismus. Dazu reicht natürlich eine Zeitspanne von 10 Jahren nicht aus, wie sich auch an der Problematik der Historisierung des Nationalsozialismus zeigte, die seinerzeit von Martin Broszat gefordert worden ist. Historisierung heißt natürlich nicht, die Schreckenszeit zu verharmlosen oder gar vergessen zu machen. Doch Einbettung in die Geschichte bedeutet: Vorurteile, Schwarz-Weiß-Malerei, Emotionen ebenso zu überwinden wie Rechtfertigungen und Verzerrungen. Wahrscheinlich wird es nur so und erst dann möglich sein, die zentrale Frage zu beantworten, wieso die kommunistische Bewegung trotz des sowjetischen Beispiels und trotz des blutigen Terrors immer wieder in aller Welt neue Anhänger gefunden hat.

[80] Vgl. die Beiträge von Peter Steinbach, Horst Möller und Hans Günter Hockerts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/2001 vom 6. 7. 2001.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diskussion

HEINRICH AUGUST WINKLER

GESCHICHTSWISSENSCHAFT ODER GESCHICHTSKLITTERUNG?

Ingo Haar und Hans Rothfels: Eine Erwiderung

Hängt das Urteil über die wissenschaftliche und politische Rolle des Historikers Hans Rothfels in der Zeit um 1933 wesentlich von der richtigen oder falschen Datierung eines einzigen Textes ab? Seit Ingo Haar im Jahre 2000 die Buchfassung seiner Dissertation „Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und ‚Volkstumskampf' im Osten" vorgelegt hat, muß man diese Frage wohl bejahen. Haars Schlüsseldokument ist eine angeblich von der „Deutschen Welle" gesendete „Radioansprache zum Machtantritt der Nationalsozialisten", in der sich Rothfels nach Auffassung des Autors „rückhaltlos hinter das neue Regime" gestellt hat[1].

In einem Beitrag für diese Zeitschrift habe ich im Oktober 2001 den Nachweis geführt, daß es eine Rundfunkansprache von Rothfels zur „Machtergreifung" nicht gibt[2]. Die von Haar zitierte Rede „Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart" wurde nicht irgendwann nach dem 30. Januar 1933 von der „Deutschen Welle", sondern drei Jahre vorher, im Januar und Februar 1930, in vier Folgen vom Ostmarken-Rundfunk Königsberg ausgestrahlt. Haars Fehldatierung geht auf einen irrigen Vermerk im vorläufigen Findbuch zum Nachlaß Rothfels im Bundesarchiv Koblenz zurück. Zur Vorgeschichte des Vermerks wird gleich noch etwas zu sagen sein.

Eine kritische Lektüre des Textes hätte Haar selbst zu dem Ergebnis führen müssen, daß die Zeitangabe des Findbuchs nicht stimmen kann. Aber er hat das Manuskript nicht kritisch, sondern so voreingenommen gelesen, daß aus Rothfels' anerkennenden Worten über den „ersten Präsidenten der Republik", also Friedrich Ebert, ein Lob für seinen Nachfolger, den ehemaligen Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, und aus einer rhetorischen Verbeugung vor Hindenburg der Versuch wird, „Hitler in die Kontinuität Friedrichs des Großen und Bismarcks" einzureihen. Was Rothfels der Weimarer Republik als Verdienst zurechnete, verwandelt sich bei Haar in eine frühe Huldigung an das „Dritte Reich". Ich verzichte darauf, meine Belege für diese und weitere groteske Irrtümer zu wiederholen, und stelle fest: Gründlicher kann man sich kaum vertun, als es Haar hier, mangels Gründlichkeit, getan hat.

---

[1] Ingo Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der ‚Volkstumskampf' im Osten, Göttingen 2000, S. 129.

[2] Vgl. Heinrich August Winkler, Hans Rothfels – ein Lobredner Hitlers? Quellenkritische Bemerkungen zu Ingo Haars Buch „Historiker im Nationalsozialismus", in: VfZ 49 (2001), S. 643–652.

VfZ 50 (2002)
® *Oldenbourg 2002*

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Inzwischen liegt seine Antwort auf meine Kritik vor[3]. Wer von Haar die Korrektur eigener Irrtümer und Fehlinterpretationen erhofft hat, wird enttäuscht. Auf meine zentralen quellenkritischen Einwände geht er überhaupt nicht ein: Daß er Ebert mit Hindenburg, Hindenburg mit Hitler und die Weimarer Republik mit dem „Dritten Reich" verwechselt hat, ist ihm keine Zeile wert. Er versucht zu retten, was nicht zu retten ist, flüchtet sich in Ablenkungsmanöver und fügt den alten Irrtümern neue hinzu. Zur eigenen Entlastung verweist er darauf, daß schon Winfried Schulze in einer Rede zum 100. Geburtstag von Hans Rothfels im Jahre 1991 das von Haar zitierte Dokument als Beleg seiner These herangezogen habe, „daß Hans Rothfels im März [sic!] 1933 das Hitler-Regime begrüßt habe". An diese Feststellung knüpft Haar die Bemerkung, ich hätte mit meinen „weithin unbelegten Thesen den ganzen Forschungsstand unberücksichtigt" gelassen.

In *einem* irrt Haar nicht: In Schulzes Tübinger Vortrag vom 15. Juni 1991, der 1995 in der Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans Mommsen gedruckt erschien, steht der Satz: „‚Der neue deutsche Staat', so schrieb er [Hans Rothfels] 1933 in einem Rundfunkmanuskript, hat ‚den Vorteil eines sehr eindeutigen Zieles, der Befreiung und Freihaltung deutschen Bodens'". Das Zitat soll bei Schulze als Beleg dafür dienen, daß man Rothfels' „innere Übereinstimmung mit den nationalen Zielen des neuen Regimes in Anschlag bringen" müsse[4]. Doch ebendies leistet der zitierte Satz nicht. Er bezieht sich auf die außenpolitischen Ziele und Erfolge der Weimarer Republik und nicht auf das nationalsozialistische Regime, das erst drei Jahre nach den Königsberger Rundfunkvorträgen an die Macht kam. Schulze hat sich von der Fehldatierung im vorläufigen Findbuch des Bundesarchivs beziehungsweise von der noch zu erörternden Aufschrift des einschlägigen Schubers im Nachlaß Rothfels zu einer Fehlinterpretation verleiten lassen. So viel zum „Forschungsstand", den Haar, in eigentümlicher Verkennung der Aufgaben historischer Forschung, festschreiben möchte.

Korrektes Zitieren ist aber auch in diesem Fall nicht die Stärke des Autors. Schulze datiert die Quelle, die er mit der gebotenen Vorsicht ein „Rundfunkmanuskript" und nicht etwa einen Rundfunkvortrag nennt, nicht auf den „März 1933", sondern allgemeiner auf „1933". Bei Haar heißt es, Schulze habe Rothfels 1991 der „breiten politischen Strömung der konservativen Republikgegner unter den deutschen Historikern" zugeordnet, „die nach den gescheiterten Versuchen, die Präsidialkabinette in eine offene Rechtsdiktatur umzuwandeln, 1933 in das Lager der Nationalsozialisten übergegangen seien".

Etwas anders hat sich Schulze schon ausgedrückt. Er schreibt: „Politisch standen die Historiker in der Überzahl im Lager der Feinde der Republik bzw. waren

[3] Vgl. Ingo Haar, Quellenkritik oder Kritik der Quellen? Replik auf Heinrich August Winkler, in: VfZ 50 (2002), S. 497–505.

[4] Winfried Schulze, Hans Rothfels und die deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, in: Christian Jansen u.a. (Hrsg.), Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen zum 5. November 1995, Berlin 1995, S. 83–98 (Zitat S. 90).

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bestenfalls ‚Vernunftrepublikaner'. Revision von Versailles, Demokratiekritik und Distanz, wenn nicht Feindschaft gegenüber der Verfassung prägten die historischen Publikationen, auch und gerade wenn diese den Freiherrn vom Stein, die Revolution von 1848 oder Bismarck behandelten. Rothfels unterschied sich hier nicht von seinen Fachgenossen, und damit waren mögliche Überschneidungsbereiche zwischen nationalkonservativen Historikern und nationalsozialistischem Gedankengut gegeben."[5] Hätte Schulze das Rundfunkmanuskript richtig datiert und entsprechend interpretiert, hätte er den Rothfels von 1930 den konservativen „Vernunftrepublikanern" zuordnen müssen. Von einem „Übergang" zum Nationalsozialismus aber ist bei Schulze nicht die Rede, sondern von „möglichen Überschneidungsbereichen" zwischen konservativem und nationalsozialistischem Gedankengut. Darauf wird noch zurückzukommen sein.

Doch zunächst zur Vorgeschichte des falschen Vermerks im vorläufigen Findbuch des Bundesarchivs. Das Rundfunkmanuskript von 1930 befindet sich im Band 12 des Nachlasses von Hans Rothfels. Band 12 ist ein Schuber mit der handschriftlichen Aufschrift „Vorträge in Königsberg: 1.) Der deutsche Staatsgedanke von Friederich [sic!] dem Großen bis zur Gegenwart. 4 Vorträge 1933. 2.) Heerführung und Politik 1 Vortrag 1933 dazu Materialien". Haar behauptet, Rothfels selbst habe die fragliche Rundfunkrede auf 1933 datiert. Doch die Handschrift auf dem Schuber ist eindeutig nicht die von Rothfels. Nach Angaben des Bundesarchivs ist die Aufschrift „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" auch nicht dort angefertigt worden, sondern stammt möglicherweise von einem Assistenten oder einem studentischen Mitarbeiter von Rothfels[6]. Die Jahreszahl „1933" dürfte sich daraus erklären, daß Rothfels das Rundfunkmanuskript in der Folgezeit immer wieder als Grundlage von Vorträgen benutzt hat, zuletzt wohl im Januar 1933 in Königsberg.

Von dem maschinenschriftlichen Manuskript „Der deutsche Staatsgedanke von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart" sind sieben maschinenschriftliche Seiten, die Titelseite und sechs weitere erhalten geblieben. Dazu kommt eine später hinzugefügte handschriftliche Seite, die Haar veranlaßt, fälschlich von acht erhaltenen Seiten zu sprechen. Korrekturen, Hinzufügungen und Streichungen hat Rothfels anläßlich der Überarbeitung für Vortragszwecke vorgenommen. Gestrichen wurden zwei Halbsätze, die auf Stresemann Bezug nehmen, nicht aber die positive Würdigung seiner Außenpolitik im ganzen. Erhalten blieb auch das Lob auf Ebert, den „ersten Präsidenten des Reiches", den die staatliche Aufgabe „ergriffen und aus der Parteiluft herausgeführt" habe. Es ist jene Bemerkung, von der es in Haars Buch heißt: „Hindenburg ordnete Rothfels die ‚staatliche Aufgabe' zu, den ‚deutschen Staatsgedanken' ‚aus der Parteiluft' herauszuführen'"[7]. In der im Herbst 2002 erschienenen,

---

[5] Ebenda, S. 88.

[6] Briefe von Archivdirektor Dr. Jürgen Real an den Vf. vom 21. 6. 2001 und 11. 7. 2002.

[7] Haar, Historiker, S. 129. In der 2. Auflage des Buches schreibt Haar in einer Anmerkung auf S. 129 zur Datierung des Manuskripts: „Winkler [...] datiert die Quelle entgegen der Datierung des Nachlassgebers Rothfels auf 1930 um [sic!]. Die Quelle ist vermutlich zwischen Januar und März 1933 vor [sic!] Hitlers Machtantritt erstellt worden." Da Hitler am 30. Januar 1933 an die Macht

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

laut Impressum „durchgesehenen und verbesserten" Auflage des Buches hat Haar diesen Satz stillschweigend gestrichen. Ebenso fehlt der Satz: „Hernach reihte er [Rothfels] Hitler in die Kontinuität Friedrichs des Großen und Bismarcks ein."

Auf der handschriftlichen Seite, die Rothfels nach 1930 dem Manuskript hinzugefügt hat, steht die zuerst von mir, dann auch von Haar zitierte Passage: „Das Notverordnungsregiment ist in seiner Weise eine Wiederbelebung des Obrigkeitsstaates, der Ministerialbürokratie, die gewiß nur Übergang sein kann, aber zunächst einmal den Staat vom Regiment der Interessenten löst und ihn fähig macht, die nationale Bewegung, die gegen ihn läuft, in sich aufzunehmen. Wir hoffen, daß das geschieht und daß die Opfer, die täglich dafür gebracht werden, eine Bürgschaft dafür sind."

Wann ist dieser Zusatz entstanden? Haar behauptet zunächst: „Eine derartige Position war erst nach dem Preußen-Schlag Franz von Papens im Juli 1932 möglich." Dann heißt es: „Der einzige Zeitraum, der für derartige Einlassungen in Frage kommt, sind die Wochen, die zwischen der Berufung Hitlers durch Hindenburg im Januar 1933 und der letzten Reichstagswahl im März liegen." Das ist eine widersinnige Datierung. Warum hätte Rothfels *nach* der Machtübertragung an Hitler für eine Einbindung der „nationalen Bewegung" in den bestehenden, nicht mehr parlamentarisch, sondern durch Notverordnungen regierten Staat eintreten sollen?

Eine genauere Lektüre bewahrt auch hier vor allzu originellen Schlüssen. Im handschriftlichen Text heißt es: „In der Politik der Stabilisierung und, wie man sonst über sie urteilen mag, ganz gewiß in den letzten $1^1/_2$ Jahren hat sich die wirkliche Härte der Dinge demgegenüber [gegenüber dem zuvor angeprangerten „Illusionismus der wirtschaftlichen und politischen Inflation"] überwältigend durchgesetzt." „In den letzten eineinhalb Jahren": Das kann sich nur auf die Zeit des Präsidialregimes beziehen, das mit Brüning begann. Heinrich Brüning wurde am 30. März 1930 zum Reichskanzler ernannt. Eineinhalb Jahre danach befand man sich im Herbst 1931.

In dieser Zeit hat Rothfels offensichtlich Vorträge gehalten, die auf dem ursprünglichen Rundfunkmanuskript beruhten. Und mindestens einmal noch griff er auf diesen Text zurück. Das geht aus der Streichung der Zahlenangabe „$1^1/_2$" und die Ersetzung durch die Zahl „3" hervor. Drei Jahre nach der Abkehr von der parlamentarischen Demokratie schrieb man bereits das Jahr 1933. Da Rothfels vom „Notverordnungsregiment" immer noch, wie im Herbst 1931, in der Gegenwartsform spricht und diesem empfiehlt, „die nationale Bewegung, die gegen ihn läuft, in sich aufzunehmen", kann der Zeitpunkt der Vorträge nur im Januar 1933, aber auf jeden Fall vor dem 30. Januar, gelegen haben.

---

kam, fallen die Monate Februar und März 1933 in die Zeit *nach* dem Machtantritt. Haar scheint den Widerspruch nicht bemerkt zu haben oder irrigerweise davon auszugehen, Hitler sei erst im März 1933 an die Macht gekommen. Um die Verwirrung zu vervollständigen, heißt es auf derselben Seite im Text: „Unmittelbar nach 1933 [sic!] plädierte Rothfels dafür, daß die ‚nationale Bewegung', die gegen den Staat laufe, von dem Präsidialregime und der Ministerialbürokratie aufgenommen werden möge."

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Um seine These von der „Radioansprache zum Machtantritt der Nationalsozialisten" zu retten, spekuliert Haar, Rothfels könne „alte Seiten von 1930 um Teile eines anderen Manuskripts aus späterer Zeit ergänzt und diese Stücke mit einem handschriftlichen Zusatz von 1933 zu einem eigenständigen Vortrag verarbeitet haben. Bis jetzt liegen keine eindeutigen Beweise auf dem Tisch, die sogar eine Vortragszeit nach dem März 1933 ausschließen [sic!], als die Nationalsozialisten nach den Wahlen schon relativ fest im Sattel saßen." Durch Streichung eines Stresemann betreffenden Passus – einer in Haars Buch noch unbemerkt gebliebenen Hommage – hätten die Formulierungen von 1930 nun einen ganz anderen Sinn erhalten. Der „neue Staat" beruhe jetzt auf einem „Bündnis der konservativen Eliten mit den Nationalsozialisten".

Das ist eine geradezu abenteuerliche Konstruktion. In Rothfels' maschinenschriftlichem Manuskript heißt es (und nichts davon wurde später gestrichen): „Aus diesem Zusammenbruch [der Monarchie im Herbst 1918], dem tiefsten der deutschen Geschichte, aus dem drohenden Chaos und unter krampfhaften Zuckungen entband sich der neue Staatsgedanke der Republik." Die folgenden Ausführungen beziehen sich durchgängig auf die Republik. Das gilt auch für den von Haar wie von Schulze als Bekenntnis zum „Dritten Reich" mißdeuteten Satz: „Bei allen Lasten, die ihm auferlegt worden sind, hat der neue deutsche Staat den Vorteil eines sehr eindeutigen Ziels, der Befreiung und Freihaltung des deutschen Bodens." Der anschließende Hinweis auf die „Abstimmungskämpfe im Osten" und die „Besatzungsfrage im Westen" macht den „Weimarer" Hintergrund dieser Aussage nochmals ganz deutlich.

Die Annahme, Rothfels hätte nach dem 30. Januar (oder gar dem 5. März) 1933 noch eine Rundfunkrede halten können, in der Ebert gelobt und die Verdienste der Weimarer Republik gewürdigt werden, ist, gelinde gesagt, naiv. Eine Rundfunkrede hat Rothfels im Frühjahr 1933 aber tatsächlich noch zu halten versucht. Es sollten Gedenkworte zum 1. April 1933, dem 118. Geburtstag Otto von Bismarcks, sein. Am 30. März 1933 sprach Rothfels ein letztes Mal über den Ostmarken-Rundfunk Königsberg. Aber er kam nicht weit. Gleich zu Beginn der Ansprache ging Rothfels auf Bismarcks Religiosität ein. Er zitierte die Losung der Herrnhuter Brüdergemeinde für den 2. Juni 1878, den Tag, „an dem der Anarchist Nobiling das Attentat auf den greisen Kaiser [Wilhelm I.] verübte, und die da hieß: ‚Fürchtet Euch nicht vor denen, die den Leib töten und die Seele nicht mögen töten'", und fügte dann Bismarcks handschriftlichen Kommentar hinzu: „Schufte aber sind sie!" An dieser Stelle wurde das Mikrofon abgeschaltet. Das im Bundesarchiv aufbewahrte Teilmanuskript hält den von Rothfels niedergeschriebenen Vermerk fest: „Wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit abgebrochen! 30. III. 33!" Offenbar waren die beiden Zitate von zuständiger Seite als verdeckter Angriff auf das neue Regime verstanden worden[8].

[8] Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, Bestand N 1213, Nachlaß Rothfels, Bd. 30. Das Bibelzitat: Matthäus 10,28. Vgl. dazu Arnold Oskar Meyer, Bismarcks Glaube. Nach neuen Quellen aus dem Familienarchiv, München 1933, S. 30.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In seinem Vorsatz, an der These von einer über die „Deutsche Welle" ausgestrahlten Rundfunkansprache zur „Machtergreifung" wider alle Gegenargumente festzuhalten, versteigt sich Haar noch zu weiteren Spekulationen. Er bezweifelt, ob Rothfels 1930 überhaupt vier Vorträge über den „deutschen Staatsgedanken von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart" beim Ostmarken-Rundfunk Königsberg gehalten habe, und behauptet, das einzige „Indiz" für meine „Auffassung" sei die Tatsache, daß „die Rede 1930 im Programmheft des ‚Ostmarken-Rundfunks' als Teil einer mehrteiligen Sendereihe angekündigt wurde. Die Folgesendungen für die nächsten Wochen und Monate sind allerdings in den fraglichen Programmheften nicht zu finden. Es liegt auch keine Bestätigung vor, daß die Reihe tatsächlich gesendet wurde." In Wirklichkeit sind in der Zeitschrift „Königsberger Rundfunk und Ostdeutsche Illustrierte" vom 19. Januar 1930 ab Ankündigungen auf alle vier Vorträge von Rothfels enthalten: für den 23. Januar, den 28. Januar, den 6. Februar und den 12. Februar 1930. Welchen Grund sollte die Zeitschrift des Senders gehabt haben, vier Vorträge anzukündigen, die alle nicht stattfanden? Daß Rothfels vom Ostmarken-Rundfunk sehr geschätzt wurde, steht fest: Noch im Januar 1933 wurde er in den Programmbeirat des Senders berufen[9].

Auf tönernen Füßen steht auch ein weiterer Versuch der Thesenrettung. Vielleicht gebe es ja, so meint Haar, zwei „Ursprungsmanuskripte" aus unterschiedlichen Zeiten, eines für den Ostmarken-Rundfunk und eines für die „Deutsche Welle". Tatsache ist, daß das Manuskript, das Anfang 1930 vom Ostmarken-Rundfunk ausgestrahlt wurde, auch der „Deutschen Welle" vorgelegen hat. Das geht aus dem Stempel des Senders auf dem Titelblatt hervor. Aber es gibt bisher keinen Hinweis darauf, daß es von der „Deutschen Welle" gesendet wurde. Die handschriftlichen Ergänzungen und Streichungen von Rothfels sind, wie schon bemerkt, Aktualisierungen für den Zweck späterer Vorträge. Eine Rundfunksendung hätte eine maschinenschriftliche Vorlage erfordert, die das Gegenlesen durch mindestens einen Redakteur und einen Toningenieur erlaubte. Es gibt aber keine einzige, mit der Schreibmaschine geschriebene Ergänzungsseite, so daß eine spätere, aktualisierte Neufassung der Rundfunkvorträge von 1930 für die „Deutsche Welle" ausgeschlossen werden kann.

Vieles spricht jedoch dafür, daß das Manuskript *erst* der „Deutschen Welle" und *dann* dem Königsberger Sender vorgelegen hat. Da der Text auf den Tod Stresemanns Bezug nimmt, kann der Beitrag erst nach dem 3. Oktober 1929 entstanden sein. Bei der durchgestrichenen, nicht von Rothfels stammenden handschriftlichen Datumsangabe „9. Oktober" fehlt die Jahreszahl. Sollte eine Sendung der „Deutschen Welle" am 9. Oktober 1929 geplant gewesen sein, könnte man einen Zusammenhang mit der regierungsamtlichen Rundfunkpropaganda gegen das von der nationalistischen Rechten betriebene Volksbegehren gegen den Young-Plan vermuten, dessen Eintragungsfrist am 29. Oktober 1929 auslief. Hätte Rothfels ein oder

[9] Brief von Friedrich Dethlefs von der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv, Frankfurt a.M., an den Vf. vom 8. 5. 2001.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zwei Jahre danach im Rundfunk über Wandel und Kontinuität des deutschen Staatsgedanken sprechen wollen, wäre er gewiß auf die Ablösung der parlamentarischen Demokratie durch das Notverordnungsregime eingegangen, wie er es dann später in seinem handschriftlichen Nachtrag für Vortragszwecke getan hat. Da im Urmanuskript jeder Hinweis darauf fehlt, dürfte es vor Beginn der Ära Brüning entstanden, mit dem „9. Oktober" also der des Jahres 1929 gemeint sein.

Für eine Entstehung des Manuskripts im Oktober 1929 spricht wohl auch der folgende, später teilweise gestrichene Passus: „Die Doppelgefahr zielloser Verzweiflungstaten und einer müden Einpassung ist vermieden worden, man hat einen mühsamen Weg dazwischen eingeschlagen, *und wir haben grade [sic!] in diesen Tagen allen Grund, daran zu erinnern, einen Weg geführt [sic!] mit den bescheidenen Mitteln, die uns geblieben sind,* aber mit zähem Ringen um den Erfolg. Aus solcher entsagungsvollen Arbeit, *die den verantwortlichen Leiter frühzeitig verzehrt hat,* kann der Staatsgedanke ein Kapital an Herbe und Strenge gewinnen." Die kursiv gesetzten Satzteile sind bei einer späteren Überarbeitung des Manuskripts gestrichen worden.

In meiner Kritik an Haar habe ich vermutet, die Worte „gerade in diesen Tagen" könnten sich auf die Unterzeichnung des Young-Plans am 20. Januar 1930, drei Tage vor dem ersten Königsberger Rundfunkvortrag, bezogen haben. Mittlerweile erscheint es mir fast sicher, daß *beide* später gestrichenen Passagen auf den plötzlichen Tod Stresemanns am 3. Oktober 1929 anspielen, also einen ganz aktuellen Hintergrund haben. Wenn diese Annahme richtig ist, wäre die Urfassung des Textes wohl zwischen dem 3. und 9. Oktober 1929 entstanden oder abgeschlossen worden. *Warum* die „Deutsche Welle" die Vorträge nicht gesendet hat (und davon muß man ausgehen), bleibt aber immer noch offen. So viel zu Haars Schlüsseldokument.

Haar unterstellt mir, ich hätte Rothfels im „Schleicher-Lager" verortet. In meinem Aufsatz habe ich etwas anderes geschrieben. Ich stelle fest, daß Rothfels in der Zeit der Präsidialkabinette nach rechts gerückt, aber gouvernemental geblieben sei. „Er setzte auf die Einbindung und Zähmung der Nationalsozialisten. Er verfiel damit selbst dem von ihm angeprangerten ‚Illusionismus'. Zu einem Befürworter diktatorischer Krisenlösungen, wie sie Hugenbergs Deutschnationale propagierten, wurde er aber nicht. Seine Vorstellungen von einer Entradikalisierung und Integration der Nationalsozialisten lagen eher auf der Linie gemäßigter Konservativer wie Brüning oder auch des letzten Weimarer Reichskanzlers Kurt von Schleicher, der sich bis in den Januar 1933 hinein vergeblich bemühte, die NSDAP oder mindestens einen Teil derselben in das Regierungslager zu ziehen."[10] Eine gewisse Nähe zu den Zähmungsvorstellungen Brünings und Schleichers ist etwas anderes als eine Zugehörigkeit zum „Schleicher-Lager".

Reichskanzler Brüning hatte sich nach den hessischen Landtagswahlen vom 15. November 1931 erstmals für eine schwarz-braune Koalition, also ein Zusammengehen von Zentrum und Nationalsozialisten, ausgesprochen – freilich unter strengen rechtsstaatlichen Kautelen, auf welche die Nationalsozialisten nicht einzugehen

[10] Winkler, Hans Rothfels, S. 648.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bereit waren[11]. Rothfels' erstes Eintreten für eine Verständigung zwischen Präsidialsystem und „nationaler Bewegung" fällt in diese Zeit. Offenbar gab er den einschlägigen Bemühungen des Kanzlers mehr Erfolgschancen, als sie angesichts des totalitären Charakters der NSDAP je hatten.

Schleicher erscheint in Haars „Replik" nicht nur als „Widerstandsposten der bürgerlichen Rechten gegen den Aufstieg Hitlers" (was er keineswegs durchgängig und als Reichskanzler nicht mit der Konsequenz war, die Haar suggeriert). Schleicher soll darüber hinaus „nach Franz von Papens offenem Revisionskurs gegen Polen wieder den Ausgleich mit dem Westen" gesucht haben. Richtig ist, daß Schleicher in seiner kurzen Regierungszeit der Aufrüstung Vorrang vor Grenzkorrekturen im Osten gab. Dass er Frankreich gegenüber freundlicher gesonnen gewesen sei als Papen, ist hingegen schlankweg falsch. Papen war, was nicht zuletzt an persönlichen wirtschaftlichen Interessen lag, der frankophilste der drei Präsidialkanzler, freilich auch der am stärksten antisowjetische. Haar hätte sich über die Unterschiede in der Außenpolitik Papens und Schleichers leicht und zuverlässig in der neuesten Darstellung informieren können, auf die er sich bezieht, um seine eigene, unhaltbare Deutung zu belegen: in Hermann Gramls Buch „Zwischen Stresemann und Hitler". Doch wieder einmal zitiert Haar etwas, was er nicht oder allenfalls oberflächlich gelesen hat[12].

Dem „Schleicher-Lager" stellt Haar das „radikale Lager Franz von Papens und Freiherr von Gayls" gegenüber, dem sich Hans Rothfels 1932 angeschlossen haben soll. Auch diese kühne These bleibt ein bloßes Konstrukt. Rothfels galt als Sympathisant der Volkskonservativen Vereinigung um Gottfried Treviranus, die Brüning und später Schleicher unterstützte, Papen aber kritisch gegenüberstand[13]. Gegen ein Papen-Gayl-Lager sprechen im übrigen schon die starken Gegensätze zwischen beiden. Der Reichsinnenminister des Kabinetts von Papen, Wilhelm Freiherr von Gayl, war ein hochkonservativer Gegner Hitlers. In der Sitzung des Reichskabinetts vom 10. August 1932 – zehn Tage nach der Reichstagswahl vom 31. Juli, in der die NSDAP mit einem Stimmenanteil von 37,4 Prozent zur weitaus stärksten deutschen Partei aufgestiegen war – widersetzte er sich einer Aufnahme der Nationalsozialisten in die Reichsregierung, weil dadurch eine „Parlamentsherrschaft mit allen ihren Schwächen" zurückkehren würde. „Wenn man es aber ablehne, die Nationalsoziali-

[11] Vgl. Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie, München [4]1998, S. 433 ff.

[12] Vgl. Hermann Graml, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher, München 2001, S. 206 ff. In der 2. Auflage seines Buches (S. 130) spricht Haar von „Papens Abenteuerkurs, der den Anschluß Österreichs an das Reich auch gegen das Votum des Völkerbundes und in Kombination mit einer Ausdehnung des Reichs auf ‚Mitteleuropa' erzwingen wollte". Er verweist dazu auf Graml, der aber an der angegebenen Stelle (S. 223) die antifranzösische Mitteleuropapolitik der beiden Kabinette *Brüning* und hier besonders das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion kritisiert und den „frankophilen" Aspekt der außenpolitischen Zielsetzung Papens betont.

[13] Vgl. Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung, Düsseldorf 1965. Hinweise auf Rothfels' Nähe zu den Volkskonservativen erhielt ich aus seinem Königsberger Schülerkreis. Auch seine noch zu erörternde Bereitschaft, am Projekt einer volkskonservativen Zeitschrift mitzuwirken, deutet in diese Richtung.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sten in die Reichsregierung hereinzunehmen, werde das jetzige Kabinett einen Kampf auf Leben und Tod zu führen haben. Letzten Endes bedeute dies eine Revolution von oben."[14]

Papen hingegen schwankte zwischen seinem eigenen Wunsch nach einem Arrangement mit Hitler und seiner Loyalität gegenüber dem Reichspräsidenten von Hindenburg, der es bis in den Januar 1933 hinein strikt ablehnte, den Führer der Nationalsozialisten zum Reichskanzler zu ernennen. Für irgendwelche Verbindungen Rothfels' zu Papen oder Gayl gibt es keinerlei Anhaltspunkte. Dagegen trat der Königsberger Historiker in der Regierungszeit Kurt von Schleichers mit Gayls Nachfolger im Amt des Reichsinnenministers, Franz Bracht, auf einer Veranstaltung auf: Es war die Eröffnung der Ausstellung „Ostpreußen – was es leidet, was es leistet" in Berlin am 8. Januar 1933. Dazu heißt es in Haars Buch, an jenem Tag habe Bracht „zusammen mit Hans Rothfels die nationalpolitischen Prinzipien der Papen-Regierung" dargelegt[15].

Meinen Hinweis, daß Bracht am 8. Januar 1933 nicht für eine Reichsregierung sprechen konnte, die es seit dem 3. Dezember 1932 nicht mehr gab, referiert Haar, ohne sich zu korrigieren. Stattdessen bemüht er einen Artikel von Rothfels über „Deutschland und der Donauraum", der am 13. Januar 1933 in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" erschien, um zu belegen, daß die Sympathien des Historikers nicht dem Kabinett Schleicher, sondern dem „Papen-Kurs" gehört hätten. Rothfels habe darin eine isolierte Grenzrevision gegenüber Polen oder einen bloßen Anschluß Österreichs an das Reich als unbefriedigende Lösung abgelehnt und mehr, nämlich eine „europäische Neuordnung" gegen Frankreich, gefordert. „Hans Rothfels erteilte damit Schleichers Versuch, als neuer Kanzler einen gemäßigten Revisionskurs einzuschlagen und wenigstens im Westen die zuvor von Franz von Papen zerschlagenen Scherben in der Außenpolitik wieder zu kitten, eine klare Absage. Die von Rothfels geforderte Expansionspolitik war nur im Bündnis mit den Nationalsozialisten zu erreichen, weshalb Rothfels den Kontakt zu ihnen suchte und in Berlin und Königsberg auch fand."

Auf Haars Fehlinterpretation der Außenpolitik Papens und Schleichers braucht nicht nochmals eingegangen zu werden. Für Kontakte Rothfels' zu den Nationalsozialisten in der Zeit der späten Weimarer Republik bleibt der Autor jeden Beweis schuldig. Der Artikel in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" kann auch nicht als Beleg für Haars Behauptung dienen, Rothfels habe auf einen „Großstaat unter deutscher Führung" hinausgewollt, „in dem ein Teil der polnischen Bevölkerung – unter Verlust der politischen Souveränität – zwar seinen Platz haben sollte, aber im Rahmen einer rückwärts gewandten Ständeordnung, die den Machtanspruch der

[14] Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett von Papen, 1. Juni bis 3. Dezember 1932, Bd. 1: Juni bis September 1932, Dokumente Nr. 1 bis 129, bearb. v. Karl-Heinz Minuth, Boppard 1989, S. 382.

[15] Haar, Historiker, S. 120. In der 2. Auflage (S. 120) hat Haar die „nationalpolitischen Prinzipien der Papen-*Regierung*" ersetzt durch „nationalpolitische Prinzipien des Papen-*Kurses*" (Hervorhebungen von mir).

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Deutschen gegenüber den Bürgern des zu zerschlagenden polnischen Nationalstaates realisieren sollte".

Von einem „Großstaat unter deutscher Führung" ist weder im Zeitungsartikel vom 13. Januar 1933 noch sonstwo bei Rothfels die Rede. Rothfels hielt das Modell des demokratischen Nationalstaates westlicher Prägung für nicht übertragbar auf Gebiete mit ethnischer Gemengelage, wie sie in Ostmitteleuropa die Regel und nicht die Ausnahme waren. Die konsequente Durchsetzung des Mehrheitsprinzips mußte hier zur Diskriminierung der ethnischen Minderheit durch die Titularnation führen: Aus dieser Analyse ergab sich mit innerer Logik Rothfels' Eintreten für „ein Prinzip der Ordnung und des Ausgleichs, das den Erfordernissen national gemischter Gebiete Rechnung trägt und den in Gemenge liegenden Völkern ein aufbauendes Leben ermöglicht"[16]. So steht es in dem von Haar als belastend eingestuften Artikel in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung", der tatsächlich in keinem Punkt über den „Revisionskonsens" hinausging, wie ihn *alle* Regierungen der Weimarer Republik seit 1919 vertreten hatten.

Die Frage, was an Rothfels' Kritik an der Nachkriegsordnung in Ostmitteleuropa von 1919 sachlich begründet und politisch berechtigt gewesen sein könnte, stellt sich Haar erst gar nicht. Er unterläuft damit das Problem, um das es im „Fall Rothfels" (und nicht nur in seinem Fall) geht: um die Unterscheidung zwischen Konzepten für die Lösung von Konflikten, die sich aus ethnischen Gemengelagen ergaben, und der Dienstbarmachung solcher Konzepte für Zwecke nationaler Hegemonialpolitik. Bei Rothfels findet man beides: konstruktive Überlegungen, die auf den Ausgleich nationaler Gegensätze zielen, und die Verfechtung eines deutschen Anspruchs auf die Führung Mitteleuropas. In dieser Hinsicht war er typisch für die meisten konservativen Intellektuellen der Weimarer Republik. Aber nichts, was er damals schrieb, rechtfertigt es, ihn, wie Haar das tut, einen Historiker zu nennen, der schon unmittelbar vor oder nach dem 30. Januar 1933 für die Nationalsozialisten Partei ergriff.

Haar bleibt auch jeden Beleg dafür schuldig, daß sich Rothfels im August 1933 auf dem Internationalen Historikertag in Warschau „hinter die Reichsregierung Hitler gestellt hat". Wer die in der einschlägigen Anmerkung genannten Seiten des Buches „Historiker im Nationalsozialismus" prüft, wird auch dort nicht fündig. Nicht besser ist es um die Behauptung bestellt, Rothfels habe sich 1934 in einem Aufsatz „zu dem außenpolitischen Ziel der ‚revolutionären Gegenwart'" bekannt und „im ‚Volkstumskampf' einen gangbaren Weg zur Befriedung von Regionen mit ethnisch motivierten Konflikten" gesehen. In dem Aufsatz „Bismarck, das Ansiedlungsgesetz und die deutsch-polnische Gegenwartsfrage", der im Dezember 1934 in den „Deutschen Monatsheften in Polen" erschien, betont Rothfels, daß Bismarck der „Pangermanismus als politischer Expansionswille über die Grenzen hinweg" ebenso fern gelegen habe wie „innerhalb des Reiches jedes Bestreben nach mechani-

[16] Hans Rothfels, Deutschland und der Donauraum, in: Königsberger Allgemeine Zeitung, 13. 1. 1933 (BA Koblenz, Bestand N 1213, Nachlaß Rothfels, Bd. 18).

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

scher Gleichförmigkeit, nach planmäßiger Assimilation, also jede grundsätzliche Feindschaft gegenüber dem fremden Volkstum als solchem".

Ein Bekenntnis zum „außenpolitischen Ziel der ‚revolutionären Gegenwart'" sucht man bei Rothfels vergebens. Er bekennt sich im Gegenteil zu „Überlieferungen, die nur eine gesinnungslose Schwärmerei sich vermessen könnte, von heute auf morgen auszulöschen, die vielmehr wie alle echte Geschichte, an der Gestaltung der Gegenwart, auch einer revolutionären Gegenwart, mitwirken". Der Begriff „Volkstumskampf" kommt in dem Artikel überhaupt nicht vor. Der Satz, auf den Haar anspielt, lautet im Original: „Seine [Bismarcks] Ostpolitik führt in Ansätzen mindestens an die Aufgabe einer grundsätzlichen Neuordnung heran, die vor allem im Geistigen liegt, in der inneren Überwindung des liberal-demokratischen ‚Nationalstaats', im Ausgleich nicht nur, sondern in der Fruchtbarmachung der Spannungen, die zwischen Staatszugehörigkeit und Volkszugehörigkeit in einem national gemischten Raum nun einmal schicksalsmäßig bestehen."[17]

Was in dem Aufsatz steht und was Haar daraus macht, klafft so stark auseinander, daß es schwer fällt, nicht von verfälschender Manipulation, also von Geschichtsklitterung zu sprechen. Einem weniger voreingenommenen Autor hätte sich bei dem Text vom Dezember 1934 vielleicht sogar die Frage aufgedrängt, ob Rothfels' demonstratives, durchaus unkritisch zu nennendes Lob für Bismarck nicht eine indirekte Kritik an Hitler in sich schloß. Das Nein zum „Pangermanismus", zur „politischen Expansion über die Grenzen hinaus", zum „Bestreben nach mechanischer Gleichförmigkeit", zur „grundsätzlichen Feindschaft gegenüber dem fremden Volkstum als solchem" muß jedenfalls überzeugten Nationalsozialisten höchst verdächtig vorgekommen sein. Aus Hans Mommsens Studie über Rothfels von 1982 wissen wir, daß der Königsberger Historiker bereits ein Jahr nach der „Machtergreifung" reaktionärer Umtriebe verdächtigt wurde. So heißt es in einem Vermerk des „Herrn Stabsleiters" beim „Stellvertreter des Führers" vom Januar 1934: „Es stellt sich aber heraus, daß sich um Rothfels, der auch als Persönlichkeit hervorragt, immer wieder reaktionäre Gruppen bilden."[18] Bei Haar ist davon keine Rede, weil er nichts wahrnimmt, was sein Rothfelsbild in Gefahr bringen könnte.

---

[17] Ders., Bismarck, das Ansiedlungsgesetz und die deutsch-polnische Gegenwartsfrage, in: Deutsche Monatshefte in Polen. Zeitschrift für Geschichte und Gegenwart der Deutschen in Polen 1 (1934), Heft 6 (Dezember), S. 214–218 (Zitate: S. 218). In der 2. Auflage von Haars Buch heißt es zu dem Aufsatz (S. 200 f.): „Hans Rothfels begriff das Modell der Sonderung konkurrierender Bevölkerungsgruppen als eine Alternative zur Nationalstaatsbildung nach westlichem Vorbild. Es bot seiner Ansicht nach die Chance, die Konflikte zwischen einzelnen ‚Völkern' durch eine Politik der ethnischen Trennung gänzlich abzustellen." Kein Satz des Textes erlaubt eine solche Interpretation. Haar stellt *seine* Mißdeutung als Meinung von Rothfels dar. Rothfels vertrat für ethnisch gemischte Gebiete das Prinzip einer nationalen „Kulturautonomie", aber nicht das der ethnischen Trennung. Er verwies dabei besonders auf das von ihm als vorbildlich bewertete Gesetz über die estländische Kulturautonomie von 1925. Hans Rothfels, Das Problem des Nationalismus im Osten (1934), in: Ders., Ostraum, Preußentum und Reichsgedanke. Historische Abhandlungen, Vorträge und Reden, Leipzig 1935, S. 183–194.

[18] Hans Mommsen, Hans Rothfels, in: Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), Deutsche Historiker, Bd. 9, Göttingen 1982, S. 127–147 (Zitat S. 146).

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nachdem Rothfels im Juli 1934 wegen seiner jüdischen Abstammung, aber wohl auch wegen seiner betont konservativen Haltung die Lehrtätigkeit in Königsberg hatte einstellen müssen, kämpfte er um sein wissenschaftliches Überleben. Formell endete die Lehrtätigkeit an der Albertina mit der Versetzung an eine andere, noch nicht genannte Universität auf Grund des § 5 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Seine Emeritierung, die im März 1935 erfolgte, wurde mit der Erteilung eines unentgeltlichen Forschungsauftrages an der Preußischen Staatsbibliothek Berlin und der Genehmigung des Umzuges in die Reichshauptstadt verbunden. Der unfreiwillige, damals knapp 44 Jahre alte Emeritus wollte aber wenigstens in begrenztem Umfang an der Berliner Universität lehren – ein Anliegen, für das sich auf Drängen eines früheren englischen Austauschstudenten auch der damalige Beauftragte der Reichsregierung für Abrüstungsfragen, Joachim von Ribbentrop, beim Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Bernhard Rust, einsetzte. Er, Ribbentrop, wäre, so heißt es in einem Brief vom 25. Februar 1935, Rust dankbar, „wenn Sie die Angelegenheit in dem von mir gewünschten und für unsere Außenpolitik nützlichen Sinn regeln könnten“[19]. Der Vorstoß schien zunächst von Erfolg gekrönt: Am 20. August 1935 genehmigte das Wissenschaftsministerium Rothfels eine Lehrtätigkeit als Emeritus an der Berliner Universität. Doch schon am 22. November 1935 wurde diese Genehmigung widerrufen[20].

Die einschlägigen, von Haar zitierten Dokumente vom Frühjahr 1935 liegen in der Außenstelle des Bundesarchivs in Dahlwitz-Hoppegarten, nicht, wie Haar schreibt, in Koblenz. Er kann den Briefwechsel zwischen Rothfels und Ribbentrop, Ribbentrop und Rust, dem Wissenschaftsministerium und Rothfels aber gar nicht selbst eingesehen haben. Sonst hätte er nicht formuliert: „Zwar scheint sich Joachim von Ribbentrop im Februar 1935 bei dem preußischen Minister für Wissenschaft, Kultur und Volksbildung [sic!], Bernhard Rust, eingesetzt zu haben, um ihm nach seiner Zwangsentfernung in Königsberg wenigstens eine Lehrbefugnis für die Berliner Universität zu sichern...“ Haar schließt den Passus über die Zwangsemeritierung mit dem merkwürdigen Satz: „So wurde aus einem Königsberger Ordinarius, der seinen Wohnsitz unfreiwillig nach Berlin verlegte, zwar ein Staatsbibliotheksbesucher von Rusts Gnaden, aber noch lange kein Vordenker der Vernichtung.“ Wenn diese Worte einen Sinn haben sollen, lautet die Botschaft wohl: Zwar kann man Rothfels nicht einen Vordenker der Vernichtung nennen, aber immerhin war er ein Staatsbibliotheksbesucher von Rusts Gnaden. Ein solches Urteil bedarf keiner Kommentierung. Es spricht für oder vielmehr gegen sich selbst.

Haars Feststellung, Rothfels sei kein „Vordenker der Vernichtung“ gewesen, bezieht sich auf meine Bemerkung, Haar suggeriere den Eindruck, Rothfels sei der

[19] BA Berlin, Außenstelle Dahlwitz-Hoppegarten, Bestand ZB II (ehem. NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR), 4538 A 1 (Personalakte Rothfels, Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung).

[20] Vgl. Mommsen, Rothfels, S. 138 f., S. 146.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

intellektuelle Urheber dessen, was zwei Historiker aus seinem Königsberger Kreis, Werner Conze und Theodor Schieder, 1939 und danach zum Thema einer „Entjudung" Polens geschrieben haben. Haar nennt meine Deutung eine Unterstellung. Doch wie soll man die folgende dunkle Andeutung in seiner „Replik" verstehen? Haar schreibt: „Die auch von Rothfels nicht ausdrücklich abgelehnte [sic!] Erforschung der Mittel und Wege, wie die Politik auf bestimmte Bevölkerungsgruppen zugreifen könnte [sic!], zog im NS-Regime eine Professionalisierung der Ostforschung nach sich, von der die moderne Ostforschung nach 1949 in der Tat profitiert hat." Die Zitate aus Rothfels' Arbeiten zu den Nationalitätenfragen in Ostmitteleuropa machen klar, wer hier mit Unterstellungen arbeitet: Haar. Der Zweck seines Vorgehens ist eindeutig: Er möchte Rothfels in eine Art von akademischer Sippenhaft für zwei seiner Schüler nehmen.

Die Art und Weise, wie Haar die wissenschaftliche und politische Rolle von Hans Rothfels vor und nach 1933 interpretiert, ist nicht folgenlos geblieben. In meiner Kritik an Haars Buch habe ich die Rezension seines Werkes von Dieter Schmidt-Sinns in der Wochenzeitung „Das Parlament" vom 25. Mai/1. Juni 2001 zitiert, in der es heißt: „In einer Rundfunkansprache zur Machtergreifung der Nationalsozialisten stellte er [Rothfels] sich, wie Ingo Haar schreibt, ‚rückhaltlos hinter das Regime', was auch hieß, daß er die Vertreibung der polnischen Bevölkerung aus den ehemaligen preußischen Ostgebieten guthieß." Nachdem „DIE ZEIT" am 6. Dezember 2001 über meine Kritik an Haar berichtet hatte, meldete sich Schmidt-Sinns, ein promovierter Historiker, in einem Leserbrief nochmals zu Wort. Darin schrieb er, im Grunde gehe es gar nicht „um eine umstrittene Datierung der Rede, sondern um Denken und Wirken des Redners in den dreißiger Jahren". So habe Rothfels auf dem Göttinger Historikertag 1932 betont, „daß die Gründung des polnischen Nationalstaates auf einer lebensfremden Doktrin beruhe, ein, so Haar, deutliches Plädoyer für die Zerschlagung des polnischen Staates. Es kann kein Zweifel bestehen, daß Rothfels mit solchen Vorstellungen, die er auch nach 1933 vertrat, die nationalsozialistische Eroberungspolitik geistig mit vorbereitete."[21]

Bei seiner Behauptung, Rothfels habe eine Vertreibung der Polen aus den ehemaligen preußischen Ostprovinzen befürwortet, stützt sich Schmidt-Sinns auf die Interpretation, die Haar einem Aufsatz des Königsberger Historikers aus dem Jahre 1934 unter dem Titel „Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten" angedeihen läßt. Rothfels habe darin, so Haar, beklagt, „daß die Polen die Politik der ‚Entdeutschung' der ehemaligen deutschen Ostgebiete auf unerträgliche Weise vorangetrieben hätten, weshalb sie die gleiche Behandlung verdienten wie die deutschen Vertriebenen: ‚Suum cuique' sprach der ‚Ostraum'-Kenner. Rothfels gab damit zum Ausdruck – auch wenn das nicht explizit ausgesprochen wurde [sic!] –, daß er die Vertreibung aus den ehemaligen Gebieten rechtfertigen würde, wenn eine Revision der polnischen Westgrenze

[21] Geistiger Wegbereiter. Leserbrief von Dr. Dieter Schmidt-Sinns, Meckenheim, in: DIE ZEIT, Nr. 1, 27. 12. 2001. Der Bericht zur Kontroverse: Kapitaler Fehler, in: Ebenda, Nr. 50, 6. 12. 2001.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

anstünde." In der 2. Auflage heißt es im gleichen Zusammenhang: „Er [Rothfels] plädierte jetzt für eine ethnographische Aufgliederung des ‚Ostraumes'"[22].

Der Aufsatz über Versailles und den deutschen Osten ist ein entschieden revisionistischer Text – wohl der nationalistischste, den Rothfels je geschrieben hat. Er prangerte darin die Siegermächte des Ersten Weltkrieges an, weil sie zwischen Deutschland und Polen willkürliche Grenzen zu Lasten des Deutschtums gezogen und dessen Kulturleistung mißachtet hätten. Aber nirgendwo findet sich ein Satz, der die Behauptung Haars rechtfertigen würde, Rothfels hätte einer Vertreibung der Polen das Wort geredet. Das „Suum cuique", das Haar nicht mit „Jedem das Seine", sondern mit „Wie du mir, so ich dir" zu übersetzen scheint, steht bei Rothfels am Ende des Aufsatzes. Es beschließt die Feststellung, das Gesicht des deutschen Volkes habe sich, „in der Auswirkung von Versailles, nach Osten zurückgewandt, und es wird darauf ankommen, ob es Kräfte bereit hält zu einer Ordnung zwischen den Völkern, über der das altpreußische Königswort steht: Suum cuique"[23].

Den Vortrag von Rothfels auf dem Göttinger Historikertag vom August 1932, auf den Schmidt-Sinns in seinem Leserbrief verweist, kennt er offenkundig nur aus der Lektüre von Haar. Haar selbst hat die ausgearbeitete und erweiterte Fassung dieses Vortrags, die 1934 als Monographie unter dem Titel „Bismarck und der deutsche Osten. Eine Studie zum Problem des Nationalstaates" erschien, nirgendwo zitiert und wohl auch nicht gelesen. Er bezieht sich auf einen Ausschnitt aus der Rede, den die „Historische Zeitschrift" 1932 in einem Friedrich Meinecke anläßlich seines 70. Geburtstages gewidmeten Heft veröffentlichte (ein Umstand, den Haar nicht erwähnt, um Rothfels' einleitende Bemerkungen besser zu einer Kampfansage an Meinecke stilisieren zu können)[24]. Aus der in diesem Vortrag entwickelten, uns schon bekannten These von Rothfels, der auf dem demokratischen Mehrheitsprinzip beruhende Nationalstaat westlicher Prägung passe nicht auf die ethnisch gemischten Gebiete Ostmitteleuropas und bilde hier ein „lebensfremdes Prinzip", folgert Haar: „Ein deutlicheres Plädoyer für die Zerschlagung des polnischen Staates war kaum denkbar"[25]. In keinem Satz des Vortrags deutet Rothfels eine solche Konsequenz an. Der Text widerspricht eklatant dem, was Haar behauptet und was Schmidt-Sinns unter Berufung auf Haar weiterverbreitet hat.

In einer knappen Zusammenfassung seines Göttinger Vortrags hat Rothfels herausgearbeitet, worauf es ihm „positiv" ankam. Er schrieb Bismarcks östlicher Nationalitätenpolitik „ein föderalistisches Prinzip der ‚nationalen Autonomie'" zu. Der erste Reichskanzler habe selbst mit seiner Ansiedlungspolitik in den 1880er Jahren die Polen „nicht volksmäßig germanisieren" wollen und im „Zusammenwohnen" und

---

[22] Haar, Historiker, S. 201; in der 2. Auflage S. 200.

[23] Hans Rothfels, Der Vertrag von Versailles und der deutsche Osten, in: Berliner Monatshefte 12 (1934), S. 3–24 (Zitat S. 24).

[24] Vgl. ders., Bismarck und der Osten. Eine Studie zum Problem des deutschen Nationalstaates, Leipzig 1934; ders., Bismarck und die Nationalitätenfragen des Ostens, in: Historische Zeitschrift 147 (1932), S. 89–105 (Zitat S. 105).

[25] Haar, Historiker, S. 102.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Durcheinandergeschobensein der Nationalitäten im Osten" einen „vorsehungsmäßigen Reichtum und eine Steigerung der völkischen Möglichkeiten" gesehen[26].

Das war eine höchst anfechtbare, harmonisierende, ja idyllisierende Bewertung der Bismarckschen Politik und Ausdruck einer nationalistischen Überhebung über die Polen. Aber was Rothfels sagte und schrieb, blieb im Rahmen des Hauptstroms konservativen Denkens in der Zwischenkriegszeit. Und indem er jeder Art von Germanisierungspolitik und Irredentismus eine klare Absage erteilte, zog Rothfels einen klaren Trennungsstrich zu dem, wofür die Nationalsozialisten standen und was ihre Politik gegenüber Polen und Osteuropa nach 1939 kennzeichnen sollte.

Damit komme ich nochmals auf jenen „möglichen Überschneidungsbereich zwischen konservativen Historikern und nationalsozialistischem Gedankengut" zurück, von dem Winfried Schulze in seiner Rede zum 100. Geburtstag von Hans Rothfels gesprochen hat. Es *gab* diesen Überschneidungsbereich. Daß Weimar als parlamentarische Demokratie gescheitert war, darin stimmten nicht nur Konservative und Nationalsozialisten überein: Es war seit dem März 1930 eine nicht zu leugnende Tatsache. Kritik an den Mängeln des parlamentarischen Systems und den Konstruktionsfehlern der Weimarer Reichsverfassung äußerten auch überzeugte Verteidiger der Republik, darunter sozialdemokratische Intellektuelle wie Ernst Fraenkel[27]. Konservative Autoren gingen in ihrer Kritik meist sehr viel weiter. Ihnen ging es, anders als Fraenkel, nicht darum, ein neues, funktionstüchtiges parlamentarisches System zu schaffen, sondern um die Überwindung des Weimarer Parlamentarismus.

An Rothfels' Sympathien für einen starken Reichspräsidenten und ein berufsständisches Gegengewicht zu dem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Parlament gibt es keinen Zweifel. Doch um solche Forderungen zu vertreten, mußte man nicht einmal so weit rechts stehen wie er. Der überzeugte „Vernunftrepublikaner" Friedrich Meinecke, Rothfels' akademischer Lehrer, befürwortete im Oktober 1932 in weitgehender Übereinstimmung mit den entsprechenden Plänen Papens und Gayls eine Verfassungsreform: „Die Ausartung von Parlament und Parteien kann nun freilich nur bekämpft werden durch Stärkung von Recht und Macht des Reichspräsidenten und durch Schaffung einer wirksamen Gegeninstanz gegen den Reichstag durch ein wirkliches Oberhaus."[28]

Meinecke erhält bei Haar fortlaufend gute, Rothfels schlechte Zensuren. Der Königsberger Historiker soll sich zusammen mit seinem Kollegen Hans Herzfeld „rücksichtslos für die Beseitigung der Weimarer Republik und die Errichtung einer

[26] Hans Rothfels, Bismarck und der Osten, in: Forschungen und Fortschritte 9 (1932), Nr. 3 (20. 1.), S. 35 f.

[27] Vgl. Heinrich August Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Bonn ²1990, S. 802 ff.

[28] Friedrich Meinecke, Ein Wort zur Verfassungsreform, in: Ders, Werke, Bd. II: Politische Schriften und Reden. Darmstadt 1958, S. 471–476 (Zitat S. 474); Waldemar Besson, Friedrich Meinecke und die Weimarer Republik. Zum Verhältnis von Geschichtsschreibung und Politik, in: VfZ 7 (1959), S. 113–129.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diktatur" eingesetzt haben, heißt es in der Buchfassung der Dissertation[29]. Quellenbelege für diese Behauptung steuert der Autor nicht bei. In der „Replik" auf meine Kritik schreibt Haar, „neu aufgetauchte Überlieferungsreste aus dem Nachlaß" zeigten eindeutig, „daß Rothfels nicht nur ein aktiver Gegner der Weimarer Republik war. Er hat den Weg von Papen zu Hitler mitbeschritten und tatkräftig mitbereitet." Belege fehlen auch hier. Der pauschale Hinweis auf „Nachlaßsplitter" reicht für eine so weitgehende These, wie Haar sie vertritt, ebenso wenig aus wie die Feststellung, Rothfels habe an einem Zeitungsprojekt der „Revolution von Rechts" mitzuarbeiten versprochen. Der Begriff „Revolution von rechts" ist zudem in diesem Zusammenhang irreführend. „Revolution von rechts" war der Titel eines Buches des Soziologen Hans Freyer aus dem Jahr 1931. Der Zeitschriftenplan wurde im Sommer 1931 von Sympathisanten der Volkskonservativen Vereinigung um den Reichsminister Gottfried Treviranus betrieben. Das Projekt kam jedoch nicht zustande[30].

Zu den „Überschneidungsbereichen zwischen nationalkonservativen Historikern und nationalsozialistischem Gedankengut" gehört gewiß auch alles, was im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Versailles stand. Aber auch hier waren es nicht nur die Konservativen, die mit den Nationalsozialisten teilweise übereinstimmten. Was die Forderung nach „Großdeutschland", also nach einer Vereinigung des Deutschen Reiches und Österreichs, anging, waren die demokratischen Parteien, vorneweg die Sozialdemokraten, womöglich noch „nationaler" als die traditionellen Rechtsparteien[31]. Über die Notwendigkeit von Korrekturen der deutschen Ostgrenze gab es ebenfalls einen weitreichenden nationalen Konsens. Im August 1929 nannte der Fraktionsvorsitzende der SPD im Reichstag, Rudolf Breitscheid, ein ehemaliger Unabhängiger Sozialdemokrat und ein beredter Anwalt der Verständigungspolitik nach West und Ost, in einer Rede in Riga die „Grenzrevision zwischen uns und Polen die allerdelikateste und allerschwierigste. [...] Jeder Ausländer, der über den

[29] Haar, Historiker, S. 199 f.

[30] Berthold Petzinna, Erziehung zum deutschen Lebensstil. Ursprung und Entwicklung des jungkonservativen „Ring"-Kreises 1918–1933, Berlin 2000, S. 254 ff. Haar verweist auf diese Darstellung, erwähnt aber nicht den von Petzinna hervorgehobenen volkskonservativen Hintergrund des Zeitschriftenprojekts. In der 2. Auflage (S. 129) heißt es unter Berufung auf Petzinna: „Von den Republikfeinden ist Rothfels als potentieller Unterstützer eines Zeitschriftenprojekts angesehen worden, das für die radikale Beendigung des Parteienpluralismus im Weimarer Staat und die Errichtung eines autoritären Regimes eintrat." Dieser Passus ist an die Stelle der Sätze getreten, in denen Haar in der 1. Auflage Ebert mit Hindenburg und Hindenburg mit Hitler verwechselt hat. In der einschlägigen Anmerkung schreibt Haar: „Petzinna (S. 254–256) sieht Rothfels eng mit dem Berliner Milieu der rechten Republikfeinde um den Herrenklub und den Volksdeutschen Klub [sic!] verbunden." Tatsächlich behandelt Petzinna an der angegebenen Stelle die Bestrebungen der „Politischen Arbeitsstelle" und ihres Zentrums, des „Berliner Kreises" um Friedrich Vorwerk, einen Sympathisanten der Volkskonservativen, der sich im Sommer 1931 gegen den Anti-Brüning-Kurs des Herrenclubs und seiner Zeitschrift „Der Ring" auflehnte. Rothfels wird lediglich als einer von zwölf Autoren genannt, die an Vorwerks Zeitschriftenprojekt mitzuarbeiten versprochen hatten. Aus der von Petzinna erwähnten Volkskonservativen Vereinigung wird bei Haar der „Volksdeutsche Klub".

[31] Vgl. Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München ²2002, S. 378 ff., S. 552 ff.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

‚Korridor' nach Deutschland kommt, findet diesen Zustand, daß ein großes Land in zwei Teile zerschnitten wird, unhaltbar." Wenn auch die Bevölkerung im Korridor größtenteils polnisch sei, wäre dies kein Grund, diesen Zustand zu verewigen. „Wir hoffen, daß sich in einer späteren Zukunft irgendeine Modifikation, die bestimmt im Interesse beider Staaten ist, wird herbeiführen lassen."[32] Wäre Haar bei Rothfels auf ein solches Zitat gestoßen, hätte er es vermutlich als Beweis seiner Nähe zum Nationalsozialismus gedeutet.

Die außenpolitischen Erfolge Hitlers fanden in Deutschland überwältigende Zustimmung. Es erübrigt sich, auf den Jubel hinzuweisen, den 1936 die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes, 1938 der „Anschluß" Österreichs und 1940 der Fall von Paris auslösten[33]. Es ist auch nicht notwendig, die Stimmen deutscher Historiker zu zitieren, die, allen Vorbehalten Hitler gegenüber zum Trotz, die nationale Begeisterung teilten, von der die große Mehrheit der „Volksgenossen" erfaßt wurde[34]. Hans Rothfels dürfte um 1936 schon sehr viel skeptischer gewesen sein. Im März jenes Jahres wurde ihm der Forschungsauftrag an der Preußischen Staatsbibliothek entzogen; im September wurde sein Antrag auf Verleihung des (vorläufigen) Reichsbürgerrechts abgelehnt, das aufgrund des Reichsbürgergesetzes von 1935, eines der Nürnberger Gesetze, nur Staatsangehörigen „deutschen oder artverwandten Blutes" zustand[35]. Rothfels fühlte sich trotz alledem als deutscher Patriot. Illusionen über den Charakter des Nationalsozialismus aber hat er wohl zu dieser Zeit nicht mehr gehabt.

Haar meint, ich hätte „allenfalls sprachliche Ungenauigkeiten" an seiner Quelleninterpretation „monieren können, aber keinesfalls eine grobe Verletzung der Regeln wissenschaftlichen Arbeitens". Da täuscht er sich. Soweit er sich mit Hans Rothfels befaßt, gibt es kaum eine historische Regel, gegen die er *nicht* verstoßen hätte. Er hat Dokumente zeitlich falsch eingeordnet und folglich falsch interpretiert. Er hat Quellenaussagen und Forschungsthesen verkürzt und häufig sinnentstellend wiedergegeben, ja mitunter ihren Sinn ins Gegenteil verkehrt. Er hat Gegenstände isoliert betrachtet, die nur in einem größeren historischen Zusammenhang angemessen begriffen werden können. Er ist so voreingenommen an sein Thema herangegangen, daß er systematisch alles ausblendete, was seine vorgefasste Meinung hätte erschüttern können. Und nicht nur das: Er hat Sachverhalte zurechtgebogen und bis zur Unkenntlichkeit verändert, um sie in sein Deutungsschema einfügen zu können.

---

[32] Volker Schober, Der junge Kurt Schumacher: 1895–1933, Bonn 2000, S. 355.

[33] Vgl. Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980, S. 66 ff., S. 113 ff., S. 135 ff.

[34] Vgl. Friedrich Meinecke, Werke, Bd. VI: Ausgewählter Briefwechsel, hrsg. v. Ludwig Dehio, Stuttgart 1962, S. 179 f. (Brief an Hajo Holborn, 7. 4. 1938), S. 363 f. (Brief an Siegfried A. Kaehler, 4. 7. 1940). Zu Gerhard Ritter jetzt Christoph Cornelißen, Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001, bes. S. 243 ff. Allgemein dazu Hans-Erich Volkmann, Deutsche Historiker im Umgang mit Drittem Reich und Zweitem Weltkrieg 1939–1949, in: Ders. (Hrsg.), Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 861–911.

[35] Mommsen, Rothfels, S. 139.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auf der Strecke geblieben ist dabei nicht nur die Pflicht zum sorgfältigen Umgang mit Quellen und Literatur, sondern, man muß es aussprechen, das Gebot der Fairness und der intellektuellen Redlichkeit. Sehr viel mehr kann man in der Tat nicht falsch machen.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

WILFRIED LOTH

DAS ENDE DER LEGENDE

Hermann Graml und die Stalin-Note. Eine Entgegnung

Hermann Graml hat geglaubt, die Untersuchung zur Entstehung der „Stalin-Note", die ich zusammen mit einer Auswahl der hierzu eingesehenen Dokumente in der Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte publiziert habe[1], mit einem kritischen Kommentar versehen zu müssen. Für Graml bin ich ein Autor, „der seit langem darauf besteht, Stalin müsse als eine Art Gorbatschow in rauherer Schale gesehen werden", der bei seiner Quelleninterpretation den zeitgenössischen Kontext sträflich vernachlässigt und die Quellen in ein vorgefertigtes, von der Erfahrung des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums geprägtes Schema preßt, das mit der Realität des Kalten Krieges nichts zu tun hat. Das Ergebnis solchen Verfahrens ist laut Graml, „daß Wilfried Loth die Aussagen der Dokumente in toto falsch deutet". Statt unabweisbarer Belege für die sowjetische Absicht, mittels eines Friedensvertrages eine gesamtdeutsche Regelung zustande zu bringen, biete meine Dokumentation „eindeutige Beweise" für „das genaue Gegenteil", nämlich für die von Graml schon früher vertretene Auffassung, „daß die Note vom 10. März 1952 lediglich als ein begrenztes Unternehmen im Propagandakrieg zwischen Ost und West gedacht war". Hermann Graml sieht sich „von der Lothschen Dokumentation bestätigt"[2].

Das sind gravierende Vorwürfe an die Adresse des Autors, verbunden mit einer kategorischen Aussage in der Sache. Erstere mag man auf sich beruhen lassen, doch fordert Letztere zu einer Stellungnahme heraus. Schließlich will man ja wissen, welche Absichten Stalin mit der Initiative vom 10. März 1952 wirklich verfolgt hat; da ist es geboten, die Argumente, die in dem Streit um die Interpretation der „Stalin-Note" vorgetragen werden, sorgfältig zu prüfen. Schauen wir uns also an, was Hermann Graml zur Begründung seiner Kritik vorzubringen hat.

---

[1] Vgl. Wilfried Loth, Die Entstehung der „Stalin-Note". Dokumente aus Moskauer Archiven, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.), Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen, München 2002, S. 19–115.

[2] Hermann Graml, Eine wichtige Quelle – aber mißverstanden. Anmerkungen zu Wilfried Loth: „Die Entstehung der ‚Stalin-Note'. Dokumente aus Moskauer Archiven", in: Ebenda. S. 117–137, (Zitate S. 118, 124, 137, 126). Gramls ursprüngliche These findet sich erstmals in: Hermann Graml, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, in: VfZ 29 (1981), S. 307–341. Vgl. auch ders., Die sowjetische Notenkampagne von 1952, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Die Legende von der verpaßten Gelegenheit. Die Stalin-Note vom 10. März 1952, Stuttgart/Zürich 1982, S. 16–37 u. 98–105; Hermann Graml, Die Märznote von 1952. Legende und Wirklichkeit, St. Augustin/Melle 1988.

VfZ 50 (2002)
® Oldenbourg 2002

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sein *erstes* Argument soll wohl lauten, die neu erschlossenen Dokumente verrieten gar nicht so viel über die Intentionen der sowjetischen Führung, wie ich annehme. Graml spricht von „viertrangigen Funktionären", die in einer „Formulierungskommission" an Papieren zur öffentlichen oder diplomatischen Verwendung werkelten, und behauptet, der Hauptautor der Schriftstücke, Michail G. Gribanow, werde „nicht in einem einzigen der Schriftstücke" als die eigentlich treibende Kraft hinter der Friedensvertrags-Initiative „sichtbar". Zudem sagten die vorgelegten Dokumente „über Handlungen Stalins, etwa über Eingriffe in die Redaktionsarbeit [...] nichts aus, erst recht nichts über Absichten und Motive des sowjetischen Diktators" (S. 120 f.).

Wie Graml zu solchen Aussagen kommt, bleibt sein Geheimnis. Tatsächlich regte Gribanow am 7. Februar 1951 an, auf der angestrebten Tagung des Alliierten Außenministerrats einen Vorschlag für einen Friedensvertrag mit Deutschland vorzulegen. Am 9. Juli unterbreitete er einen umfangreichen Katalog von Vorschlägen, wie auf den Abbruch der Pariser Vorkonferenz reagiert werden könnte. Am 3. August präzisierte er seinen Vorschlag zur Erarbeitung und Veröffentlichung von „Grundlagen des Friedensvertrages", am 8. September, 10. Dezember und 16. Januar machte er weitere Vorschläge, am 21. Februar nahm er zu einem Verfahrensvorschlag der SED-Führung Stellung. All das ist mehr als Redaktionsarbeit, und es ist genau das, was Gribanow als Leiter der deutschlandpolitischen Abteilung des Moskauer Außenministeriums zu tun hatte: für die Operationalisierung der deutschlandpolitischen Generallinie Stalins zu sorgen und Vorschläge für die Reaktion auf die Entwicklung der politischen Gesamtlage vorzutragen. Er war deswegen keine Graue Eminenz in der Art Friedrich von Holsteins, wie Graml meine Beschreibung karikierend verzerrt (S.125), aber er stand im Mittelpunkt der Stalinschen Deutschlandpolitik. Es gab niemand anderen, der in gleicher Weise für sie zuständig gewesen wäre, und es gab auch keine andere deutschlandpolitische Linie als diejenige, die in den hier dokumentierten Entscheidungsprozessen deutlich wird. Gribanow war Semjonows Vorgesetzter, nicht etwa umgekehrt; und wie die Dokumente zeigen, lieferte er auch Entwürfe für Anweisungen an Tschujkow. Gribanow koordinierte das Tagesgeschäft, Molotow entschied, was Stalin vorgelegt wurde, und Stalin traf Entscheidungen, oft bis ins kleinste Detail.

Die Frage nach der Sichtbarkeit Stalins in den Dokumenten ist damit zum Teil auch schon beantwortet: Gribanow mußte darauf bedacht sein, Argumentationen vorzutragen, die Stalin zusagten und seinen Intentionen entsprachen; folglich kann man aus den unter seiner Verantwortung formulierten Texten ablesen, wie man den Kremlchef in seiner engsten Umgebung sah. Das muß nicht in allen Fällen hundertprozentig richtig gewesen sein, es kann aber auch nicht grundsätzlich falsch gewesen sein. Wenn dann von Molotow zur Vorlage bei Stalin freigegebene Dokumente am Tag nach der Behandlung im Politbüro oder sogar noch am gleichen Tage verändert wurden, dann konnten die Änderungen nur von Stalin selbst kommen. Niemand anders wäre in der Lage gewesen, von Molotow abgesegnete Formulierungen und Verfahrensvorschläge noch einmal zu ändern. An den Änderungen ist also die Handschrift Stalins ziemlich deutlich zu erkennen. Natürlich würden wir darüber hinaus

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gerne auch noch den Wortlaut seiner Äußerungen in den Politbüro-Sitzungen kennen, aber die sind erstens nicht protokolliert worden, und zweitens wären sie im Hinblick auf die tatsächlichen Intentionen und Überlegungen Stalins auch nicht viel beweiskräftiger als die Handlungen (in diesem Falle: Korrekturen), die aus den geänderten Texten ablesbar sind. Es dürfte schwer fallen, noch näher an die Gedankenwelt Stalins heranzukommen, als es mit der hier vorgelegten Kombination von Dokumenten des Außenministeriums, des Parteiarchivs und des Präsidentenarchivs möglich ist[3].

Das heißt aber auch – man muß es leider sagen –, daß Interpretationen der Stalinschen Politik mit den hier erkennbaren Linien und Verhaltensweisen in Einklang gebracht werden müssen, wenn sie Bestand haben sollen. Tradierte Auffassungen, die mehr oder weniger gut begründet sind, einfach dagegen zu setzen, kann nicht überzeugen. Es geht auch nicht an, irgend ein anderes Entscheidungszentrum zu imaginieren oder auch nur stillschweigend zu Grunde zu legen. Entschieden wurden die deutschlandpolitischen Fragen im Austausch zwischen der Spitze der zuständigen Fachabteilung, von Molotow als politisch verantwortlichem Politbüro-Mitglied und von Stalin selbst. Es gibt keine Anzeichen für andere Kommunikationswege, eine alternative Linie, von der das Außenministerium und Molotow nichts wußten, oder für eine Politik, die an Stalin vorbei geführt worden wäre. Bevor man die Forderung nach Erschließung weiterer Quellen erhebt[4], sollte man zunächst einmal zur Kenntnis nehmen, was sich aus dem Austausch zwischen Gribanow, Molotow und Stalin ergibt.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß sich Hermann Graml durch die Behauptung, die Dokumente sagten über Stalins Motive nichts aus, nicht davon abhalten lässt, im weiteren Verlauf seiner Ausführungen selbst die Inhalte der Entwürfe wie die Aussagen der begleitenden Erläuterungen heranzuziehen, um zu belegen, wozu die Präsentation von Grundlagen eines Friedensvertrags seiner Meinung nach „gedacht" (S. 129) war: „Den Dokumenten ist zu entnehmen, daß dies für alle Akteure auf östlicher Seite gilt, von Pieck, Grotewohl und Ulbricht über General Tschujkow und Semjonow bis zu Molotow und Stalin" (S. 137). Mit anderen Worten: Sein erstes Argument findet Graml selbst nicht überzeugend.

Mit seinem *zweiten* Argument sieht es nicht viel besser aus. Hermann Graml glaubt den Dokumenten entnehmen zu können, daß die Initiative zu der Noten-

[3] Hermann Graml scheint die Breite des erschlossenen Materials nicht recht wahrzunehmen, wenn er beharrlich von „*einer* Quelle" spricht, die ich mißverstanden hätte. Tatsächlich sind die 15 edierten Dokumente durchaus unterschiedlicher Natur, sie stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus den ausgewerteten und in den Fußnoten nachgewiesenen Beständen des Außenministeriums dar. Für die Rekonstruktion der Entscheidungsprozesse sind zudem die Hinweise auf Tagesordnungen und Beschlüsse der Politbüro-Sitzungen im Parteiarchiv wichtig. Die Protokolle der Unterredungen Stalins mit den SED-Führern im Präsidentenarchiv ermöglichen Präzisierungen im Hinblick auf die nachträgliche Wahrnehmung der Initiative durch die SED-Führer wie durch Stalin.

[4] So etwa Hans-Erich Volkmann in seiner Besprechung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. 4. 2002, der freilich die Antwort auf die Frage schuldig bleibt, wieso sich Aufschlüsse zu den sowjetischen Zielsetzungen ausgerechnet in französischen Archiven finden lassen sollen.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Aktion von der SED-Führung ausging und zwar „zweifelsfrei", wie er betont (S. 124). Dies ist für ihn ein zentraler Beleg dafür, daß sie nur „Propagandazwecken dienen" sollte: Erstens sei die SED-Führung für mehr nicht zuständig gewesen, und zweitens habe sie ja wohl nicht ihren eigenen „politischen Selbstmord" (S. 125) initiieren können. Abgesehen davon, daß diese Schlußfolgerung nicht zwingend ist (es könnte ja auch vorauseilender Gehorsam im Spiel gewesen sein oder eine andere politische Zielsetzung als der bloße Machterhalt in der Ostzone), beruht sie auf einer allzu flüchtigen Lektüre der Dokumente: In der Demarche der SED-Führung vom 21. Februar 1951, die Graml dabei im Blick hat, ist von der Veröffentlichung eines Friedensvertrags-Entwurfs mit keinem Wort die Rede, es ging lediglich um eine Unterstützung des sowjetischen Bemühens, das Thema „Abschluß des Friedensvertrages" auf die Tagesordnung der Außenministerratstagung zu bringen. Daß die Sowjetregierung auf der Außenministerratstagung den Entwurf eines Friedensvertrags vorlegen sollte, hatte Gribanow schon am 7. Februar angeregt, und eine erste Fassung des Entwurfs hatte seine Abteilung sogar zu einem noch früheren Zeitpunkt erarbeitet.

Die Idee, mit dem Entwurf an die Öffentlichkeit zu gehen, findet sich erstmals in dem Memorandum, das Gribanow am 9. Juli 1951 ausgefertigt hat. Die SED-Führung wurde nachweislich erst in der Besprechung am Abend des 30. Juli mit ihr konfrontiert, also drei Wochen später. Diese Besprechung fand in den Diensträumen der Sowjetischen Kontrollkommission in Karlshorst statt; nichts spricht dagegen, daß sie wie alle anderen Besprechungen dieser Art auf Initiative der Kontrollkommission zustande gekommen ist[5]. Die Übereinstimmungen in den Aussagen des Memorandums vom 9. Juli und den Äußerungen im Laufe der Besprechung vom 30. Juli können also nur so gedeutet werden, daß das Außenministerium die SED-Führung über Semjonow mit seinen Überlegungen vertraut machte. Über die Form der Übermittlung – ob im Zuge der Besprechung oder, was auch denkbar wäre, durch vorheriges „Briefing" eines der teilnehmenden SED-Führer – sagen die Quellen nichts aus. Offenkundig ist hingegen, daß die Idee aus Moskau kam, nicht aus Ost-Berlin.

Sowohl die Idee, den Entwurf eines Friedensvertrags dem Außenministerrat vorzulegen, als auch der Vorschlag, ihn in Ermangelung einer Außenministerratstagung in der Presse zu veröffentlichen, sind also, auch wenn Graml das nicht wahrhaben will, eindeutig in Moskau entstanden, und zwar in der dafür zuständigen Abteilung des Außenministeriums. Gramls Beweisführung verkehrt sich damit in ihr Gegenteil: Auf etwaige Sonderinteressen der SED-Führung wurde bei der Lancierung der sowjetischen Initiative keine Rücksicht genommen; das konnte angesichts des Verhältnisses der sowjetischen Siegermacht zu den Führern der deutschen Kommunisten auch gar nicht anders sein. Wie die Sowjetführung mit ihnen umging, wenn sie

[5] Vgl. die Aufzeichnungen, die Wilhelm Pieck bei dieser Gelegenheit gemacht hat, veröffentlicht in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 371–373.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vorschläge äußerten, die nicht zu Gribanows Vorstellungen paßten, kann man am Schicksal des Maßnahmeplans ablesen, den Tschujkow und Semjonow in der dritten Januarwoche 1952 nach Moskau übermittelten: Die SED-Führung wurde straff an die Leine genommen; wie die Sowjetregierung auf den Appell der DDR-Regierung an die vier Mächte reagieren würde, erfuhr sie erst wenige Stunden vor der Veröffentlichung der Note[6]. Auch wenn sich der Zweck der Noten-Aktion darin gewiß nicht erschöpfte[7], eine Zurechtweisung der SED-Führung war dies sehr wohl.

Anders als Graml behauptet, geht aus dem Dokument durchaus hervor, was bei der Besprechung mit den Außenminister-Stellvertretern am 16. August 1951 geschah – die nächste „Vorlage für die Instanz" legte Gribanow Wyschinskij mit der Bemerkung vor, daß sie „entsprechend Ihrer Bemerkungen korrigiert worden ist", und dabei war der Vorschlag, den Entwurf eines Friedensvertrags zu veröffentlichen, weggefallen. Was ich unter einer differenzierten Strategie verstehe, wird durchaus gesagt – ein Katalog aufeinander abgestimmter Maßnahmen zur Erzeugung von politischem Druck auf die westlichen Regierungen. Für Stalins Zögern gibt es durchaus Belege – zunächst den Einwand in dem Memorandum, das nach der Beratung im Politbüro am 27. August angefertigt wurde, und dann den nachträglichen Bericht Semjonows, der nicht dadurch an Quellenwert verliert, daß er zu den primären Quellen paßt. Und auch worin die Lücke bestand, die Stalin mit seiner Intervention aufriß, wird durchaus gesagt – die Veröffentlichung der Grundlagen des Friedensvertrags, die ursprünglich der Mobilisierung der Öffentlichkeit dienen sollte, wurde jetzt davon abhängig gemacht, daß bei dieser Mobilisierung schon wesentliche Erfolge erzielt worden waren[8].

Hermann Graml sieht in alledem nicht nur „nicht den geringsten Anhalt" (S. 125) für eine Aktion, die von Gribanow ausging. Er bestreitet auch – und daraus ergibt sich sein *drittes* Argument –, daß sich die Autoren der diversen Entwürfe Mühe gegeben hätten, ihren Vorschlag für die westlichen Regierungen oder doch zumindest für die westliche Öffentlichkeit attraktiv zu fassen. Dazu ist zunächst einmal zu bemerken, daß die Memoranden explizit die westliche Öffentlichkeit als Adressaten

---

[6] Vgl. Loth, Entstehung, S. 49 f. u. 56 f.

[7] So die These von Aleksej Filitov, Sovetskij Sojuz i germanskij vopros v period pozdnego stalinizma (k voprosu o genezise „stalinkskoj noty" 10 marta 1952 goda), in: A. O. Cubar'jan (otv.-red.), Stalin i cholodnaja voijna, Moskau 1998, S. 315–349.

[8] Loth, Entstehung, S. 28–32 (Zitat S. 28). Von ähnlicher Qualität sind auch die sonstigen Belege für mein angebliches „fortwährendes" Überstrapazieren der Quellen: Graml, Eine wichtige Quelle, S. 120. Auch Melnikows Bericht wird durch die Übereinstimmungen mit den primären Quellen nicht entwertet, sondern gewinnt an Gewicht. Semjonow und Puschkin arbeiteten an den Schlüsseldokumenten Ende August/Anfang September 1951 mit; also sollten sie wohl ihre spezifischen Kenntnisse der Situation in Deutschland in die Formulierung der Dokumente einbringen. Für die Erwartung, daß über den Friedensvertrag verhandelt werden würde, sprechen nicht die Aufnahme „eine[r] Reihe von Einzelheiten" und die Berücksichtigung der „wohl gängigste[n] Sprachregelung sowjetischer Deutschland-Propaganda" (ebenda, S. 123), sondern die völkerrechtlich präzise Ausarbeitung eines Vertragswerks, das die sowjetischen Sicherheitsinteressen im Blick behielt. Daß Stalin am antifaschistischen Kern der Potsdamer Beschlüsse festhielt, läßt sich mit dem Hinweis auf Angebote zur Integration ehemaliger Nationalsozialisten nicht bestreiten.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Aktion benennen – das „deutsche Volk", die „französischen Patrioten", die „Weltöffentlichkeit". Vom „eigenen Machtbereich", den Graml als Adressaten der Propaganda glaubt herauslesen zu können (S. 130), ist nicht die Rede. Zweitens wird in der Stellungnahme vom 21. Januar 1952 ausdrücklich davon gesprochen, daß man den „Gegnern des Friedensvertrages mit Deutschland" keinen „Anlaß geben" dürfe, „um die Bedeutung unseres Eintretens in dieser Frage herunterzuspielen". Drittens lassen sich die vorgesehenen Vertragsbestimmungen und Grundsätze eben nicht so ohne weiteres als „Forderung nach dem Anschluß Westdeutschlands an die DDR" und „Ausweitung des sowjetischen Einflusses bis zum Rhein" interpretieren, wie Graml behauptet (S. 128). Walter Ulbricht hat die sowjetischen Intentionen jedenfalls ganz anders verstanden: „Wir dürfen nicht annehmen, daß, wenn die Einheit Deutschlands hergestellt wird, die DDR die Grundlage für ganz Deutschland bilden muß, sondern daß man von beiden Deutschlands zu Kompromissen bereit sein muß, wenn man die Einheit Deutschlands will"[9]. Viertens wurden die Bestimmungen, was Graml bei der Entwicklung seines Arguments großzügig übersieht, ständig abgemildert. Diese Änderungen machen überhaupt keinen Sinn, wenn man dahinter nicht das Bemühen um eine Überwindung der Gegner des Friedensvertrages am Werk sieht, das im Dokument vom 21. Januar 1952 explizit angesprochen wurde.

Daß bis zum Schluß manches stehen blieb, womit sich die Deutschen und/oder die Westmächte schwer taten (es wird, anders als Graml auf Seite 131 behauptet, in meiner Interpretation durchaus berücksichtigt), ist kein Gegenbeweis. Im Gegenteil: Gerade weil die Autoren über den propagandistischen Effekt hinaus das mögliche Verhandlungsergebnis im Blick hatten, konnten sie nicht sämtliche sowjetischen Positionen leichtfertig räumen. Ebensowenig lassen sich die Nachweise für die sowjetische Absicht, den Kurs der westlichen Deutschlandpolitik zu korrigieren, durch das Hilfsargument entkräften, Stalin und seine Mitstreiter hätten doch wissen müssen, daß die angebotenen Regelungen für den Westen nicht attraktiv waren. Nicht nur, daß es dafür keinen Beleg gibt, das Argument also nicht zwingend ist und auf der Überzeichnung des Gegensatzes zwischen westlichen und sowjetischen Positionen beruht – es läßt sich sogar das Gegenteil nachweisen. Stalin setzte seit der Absage an den Marshall-Plan auf die „friedliebenden Kräfte" im Westen und insbesondere auf das Einheitsstreben der Deutschen; er hielt daran gegen alle Evidenz mit andauernder Hartnäckigkeit fest[10]. In der Erläuterung der Noten-Aktion, die Anfang Februar 1952 an Tschujkow und Semjonow geschickt wurde, heißt es aus-

[9] Walter Ulbricht in der Wiedergabe Heinrich Raus, Protokollnotiz der Dienstbesprechung vom 30. 10. 1950, zit. bei Elke Scherstjanoi, Zwei deutsche Staaten? Forschungsfragen zur Nachkriegsplanung Moskaus im Lichte neuer Quellen 1948–1950, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 28 (1999), S. 257–302, hier S. 301. Im Januar 1952 äußerte Ulbricht: „Bei gesamtdeutschen Wahlen kann für das ganze Volk nur etwas Gutes herauskommen. Jeder weiß, daß kein Gedanke daran ist, daß dabei eine Herrschaft der Kommunisten herauskommt." Notizen des Sekretariats des ZK der SED, zit. bei Michael Lemke, Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln 2001, S. 186.

[10] Vgl. Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955, erw. Neuauflage, München 2000, S. 369–372; ders., Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

drücklich: „Die Sowjetregierung faßt ins Auge, daß die oben genannten wie auch die möglichen zukünftigen Maßnahmen zur Beschleunigung des Abschlusses des Friedensvertrages mit Deutschland, zur Beseitigung der Spaltung Deutschlands und zur Schaffung eines vereinigten deutschen Staates beitragen werden."[11] Gramls „unabweisbare[r] Schluß, daß es Molotow und Stalin nicht um Arbeit an einer verwendbaren Basis für eine Viermächte-Konferenz zu tun war" (S. 131), löst sich in nichts auf.

Gleichzeitig ist damit auch schon sein *viertes* Argument widerlegt: Gramls Behauptung, „die Wiedervereinigung" käme „in den begleitenden Notizen der sowjetischen Funktionäre" überhaupt nicht vor – „nicht in einem einzigen Dokument, in dem die Rede von Absichten und Zwecken ist" (S. 129). Das stimmt schlichtweg nicht. Die „Schaffung eines vereinigten deutschen Staates" wird nicht nur in der Instruktion für Tschujkow und Semjonow zum Ziel der Aktion erklärt. Sie findet sich schon in dem grundlegenden Memorandum von 9. Juli 1951 („Um die Initiative im Kampf für die Wiederherstellung der Einheit des demokratischen Deutschlands nicht unseren Händen entgleiten zu lassen"), sie findet sich in der überarbeiteten Vorlage für Stalin vom 28. August („Die Veröffentlichung [...] würde eine konkrete Plattform des Kampfes für ein vereintes demokratisches Deutschland [...] abgeben"), sie findet sich in den Entwürfen für eine erneute Vorlage an Stalin im Januar 1952, in den Erläuterungen an die Adresse der Regierungen der DDR, Polens und der Tschechoslowakei und in allen einschlägigen Politbüro-Beschlüssen. „Maßnahmen zur Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrags mit Deutschland und zur Schaffung eines vereinigten, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates" war der Beschluß vom 8. Februar 1952 überschrieben[12]. Wie Hermann Graml das glatte Gegenteil behaupten kann, ist nicht nachvollziehbar.

Es kann auch keine Rede davon sein, daß die sowjetischen Funktionäre, so Graml, nicht die Absicht geäußert hätten, „die Note auf einer Konferenz der vier Besatzungsmächte erörtern zu lassen" (S. 130). Den Friedensvertragsentwurf auf der Außenministerratstagung zu erörtern, war nicht nur der explizite Inhalt der Vorschläge vom 7. und 24. Februar 1951. Im Memorandum vom 15. August 1951 schlug Gribanow vor: „In den Noten soll auch der Wunsch nach Einberufung der Friedenskonferenz zur deutschen Frage vor Ende 1951 angezeigt werden." Nachdem dies verworfen worden war, um nicht den Eindruck zu erwecken, die Sowjetregierung gestehe zu, sich auf der Außenministerratstagung „lediglich" mit dem Abschluß des Friedensvertrags zu beschäftigen[13], bezeichnete das Außenministerium die Aufforderung an die Westmächte, über den Abschluß eines Friedensvertrags zu sprechen, als „indirekten" Vorschlag zur „Einberufung des Rates der Außenminister der vier Mächte". Darüber hinaus wurde festgehalten: „Wir meinen, daß man sich in der ersten Note darauf beschränken kann, wenn man berücksichtigt, daß der formelle

---

wollte, Berlin 1994, S. 110–115, 121–125, 152–157, 168–170. Der Vorwurf, den Kontext zu vernachlässigen und Forschungsergebnisse unberücksichtigt zu lassen, fällt hier auf Graml zurück.

[11] Loth, Entstehung, S. 114.

[12] Ebenda, S. 114, 67, 76, 52.

[13] Beschlußvorlage vom 28. 8. 1951, in: Ebenda, S. 76.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vorschlag zur Einberufung des Ministerrats auch später, in Abhängigkeit von der Reaktion der drei Westmächte auf unsere Note, gemacht werden kann"[14]. Gribanow und seine Ko-Autoren taten also genau das, was Graml als Beleg für eine ernsthafte Verhandlungsabsicht einfordert: „eine sowjetische Note als ersten Schritt zu einer Viermächte-Konferenz über Deutschland verstehen beziehungsweise deklarieren" (S. 130).

Wieder fragt man sich, wie Hermann Graml auf die Idee kommen kann, einfach das Gegenteil zu behaupten. Er vergißt auch zu erwähnen, daß der Vorschlag einer Ostblock-Konferenz zur Billigung des sowjetischen Grundlagen-Entwurfs (allerdings auch für ihn kein wirklich zwingender Beweis für bloße Propaganda-Absicht) gerade nicht realisiert worden ist. Er sieht darüber hinweg, daß die Autoren des Friedensvertrags-Entwurfs davon ausgingen, daß ihr Text als Verhandlungsgrundlage für den Außenministerrat dienen würde: Ansprüche der Nachbarländer auf Grenzkorrekturen gegenüber Deutschland, hielten sie als Erläuterung in Teil I ihres ausgefeilten Entwurfs fest, „können vom Außenministerrat während der endgültigen Vertragsausarbeitung geprüft werden"[15]. Und er nimmt auch nicht zur Kenntnis, daß Gribanow und seine Ko-Autoren eine Vorab-Veröffentlichung des Gesamttextes des Friedensvertrages mit dem Argument ablehnten, dies würde „uns bei möglichen Verhandlungen mit den Westmächten zu einzelnen Artikeln des Friedensvertrages die Hände binden"[16]. Die Ausarbeitung des Friedensvertrags unter Heranziehung aller einschlägigen Spitzenkräfte diente sehr wohl der Vorbereitung einer Außenministerratstagung; es ist auch gar kein anderer Zweck denkbar.

Daß die Autoren der Memoranden bei manchen ihrer Vorschläge für Appelle (keineswegs bei allen, wie Graml suggeriert) mutmaßten, die westlichen Regierungen, die Bundesregierung oder der Bundestag würden wohl nicht darauf eingehen, besagt alldem gegenüber nur, daß sie mit Widerständen rechneten. Um sie zu überwinden, brauchte man die öffentlichen Kampagnen, nicht zu irgend einem anderen ominösen Zweck. Ein Erfolg der Appelle wurde durchaus gewünscht, im Fall der Forderung nach Erörterung der Einhaltung der Demilitarisierungsbestimmungen für wahrscheinlich gehalten, hinsichtlich des Volkskammer-Appells zur Bildung einer gesamtdeutschen Beratung zumindest nicht ausgeschlossen[17]. In seinem grundlegenden Memorandum vom 9. Juli 1951 schlug Gribanow nicht vor, „westliche Propaganda mit der Wahlfrage durch östliche Propaganda mit dem Entwurf eines Friedensvertrags zu parieren" (so Graml S. 126). Vielmehr stellte er die Veröffentlichung der „Grundlagen des Friedensvertrages" der geplanten westlichen Erklärung zur Beendigung des Kriegszustandes gegenüber und bezeichnete diese als bloß formell, jene aber als real: „Die formelle Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes

[14] Entwurf zwischen dem 16. und 21. 1. 1952, in: Ebenda, S. 105; in leicht variierter Fassung auch im Entwurf vom 21. 1. 1952, in: Ebenda, S. 109, und in der definitiven Beschlußvorlage vom 25. 1. 1952, in: Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, fl. 07, op. 25, p. 13, d. 144, ll. 94 f.

[15] Loth, Entstehung, S. 89.

[16] Ebenda, S. 108.

[17] Vgl. ebenda, S. 23 u. 78.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mit Deutschland gibt dem deutschen Volk nichts Wirkliches. Der schnelle Abschluß des Friedenvertrages hingegen und der Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Abschluß des Friedensvertrages entspricht den vitalen Interessen des ganzen deutschen Volkes wie auch den Interessen aller anderen friedliebenden Völker."[18]

Zuletzt, also *fünftens,* argumentiert Hermann Graml noch mit den Vorgängen nach dem 10. März 1952: Die Sowjets seien nicht auf die westliche Konzession eingegangen, Wahlen in Deutschland von einem „von den vier Besatzungsmächten eingesetzte[n] Ausschuß" (S. 133) überwachen zu lassen; Stalin habe schon am 1. April die Aufstellung von 30 Divisionen in der DDR befohlen und sich noch im Oktober 1952 bei Semjonow erkundigt, „wie denn die Note vom 10. März in der Bevölkerung der DDR gewirkt habe" (S. 136). Den Vorwurf, ich hätte es unterlassen, meine Interpretation „im Lichte der Vorgänge nach dem 10. März 1952 zu überprüfen" (S. 132), widerlegt er dabei gleich selbst, indem er sich ausführlich mit meiner Darstellung dieser Vorgänge beschäftigt. Ansonsten stellt er einmal mehr Behauptungen auf, die sich mit den Quellen nicht in Einklang bringen lassen.

Tatsächlich enthielt die zweite westliche Note vom 13. Mai 1952, mit der Graml hier argumentiert, zunächst einmal Argumente *gegen* die Einsetzung einer Vier-Mächte-Kommission. Danach wurde als Konzession lediglich formuliert, die Westmächte seien „bereit, sämtliche sonstigen praktischen und konkreten Vorschäge für eine unparteiische Untersuchungskommission zu prüfen, welche die Sowjetregierung etwa zu machen wünscht, unter der einen Bedingung, daß sie Aussicht bieten, die baldige Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland zu fördern." Daß die Westmächte diese Bedingung bei einer Vier-Mächte-Kommission als gegeben ansehen würden, war dem nicht zu entnehmen. Zudem verlangten sie „Garantien dafür, daß die als Ergebnis der Abhaltung freier Wahlen gebildete gesamtdeutsche Regierung während des Zeitraums vor Inkrafttreten des Friedensvertrages die erforderliche Handlungsfreiheit genießt"[19]. Daß die Sowjetregierung nicht bereit war, sich auf ein solches Verfahren einzulassen, sollte nicht verwundern: Es bot keine Gewähr, daß die Wiedervereinigung nicht auf einen Anschluß der DDR an den Westen hinauslief. Das war in der Tat nicht das Ziel der sowjetischen Initiative; insofern spricht die Ablehnung dieses Verfahrens nicht gegen die Neutralisierungsabsicht, sondern dafür.

Auch Stalins Drängen auf den Aufbau einer DDR-Streitmacht taugt nicht zum Gegenbeweis: Zunächst einmal erfolgte es *nach* der kategorischen Ablehnung der Neutralisierungsforderung durch die Westmächte, aus der sich für Stalin nachweislich eine neue Situation ergab. Sein Gespräch mit den Botschaftern der drei Westmächte während der Berlin-Krise im August 1948 bietet, anders als Graml behauptet, keinen Anhaltspunkt dafür, daß er schon damals überzeugt gewesen sei, die Westmächte würden sämtliche Vorschläge für einen Friedensvertrag ablehnen. Stalin

[18] Ebenda, S. 69.

[19] Note der drei Westmächte vom 13. Mai 1952, in: Europa-Archiv 7 (1952), S. 4963–4965, hier S. 4965.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte lediglich die Verhandlungen nicht gleich abgebrochen, als sich die Vertreter der Westmächte weigerten, auf seine Forderung nach Suspendierung der Londoner Beschlüsse zur Weststaatsgründung einzugehen[20]. Die Aufforderung an die SED-Führer in der Unterredung vom 7. April 1952, jetzt ihren „eigenen Staat [zu] organisieren", setzt logisch voraus, daß Stalin bislang der Auffassung gewesen war, eine solche Notwendigkeit bestehe nicht, daß er die DDR also bis dahin nur als ein kurzfristiges Provisorium betrachtet hatte. Von der neuen Einschätzung der Lage ohne weiteres auf die ursprünglichen Motive zu schließen, verbietet sich umso mehr, als Pieck, auf dessen Frage Stalin hier antwortete, mit der Möglichkeit des Abschlusses eines Friedensvertrags rechnete. Im übrigen schloß die Aufrüstung der DDR in Stalins Sicht eine Verständigung über die Neutralisierung Deutschlands keineswegs aus. Den ob der neuen Töne verunsicherten SED-Führern erklärte er, „daß man heute im Westen denkt, daß ihr überhaupt nicht bewaffnet seid, daß ihr keine Kraft habt und man euch leicht erobern kann. Solange sie so denken, sind sie nicht gesprächsbereit. Sie reagieren nur auf Stärke. Wenn bei euch plötzlich eine Armee auftaucht, wird man anders mit euch sprechen – man wird euch anerkennen und liebgewinnen, da Stärke von allen geliebt wird."[21] Die Mobilisierung der „friedliebenden Kräfte" für den Friedensvertrag war für ihn von einem Kurzzeit- zu einem Langzeitprojekt geworden – mehr hatte sich nicht geändert. Hermann Graml zitiert diese Passage der Protokollaufzeichnungen zu den Gesprächen vom 1. und 7. April 1952 wohlweislich nicht, wirft mir aber gleichzeitig vor, zu diesen Unterredungen „nur die halbe und damit eine über die ganze hinwegtäuschende Wahrheit" zu bieten (S. 136).

Den Hinweis auf das „Volk in Westdeutschland" als Hauptadressaten der Friedensvertrags-Kampagne, den das Protokoll der Unterredung vom 7. April enthält, sucht Graml mit der Behauptung zu entkräften, Stalins „vornehmliches" Interesse sei in einem späteren Gespräch mit Semjonow zum Ausdruck gekommen, als er sich nach der Wirkung der Note „in der Bevölkerung der DDR" erkundigt habe. Semjonow, der bekanntlich Vertreter des Außenministeriums bei der Sowjetischen Kontroll-Kommission *in Deutschland* war, nicht etwa Leiter der Diplomatischen Mission bei der DDR-Regierung, weiß von einem solchen vordringlichen Interesse an der „‚Erziehung' der Deutschen in der DDR" (S. 136) freilich nichts. In seinen Memoiren heißt es lapidar: „Stalin interessierte sich noch kurz für einige innere und äußere Aspekte der Entwicklung *Deutschlands*, das Echo in der Bevölkerung auf die Note der Sowjetunion vom 10. März 1952 über die Wiedervereinigung"[22]. Gramls „schlagendste[r]" Beweis für „eine vor allem auf die eigene Machtsphäre – das heißt

[20] Unterredung vom 2. 8. 1948, amerikanisches Protokoll, in: Foreign Relations of the United States 1948, Bd II, Washington 1973, S. 999–1006, sowjetisches Protokoll, auszugsweise zit. in: Moskowskije Nowosti, 18. 5. 1988; vgl. Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 122–124.

[21] Wladimier K. Wolkow, Die deutsche Frage aus Stalins Sicht (1947–1952), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 48 (2000), S. 20–49, hier S. 45.

[22] Wladimir S. Semjonow, Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995, S. 279 (Hervorhebung durch den Verfasser).

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in erster Linie auf die DDR – gerichtete propagandistische Absicht der sowjetischen Notenkampagne" (S. 134) beruht mithin auf purer Hinzudichtung.

Der Befund ist eindeutig: Gramls Kritik an meiner Beschreibung der Entstehung der Stalin-Note und der damit verbundenen Erläuterung der sowjetischen Motive erweist sich in keinem einzigen Punkt als stichhaltig. Für die These einer begrenzten, vor allem auf die eigene Machtsphäre und hier in erster Linie auf die DDR gerichteten Propaganda-Aktion, die Graml dagegen setzt, gibt es nicht den geringsten Beleg. Weder wurde in den Memoranden die Situation in der DDR oder in anderen Ostblockländern erörtert, noch wurde irgend ein Bezug zwischen dieser Situation und den vorgeschlagenen Maßnahmen hergestellt. Ebensowenig ergeben sich aus dem Inhalt der zur Veröffentlichung bestimmten Texte und ihren Modifikationen irgend welche Anhaltspunkte für eine solche Aktion.

Sie ist auch in keiner Weise plausibel: Als Alibi zur propagandistischen Absicherung der Aufstellung einer DDR-Armee, wie Graml in seinen früheren Veröffentlichungen gemutmaßt hat, kann sie kaum gedacht gewesen sein, da die Kampagne wesentlich früher konzipiert wurde, als Beschlüsse zur Aufrüstung der DDR erkennbar sind; Graml hat diese Erklärung bemerkenswerterweise auch nicht explizit wiederholt. Als Mittel zur Immunisierung der DDR-Bevölkerung gegen mögliche Nebenwirkungen der Lockerung des westlichen Besatzungsstatuts und eventueller neuer Vorschläge zur Durchführung gesamtdeutscher Wahlen aber, wie er sie jetzt präsentiert, war sie weder dringend geboten, noch sonderlich geeignet. Daß der ganze Aufwand einer mehr als elf Monate andauernden Kampagne, zunächst an die Adresse von Bundesregierung und Bundestag und dann an die Adresse der westlichen Siegermächte, nur betrieben wurde, um eine Bevölkerung bei der Stange zu halten, die man ohnehin kontrollierte, ist schwer vorstellbar. Gegen die innere Distanz der DDR-Bürger zu ihrem Regime konnte ein Nachweis westlicher Verhandlungsunwilligkeit, wie er nach Graml Ziel der Aktion gewesen sein soll, kaum helfen.

Vor allem aber steht die These von der „Erziehung" der DDR-Bevölkerung gegen die Evidenz der Quellen: gegen die Evidenz einer breiten Diskussion von Maßnahmen zur Verhinderung der westlichen Blockbildung, gegen die Evidenz eines ausgearbeiteten Friedensvertrages, der nachweislich als Grundlage für eine Vereinbarung dienen sollte, gegen die Evidenz der Bemühungen, den Widerstand der „Gegner des Friedensvertrages" zu überwinden. Daß Stalin nicht bereit war, die sich abzeichnende Westintegration der Bundesrepublik tatenlos hinzunehmen, erscheint zudem auch ganz logisch. Ebenso sollte einleuchten, daß ihm die Verhinderung dauerhafter amerikanischer Truppenpräsenz in Europa, die noch dazu durch die Mobilisierung des militärischen Potentials der Bundesrepublik verstärkt werden sollte, wichtiger war als der Fortbestand der de-facto-Diktatur Ulbrichts. Daß er im Zweifelsfall auf die persönlichen Interessen kommunistischer Führer nicht die geringste Rücksicht nahm, hatte er mehr als zur Genüge bewiesen.

Gramls Alibi-These war nie mehr als eine interessante Vermutung, geprägt von der Erfahrung andauernder Zweistaatlichkeit und gestützt auf einige höchst unsi-

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chere Zeugnisse aus dritter und vierter Hand aus der Zeit *nach* der Ablehnung der Neutralisierung durch die Westmächte[23]. Gerhard Wettig, der sich ihr angeschlossen hatte[24], hat sie sogleich aufgegeben, als er die ersten Dokumente aus dem sowjetischen Außenministerium zu Gesicht bekam[25]. Wie man weiter an ihr festhalten will, nachdem die Evidenz für einen ernsthaften Verhandlungsvorschlag der Sowjetführung unterdessen noch wesentlich größer geworden ist, ist schwer begreiflich. Tatsächlich erweist sich die Alibi-These im Licht der neuen Quellen definitiv als das, worunter Hermann Graml gerne meine Ergebnisse rubrizieren möchte: als eine Legende.

[23] So eine Mitteilung von HICOG-Berlin über „zuverlässige Nachrichten" aus dem ZK der SED, eine Aussage von Gerald Rummler, geflüchteter Mitarbeiter von DDR-Außenminister Georg Dertinger, über eine angebliche Äußerung Puschkins gegenüber Dertinger, und der Bericht eines Schweizer Diplomaten über eine angebliche Äußerung eines ungenannten sowjetischen Kollegen in London. Vgl. Graml, Legende, S. 333.

[24] Vgl. Gerhard Wettig, Die Stalin-Note vom März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem, in: Deutschland-Archiv 25 (1992), S. 157–167.

[25] Gerhard Wettig, Die Deutschland-Note vom 10. März 1952 auf der Basis diplomatischer Akten des russischen Außenministeriums, in: Deutschland-Archiv 26 (1993), S. 786–805, hier S. 803. Insofern steht Wettig meiner Auffassung wesentlich näher als Graml. Was ihn von mir unterscheidet, ist lediglich eine andere Sicht des geplanten Weges zur Wiedervereinigung („Sturz Adenauers" statt Verhandlungen mit den Westmächten) und der Struktur des vereinten Deutschlands (Ausdehnung der SED-Diktatur statt tatsächlicher Implementierung der „Grundsätze"). Dabei sind weitere Annäherungen unverkennbar. Hatte Wettig 1993 noch von einem „Krieg mit anderen als militärischen Mitteln" gesprochen, „d. h. [von einer] Mobilisierung der Deutschen gegen die westdeutsche Regierung und die Westmächte" (ebenda, S. 803 f.), so wollte er 1999 nur noch „die Möglichkeit nicht ausschließen, daß Stalin glaubte, einen politischen Durchbruch im deutschen Westen erreichen zu können". Gerhard Wettig, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955, München 1999, S. 226. Im Jahr 2002 bleibt davon nur noch die Vermutung, Stalin habe auf „zum Bruch mit dem Westen bereite" westdeutsche Politiker „nach Adenauers Abtreten" gehofft. Allerdings nimmt Wettig jetzt auch wieder an, Stalin habe sich mit der Westintegration abgefunden: Gerhard Wettig, Die Note vom 10. März 1952 im Kontext von Stalins Deutschland-Politik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Zarusky, Stalin-Note, S. 139–196 (Zitat S. 191).

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notiz

DIE RADIKALISIERUNG DES POLITISCHEN LEBENS AM ENDE DER WEIMARER REPUBLIK (1929–1933) UND DER ZWEITEN SPANISCHEN REPUBLIK (1934–1936)

Eine neue Studie im Rahmen des IfZ-Forschungsprojekts zu Faktoren der Stabilität und Instabilität in der Demokratie der Zwischenkriegszeit

Das am Institut für Zeitgeschichte durchgeführte, teilweise von der DFG geförderte und vom Direktor des IfZ Horst Möller und Manfred Kittel (als Stellvertreter) geleitete, international vergleichende Projekt über Faktoren politischer Stabilität und Instabilität in der Zwischenkriegszeit hat sich zunächst ganz auf den Vergleich zwischen der Weimarer Republik und der späten Dritten Französischen Republik konzentriert[1]. Bislang sind drei Monographien über politischen Extremismus in Berlin und Paris[2], politische Mentalitäten in der Provinz[3] sowie biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich[4] erschienen, jüngst ergänzt durch einen Sammelband über Demokratie in Deutschland und Frankreich[5]; zwei weitere Manuskripte zu Reichstag und Chambre des Deputés (Bearbeiter: Thomas Raithel) bzw. zur Kooperation sozialdemokratischer und bürgerlicher Parteien (Bearbeiterin: Daniela Neri) konnten soeben abgeschlossen werden, die Recherchen zu einer vergleichenden Geschichte der Arbeitskämpfe und der politischen Streiks (Bearbeiterin: Petra Weber) sind weit fortgeschritten. Auf den exemplarischen Charakter des deutsch-französischen Vergleichs ist dabei seit der Konzeptionierung des Projekts immer wieder verwiesen worden, jedoch war von Anfang an klar – und die im erwähnten Sammelband gezogene Zwischenbilanz hat dies noch einmal verdeutlicht –, daß die „erstrebte Weitung des Diskussionshorizonts um die ‚deutsche Divergenz vom Westen' die Einbeziehung anderer europäischer Länder – etwa England, Italien, Spanien, Skandinavien – erfordert, um zu empirisch noch breiter abgestützten Einsichten gelangen zu können"[6].

---

[1] Vgl. Manfred Kittel/Daniela Neri/Thomas Raithel/Andreas Wirsching, Faktoren der Stabilität und Instabilität in der Demokratie der Zwischenkriegszeit. Ein vergleichendes Forschungsprojekt des Instituts für Zeitgeschichte zur deutschen und französischen Geschichte, in: VfZ 46 (1998), S. 807–831.

[2] Vgl. Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/1939. Berlin und Paris im Vergleich, München 1998.

[3] Vgl. Manfred Kittel, Provinz zwischen Reich und Republik. Politische Mentalitäten in Deutschland und Frankreich 1918–1933/1939, München 2000.

[4] Vgl. Stefan Grüner, Paul Reynaud (1878–1966). Biographische Studien zum Liberalismus in Frankreich, München 2001.

[5] Vgl. Horst Möller/Manfred Kittel (Hrsg.), Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich, München 2002.

[6] Möller/Kittel, Demokratie, S. XIX.

VfZ 50 (2002)
® Oldenbourg 2002

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Sinne dieses Forschungsinteresses hat das Institut für Zeitgeschichte nun die Zusammenarbeit mit der spanischen Historikerin Sonsoles Gómez Cabornero (Universität Valladolid) aufgenommen, die durch eine Dissertation zur politischen Kultur während der Zweiten Spanischen Republik[7] gut ausgewiesen ist. Nach einer Reihe von Gesprächen mit Mitarbeitern des IfZ-Projekts und folgenden Quellensondierungen hat Frau Gómez eine Studie zum Thema „Die Radikalisierung des politischen Lebens am Ende der Weimarer Republik (1929–1933) und der Zweiten Spanischen Republik (1934–1936). Eine Analyse der politischen Gewalt in München und Valladolid" in Angriff genommen. Die Arbeit wird für zunächst zwei Jahre im Rahmen eines Postdoc-Stipendiums durch das zuständige spanische Ministerium (Ministerio de Educación, Cultura y Deporte) gefördert.

Aus deutscher Perspektive ist die Fragestellung auch deshalb so interessant, weil die Gewaltbereitschaft als eines der wesentlichen Defizite der politischen Kultur der Weimarer Republik (politischer Mord, zahllose Wehrverbände etc.) häufig vor allem mit dem Erlebnis des Ersten Weltkriegs und dessen barbarisierender Wirkung erklärt wird, Spanien dagegen von den militärischen Auseinandersetzungen verschont geblieben war. Dennoch war die spanische, nicht anders als die deutsche Gesellschaft während der Zwischenkriegszeit durch ein aufgeheiztes Klima der Unversöhnlichkeit geprägt, nachdem – so die Grundannahme von Sonsoles Gómez – auch die spanischen Akteure in einer autoritären politischen Kultur sozialisiert worden waren, in der das Militär eine herausgehobene Rolle spielte. Vor diesem Hintergrund sollen die Schwierigkeiten untersucht werden, eine demokratische Grundordnung gleichsam ohne die nötigen mentalen Voraussetzungen aufzubauen. Scheiterte also ähnlich wie in Weimar nicht auch in Spanien der Versuch, eine neue, republikanisch geprägte politische Kultur in der Gesellschaft zu verankern, aufgrund eines Mangels an Zeit, die offensichtlich nötig gewesen wäre, um einen demokratischen Grundkonsens bei den wichtigsten politischen Akteuren wachsen zu lassen? Jedenfalls endete die extreme Politisierung weiter gesellschaftlicher Bereiche in beiden Ländern in einer demagogischen Instrumentalisierung der mobilisierten Massen durch radikale Ideologien, die der Demokratie das Wasser abgruben.

In Spanien waren schließlich die politischen Ideen selbst der prinzipiell demokratischen Sozialisten, die zunächst für einen Wandel der autoritären politischen Kultur gekämpft hatten, so weit radikalisiert, daß auch dies zur Durchsetzung intoleranten politischen Denkens beitrug. Dabei hat es prima vista den Anschein, als sei das in Deutschland bei den Kommunisten anzutreffende Gewaltpotential in dem durch eine relativ schwache KP charakterisierten Spanien eher von der sozialistischen Basis ausgegangen. Näher zu klären ist ferner, inwieweit die ideologische Polarisierung der Parteien insgesamt in Deutschland wie in Spanien den Einsatz von Gewalt – teilweise mit der Begründung eines Rechts auf Selbstverteidigung – als politisches Kampfmittel begünstigte. Ohne den fast schon zur Selbstverständlichkeit werdenden

[7] Vgl. Sonsoles Gómez Cabornero, Cultura ciudadana y socialización en la República. Actitudes y comportamientos de los vallisoletanos entre 1931 y 1936, Valladolid 2000.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einsatz von physischer Macht monokausal als entscheidende Ursache für das Scheitern der Demokratien bestimmen zu wollen, konzentriert sich die geplante Studie also auf das Problem der Gewalt als Teil der extremen politischen Instabilität der Demokratien und ihres finalen Wandels in Richtung auf ein totalitäres bzw. autoritäres System.

Die auch durch jüngere Studien der Madrider Historiker Angel Bahamonde und Jesús Martínez nahegelegte Grundannahme der Studie von Sonsoles Gómez, daß die Politik in der spanischen Republik der Zwischenkriegszeit in ähnlicher Weise durch das Fortleben autoritärer Verhaltensmuster geprägt war wie in der deutschen, soll exemplarisch anhand der Entwicklung in München und Valladolid überprüft werden. Beide Städte waren Metropolen ausgesprochen konservativ geprägter Regionen, doch zugleich Heimstatt einer wenn auch nicht überdurchschnittlich starken, aber immerhin beachtlichen Arbeiterbewegung; als Schauplatz des Hitlerputsches 1923 bzw. national symbolträchtiger Ort der „Reyes Católicos" und Karls V. dienten diese Städte zudem den jeweiligen (radikal-)faschistischen Gruppierungen, NSDAP und Falange Española – ohne eigentlich von der Mitgliederdichte her als Hochburg eingeschätzt werden zu können – als besonderer Bezugspunkt ihrer Aktivitäten. So wurden München wie Valladollid in den 1920er bzw. 1930er Jahren zum Austragungsort gewaltsamer Auseinandersetzungen in den Straßen, meist ausgehend von spektakulären öffentlichen Großveranstaltungen, zu denen paramilitärische, rechtsradikale, kommunistische, sozialistische und andere Gruppierungen und Parteien aufgerufen hatten. Das durch Gewalt geprägte politische Leben beider „Hauptstädte der Bewegung" spiegelte dabei nicht nur in einem regionalen Mikrokosmos die Entwicklung auf nationaler Ebene wider, sondern wirkte auch umgekehrt stark auf diese ein.

Im Mittelpunkt der Analyse von Sonsoles Gómez werden zum einen die politischen Parteien und Verbände einschließlich der Jugendorganisationen stehen, ebenso deren öffentliche Aktivitäten in Gestalt von Demonstrationen und Versammlungen vor allem während der Wahlkämpfe, aber auch ihre Versuche, das an Bedeutung gewinnende Freizeitverhalten der Menschen im eigenen Sinne zu nutzen. Eine vertiefende Untersuchung erfahren darüber hinaus die „Räume der Gewalt" – Straßen, Cafés bzw. Wirtshäuser, Fabriken, Feste – sowie die Mittel, Ziele und Ergebnisse von Gewaltaktionen, die Kontrollversuche der Polizei und schließlich legislative Maßnahmen zum Schutz der Republik. Die vergleichende Studie verspricht mithin neue Erkenntnisse über die Mentalitäten von Akteuren – ob Führer oder Verführte –, die Gewalt als Lösung politischer Streitfragen propagierten und legitimierten oder zumindest akzeptierten und selbst anwandten.

Manfred Kittel

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Peter Lieb, War Criminal of Conviction? Colonel Carl von Andrian and the Killings of Jews committed by the 707th Infantry Division 1941–1943.
The 707th infantry division was one of the very few large *Wehrmacht* units that took part in the murdering of Jews on a great scale. The analysis of the private diary of one of the regimental commanders of this division, Colonel Carl von Andrian, sheds some light on the motives for which his own unit participated in the holocaust. On the other hand, von Andrian's diary clearly indicates where personal responsibility comes to a limit. His private notes give an impression of how an older *Wehrmacht* officer bound to conservative values let himself be drawn, without any considerable resistance, into the German war of extermination against the Soviet Union, in spite of his constantly recurring moral scruples and even if he was able to keep his regiment out of the most cruel crimes.

Hans-Walter Schmuhl, Brain Research and Euthanasia. The Kaiser Wilhelm Institute for Brain Research 1937–1945.
In the years from 1940–1945, some 700 human brains emanating from mentally ill or disabled victims of the Nazi euthanasia were examined by scientists at the Kaiser Wilhelm Institute for Brain Research in Berlin. The institute was linked to the apparatus of euthanasia in a variety of ways. This close association was initiated in 1937 when a change in the leading personnel at the institute effected a conceptual reorientation and a reorganization of its structure. A tight network of relations between brain research and psychiatric clinics in and around Berlin emerged. In addition, the decision to participate in research pertaining to euthanasia was considerably influenced by the military structures that had developed within the Kaiser Wilhelm Institute for Brain Research since 1939. Besides these decisive changes immediately preceding the mass murder, there is, however, a more long-term development within brain research to be traced, one which went back to a period much earlier than 1933 and which was favourable to opening up this field to eugenics.

Hermann Weber, Ten Years of Historical Research into Communism. Achievements, Deficits, Perspectives.
Looking back on the research into communism done since the communist dictatorships broke down and since their archives were (partially) opened, this article first draws a sketch of the state of research up to 1990. After pointing out the role of the archives and the problems of the availability of records, the most important results as well as the deficits of research into communism that have arisen since 1990 are described. Furthermore, the paradigm shift in research is discussed: instead of the examination of the communist movement and the governmental systems, it is now the communist terror that is in the focus of the interest. The huge number of empirical research works has also advanced the general assessment of communism. An historization of communism is, however, not yet in sight. Besides the perished regimes and their terror, the radical social movement of communism, with all its facets, must be taken into greater consideration.

VfZ 50 (2002)
® Oldenbourg 2002

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Heinrich August Winkler, Accurate Reconstruction or Historical Misrepresentation? *Ingo Haar* and *Hans Rothfels*. A Reply.
Ingo Haar's "reply" (VfZ 3/2002), in which the author attempted to refute the criticism of his book "Historiker im Nationalsozialismus" [Historians in the Third Reich] expressed in the essay "Hans Rothfels – Hitler's Eulogist", is not convincing. Not only does Haar refuse to accept that his interpretation of the date of a key document, a radio broadcast of a speech by Rothfels, allegedly given on the occasion of the NSDAP's coming into power, is wrong; but he also presents further assertions which do not stand up to critical examination. This is particularly true for the thesis that Rothfels had been a follower of Franz von Papen and had called for a policy of German expansion that could only have accomplished in alliance with the National Socialists.

Wilfried Loth, The End of the Myth: Hermann Graml and the Stalin Note. A Reply.
The arguments which Hermann Graml put forward have proven to be not very convincing. There is a number of clues on Stalin's motives in the records of the Soviet foreign ministry, by no means did the initiative which resulted in the note come from the SED's leadership, the actors provably tried hard to win acceptance with the Western public, and in internal papers, the reunification of Germany was, again and again, mentioned as the goal of their manoeuvre. Even after the Western powers had rejected the demand for neutrality, Stalin always kept an eye on the West Germans' reaction, not on that of the people in the GDR. Graml's assumption that the initiative for the note had only been a propagandist manoeuvre mainly addressed to the population of the GDR must therefore be regarded as refuted.

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Peter Lieb, M. A., Doktorand im Projekt „Wehrmacht in der nationalsozialistischen Diktatur" am Institut für Zeitgeschichte (Leonrodstraße 46b, 80636 München); arbeitet derzeit an einer Studie über die deutsche Besatzung und Kriegführung im Westen 1943/44.

Dr. *Hans-Walter Schmuhl*, Privatdozent an der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld (Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld); veröffentlichte u. a.: „Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens', 1890–1945" (Göttingen ²1992); „Ärzte in der Anstalt Bethel, 1870–1945" (Bielefeld 1998); „Die Herren der Stadt. Bürgerliche Eliten und städtische Selbstverwaltung in Nürnberg und Braunschweig vom 18. Jahrhundert bis 1918" (Gießen 1998); als Mitherausgeber „Perspektiven der Gesellschaftsgeschichte" (München 2000).

Dr. *Hermann Weber*, em. Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte der Universität Mannheim (Neckarpromenade 2, 68167 Mannheim); veröffentlichte u. a.: „Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik", 2 Bände (Frankfurt a. M. 1969); „Die DDR 1945–1990" (München ³2000); „Damals, als ich Wunderlich hieß. Die SED-Parteihochschule ‚Karl Marx' bis 1949" (Berlin 2002), als Mitherausgeber „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung" (Berlin, seit 1993).

Dr. *Heinrich August Winkler*, Professor für Neueste Geschichte am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (Unter den Linden 6, 10099 Berlin); veröffentlichte u. a.: „Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918–1933", 3 Bände (Berlin/Bonn 1984–1987); „Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie" (München 1993); „Der lange Weg nach Westen. Bd. 1: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, Bd. 2: Vom ‚Dritten Reich' bis zur Wiedervereinigung" (beide München 2000).

Dr. *Wilfried Loth*, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Essen (Fachbereich 1, 45117 Essen); veröffentlichte u. a.: „Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955" (München 1980, erw. Neuauflage 2000); „Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands" (Düsseldorf 1984); „Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung" (München 1998); arbeitet zur Zeit an einer Geschichte der europäischen Einigung.

VfZ 50 (2002)
® Oldenbourg 2002

Jahrgang 50 (2002), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte